



Entwurf Haushaltsplan 2018



LANDKREIS REUTLINGEN



Entwurf

HAUSHALTSSATZUNG

und

HAUSHALTSPLAN

für das
Haushaltsjahr

2018



INHALTSÜBERSICHT	Seite
Haushaltssatzung	4
Systematik des Haushaltsplans und Neues kommunales Haushaltsrecht (NKHR)	7
Vorbericht	13
Zuordnung Sachkonten	63
Budgetierungsregeln	65
Gesamtplan	69
Haushaltsquerschnitt	70
Gesamtergebnisplan	72
Gesamtfinanzplan	73
THH 1 Innere Verwaltung	75
THH 2 Sicherheit und Ordnung	125
THH 3 Schule, Kultur und Sport	155
THH 4 Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht	205
THH 5 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	251
THH 6 Gesundheit	277
THH 7 Räumliche Planung und Entwicklung	291
THH 8 Bauen und Wohnen	303
THH 9 Abfallwirtschaft	311
THH 10 Verkehr und ÖPNV	319
THH 11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	347
THH 12 Umweltschutz	367
THH 13 Wirtschaft und Tourismus	377
THH 14 Allgemeine Finanzwirtschaft	385
Stellenplan	395

**Anlagen zum Haushaltsplan**

1	Mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 - 2021	403
2	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 - 2021	407
3	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	423
4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen	425
5	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rückstellungen	427
6	Entwicklung des Schuldenstandes	429
7	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden	431
8	Entwicklung der Liquidität	439
9	Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit	441
10	Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Reutlingen	443
11	Übersicht über die Wirtschaftslage und künftige Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH	447
12	Vorläufige Berechnung der Schlüsselzuweisungen	451
13	Übersicht über die Kreisumlage-Hebesätze der Landkreise in Baden-Württemberg	453
14	Übersicht über die Anteile der Kreisgemeinden an der Kreisumlage 2018	455
15	Verzeichnis der Kreisstraßen	457
16	Interne Leistungsverrechnungen	463

Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“	471
---	-----

Glossar zum Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR)	499
---	-----

Haushaltssatzung

des Landkreises Reutlingen

für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der §§ 34, 48 und 49 der Landkreisordnung Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.06.1987 (GBl. S. 288/1987), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99) i. V. m. § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 (GBl. S. 581 ff., berichtet S. 698/2000), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99) und des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 22.04.2009 (GBl. S. 185/2009) hat der Kreistag am folgende **Haushaltssatzung für das Jahr 2018** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	350.830.474 EUR
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	341.214.061 EUR
<hr/>	
1.3 Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	9.616.412 EUR
1.4 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 EUR
<hr/>	
1.5 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	9.616.412 EUR
1.6 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 EUR
1.7 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 EUR
<hr/>	
1.8 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 EUR
<hr/>	
1.9 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo aus 1.5 und 1.8) von	9.616.412 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	347.542.000 EUR
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	332.475.312 EUR
<hr/>	
2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verw.tätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	15.066.688 EUR
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	2.168.100 EUR
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	13.798.850 EUR
<hr/>	
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	11.630.750 EUR
<hr/>	
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	3.435.938 EUR
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	750.000 EUR
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	7.250.000 EUR
<hr/>	
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	- 6.500.000 EUR
<hr/>	
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	- 3.064.062 EUR

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

750.000 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

5.488.000 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

40.000.000 EUR

§ 5 Hebesatz der Kreisumlage

Der Hebesatz der Kreisumlage wird gemäß § 35 FAG auf

33,50 v. H.

der für das Haushaltsjahr 2018 festgestellten Steuerkraftsummen der zum Landkreis gehörigen Gemeinden festgesetzt.

Reutlingen, den

Der Vorsitzende des Kreistags

gez.

Thomas Reumann, Landrat





Systematik des Haushaltsplans und Neues kommunales Haushaltsrecht (NKHR)

1. Vorbemerkung

Seit Januar 2011 wendet das Landratsamt Reutlingen für die Haushaltswirtschaft das NKHR an. Die Haushaltspläne des Landkreises werden seit 2011 nach den Grundsätzen der kommunalen Doppik aufgestellt. Neben den Planzahlen für das Haushaltsjahr 2018 weist der Haushaltsplan auch die Planzahlen für das Haushaltsjahr 2017 sowie das vorläufige Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2016 aus. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2016 eignet sich nur bedingt für Vergleichszwecke, da einzelne Abschlussbuchungen wie z. B. die Rückstellungen, die Wertberichtigungen sowie die Innere Leistungsverrechnung noch nicht gebucht sind.

2. Rechtliche Grundlagen

Am 22.04.2009 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen und im Zuge dieser Reform wurden die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und die Gemeindekassenverordnung (GemKVO) neu gefasst und traten zum 01.01.2010 in Kraft. Die in Art. 13 Abs. 7 des Haushaltsrechtsreformgesetzes 2009 vorgesehene Evaluierung wurde unter Federführung des Innenministeriums und Beteiligung der kommunalen Landesverbände und ihrer Mitglieder sowie der Gemeindeprüfungsanstalt im Jahr 2013 begonnen.

Die Arbeiten sind zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen. Wesentliche Ergebnisse der Evaluation sind in das Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften vom 16. Dezember 2015, in die Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 29. April 2016 sowie in die neue Verwaltungsvorschrift (VwV) Produkt- und Kontenrahmen vom 09. Juni 2016 eingeflossen. Die neuen Regelungen sind erstmals ab dem Haushaltsjahr 2018 anzuwenden.

3. Die Doppik als Rechnungsstil – was ist anders?

Dem NKHR liegt die Systematik der kaufmännischen Buchführung zugrunde, in dem der Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen in Form von Aufwendungen und Erträgen und der vollständige Vermögens- und Schuldenbestand zu einem Stichtag in einer Bilanz dargestellt werden.

Daraus ergeben sich folgende Unterschiede zur Kameralistik:

- Vollständige Darstellung von Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen eines Haushaltsjahres durch Erfassung von Aufwendungen und Erträgen anstatt Ausgaben und Einnahmen.
- Vollständige Einbeziehung des Anlagevermögens in die Rechnungslegung (Vollvermögensrechnung).
- Haushaltsplan mit Budgetstruktur und Produktorientierung.
- Informationen über Produkte und Verwaltungsleistungen im Haushaltsplan mit der Möglichkeit, diese zur Grundlage von Zielvereinbarungen oder Vorgaben zu machen.



Leitidee des sogenannten Ressourcenverbrauchskonzeptes des NKHR ist es, dass jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen auch wieder erwirtschaftet. Deshalb muss gewährleistet sein, dass die anfallenden Aufwendungen durch entsprechende Erträge finanziert werden können. Für jedes Haushaltsjahr ist also ein Ausgleich von Ressourcenaufkommen (Ertrag) und Ressourcenverbrauch (Aufwand) erforderlich. Dabei wird der Werteverzehr von Vermögen in Form von Abschreibungen und in der laufenden Periode verursachte aber erst künftig zu erbringende Verpflichtungen in Form von Rückstellungen berücksichtigt.

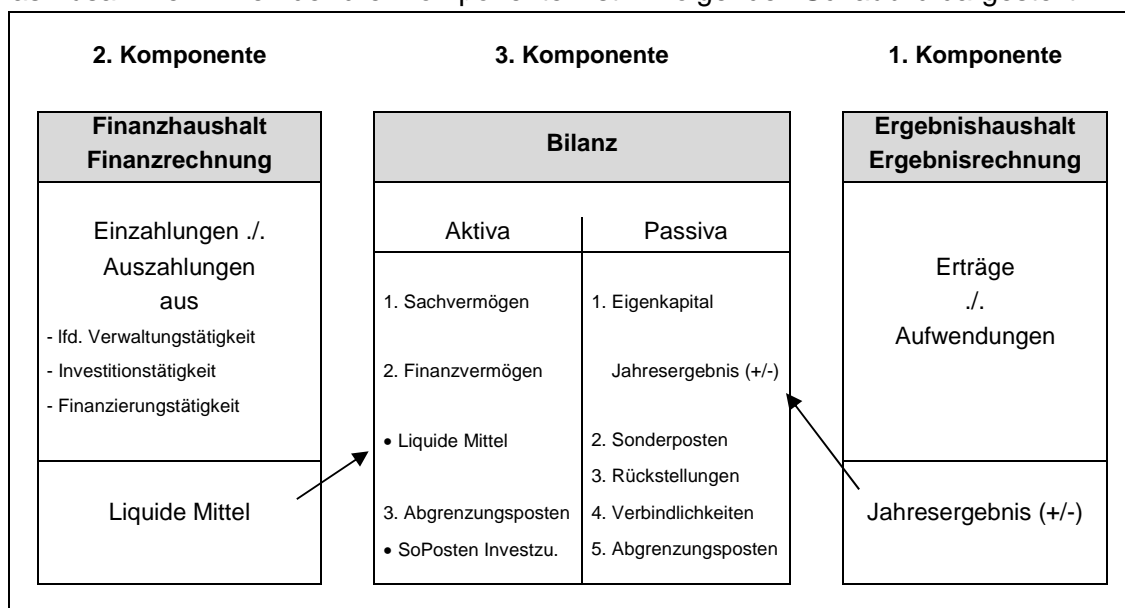
4. Das Drei-Komponenten-System – was ist das?

Das NKHR in Baden-Württemberg basiert auf einer Drei-Komponenten-Verbundrechnung.

- **Die Ergebnisrechnung** beinhaltet die ergebniswirksamen Vorgänge der Verwaltungstätigkeit. Sie ist mit einer handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar. Sie enthält alle Aufwendungen und Erträge und zeigt damit die Quellen des Ressourcenaufkommens und die Ursachen des Ressourcenverbrauchs. Das Jahresergebnis stellt eine Vermögensmehrung (Überschuss) oder -minderung (Fehlbetrag) dar. Die Ergebnisrechnung übernimmt im Wesentlichen die Funktion des Verwaltungshaushalts.
- **Die Finanzrechnung** enthält sämtliche Ein- und Auszahlungen einer Rechnungsperiode. Sie gibt unterjährig und beim Jahresabschluss Auskunft über die Liquiditätssituation. Die Finanzrechnung ist eine Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung, die durch die Darstellung der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit (Darlehensaufnahmen und Tilgungen) Einblick in die Finanzlage gibt. Im Unterschied zur handelsrechtlichen Kapitalflussrechnung wird sie ganzjährig geführt und nicht nachträglich abgeleitet. Die Finanzrechnung übernimmt mit der Investitions- und Finanzierungsabrechnung Elemente des Vermögenshaushalts und des Sachbuchs für haushaltsfremde Vorgänge.
- **Die Bilanz** dient der Darstellung der Vermögens- und Finanzsituation der Kommune zum Bilanzstichtag. Die Aktivseite zeigt Höhe und Zusammensetzung des Vermögens, die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert ist und wie sich das Eigenkapital verändert. Die Bilanz hat die Funktion eines Wertespeichers.



Das Zusammenwirken der drei Komponenten ist im folgenden Schaubild dargestellt:



5. Bestandteile und Aufbau des Haushaltsplans

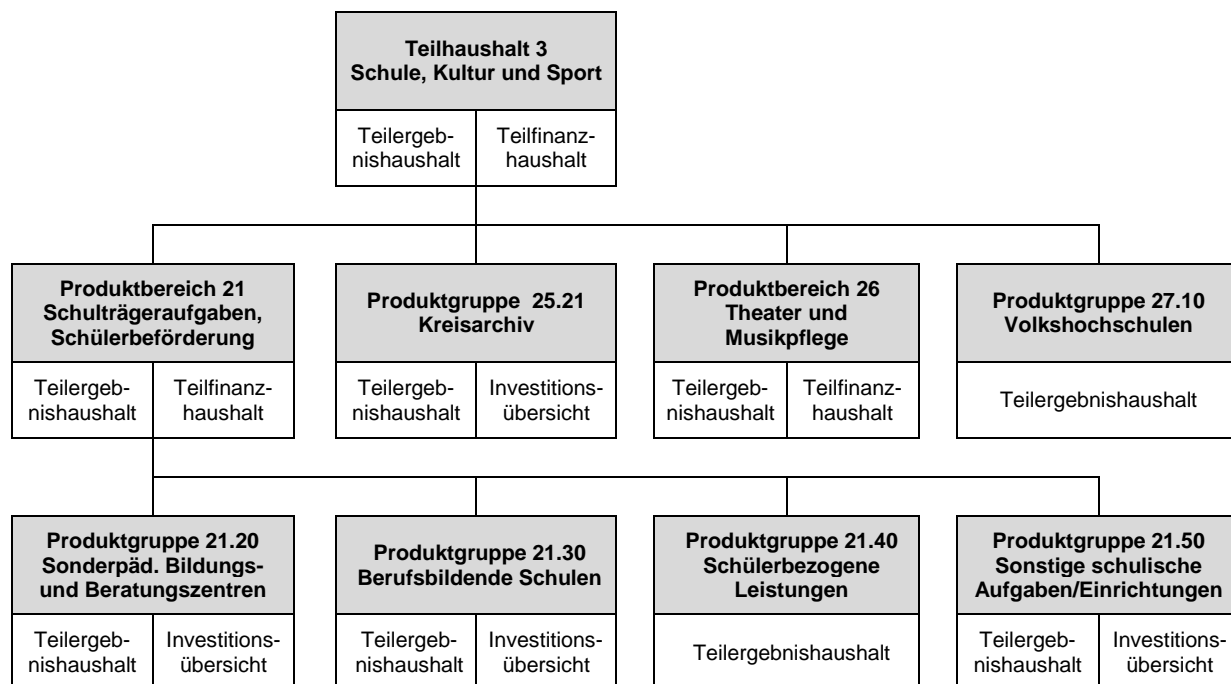
Entsprechend den gesetzlichen Regelungen haben sich neben der Änderung der Buchungssystematik auch die Struktur und die Bestandteile des Haushaltsplans verändert. Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird ersetzt durch einen (Gesamt-)Ergebnis- und (Gesamt-)Finanzhaushalt. Die gewohnte Gliederung der Einzelpläne mit den verschiedenen Unterabschnitten und Haushaltsstellen wird ersetzt durch die Teilhaushalte. Innerhalb der Teilhaushalte werden die entsprechenden Produktgruppen und ggf. die Schlüsselpositionen sowie Kontengruppen dargestellt.

Nachfolgende Schaubilder verdeutlichen die Bestandteile und den Aufbau des Haushaltsplans:





Aufbau der Teilhaushalte am Beispiel Teilhaushalt 3 – Schule, Kultur und Sport





Teilhaushalte

Gem. § 4 GemHVO ist der Gesamthaushalt in Teilhaushalte zu gliedern. Die Teilhaushalte sind produktorientiert, d.h. nach sachlich zusammenhängenden Leistungsbereichen zu bilden. Im vorliegenden Haushalt werden 14 Teilhaushalte gebildet:

Teilhaushalt 1	Innere Verwaltung Produktbereich 11 Innere Verwaltung
Teilhaushalt 2	Sicherheit und Ordnung Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
Teilhaushalt 3	Schule, Kultur und Sport Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung Produktbereich 25 Kreisarchiv Produktbereich 26 Theater und Musikpflege Produktbereich 27 Erwachsenenbildung Produktbereich 28 Sonstige Kulturpflege Produktbereich 42 Sport
Teilhaushalt 4	Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht Produktbereich 31 Soziale Hilfen Produktbereich 37 Schwerbehindertenrecht u. soziales Entschädigungsrecht
Teilhaushalt 5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Teilhaushalt 6	Gesundheit Produktbereich 41 Gesundheitsdienste
Teilhaushalt 7	Räumliche Planung und Entwicklung Produktbereich 51 Räumliche Planung und Entwicklung
Teilhaushalt 8	Bauen und Wohnen Produktbereich 52 Bauen und Wohnen
Teilhaushalt 9	Abfallwirtschaft Produktbereich 53 Abfallwirtschaft
Teilhaushalt 10	Verkehr und ÖPNV Produktbereich 54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Teilhaushalt 11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft Produktbereich 55 Natur- und Landschaftspflege
Teilhaushalt 12	Umweltschutz Produktbereich 56 Umweltschutz
Teilhaushalt 13	Wirtschaft und Tourismus Produktbereich 57 Wirtschaft und Tourismus
Teilhaushalt 14	Allgemeine Finanzwirtschaft Produktbereich 61 Allgemeine Finanzwirtschaft

Innerhalb der Teilhaushalte werden folgende Informationen zur Verfügung gestellt:

- Teil-Ergebnishaushalt einschl. Darstellung der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen sowie kalkulatorischer Kosten, die im Gesamtergebnis(haushalt) nicht ausgewiesen werden.



- Teil-Finanzhaushalt
- Informationen zu den einzelnen Produktgruppen mit dem verantwortlichen Amt, der Kurzbeschreibung, Zielen, Auftragsgrundlagen und soweit vorhanden Nennung der zugehörigen Produkte.
- Teil-Ergebnishaushalt der jeweiligen Produktgruppen
- Investitionsübersicht der einzelnen Produktgruppen.

Produkte

Alle von der Verwaltung erbrachten Leistungen werden entsprechend dem „Kommunalen Produktplan Baden-Württemberg“ in Produkten, Produktgruppen und Produktbereichen zusammengefasst und in den jeweiligen Teilhaushalten dargestellt. Bei der Darstellung im Haushaltsplan hat sich die Verwaltung im Wesentlichen auf Produktgruppen beschränkt. Daneben wurden einzelne Schlüsselpositionen gebildet, die die jährlichen politischen Schwerpunkte des Landkreises aufgreifen.

Folgende fünf Schlüsselpositionen wurden für das Haushaltsjahr 2018 definiert:

- 12.26.01 Lebensmittelüberwachung
- 31.10.01 Hilfe zur Pflege
- 31.10.02 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- 36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen
- 41.40.50 Gesundheitsberichterstattung, -planung

Diese Schlüsselpositionen werden im Haushaltsplan mit einer kurzen Beschreibung und einer Übersicht über die Aufwands- und Ertragsarten sowie der Investitionen dargestellt.

6. Haushaltsausgleich

Unabhängig vom Buchungsstil ist Dreh- und Angelpunkt der Haushaltsplanung nach wie vor der ordnungsgemäße Haushaltsausgleich. Der gesamte Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres muss durch das Ressourcenaufkommen desselben Jahres ausgeglichen werden. Für den Haushaltsausgleich wird der Gesamtergebnishaushalt betrachtet. Maßgebliche Größe ist das „ordentliche Ergebnis“ als Saldo aus den „ordentlichen Erträgen“ (Ressourcenaufkommen) und „ordentlichen Aufwendungen“ (Ressourcenverbrauch). Somit sind auch die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen und Rückstellungen in den Haushaltsausgleich miteinzubeziehen. Der Finanzhaushalt muss nicht ausgeglichen werden, die liquiden Mittel sind jedoch nach wie vor rechtzeitig für ihren Zweck zur Verfügung zu stellen.

Im Glossar finden Sie weitere Informationen zu den wichtigsten Begriffen, die im neuen kommunalen Haushaltsrecht gebräuchlich sind.



V O R B E R I C H T

Finanzwirtschaft Landkreis Reutlingen

1. Haushaltsjahr 2016

1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016

Am 16.12.2015 verabschiedete der Kreistag den Haushalt 2016 und setzte folgende Beträge fest:

a) Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	330.552.172 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	329.491.685 EUR
Veranschlagtes Gesamtergebnis von	1.060.487 EUR
b) Finanzhaushalt	
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von	3.348.452 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus	
Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
Saldo des Finanzhaushalts	-3.348.452 EUR
c) Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für	
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	
(Kreditermächtigung) von	7.100.000 EUR
d) Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	13.815.000 EUR

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde bei 34,25 % belassen. Mit Erlass vom 04.02.2016 bestätigte das Regierungspräsidium Tübingen die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 und genehmigte den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen sowie den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen.

1.2 Vorläufiger Stand der Jahresrechnung 2016

1.2.1 Ergebnisrechnung 2016

Der Verwaltungsausschuss wurde in den Sitzungen am 18.07.2016, 09.11.2016 und 13.03.2017 (KT-Drucksachen Nr. IX-0276, Nr. IX-0323 und Nr. IX-0363) über die aktuelle finanzielle Entwicklung des Haushaltsjahres und über den vorläufigen Stand des Jahresergebnisses informiert. Wie bereits dargestellt, sind im vorläufigen Rechnungsergebnis die Rückstellungen, die Wertberichtigungen der Forderungen sowie die Innere Leistungsverrechnung noch nicht gebucht.



Nach dem aktuellen Stand der Jahresrechnung ergaben sich Verbesserungen bei den Erträgen vor allem im kommunalen Finanzausgleich bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer sowie bei den Verwaltungsgebühren und Bußgeldern. Daneben waren Mehrerträge vor allem durch Einmaleffekte im Teilhaushalt 4, Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht zu verzeichnen.

Durch die Änderung der Abrechnungssystematik bei der Kostenerstattung des Landes an die Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge 2015 ergaben sich durch die Änderung der Rechnungsabgrenzung erhebliche Mindererträge (KT-Drucksache Nr. IX-0408), die durch geringere Aufwendungen ausgeglichen werden konnten.

Erträge	Plan 2016 in EUR	Vorl. RE 2016 in EUR
Schlüsselzuweisungen vom Land (mangelnde Steuerkraft)	36.687.000	39.393.364
Zuweisungen Land § 11 (3) FAG (Verwaltungsgebühren) inkl. Vermessungs- und Katastergebühren	5.716.950	6.586.063
Zuweisung Aufkommen Grunderwerbsteuer	12.500.000	14.504.667
Sonstige Transfererträge	6.556.600	10.517.728
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	62.876.250	52.156.465
Summe	124.336.800	123.158.287

Erhebliche Mehraufwendungen sind bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen und den Transferleistungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe entstanden. Durch den Rückgang der Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen konnten durch geringere Transferaufwendungen und sparsame Mittelbewirtschaftung in den anderen Bereichen bei den Gesamtaufwendungen insgesamt Einsparungen von ca. 1,5 Mio. EUR erzielt werden.

1.2.2 Finanzrechnung 2016

- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**

Für die Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule wurden Schulbaufördermittel von 2,2 Mio. EUR bewilligt und ca. 1,98 Mio. EUR ausbezahlt. Dies führte zu Mehreinzahlungen von ca. 1,2 Mio. EUR.

- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**

Für Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Sachvermögen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden 13,8 Mio. EUR (Plan: 13,9 Mio. EUR) ausbezahlt.

- Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten**

Es wurden neue Darlehen in Höhe von 10,98 Mio. EUR aufgenommen. Die Kreditaufnahmen gehen in Höhe von 6,63 Mio. EUR noch zu Lasten der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2015. Mit Beschluss des Kreistags vom 26.07.2017 (KT-Drucksache Nr. IX-0402) wurde auf die Inanspruchnahme der noch



nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2016 von 2,75 Mio. EUR verzichtet.

- **Auszahlungen für die Tilgung von Krediten**

Auf bestehende Darlehen wurden planmäßige Tilgungen in Höhe von ca. 6,93 Mio. EUR geleistet.

1.2.3 Liquidität und Schuldenstand

Insbesondere durch die Bereitstellung von Betriebsmittelkrediten von 20,0 Mio. EUR an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH und die Auszahlungen für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen war die Liquidität des Landkreises auch im Haushaltsjahr 2016 zeitweise sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises Kassenkredite bis zu einer Höhe von 30,0 Mio. EUR aufgenommen.

Zum 31.12.2016 beträgt der Schuldenstand des Landkreises 82,6 Mio. EUR. (293 EUR/Einwohner). Der gesamte Betrag entfällt auf langfristige Darlehen. Zum Vergleich betrug der Schuldenstand am 31.12.2015 88,6 Mio. EUR (318 EUR/Einwohner), davon Kassenkredite in Höhe von 10,0 Mio. EUR.

1.2.4 Voraussichtliches Jahresergebnis 2016

Nach dem derzeitigen Stand der Jahresrechnung 2016 kann im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem positiven Gesamtergebnis von ca. 1,8 Mio. EUR gerechnet werden. Im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2016 ist über die Verwendung des Ergebnisses zu entscheiden.



2. Haushaltsjahr 2017

2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017

Der Kreistag verabschiedete den Haushalt 2017 am 14.12.2016 und setzte folgende Beträge fest:

a) Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	342.211.605 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	342.211.605 EUR
Veranschlagtes Gesamtergebnis von	0 EUR
b) Finanzhaushalt	
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von	756.343 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus	
Finanzierungstätigkeit von	-2.700.000 EUR
Saldo des Finanzhaushalts	-3.456.343 EUR
c) Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für	
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	
(Kreditermächtigung) von	5.300.000 EUR
d) Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	13.265.000 EUR

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde bei 34,25 % belassen. Mit Erlass vom 31.01.2017 bestätigte das Regierungspräsidium Tübingen die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 und genehmigte den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen sowie den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen.

Das Regierungspräsidium hat in Bezug auf die dauerhafte Bereitstellung von Liquiditätskrediten in Höhe von 20 Mio. EUR an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH darauf hingewiesen, dass Kassenkredite stets zur Absicherung der eigenen Liquidität dienen. Nach § 89 GemO ist nicht vorgesehen, dass der Landkreis selbst Kassenkredite aufnimmt, um diese einer Eigengesellschaft zur Zwischenfinanzierung von Defiziten zur Verfügung zu stellen.



2.2 Haushaltsvollzug 2017

2.2.1 Ergebnisrechnung 2017

Der Verwaltungsausschuss wurde in seiner Sitzung am 17.07.2017 (KT-Drucksache Nr. IX-0403) über die finanzielle Entwicklung des Haushaltsjahres 2017 informiert. In den einzelnen Bereichen zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

Nach der aktuellen Prognose ergeben sich Verbesserungen bei den Erträgen vor allem im kommunalen Finanzausgleich bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer sowie bei den Verwaltungsgebühren und Bußgeldern. Daneben sind erneut Mehrerträge im Teilhaushalt 4, Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht zu verzeichnen.

Erhebliche Mehraufwendungen sind bei den Transferleistungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu erwarten, daneben werden bei den Personalaufwendungen die Planansätze überschritten. Durch den weiteren Rückgang der Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II und III und den geringeren Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften können die erwarteten Mehraufwendungen ausgeglichen werden.

Nach dem derzeitigen Stand des Haushaltsvollzugs kann im Ergebnishaushalt mit einem ordentlichen Ergebnis von ca. 4,5 Mio. EUR gerechnet und auf die geplante Rücklagenentnahme verzichtet werden.

2.2.2 Finanzrechnung 2017

Die im Finanzhaushalt veranschlagten Haushaltsmittel reichen voraussichtlich aus.

Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen wurden im Haushalt Kreditermächtigungen in Höhe von 5,3 Mio. EUR festgesetzt. Bisher wurden noch keine Kredite aufgenommen.

2.2.3 Liquidität

Der an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH ausgegebene Betriebsmittelkredit konnte Anfang des Jahres um 2,0 Mio. EUR auf 18,0 Mio. EUR zurückgeführt werden. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises wurden bisher Kassenkredite bis zu einer Höhe von 16,0 Mio. EUR aufgenommen. Auch künftig werden befristet Kassenkredite zur Liquiditätssicherung aufgenommen werden müssen.



3. Haushalt 2018

3.1 Entwicklung der Konjunktur und der öffentlichen Finanzen in Deutschland

Die Deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Sowohl die Deutsche Bundesbank als auch das Bundesministerium für Finanzen (BMF) konstatieren in ihren jeweiligen Monatsberichten vom September 2017 der Deutschen Wirtschaft ein solides Wachstum. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale Bruttosozialprodukt (BIP) im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Wachstumsdynamik hielt damit auch im zweiten Quartal 2017 an. Damit stieg das BIP in beiden Quartalen erheblich stärker als das Produktionspotenzial, und die ohnehin schon merklich überdurchschnittliche Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nahm noch spürbar zu. Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank dürfte die deutsche Wirtschaft ihren kräftigen Expansionskurs auch im dritten Vierteljahr 2017 fortsetzen, wenn auch wohl mit etwas weniger Schwung als im ersten Halbjahr. Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist auch am Arbeitsmarkt deutlich spürbar. Die Erwerbstätigenzahl lag im Juli bei 44,39 Millionen Personen. Das waren 698.000 Personen beziehungsweise 1,6 % mehr als im Vorjahr. Allerdings bestehen sowohl in binnenwirtschaftlichen aber vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld Abwärtsrisiken. Die Diskussion über Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge in einigen deutschen Städten sowie die Kartellvorwürfe gegen einige Automobilhersteller hat bislang laut ifo Institut kaum Spuren bei der Stimmung der Unternehmen in der Kraftfahrzeugbranche hinterlassen, jedoch bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Daneben lassen sich die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU auf die deutsche und europäische Wirtschaft sowie die künftige Entwicklung der US-Handelspolitik bis heute nicht absehen.

Im Jahr 2016 betrugen die gesamten Steuereinnahmen in Deutschland rund 705,79 Mrd. EUR. Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 32,53 Mrd. EUR beziehungsweise 4,83 %. Der öffentliche Gesamthaushalt (Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden) konnte u.a. dadurch 2016 einen Finanzierungsüberschuss von 17,6 Mrd. EUR (2015: 28,2 Mrd. EUR) verzeichnen. Im Jahr 2017 rechnet das Bundesministerium für Finanzen mit einem Finanzierungsüberschuss von 31,5 Mrd. EUR, darin sind jedoch auch die Einzahlungen der Energieversorger in den Fond zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung in Höhe von rund 24 Mrd. EUR enthalten. Im Haushalts- und Finanzplanungszeitraum 2018 bis 2021 wird sich nach der neuen Mittelfristprojektion des BMF der Finanzierungsüberschuss von 5,5 Mrd. EUR im Jahr 2018 auf 27 Mrd. EUR im Jahr 2021 erhöhen.

Zur 29. Sitzung des Arbeitskreis Stabilitätsrat am 13.07.2017 in der die kurz- und mittelfristige Vorausschätzung zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland bis 2021 diskutiert wurde, legte das BMF die neue Mittelfristprojektion für die öffentlichen Haushalte für die Jahre 2017 bis 2021 vor. Für das Jahr 2017 erwartet das BMF einen Anstieg des nominalen BIP von 3,0 %, für 2018 von 3,1 %, für 2019, 2020 und 2021 von durchschnittlich 3,2 % pro Jahr. Die Ergebnisse dieser Schätzung bestätigten die Aussicht auf dauerhafte Überschüsse der öffentlichen Haushalte. Bereits seit dem Jahr 2012 weist Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. Nach der Einschätzung



des BMF wird in dieser Legislaturperiode die Grundlage geschaffen, um die Schuldenquote innerhalb von zehn Jahren wieder unter die Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP zurückzuführen. Das BMF geht davon aus, dass die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte mittelfristig zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenquote führt und der Referenzwert von 60 % des BIP im Jahr 2020 unterschritten werden kann.

Nach der Einschätzung des Bundes können die Kommunalhaushalte 2017 mit einem Überschuss von 6,0 Mrd. EUR rechnen. Für die Folgejahre weist die Prognose des Bundes durchgehend Überschüsse aus. In der Projektion wird für 2018 ein Überschuss von 4,0 Mrd. EUR, für 2019 von 2,0 Mrd. EUR, für 2020 von 3,5 Mrd. EUR und für 2021 von 2,0 Mrd. EUR ausgewiesen.

Anders als in den Vorjahren liegen die Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände und die des Bundes deutlich auseinander. Größere Einschätzungsdifferenzen sind vor allem bei den kommunalen Investitionen sowie der Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen festzustellen. So geht die Bundesschätzung davon aus, dass die hohe Zuwachsrate bei den Sozialausgaben in 2016 (10,5 %) eine singuläre, v. a. auf den Asylbereich zurückzuführende temporäre Niveauerhöhung war und entsprechend sich die Zuwachsraten 2017 (+1,7%) und 2018 (2,5 %) unterdurchschnittlich darstellen und erst ab 2019 wieder „Normal“-Zuwachsraten zu verzeichnen sein werden. Die kommunalen Spitzenverbände gehen dagegen von bleibenden Lasten und entsprechend einer Niveauverschiebung aus, die sich allenfalls erst mittelfristig leicht abbaut. Auf dieser Basis rechnen die kommunalen Spitzenverbände für 2017 mit einem leicht sinkenden Überschuss von 4,1 Mrd. EUR, der 2018 auf 1,3 Mrd. EUR sinkt und sich 2019 in ein Defizit von -1,1 Mrd. EUR verwandelt. Für 2020 wird durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen ein leicht positiver Finanzierungssaldo (0,6 Mrd. EUR) prognostiziert.

3.2 Entwicklungen in Baden-Württemberg

Auch die Wirtschaft in Baden-Württemberg setzt ihren Wachstumskurs fort. 2016 lag das Wirtschaftswachstum von 2,2 % über dem bundesdeutschen Wachstum von 1,9 %. Für 2017 wird erwartet, dass das Wachstum wieder über dem Bundesdurchschnitt liegen wird. Nach Einschätzung des statistischen Landesamtes profitiert die baden-württembergische Wirtschaft von der wieder angesprungenen Weltkonjunktur und rechnet mit einem zusätzlichen Konjunkturschub durch den die Wirtschaft im 3. Quartal 2017 real um 2,25 % wachsen könnte.

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ist weiterhin in einer guten Verfassung. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,4 % im Juni nähert sich die Südwestwirtschaft der Schwelle zur Vollbeschäftigung. Bei den gemeldeten Arbeitsstellen wurde die Marke von 100.000 durchbrochen.

Die Kommunen in Baden-Württemberg konnten 2016 mit 1,22 Mrd. EUR erneut einen positiven Finanzierungssaldo erwirtschaften. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von 976,92 Mio. EUR hat sich der Saldo um 243 Mio. EUR bzw. 25 % erhöht. Der Gemeindefinanzbericht Baden-Württemberg hatte in seinem Gemeindefinanzbericht 2016 (BWGZ 15-16/2016) für 2016 noch mit einem Rückgang des positiven Finanzierungssaldos auf etwa 450 Mio. EUR gerechnet. Während die Einnahmen der laufenden Rechnung um 9,5 % oder 3,04 Mrd. EUR über dem Vorjahreswert liegen, sind die Ausgaben der laufenden Rechnung um 7,5 % oder 2,12 Mrd. EUR gestiegen. Dabei stiegen die Ausgaben für die



Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe trotz anhaltender niedriger Arbeitslosigkeit und starkem Wirtschaftswachstum um 11 % bzw. 673 Mio. EUR auf 6,8 Mrd. EUR. Allein auf die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entfielen Mehrausgaben von 275 Mio. EUR. In der Jugendhilfe waren Mehrausgaben von 264 Mio. EUR bzw. 27,5 % zu verzeichnen.

Nach den Berechnungen des Gemeindetags Baden-Württemberg (BWGZ 15-16/2017) lag der Finanzierungssaldo der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg bei 547,1 Mio. EUR. Bei der Nettoinvestitionsrate konnten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden 2016 eine Steigerung von 10,8 % auf 270 EUR/Einw. verzeichnen. Für das Jahr 2017 rechnet der Gemeindetag Baden-Württemberg mit einem positiven Finanzierungssaldo der baden-württembergischen Kommunen von etwa 900 Mio. EUR.

3.3 Entwicklungen im Landkreis Reutlingen

Der Konjunkturklimaindex der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, der sich aus der aktuellen Geschäftslage und der Prognose für die nächsten zwölf Monate errechnet, steigt zum vierten Mal in Folge. Mit 144 Punkten erreicht er den besten Wert seit Frühsommer 2011 und bewegt sich weiterhin deutlich im positiven Bereich über der 100-Punkte-Marke und über dem langjährigen Durchschnitt von 116 Punkten. 61 % der Unternehmen, und damit 3 Prozent mehr als zu Jahresbeginn, betrachten ihre Lage als gut. 35 % der Befragten sind zufrieden und lediglich 4 % der Befragten sind mit der aktuellen Lage unzufrieden. Auch die Erwartungen auf die weitere Geschäftsentwicklung in den nächsten zwölf Monaten hellen sich auf (Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, Frühsommer 2017).

Nach dem Konjunkturbericht der Handwerkskammer Reutlingen vom 10.07.2017 bewerten über zwei Drittel der Handwerksbetriebe in der Region die Geschäftslage im vergangenen Quartal als gut. Sechs der sieben Handwerksgruppen äußerten sich zufriedener als vor einem Jahr. Das Konjunkturbarometer, das Lagebeurteilung und Erwartungen in einer Kennzahl zusammenfasst, beträgt 67,4 Punkte was einen Anstieg gegenüber dem Vorjahresquartal (65,1 Punkte) bedeutet. Auch die Prognosen fallen rundum zuversichtlich aus.

Die Agentur für Arbeit in Reutlingen konnte zum 31.12.2016 mit 189.908 Personen einen neuen Höchststand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Agenturbezirk verzeichnen. Damit hat die Zahl der Beschäftigten um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Dabei gibt es noch eine Vielzahl von unbesetzten Stellen. Im August 2017 waren im Landkreis Reutlingen 5.830 Personen arbeitslos gemeldet. Dies ist ein Rückgang von -2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Davon waren 2.459 (+ 4,4 % gegenüber Vorjahr) bei der Arbeitsagentur und 3.371 (-14,2 % gegenüber Vorjahr) beim Jobcenter gemeldet.

Die Einnahmen der Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen haben sich im Jahr 2016 insgesamt sehr positiv entwickelt. Dies drückt sich insbesondere in der Entwicklung der Steuerkraftsummen aus. Die für das Haushaltsjahr 2018 maßgeblichen vorläufigen Steuerkraftsummen sind um 23,8 Mio. EUR (6,08 %) auf 414,9 Mio. EUR bzw. 1.471 EUR je Einwohner gestiegen. Landesweit können die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einen Anstieg der Steuerkraftsummen von 5,78 % auf 12.480 Mio. EUR bzw.



1.412 EUR je Einwohner verzeichnen. Dabei fließen auf Grund der Systematik des Finanzausgleichgesetzes nicht sämtliche Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in die Steuerkraftsummen ein. So wird zum Beispiel bei der Grundsteuer A lediglich ein Hebesatz von 195 v. H. angerechnet. Bei der Grundsteuer B liegt der anrechenbare Hebesatz bei 185 v. H. und bei der Gewerbesteuer bei 290 v. H. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer fließen lediglich 80 % in die Steuerkraftsummen ein. Insgesamt fließen für das Jahr 2016 ca. 62,1 Mio. EUR nicht in die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen ein.

3.4 Planungsgrundlagen und Grundzüge des Haushaltsplanentwurfs 2018

3.4.1 Planungsgrundlagen

Der Kreistag hat in seiner Klausurtagung am 14. und 15.07.2017 verschiedene Schwerpunkte für einen nachhaltigen Landkreis Reutlingen erarbeitet.

Für die Schwerpunkte:

- generationengerechte Finanzpolitik mit Rückführung der Verschuldung,
- Erhalt und Ausbau einer zukunftsfähigen Mobilität mit der Sanierung der Kreisstraßen und Planung der Regionalstadtbahn,
- angemessene und wirtschaftliche Ausstattung der Verwaltung mit den notwendigen Ressourcen,
- aktive Daseinsvorsorge durch Integration der Flüchtlinge sowie Stärkung von Beratung und Dienstleistung bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie
- Einstieg in ein systematisches Nachhaltigkeitsmanagement

wurden Mittel im Haushaltsplanentwurf veranschlagt.

Der Haushaltsplanung 2018 liegen die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung, die Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration und des Ministeriums für Finanzen zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2018 (Haushaltserlass 2018), die Ergebnisse der Schulkostenerhebung für die Sachkostenbeiträge nach § 17 FAG, das vorläufige Rechnungsergebnis 2016 sowie die Prognosen für das Rechnungsergebnis 2017 zu Grunde.

Die Ergebnisse der Erhebungen für den Soziallastenausgleich nach § 21 FAG und für den Status-Quo-Ausgleich nach § 22 FAG lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vor. Nach Eingang der Ergebnisse können sich während den Beratungen zum Haushaltsplan noch Änderungen ergeben.



Folgende weiteren Planungsprämissen liegen dem Haushaltsplanentwurf zu Grunde:

- Bei den Gebühren und Bußgeldern wurde eine Steigerung von 2 % geplant.
- Die Auswirkungen des sogenannten 5 Milliardenpakets zur Unterstützung der Kommunalfinanzen durch den Bund ab 2018 wurden mit der Erhöhung der Erstattungsquote bei den Kosten der Unterkunft (KdU) mit 7,9 %-Punkten bzw. 2,69 Mio. EUR berücksichtigt. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen erhalten aus der Erhöhung des Umsatzsteueranteils 7,7 Mio. EUR.
- Für die Übernahme der Unterkunftskosten für Flüchtlinge wird der Bund den Kommunen im Jahr 2016 400 Mio. EUR, in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 900 Mio. EUR und im Jahr 2019 nochmals 400 Mio. EUR in Form von höheren KdU-Zuweisungen zur Verfügung stellen. Dies wurde im Haushaltsplanentwurf mit einer Erhöhung der Erstattungsquote bei der KdU von 8,2 %-Punkten eingeplant.
- Bei den Beamten wurde die zeitversetzte Besoldungserhöhung aus dem Tarifabschluss TVL 2017 eingestellt. Bei den Beschäftigten wurde eine Tarifierhöhung eingeplant.
- Bei den Sach- und Dienstleistungen wurde eine Erhöhung der Aufwendungen um bis zu 1,5 % eingeräumt.
- Erhöhung der Freiwilligkeitsleistungen um 2 %.
- Neue freiwillige Aufgaben durften grundsätzlich nur bei Einsparungen an anderer Stelle angemeldet werden.

3.4.2 Grundzüge des Haushaltsplanentwurfs

Die Grundzüge des Haushaltsplanentwurfs lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das Haushaltsvolumen 2018 steigt von 359,04 Mio. EUR um 12,84 Mio. EUR (3,58 %) auf 371,88 Mio. EUR.
- Der Kreisumlagehebesatz wird entgegen der mittelfristigen Finanzplanung nicht auf 35,0 % erhöht, sondern um 0,75 %-Punkte auf 33,5 % abgesenkt. Das Aufkommen aus der Kreisumlage liegt um 1,32 Mio. EUR unter der mittelfristigen Finanzplanung.
- Der Beschluss des Kreistags vom 14.12.2017 (KT-Drucksache Nr. IX-0308/1) und die Schwerpunktsetzung in der Kreistagsklausur am 14. und 15.07.2017 zum Abbau der absoluten Verschuldung wurden im Haushaltsplanentwurf mit 6,5 Mio. EUR und in der mittelfristigen Finanzplanung mit entsprechenden Jahresbeträgen umgesetzt. Die absolute Verschuldung sinkt von 79,91 Mio. EUR in 2017 auf 73,41 Mio. EUR 2018. Die mittelfristige Finanzplanung sieht einen Abbau bis 2021 auf 54,01 Mio. EUR vor.
- Durch den Rückgang der Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen sinkt gegenüber der Planung 2017 der Nettoressourcenbedarf für die Sozial- und Jugendhilfe auf 149,99 Mio. EUR (2016: 156,9 Mio. EUR).
- Bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind jedoch deutliche Steigerungen des Zuschussbedarfs zu verzeichnen.



Die Gründe hierfür sind im wesentlichen:

- Den größten Aufwandsposten im Kreishaushalt stellt die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit ordentlichen Aufwendungen von ca. 70,08 Mio. EUR dar. Dies sind 3,21 Mio. EUR (+4,8 %) mehr als noch im Haushalt 2017 veranschlagt wurden. Auch in den weiteren Jahren ist mit vergleichbaren jährlichen Aufwandssteigerungen zu rechnen.
Ausgelöst ist dies einerseits durch stetig steigende Fallzahlen, andererseits steigen die Entgelte für die einzelnen Leistungen überdurchschnittlich an. Der im Jahr 2010 begonnene Steuerungsprozess wird konsequent fortgesetzt, um den weiteren finanziellen Anstieg zu dämpfen. Ohne eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Bundes können die Aufwendungen für diesen Bereich auf Dauer von den Kommunen jedoch nicht getragen werden. Die kommunale Entlastung in Höhe von jährlich 5 Mrd. EUR ab 2018 wird nur zu einem Teil bei den Stadt- und Landkreisen ankommen. Der Landkreis Reutlingen wird durch die Erhöhung der KdU-Beteiligung rund 2,69 Mio. EUR erhalten. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen werden mit zusätzlichen Umsatzsteueranteilen von ca. 7,7 Mio. EUR partizipieren.
- Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II lagen 2017 in den ersten 5 Monaten die Zahl der Bedarfsgemeinschaften über den Zahlen von 2016. Dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen in den bisherigen acht Monaten des Jahres 2017 gesunken. Die Beendigung der Arbeitslosigkeit bedeutet allerdings nicht die Beendigung des Bezuges von SGB II-Leistungen. Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften korrespondiert mit der Zunahme der bleibeberechtigten Flüchtlinge (KT-Drucksache Nr. IX-0426). Die Aufwendungen und Erträge wurden im Haushaltsplanentwurf 2018 an diese Entwicklung angepasst. Dabei wird jedoch weiterhin eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung unterstellt.
- Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe erhöht sich der Nettoressourcenbedarf insbesondere durch die Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen in Regeleinrichtungen (Schulbegleitung) sowie durch den Anstieg der Vergütungssätze der freien Träger. Der vom Kreistag angeregte Ausbau der eigenen Aufgabenwahrnehmung wurde im Haushaltsplanentwurf umgesetzt. Durch die Schaffung von 4 Stellen sollen die eigenen Leistungen bei der Familientherapie, Gruppenbetreuung, Erziehungsbeistandschaften und Lerntherapien, also im wesentlichen in den Bereichen, in denen der Landkreis schon tätig ist, mit Augenmaß ausgebaut werden. Einer Erhöhung der Personalaufwendungen um 135 TEUR steht eine erwartete Reduzierung der Transferaufwendungen um 430 TEUR entgegen.
- Zur Verbesserung und Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurde das „Zukunftskonzept Kreiskliniken Reutlingen 2018“ entwickelt und die Eckpunkte vom Kreistag am 24.03.2014 (KT-Drucksachen Nr. VIII-0679 bis Nr. VIII-0679/2) befürwortet. Eine Säule dieses Konzepts ist der Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste durch den Alleingesellschafter Landkreis Reutlingen. Im Haushaltsplanentwurf wurden zum Ausgleich der im Jahr 2015 entstandenen Bilanzverluste bei der Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser aus heutiger Sicht letztmalig 0,45 Mio. EUR eingestellt.
- Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit steigen um 4,97 Mio. EUR auf 13,8 Mio. EUR. Auch im Bereich der Unterhaltung von Gebäuden und Straßen steigen die Aufwendungen. Mit diesen Ansätzen können die vom Kreistag in der Klausurtagung ge-



setzten Schwerpunkte Sanierung der Infrastruktur und Erhalt des Vermögens angegangen werden.

Nachdem die Jahre von 2006 bis 2010 genutzt wurden, um die Verschuldung des Landkreises von ca. 81,5 Mio. EUR auf ca. 56,9 Mio. EUR zurückzuführen, ist der Schuldenstand des Landkreises seit 2011 wegen der Finanzierung der Investitionen in den Kreiskliniken und den Beruflichen Schulen wieder deutlich angestiegen. Zum 31.12.2017 wird die Verschuldung des Landkreises (ohne Kassenkredite und Kredite Kreiskliniken) voraussichtlich bei ca. 79,91 Mio. EUR liegen. Nach der aktuellen Schuldenstandstatistik des Statistischen Landesamts hat der Landkreis Reutlingen die sechsthöchste Pro-Kopf-Verschuldung der Landkreise in Baden-Württemberg. Die gute wirtschaftliche Lage soll daher wie in der Kreistagsklausur gemeinsam festgestellt für einen Schuldenabbau genutzt werden.

3.5 Wesentliche Eckwerte des Entwurfs des Haushalts 2018

	Entwurf 2018 EUR	Plan 2017 EUR
Gesamtergebnishaushalt		
Summe der ordentlichen Erträge	350.905.424	342.211.605
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-341.214.061	-342.211.605
Ordentliches Ergebnis	9.691.362	0
Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden	414.870.784	391.083.615
Hebesatz der Kreisumlage	33,50%	34,25%
Aufkommen aus der Kreisumlage	138.981.000	133.946.000
Gesamtfinanzhaushalt		
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verw.tätigkeit	15.048.338	4.726.907
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.168.100	3.342.500
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-13.798.850	-8.825.750
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.417.588	-756.343
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-6.500.000	-2.700.000
Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des HH-jahres	-3.082.412	-3.456.343



3.6 Gesamtergebnishaushalt - Übersicht über die Erträge und Aufwendungen des Entwurfs des Haushalts 2018

Die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen des Gesamtergebnishaushalts ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht.

lfd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Entwurf 2018 EUR 1	Plan 2017 EUR 2
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.550.000	1.500.000
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	284.295.377	267.491.650
3	+	Sonstige Transfererträge	9.881.500	7.802.500
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	10.729.150	11.511.873
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.695.750	1.685.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.320.250	49.197.224
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	24.700	41.800
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	30.000	40.000
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	303.746	2.941.558
10	=	Ordentliche Erträge	350.830.474	342.211.605
11	-	Personalaufwendungen	-54.961.193	-52.285.005
12	-	Versorgungsaufwendungen	-369.150	-463.600
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-26.393.100	-29.673.610
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-9.227.349	-10.383.887
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.757.100	-2.237.100
16	-	Transferaufwendungen	-137.258.990	-132.289.670
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-111.247.179	-114.878.733
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-341.214.061	-342.211.605
19	=	Ordentliches Ergebnis	9.616.412	0
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	9.616.412	0
22	+	Außerordentliche Erträge	0	0
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	0	0
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	9.616.412	0



3.6.1 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen

Erträge

Ifd. Nr. 1 - Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Jagdsteuer und die Weitergabe der Nettoentlastung des Landes durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger. Seit dem Jagdjahr 2013 wird keine Jagdsteuer mehr erhoben (KT-Drucksachen Nr. VIII-0181 bis Nr. VIII-0181/3).

Der Ansatz entwickelt sich wie folgt:

Steuern und ähnliche Abgaben	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Leistungen des Landes wegen der Umsetzung der Grundsicherung	1.550.000	1.500.000
Summe	1.550.000	1.500.000

Auf Basis des Ergebnisses 2017 wird mit höheren Erträgen von 50 TEUR (3,3 %) gerechnet.

Ifd. Nr. 2 - Zuweisungen und Zuschüsse

Zu den Zuweisungen und Zuschüssen gehören insbesondere die Schlüsselzuweisungen vom Land, die weiteren Zuweisungen vom Land nach dem FAG (u.a. Bußgelder, Verwaltungsgebühren usw.), die Grunderwerbsteuer sowie die Kreisumlage.

Die wesentlichen Ansätze entwickeln sich folgendermaßen:

Laufende Zuwendungen	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Schlüsselzuweisungen vom Land (mangelnde Steuerkraft)	34.200.000	33.507.000
Zuweisungen Land § 11 (1) FAG (Einwohner)	3.163.000	3.163.000
Zuweisungen Land § 11 (3) FAG (Verwaltungsgebühren incl. Vermessungs- und Katastergebühren)	6.475.900	6.001.669
Zuweisungen Land § 11 (3) FAG (Buß-/Zwangsgelder)	2.749.550	2.264.150
Zuweisungen Land § 11 (4) FAG (Sonderbehörden – Eingliederungsgesetz)	3.338.000	3.259.500
Zuweisungen Land § 11 (5) FAG (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz)	9.754.000	9.456.000
Zuweisungen Land § 17 FAG (Sachkostenbeiträge)	8.207.400	7.955.300
Zuweisungen Land § 18 (3) FAG (Schülerbeförderung)	4.496.000	4.477.600
Zuweisungen Land § 25 FAG (Verkehrslastenausgleich)	2.424.000	2.428.000
Zuweisungen Land § 29c FAG (Förderung der Kleinkindbetreuung)	2.900.000	2.130.000
Ausgleichsleistungen Bund Grundsicherung	16.724.500	15.485.000
Sozialhilfelausgleich § 21 FAG	2.120.000	1.849.000



Zuweisung Aufkommen Grunderwerbsteuer	15.000.000	14.000.000
Auflösungen Sonderposten aus Zuweisungen Bund, Land u. Kommunen	2.019.227	1.944.131
Kreisumlage	138.981.000	133.946.000
Zuweisungen nach § 22 FAG (Status-Quo-Ausgleich)	6.000.000	5.950.000
Bundesbeteiligung für KdU nach § 46 SGB II	17.748.000	16.830.000
Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (AusgleichsG)	785.000	488.00
Förderung der Integration und Betreuung von UMA § 29d FAG	285.000	280.000
Sonstige laufende Zuwendungen	6.924.800	2.077.300
Summe	284.295.377	267.491.650

Schlüsselzuweisungen (Produktgruppe 61.10)

Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen 2018 von 0,69 Mio. EUR (2,07 %) ist auf den Anstieg des Kopfbetrags zurückzuführen.

Zuweisungen nach Einwohnerzahl (Produktgruppe 61.10)

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung lag die Bevölkerungsfortschreibung noch nicht vor.

Verwaltungs-, Vermessungs- und Katastergebühren

Die Planansätze orientieren sich an der aktuellen Hochrechnung für 2017.

Buß- und Zwangsgelder

Im Jahr 2016 konnten bei den Buß- und Zwangsgeldern Erträge in Höhe von 2,37 Mio. EUR erzielt werden. Der Planansatz 2018 wurde gegenüber dem Rechnungsergebnis 2016 um 16,2 % erhöht.

Zuweisungen für die Sonderbehördeneingliederung 1995 (Produktgruppe 61.10)

Der landesweite Zuweisungsbetrag wird voraussichtlich um 3,2 Mio. EUR erhöht. Dies führt beim Landkreis Reutlingen zu Mehrerträgen von 78,5 TEUR.

Zuweisungen für die Verwaltungsstrukturreform 2005 (Produktgruppe 61.10)

Der landesweite Zuweisungsbetrag wird voraussichtlich um 10,7 Mio. EUR erhöht. Dies führt beim Landkreis Reutlingen zu Mehrerträgen von 298 TEUR.

Sachkostenbeiträge

Durch die Erhöhung der Sachkostenbeiträge nach § 17 FAG für die Berufsfachschulen und die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren wurden höhere Erträge von 252,1 TEUR geplant.

Bundesbeteiligung an der Grundsicherung

Seit dem 01.01.2014 übernimmt der Bund 100 % der Nettoaufgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Die höheren Erträge sind durch höhere Aufwendungen begründet.

**Soziallastenausgleich**

Die Modellberechnung lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vor. Es werden höhere Erträge von 271 TEUR erwartet.

Aufkommen Grunderwerbsteuer (Produktgruppe 61.10)

Beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer wird weiterhin der Erwartung auf ein anhaltendes Wirtschaftswachstum Rechnung getragen. Der Ansatz orientiert sich an der Prognose für das Haushaltsjahr 2017.

Kreisumlage (Produktgruppe 61.10)

In der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplans 2017 wurde für das Haushaltsjahr 2018 ein Anstieg der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen von 2 % zu Grunde gelegt. Für den Ausgleich von Bilanzverlusten der Kreiskliniken Reutlingen GmbH waren in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2018 0,45 Mio. EUR eingestellt. Auf Grundlage dieser Prämissen war für 2018 mit einem Aufkommen aus der Kreisumlage in Höhe von 140,30 Mio. EUR bei einem Hebesatz von 35,00 % geplant worden.

Aufgrund geringerer Aufwendungen und einem stärkeren Anstieg der Steuerkraftsummen ist eine geringere Anpassung des Aufkommens aus der Kreisumlage auf 138,98 Mio. EUR erforderlich. Der Kreisumlagehebesatz kann um 0,75 %-Punkte auf 33,50 % abgesenkt werden.

Bundesbeteiligung für KdU nach § 46 SGB II

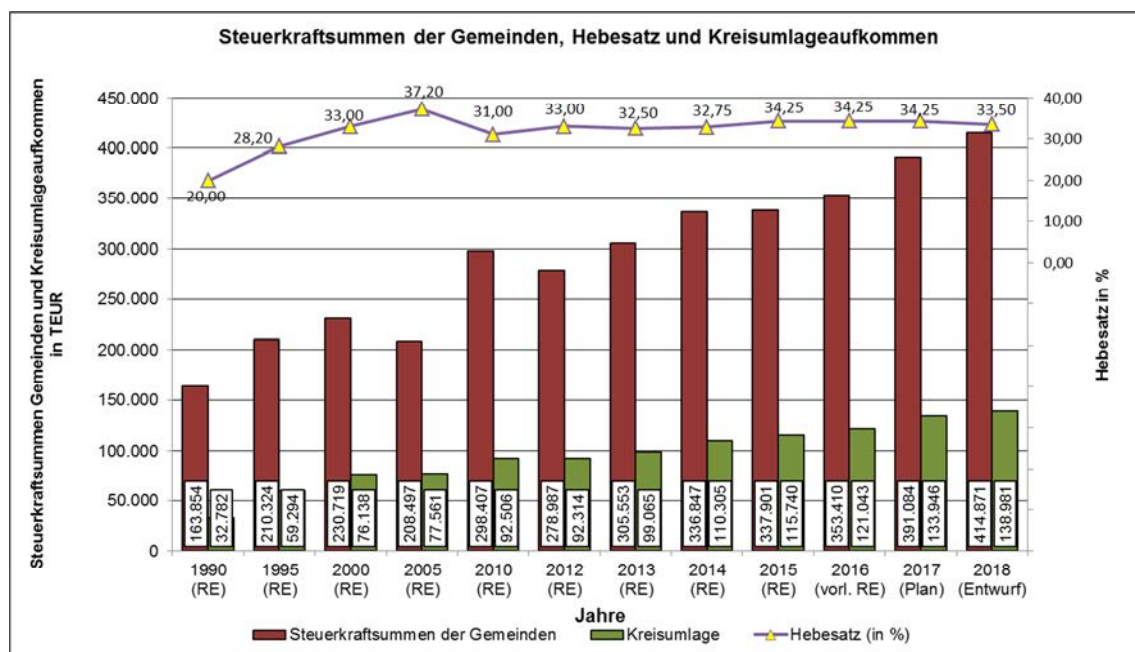
Der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) steigt im Jahr 2018 auf 52,2 % (2017: 51,7 %).

Sonstige laufende Zuwendungen

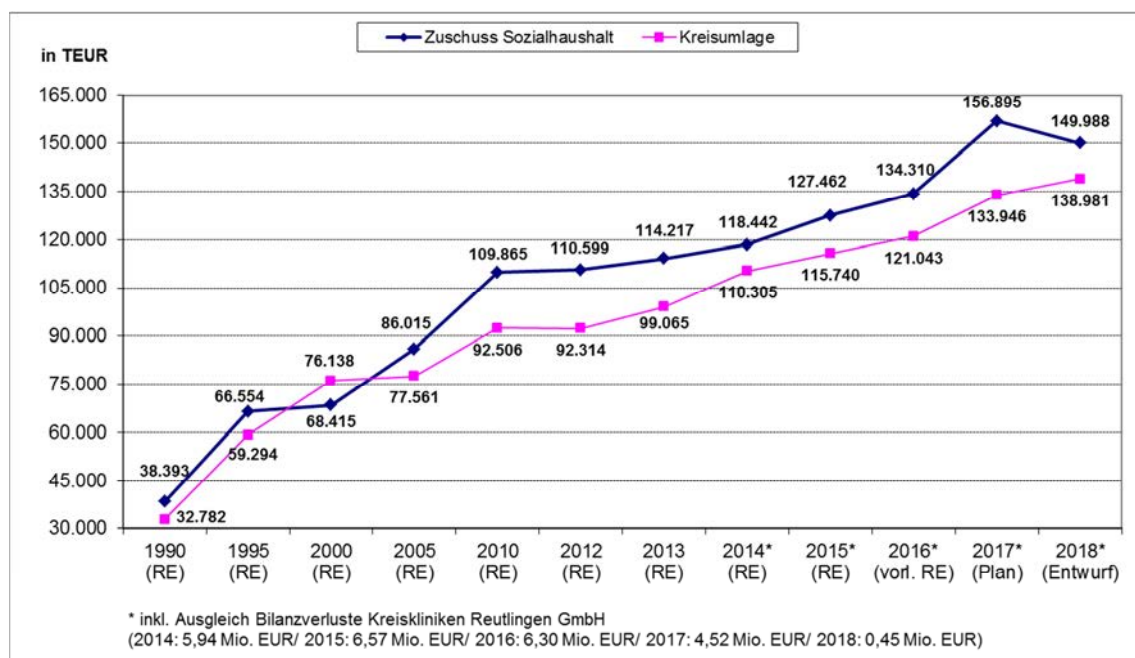
Zu den sonstigen laufenden Zuwendungen gehören u.a. die sonstigen Zuweisungen für laufende Zwecke von Bund und Land, die Zuweisungen vom Land nach §§ 28 und 29 FAG. Die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG wurden kommunalisiert. Daher sind die Erträge von 4,68 Mio. EUR und die entsprechenden Aufwendungen erstmals im Kreishaushalt zu veranschlagen.



Das nachfolgende Schaubild zeigt die Entwicklungen der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden, des Hebesatzes und des Kreisumlageaufkommens:



Die Erträge aus der Kreisumlage decken - wie auch in den Vorjahren - den Zuschussbedarf für den sozialen Bereich bei weitem nicht ab.





	Kreisumlage		Sozialhaushalt	
	Hebesatz %	- 1000 EUR -	Zuschussbedarf - 1000 EUR -	Deckung durch Kreisumlage in %
1990	20,0	32.782	38.393	85,4
1995	28,2	59.294	66.554	89,1
2000	33,0	76.138	68.415	111,3
2005	37,2	77.561	86.015	90,2
2008	33,5	86.613	95.813	90,4
2009	31,0	91.202	104.513	87,3
2010	31,0	92.506	109.865	84,2
2011	32,5	86.995	108.371	80,3
2012	33,0	92.314	110.599	83,5
2013	32,5	99.065	114.217	86,7
2014	32,75	110.305	118.442	93,1
2015	34,25	115.740	127.462	90,8
2016	34,25	121.043	134.310	90,1
2017	34,25	133.946	156.895	85,4
2018	33,50	138.981	149.988	92,7

Anmerkung:

1990 - 2015 Rechnungsergebnisse, 2016 vorl. Rechnungsergebnis, 2017 Haushaltsplan, 2018 Haushaltsplan-Entwurf

Status-Quo-Ausgleich

Die Berechnung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg zum Status-Quo-Ausgleich (§ 22 FAG) lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vor. Es wird mit Erträgen von ca. 6,0 Mio. EUR gerechnet.

Ifd. Nr. 3 - Sonstige Transfererträge

Zu den sonstigen Transfererträgen zählen insbesondere die Ersätze von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Sonstige Transfererträge	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht (THH 4)	6.460.500	4.655.500
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (THH 5)	3.400.000	3.126.000
Sonstige Transfererträge	21.000	21.000
Summe	9.881.500	7.802.500

Die Erträge bei den Sozialen Hilfen und Schwerbehindertenrecht (THH 4) wurden an die Prognose für 2017 angepasst.

Ifd. Nr. 4 - Gebühren und ähnliche Abgaben

Hierunter fallen insbesondere die Abfallgebühren, die Gebühren für die Kindertagesbetreuung, die Schulgelder sowie Entgelte für die Waldschulheimaufenthalte. Die Abfallgebühren einschließlich der Erträge aus der Gebührenrückstellung mit ca. 9,1 Mio. EUR nehmen dabei den größten Anteil ein.

Ifd. Nr. 5 - Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten zählen im Wesentlichen Mieten und Pachten, Verkaufserträge sowie Schadensersatz.



Ifd. Nr. 6 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Als Ersatz für Leistungen an andere Stellen erhält der Landkreis rund 42,32 Mio. EUR. Dazu zählen insbesondere Erstattungen von Bund, Land und Gemeinden für Wahlen, die Inanspruchnahme der Schülerbeförderung, im sozialen Bereich (Kostenerstattungen für die in der ARGE beschäftigten Mitarbeiter, Flüchtlinge, Grundsicherung, andere Jugendhilfeträger usw.), für die Straßenmeistereien sowie für die Waldarbeiter. Für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen wurde eine Erstattung des Landes von 20,4 Mio. EUR geplant, darin ist eine erwartete Nachzahlung für die nachlaufende Spitzabrechnung des Jahres 2016 von 6,0 Mio. EUR enthalten. Bei den Erstattungen von anderen Trägern der Sozialhilfe sind 9,3 Mio. EUR an Erstattungen für die Betreuung, Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kindern und Jugendlicher veranschlagt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Erstattungen vom Bund	2.576.500	2.491.820
Erstattungen vom Land (ohne Asyl)	6.403.600	6.668.094
Erstattungen vom Land (für Asyl) - Flüchtlinge und Asylbewerber	16.170.000	20.422.600
Erstattungen von anderen Trägern der Sozialhilfe sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden	12.204.450	14.937.260
Erstattungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2.895.000	2.579.000
Sonstige Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.070.700	2.098.450
Summe	42.320.250	49.197.224

Ifd. Nr. 7 - Finanzerträge

Hierunter fallen die Zinserträge sowie die Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke schüttet seit 2016 keine Gewinne mehr aus.

Ifd. Nr. 8 - Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierten Eigenleistungen stehen Aufwendungen des Landkreises gegenüber, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Dies sind insbesondere eigene Planungsleistungen beim Neubau von Straßen. Die Leistungen erhöhen das Anlagevermögen und sind vom Finanzhaushalt an den Ergebnishaushalt zu erstatten.

Ifd. Nr. 9 - Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge umfassen z.B. Säumniszuschläge, Mahngebühren und Nebenforderungen aus Vollstreckungen sowie vermischte Erträge. Im Haushalt 2017 war zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses von 2,6 Mio. EUR eingeplant.

Aufwendungen

Ifd. Nr. 11 - Personalaufwendungen

Dies sind Aufwendungen für die Vergütung von Beamten und tariflich Beschäftigten. Bei dieser Aufwandsgruppe sind auch die Rückstellungen für Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen auszuweisen. Der Personalaufwand steigt durch die erwartete Tarifierhöhung für die Beschäftigten, die zeitverzögerte Besoldungsanpassung bei den



Beamten sowie Beförderungen und Stufensteigerungen. Daneben wurden Aufwendungen für dringend erforderliche Stellenschaffungen eingeplant, die zum Teil durch zusätzliche Erträge bzw. geringere Sachaufwendungen gegenfinanziert sind.

Nach dem aktuellen Finanzkennzahlenvergleich des Landkreistags Baden-Württemberg vom September 2017 liegt der Landkreis Reutlingen bei den Personalaufwendungen mit 182 EUR je Einwohner unverändert deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg mit 206 EUR je Einwohner.

lfd. Nr. 12 - Versorgungsaufwendungen

Hier werden die Aufwendungen für das ausgeschiedene Personal und deren Angehörigen incl. Beihilfen veranschlagt.

lfd. Nr. 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen alle Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen von Dritten. Die Aufwendungen hängen mit der Produkterstellung wirtschaftlich zusammen. Dazu gehören die Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Straßen, die Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden, Miete und Pachten für Geräte, Anlagen und Räume, Fuhrpark, Aus- und Fortbildung, Verbrauchsmaterial, Öffentlichkeitsarbeit sowie Lehr- und Lernmittel.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	3.486.950	2.544.950
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	2.238.800	1.678.850
Haltung von Fahrzeugen und Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.172.400	1.200.050
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.892.200	8.454.300
Mieten und Pachten, Leasing	7.177.090	8.325.870
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	1.078.150	1.141.750
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	918.000	893.800
Aufwendungen für EDV	2.651.260	2.114.340
Aufwand für Lehr-, Unterrichts- und Lernmittel	1.059.600	1.136.750
Streugut für Winterdienst	700.000	700.000
Sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	1.018.650	1.482.950
Summe	26.393.100	29.673.610

Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen sowie Mieten und Pachten

Für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wurden geringere Aufwendungen von ca. 4,4 Mio. EUR eingeplant. Für die Unterhaltung der Schulen wurden Mehraufwendungen von 0,9 Mio. EUR eingestellt.

Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Hier werden im Wesentlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen an Straßen, Brücken und Bauwerken sowie für Hangsicherungsmaßnahmen an Kreisstraßen veranschlagt.

Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen

Sämtliche Vermögensgegenstände mit einem Wert von bis zu 1.000 EUR ohne Mehrwertsteuer sind im Ergebnishaushalt zu veranschlagen.



Besondere Aufwendungen für Beschäftigte

Die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, den Betriebsarzt und die Gesundheitsvorsorge werden erhöht.

Sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Für die Integrationsförderung von Flüchtlingen und Betreuung von Asylbewerbern wurden 377 TEUR eingestellt.

Ifd. Nr. 14 - Planmäßige Abschreibungen

Die Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden (Haushaltsjahre) aufgeteilt. Durch den Verkauf bzw. die Auflösung der Mietverträge von Gebäuden für die Unterbringung von Asylbewerbern reduziert sich der Aufwand für die Abschreibungen.

Ifd. Nr. 15 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierunter fallen die Zinsaufwendungen für die Überlassung von Fremdkapital. Durch die Entwicklungen am Kapitalmarkt und den Abbau der absoluten Verschuldung wird ein geringerer Zinsaufwand geplant.

Ifd. Nr. 16 - Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Leistungen an private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinden). Im Einzelnen handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (z. B. Sport und Kultur, Wirtschaftsförderung) und insbesondere um Sozialtransferleistungen (Sozial- und Jugendhilfeleistungen) und allgemeine Zuweisungen und Umlagen (KVJS-Umlage, FAG-Umlage).

Transferaufwendungen	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Land, Gemeinden, Zweckverbände, Unternehmen und übrige Bereiche	12.679.740	7.541.320
Transferaufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe	112.019.250	113.149.350
FAG-Umlage	11.142.000	10.248.000
KVJS-Umlage	1.418.000	1.351.000
Summe	137.258.990	132.289.670

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Bei den Freiwilligkeitsleistungen wurde eine Dynamisierung von 2,0 % eingeplant. Daneben steigen die Aufwendungen durch gestiegene Fallzahlen bei der Kinderbetreuung sowie Steigerungen bei der Schulsozialarbeit. Die Auszahlung der Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG an die privaten Unternehmen von 4,68 Mio. EUR wurde hier erstmals veranschlagt.

Transferaufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe

Die Transferaufwendungen bei der Sozialhilfe gehen von 63,9 Mio. EUR (2017) auf 61,1 Mio. EUR (2018) zurück. Die ist vor allem durch den Rückgang der zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge begründet.



Folgende Veränderungen sind dabei bei den einzelnen Produkten zu verzeichnen:

Transferaufwendungen*)	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Hilfe zur Pflege (Produkt 31.10.01)	4.225.000	4.910.000
Eingliederungshilfe (Produkt 31.10.02)	39.703.000	37.078.000
Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 31.10.05 und 31.10.08)	8.651.500	8.026.400
Hilfen für Flüchtlinge (Produktgruppe 31.30)	6.564.000	12.107.000

*) ausschließlich Soziale Leistungen an natürliche Personen

Bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigen die Transferaufwendungen von 49,3 Mio. EUR (2017) auf 50,95 Mio. EUR (2018).

Transferaufwendungen*)	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36)	50.950.800	49.296.250
davon entfallen auf:		
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36) - UMA	8.984.150	10.740.000
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36) - sonstige (ohne UMA)	41.966.650	38.556.250

*) ausschließlich Soziale Leistungen an natürliche Personen

FAG-Umlage

Im Haushaltsplanansatz ist die Verwendung der in der Jahresrechnung 2016 gebildeten Rückstellung für die FAG-Umlage von 783 TEUR berücksichtigt.

Ifd. Nr. 17 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hierzu gehören insbesondere die Aufwendungen für die Schülerbeförderung, die Erstattungen der Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen, die Kosten für die Unterkunft sowie die Kosten für die Sammlung, den Transport und die Verwertung bzw. Entsorgung der Abfälle. Daneben enthält diese Aufwandsgruppe alle ordentlichen Aufwendungen, die nicht in den bereits beschriebenen Aufwandsgruppen 11 bis 16 und den außerordentlichen Aufwendungen enthalten sind.

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Sonstige Personalaufwendungen und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	202.180	196.685
Rechts- und Beratungskosten	229.000	252.000
Schülerbeförderung	7.644.000	7.481.000
Mitgliedsbeiträge	333.072	317.110
Geschäftsaufwendungen (Bürobedarf/Fachliteratur/Vordrucke/Anzeigen/Sonstige Beratungsleistungen)	2.832.100	3.623.250
Aufwand für Porto und Telekommunikation	648.950	655.700
Dienstreisen	402.000	398.000
Versicherungen und Schadensfälle	941.500	918.950
Erstattungen für Personal an Land (VRG)	343.577	310.310
Erstattungen an private Unternehmen für Winterdienst	300.000	335.000
Erstattung Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen im Rahmen der Delegation	47.467.000	46.073.200



Erstattung an andere Träger der Sozial- und Jugendhilfe	1.203.000	1.769.300
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38.151.000	38.011.000
Aufwendungen für Sammlung, Transport und Verwertung bzw. Entsorgung von Abfällen	8.839.400	8.720.650
Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH	452.000	4.523.000
Erstattungen an übrige Bereiche	1.253.400	1.288.578
Übrige sonstige Aufwendungen	5.000	5.000
Summe	111.247.179	114.878.733

Sonstige Personalaufwendungen und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Die Ansätze wurden an die Prognose für das Haushaltsjahr 2017 angepasst.

Rechts- und Beratungskosten

Durch die Änderungen zum Kontenrahmen und den Zuordnungsvorschriften dürfen bei den Rechts- und Beratungskosten nur noch Gerichts-, Anwalts-, Notar-, Gerichtsvollzieher- und ähnliche Kosten gebucht werden. Die Aufwendungen für Beratungs-, Planungs- und Sachverständigenleistungen sind bei den Geschäftsaufwendungen als sonstige Beratungsleistungen zu veranschlagen.

Schülerbeförderung

Durch den Anstieg der Schülerzahlen steigen die Aufwendungen um 163 TEUR.

Geschäftsaufwendungen

Für die Standortentwicklung Verwaltungsgebäude wurden 500 TEUR und für externe Prüfungs- und Unterstützungsleistungen zur Bearbeitung des Antrags der Stadt Reutlingen auf Gründung eines Stadtkreises wurden 100 TEUR eingeplant.

Erstattung Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen

Die Erstattungsleistungen für die Sozialaufwendungen der Stadt Reutlingen steigen um 1,4 Mio. EUR auf 47,5 Mio. EUR. Bei den wesentlichen Leistungen ergeben sich folgende Veränderungen:

Erstattungsleistungen*)	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Hilfe zur Pflege (Produkt 31.10.01)	5.018.000	5.456.500
Eingliederungshilfe (Produkt 31.10.02)	28.146.500	27.667.000
Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 31.10.05 und 31.10.08)	10.502.000	9.470.600

*) ausschließlich Soziale Leistungen an natürliche Personen

Erstattung an andere Träger der Sozialhilfe

Beim Produkt 36.30.03 individuelle Hilfen für jungen Menschen wurde der Ansatz für die Erstattung an andere Träger an das vorläufige Rechnungsergebnis 2016 und die Hochrechnung 2017 angepasst.

**Grundsicherung für Arbeitsuchende**

Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt. Die Mehraufwendungen sind vor allem durch den zunehmenden Wechsel von anerkannten Asylbewerbern in den Rechtskreis des SGB II begründet. Im Gegenzug beteiligt sich der Bund über die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft an den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen.

Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH

Im Haushaltsplanentwurf wurde der Ausgleich des im Jahr 2015 entstandenen anteiligen Bilanzverlustes von 0,45 Mio. EUR eingeplant.

Ifd. Nr. 25 - Veranschlagtes Gesamtergebnis

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von 9,6 Mio. EUR ab. Die zu erwirtschaftenden Abschreibungen (abzüglich Auflösung von Zuweisungen) von 7,21 Mio. EUR sind um ca. 40 TEUR geringer als die in der Vergangenheit im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaftende Mindestzuführung in Höhe der Kredittilgung von ca. 7,25 Mio. EUR.



3.7 Gesamtfinanzhaushalt – Übersicht über die Ein- und Auszahlungen des Entwurfs des Haushalts 2018

Die Ein- und Auszahlungen des Gesamtfinanzhaushalts ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht:

lfd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Entwurf 2018 EUR	Plan 2017 EUR
			1	2
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	347.542.000	337.060.275
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-332.475.312	-332.333.368
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.066.688	4.726.907
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.000.000	1.670.200
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	101.500	1.605.700
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	66.600	66.600
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.168.100	3.342.500
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-8.960.000	-5.315.000
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.493.850	-1.446.750
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-3.335.000	-2.054.000
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-13.798.850	-8.825.750
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-11.630.750	-5.483.250
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.435.938	-756.343
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	750.000	6.300.000
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-7.250.000	-9.000.000
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-6.500.000	-2.700.000
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des HH-Jahres	-3.064.062	-3.456.343



3.7.1 Erläuterungen zu den einzelnen Ein- und Auszahlungen

Ifd. Nr. 3 - Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit

Um den Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus der Ifd. Verwaltungstätigkeit zu erhalten, müssen die ordentlichen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts um die nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt werden.

	Entwurf 2018 in EUR	Plan 2017 in EUR
Ordentliches Ergebnis	9.691.362	0
zuzüglich Abschreibungen	9.227.349	10.383.887
zuzüglich Aufwand für Nachsorgerückstellung	56.500	53.850
zuzüglich Zuführung zur Rückstellung für Altersteilszeit	237.900	240.500
zuzüglich Zuführung zur Gebührenrückstellung	0	0
abzüglich Ertrag aus Gebührenrückstellung	-1.300.000	-537.642
abzüglich Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	-2.019.227	-1.944.131
abzüglich Auflösung von sonstigen SoPo	-32.546	-13.584
abzüglich Ertrag aus Entnahme ordentlicher Ergebnissrücklage	0	-2.615.974
abzüglich aktivierter Eigenleistungen	-30.000	-40.000
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verw.tätigkeit	15.831.338	5.526.907

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 15,8 Mio. EUR reicht aus, um die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten in Höhe von 7,25 Mio. EUR zu finanzieren. Daneben können die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum Teil gedeckt werden.

Ifd. Nr. 4 - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Unter dieser Position werden die erhaltenen Zuschüsse aus Investitionszuwendungen ausgewiesen. 2018 werden Zuwendungen bzw. Zuschüsse für die Kreiskliniken (Investitionsausschüttung KSK 1,0 Mio. EUR), für die Sanierung der K 6756 Gniebel-Pliezhausen, die Wittlinger Steige (K 6706) sowie für den Erwerb von beweglichen Vermögen der Straßenmeistereien (300 TEUR) eingeplant.

Ifd. Nr. 6 - Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen

Betreffen Veräußerungserlöse für Fahrzeuge und Geräte.

Ifd. Nr. 8 - Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Sind Rückflüsse aus gewährten Darlehen für den Bau von Pflegeheimen.

Ifd. Nr. 10 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Für den Erwerb von Grundstücken zum Ausbau von Straßen wurden 10 TEUR eingeplant.

Ifd. Nr. 11 - Auszahlungen für Baumaßnahmen

Für folgende größere Vorhaben wurden im Haushaltsplanentwurf Mittel eingeplant: Beim Berufsschulzentrum (BSZ) Reutlingen der Anschluss an die Fernwärme (0,5 Mio. EUR), die Generalsanierung des Parkhauses im BSZ Reutlingen (0,6 Mio. EUR), den Neubau der Straßenmeisterei in Münsingen (6,0 Mio. EUR), der Ausbau der K 6756 Gniebel - Pliezhausen (0,85 Mio. EUR),



die Absturzsicherung der K 6706 Wittlinger Steige (0,4 Mio. EUR), die Errichtung von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen (0,15 Mio. EUR) und der Bau von dezentralen Wertstoffhöfen (0,15 Mio. EUR).

Ifd. Nr. 12 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Die geplanten Auszahlungen von 1,49 Mio. EUR liegen geringfügig über dem Ansatz 2017 von 1,45 Mio. EUR. Für Ersatzbeschaffungen bei den Schulen wurden 443 TEUR und für Ersatzbeschaffungen bei den Straßenmeistereien wurden 600 TEUR veranschlagt.

Ifd. Nr. 14 - Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen

Folgende Maßnahmen sollen 2018 gefördert werden: Baumaßnahmen der Kreiskliniken Reutlingen GmbH mit 2,0 Mio. EUR, die Regionalstadtbahn mit 1,295 Mio. EUR sowie das Theater Lindenhof mit 35 TEUR.

Ifd. Nr. 18 - Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/ -fehlbetrag

Die Summe des Zahlungsmittelüberschusses aus Ifd. Verwaltungstätigkeit (Nr. 3) und des Saldos aus Investitionstätigkeit (Nr. 17) ergibt für das Jahr 2018 einen veranschlagten Finanzierungsmittelüberschuss von 3,06 Mio. EUR (2017: - 0,76 Mio. EUR).

Ifd. Nr. 21 - Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Es sind Einzahlungen durch die Aufnahme von Krediten in Höhe von 0,75 Mio. EUR (2017: 5,3 Mio. EUR) sowie Auszahlungen für Tilgungen in Höhe von 7,25 Mio. EUR (2017: 8,0 Mio. EUR) eingeplant. Der geplante Schuldenstand (ohne Kassenkredite) zum 31.12.2017 von 79,91 Mio. EUR soll bis Ende 2017 auf 73,41 Mio. EUR abgebaut werden.

Ifd. Nr. 22 - Finanzierungsmittelbestand (Änderung)

Im Finanzhaushalt wird ein Defizit von 3,06 Mio. EUR ausgewiesen. Der Landkreis wird weiterhin zur Sicherung der Liquidität Kassenkredite in Anspruch nehmen müssen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 40 Mio. EUR, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, soll jedoch nicht erhöht werden.

3.8 Teilhaushalte – Schwerpunkte

Teilhaushalt 1 – Innere Verwaltung

Produktgruppe 11.24 - Grundstücks- und Gebäudemanagement

Folgende Arbeitsschwerpunkte und Projekte sind für 2018 geplant:

- Standortentwicklung für die Verwaltungsgebäude in Reutlingen, Schwerpunkt Vergabeverfahren (Planungskosten 500 TEUR)
- Neubau der Straßenmeisterei Münsingen (6,0 Mio. EUR)

Für den Abriss der Gebäude in der Carl-Zeiss-Straße sowie für das Herrichten des Grundstücks wurden in der mittelfristigen Finanzplanung (2019) 400 TEUR vorgesehen.

**Gebäudebewirtschaftungskosten**

Preiserhöhungen für Energiebeschaffung wurden nicht geplant.

Gebäudeunterhaltung

Bei den Verwaltungsgebäuden in Reutlingen wurden im Hinblick auf den geplanten Neubau nur die notwendigsten Maßnahmen eingeplant.

Geplant ist die Verbesserung der Beleuchtung im großen Sitzungssaal, ein Behinderten-WC in der Bismarckstr. 47 sowie nicht mehr aufschiebbare Renovierungen.

Teilhaushalt 3 - Schule, Kultur und Sport**Produktgruppe 21.20 und 21.30 - Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren sowie berufsbildende Schulen**

Bei den Schülerzahlen ist aufgrund der Lage am Lehrstellenmarkt und der demografischen Entwicklung die Zahl der Teilzeitschüler nur schwer planbar.

Hier sind bis in den Oktober noch Veränderungen zu erwarten.

Bei den Vollzeitschulen wurden gleichbleibende Schülerzahlen geplant.

Die Raumsituation wird sich in Reutlingen weiterhin nicht entspannen. Das Interimsgebäude, das durch die Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule aufgegeben werden sollte, wird daher weiterhin dringend benötigt.

Gebäudeunterhaltung

Schwerpunkte sind Sanierungen im technischen/energetischen Bereich.

Gebäudebewirtschaftungskosten

Preiserhöhungen für Energie wurden nicht geplant.

Beschaffungen

Es wurden vor allem dringend erforderliche Ersatzbeschaffungen in den Haushalt aufgenommen.

Bauinvestitionen

Für das Jahr 2018 sind Investitionen in die Heizungsanlage der Karl-Georg-Haldenwang-Schule und in die technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär, der Sporthalle bei der Georg-Goldstein-Schule geplant. Außerdem ist der Anschluss der Gebäude im BSZ Reutlingen an die Fernwärmeversorgung vorgesehen.

Produktgruppe 21.50 - Sonstige Schulische Aufgaben/Einrichtungen

Diese Produktgruppe umfasst vor allem Mittel für die Kreismedienzentren und die Betriebe gewerblicher Art.

Für die Sanierung des Parkhauses im BSZ Reutlingen wurde im Finanzhaushalt eine erste Rate von 600 TEUR eingeplant.

Produktgruppe 25.21, Kreisarchiv

Arbeitsschwerpunkte sind u.a. die Langzeitarchivierung und Unterstützung bei der Einführung eines Dokumentenmanagements sowie des neuen Aktenplans.

**Produktgruppe 26.10, 26.20, 27.40, 28.10, 42.10 - Kultur, Sport**

Bei den Freiwilligkeitsleistungen wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2 % eingeplant. Für die allgemeine Kulturförderung und die Kulturprojekte wurden 33,4 TEUR eingestellt, darin sind auch Mittel in Höhe von 10 TEUR zur Förderung der Gedenkstätte Grafeneck enthalten und 10,4 TEUR zur Förderung der Inklusions- und Integrationsbeiträge des Kulturzentrums franz.K enthalten.

Zur Förderung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen des Theaters Lindenhof wurde im Finanzhaushalt die 2. Rate des Investitionskostenzuschusses von 35 TEUR eingestellt (KT-Drucksache Nr. IX-0324).

Teilhaushalt 4 - Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht und**Teilhaushalt 5 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

Sozialhaushalt 2018
- Ergebnishaushalt -

	Produktbereich 31 Soziale Hilfen	Produktbereich 37 Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht	Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG Produktgruppe 61.10	Umlage KVJS Produktgruppe 61.10	Summe	Belastung je Kreiseinwohner
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Ordentliche Erträge	65.280.300	0	21.625.650	6.000.000	0	92.905.950	327,62
Ordentliche Aufwendungen	-160.060.705	-938.901	-64.780.023	0	-1.418.000	-227.197.629	-801,17
Ordentliches Ergebnis	-94.780.405	-938.901	-43.154.373	6.000.000	-1.418.000	-134.291.679	-473,56
Kalkulatorisches Ergebnis	-13.136.595	-127.044	-2.432.776			-15.696.415	-55,35
Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-107.917.000	-1.065.945	-45.587.149	6.000.000	-1.418.000	-149.988.094	-528,91

**Teilhaushalt 4 - Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht****Produktbereich 31 - Soziale Hilfen**

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
107,92 Mio. EUR	118,90 Mio. EUR

Der Nettoressourcenbedarf für den Teilhaushalt 4 der sozialen Hilfen beträgt 107,92 Mio. EUR. Dies entspricht einer Reduzierung gegenüber dem Planansatz des Vorjahres um rund 10,98 Mio. EUR (-9,2 %). Der Aufwand für die Transferleistungen liegt bei 142,8 Mio. EUR und sinkt damit gegenüber dem Plan 2017 um rund 1,77 Mio. EUR. Der Aufwand ist nur bedingt steuerbar.

Durch den Rückgang der Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen wurden geringere Aufwendungen von 5,54 Mio. EUR für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz veranschlagt. Daneben konnten Aufwendungen für die Unterbringung um 7,59 Mio. EUR reduziert werden.

Dagegen sind bei den sonstigen Hilfearten Mehraufwendungen zu erwarten. Dies hat im Wesentlichen folgende Gründe:

- Der Großteil der Vergütungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern für die Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe muss 2018 neu verhandelt werden.
- Regelsätze und Fallzahlen werden steigen, komplexe Bedarfslagen mit hohem Hilfebedarf nehmen zu, zudem gibt es Mehraufwendungen durch das Wunsch- und Wahlrecht und steigende Inklusionskosten.
- Es gibt Mindererträge in nahezu allen Produkten (geringere Unterhaltseinnahmen durch geringere Anrechenbarkeit von Einkommen und Vermögen, Änderung der Verbuchungsvorgaben durch den Bund, danach sind Einnahmen primär zur Entlastung der vom Bund eingebrachten Mittel z.B. in der Grundsicherung SGB II/XII zu verbuchen).
- Weiter sind Steigerungen der Bedarfsgemeinschaften im SGB II durch Abschluss der Verfahren von Asylbewerbern zu erwarten und
- weiter steigende Unterkunftskosten bei nahezu allen Produktgruppen.


Produktgruppe 31.10 - Grundversorgung, Grundsicherung und Hilfen nach dem SGB XII

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
78,76 Mio. EUR	78,05 Mio. EUR

Aufgrund der restriktiven Vorgaben in der Bundesauftragsverwaltung, die zum Teil langjährige Regelungen des Nachrangprinzips und der Kostenerstattung in den Sozialhilferichtlinien aushebeln, ist mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt zu rechnen.

Produkt 31.10.01 - Hilfe zur Pflege

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
9,23 Mio. EUR	10,35 Mio. EUR

In der Hilfe zur Pflege ist bei den Transferleistungen voraussichtlich mit einem geringeren Zuschussbedarf von ca. 1,15 Mio. EUR gegenüber dem Plan 2017 zu rechnen.

Durch das Pflegestärkungsgesetz II und III haben sich die Leistungen der Pflegeversicherung für pflegebedürftige Menschen deutlich verbessert. Dadurch vermindern sich die Aufwendungen der Hilfe zur Pflege entsprechend. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass dieser positive Effekt zumindest zum Teil durch Vergütungssteigerungen und auslaufende Besitzstandsregelungen nivelliert wird.

Die strukturellen Verbesserungen des Schiedsspruchs in der Hilfe zur Pflege vom Dezember 2015 und erneut vom 23.02.2017 führen aber zu weiteren Kostensteigerungen. Die zweite Stufe der Verbesserungen wirkt sich in den Vergütungsverhandlungen 2018 in vollem Umfang aus. Die Leistungserbringer haben in der Verhandlungsrunde 2017 neben den Tarif- und allgemeinen Kostensteigerungen in der Regel auch alle möglichen Verbesserungen bei den Personalschlüsseln geltend gemacht. Dies führt durchschnittlich zu Kostensteigerungen von erneut rund 9 % p. a. Ein erhebliches Restrisiko bleiben anhängige Klageverfahren gegen den Schiedsspruch 2017 und nach wie vor noch nicht geeinte Rahmenverträge, das im Haushaltsplanentwurf nicht veranschlagt wurde.

Produkt 31.10.02 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
62,94 Mio. EUR	61,57 Mio. EUR



Bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhöht sich der geplante Nettoressourcenbedarf gegenüber dem Plan 2017 um 1,37 Mio. EUR.

Die Tarif- und Vergütungssteigerungen wirken sich kostensteigernd auf die Einzelfallkosten und das Gesamtbudget aus. Es ist mit erheblichen Mehraufwendungen durch die Einführung der I. und II. Stufe des Bundesteilhabegesetzes zu rechnen. Die I. Stufe führt insbesondere durch die Einführung höherer Einkommens- und Vermögensgrenzen zu einer Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Effekt mit zunehmendem Bekanntwerden der neuen Einkommens- und Vermögensgrenzen verstärken wird. Die II. Stufe führt zu neuen Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben. Inwieweit sich diese kostensteigernd auf das Budget auswirken werden, ist noch nicht prognostizierbar.

Der Bund hat weitere Entlastungen zugesichert; ob und inwieweit sich diese auf das Budget 2018 auswirken werden, ist noch unbekannt.

Die inklusive Beschulung und die zunehmenden Schwierigkeiten, Assistenz- und Anlernkräfte mit niedrigen Stundensätzen zu gewinnen, werden zu einem weiteren Kostenanstieg der Schulinklusionskosten führen. Ein Teil dieser Aufwendungen wird vom Land erstattet. Im Plan 2018 wurden hierfür 385 TEUR vorgesehen.

Die pauschale Erstattung ist nicht kostendeckend und wird nicht für alle Fallkonstellationen gewährt. Somit werden die Aufwendungen nur zum Teil gedeckt.

Die vom Bund für 2018 beschlossene Entlastung der Eingliederungshilfe in Höhe von insgesamt 5 Mrd. EUR wird nur zu einem Teil bei den Stadt- und Landkreisen ankommen. Nach einer Berechnung des Deutschen Landkreistages werden die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg rund 381 Mio. EUR in Form von erhöhten Umsatzsteueranteilen erhalten. Die Stadt- und Landkreise als der Träger der Eingliederungshilfe können lediglich mit einer Entlastung von insgesamt rund 92 Mio. EUR rechnen. Der auf den Landkreis Reutlingen entfallende Betrag wurde mit rund 2,69 Mio. EUR im Haushalt 2018 eingeplant.

Produktgruppe 31.20 - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
18,95 Mio. EUR	19,90 Mio. EUR

Im Jahr 2018 wird sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften durch die wachsende Anzahl der bleibeberechtigten Geflüchteten weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Durch Familiennachzüge ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) größer wird und damit die Aufwendungen steigen. Es wird mit einem Anstieg von 7.300 BG Ende 2017 auf rund 7.600 BG Ende 2018 gerechnet.

Entsprechend steigt auch der Aufwand für die Kosten der Unterkunft bei dieser Produktgruppe.



Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) beläuft sich im Jahr 2018 auf 52,2 % und umfasst nach § 46 SGB II im Jahr 2018 folgende Bestandteile:

- Sockel der Bundesbeteiligung (31,6 %)
- die Beteiligung zur Stärkung der Kommunalfinanzen (7,9 %)
- die Beteiligung für das Bildungs- und Teilhabepaket (4,5 %) und
- die Beteiligung für flüchtlingsbedingte Unterkunftskosten (8,2 %).

Die Bundesbeteiligung an Kosten der Unterkunft wurde mit ca. 17,75 Mio. EUR geplant.

Produktgruppe 31.30 - Hilfe für Flüchtlinge und Aussiedler

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
4,87 Mio. EUR	1,47 Mio. EUR

Zu den Empfängern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gehören neben den Asylbewerbern auch geduldete Ausländer sowie Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Den Planungen für den Haushaltsplanentwurf wurden bei dieser Produktgruppe folgende Personenzahlen zu Grunde gelegt:

	01.01.2018	31.12.2018
Vorläufige Unterbringung:	500 Personen	500 Personen
Anschlussunterbringung:	780 Personen	900 Personen

Die Transferaufwendungen für die Personen in der vorläufigen Unterbringung wurden kostenneutral geplant.

Für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an geduldete Ausländer beträgt der geplante Nettoaufwand (Zuschussbedarf) für die Transferleistungen ca. 3,7 Mio. EUR. Für diese Leistungen erhält der Landkreis keine Erstattungen.

Ein Haushaltsrisiko kann sich bei diesem Personenkreis insbesondere bei den schwer planbaren Kosten für die Krankenhilfe ergeben.

**Teilhaushalt 5 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe****Produktbereich 36 - Kinder- und Jugendhilfe**

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
45,59 Mio. EUR	41,42 Mio. EUR

Der Nettoressourcenbedarf für die Kinder- und Jugendhilfe beträgt inklusive der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz 45,59 Mio. EUR. Davon entfallen auf den reinen Leistungsbereich 30,81 Mio. EUR.

Insbesondere folgende Rahmenbedingungen werden das Haushaltsergebnis 2018 wieder beeinflussen:

1. Die Kostensteigerungen durch die Verhandlungen der Kostensätze, sowohl für die gesamten ambulanten Hilfen als auch die Tagessätze für die stationären Plätze sind nur bedingt steuerbar.
2. Durch die Umsetzung der Inklusion und insbesondere dem zunehmend geäußerten Wunsch von Eltern nach Beschulung ihres Kindes in einer Regelschule wird die Jugendhilfe für die Kosten der Schulbegleitung als Ausfallbürge für die Schulverwaltung des Landes vermehrt in Anspruch genommen werden. Die inzwischen gesetzlich geregelte Kostenerstattung des Landes in Höhe von 400 TEUR, erfolgt jeweils im September eines Kalenderjahres für das vergangene Schuljahr. Sie ist nicht kostendeckend.
3. Die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes und die Weiterentwicklung der „Frühen Hilfen“ werden weitere finanzielle Auswirkungen haben. Es ist davon auszugehen, dass 25% der Familien, die im Rahmen der Frühen Hilfen betreut werden, einen Bedarf an erzieherischen Hilfen vorrangig in ambulanter Form haben.
4. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) ist in 2017 in moderater Anzahl weiter angestiegen. Für die UMAs werden die notwendigen Leistungen der Jugendhilfe gewährt. Diese enden nicht mit dem Erreichen der Volljährigkeit. UMAs haben bei Vorliegen des Bedarfs Anspruch auf Hilfe für junge Volljährige. Die Hilfe wird zumeist bis zum 21. Lebensjahr der UMA gewährt. Daher ist nicht davon auszugehen, dass sich die Fallzahlen in 2018 deutlich reduzieren werden. Das Land Baden-Württemberg erstattet dem Landkreis die für die UMAs angefallenen Jugendhilfeaufwendungen. Die Kostenerstattungen können erst nach Eingang, Prüfung und Bezahlung der Rechnungen also mit entsprechendem Zeitverzug beim Land geltend gemacht werden.
5. Das Kreisjugendamt Reutlingen nimmt schon derzeit Angebots- und Hilfeleistungen für Bürger in seiner Verantwortung wahr. Umfasst werden insbesondere die Hilfen Familientherapie, Gruppenbetreuung, Erziehungsbeistandschaft und Lerntherapie. Diese sollen maßvoll ausgebaut werden. Hierzu ist es notwendig Personalstellen zu schaffen und die Organisationsstruktur im Jugendamt anzupassen. Die neu geschaffenen Stellen werden sukzessive in 2018 besetzt werden.


Produktgruppe 36.20 - Allgemeine Förderung junger Menschen

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
2,37 Mio. EUR	2,31 Mio. EUR

Diese Produktgruppe beinhaltet folgende Leistungen: Förderung der Entwicklung junger Menschen durch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit öffentlicher Träger, Verbände und anderer freier Träger nach §§ 11, 12, 14 SGB VIII; Offene Kinder- und Jugendarbeit durch die Kommune und freie Träger; Förderung von jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind nach § 13 SGB VIII.

Wesentlicher Bestandteil ist die Schulsozialarbeit, die an allen Schularten gefördert wird. Für die Schulsozialarbeit wurden im Haushaltsplanentwurf 1,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR) eingestellt. Das Land ist 2012 in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen. Daher hat der Landkreis (vgl. KT-Drucksache Nr. VIII-0642) seine Förderkriterien angepasst und weitere Schularten aufgenommen. Die wesentlichen Aufwendungen betreffen eine Pauschalstellenförderung aus der Jugendhilfe von 18.077 EUR pro Vollzeitstelle. Voraussetzung ist ein Mindeststellenumfang von 50 %. Der Bedarf lag im Jahr 2017 bei ca. 54,8 Stellen und erhöht sich 2018 auf ca. 58,50 Stellen im ersten Halbjahr. Neben den Aufwendungen der Jugendhilfe, entsteht Mittelbedarf für die Beruflichen Schulen als Schulträger. Integriert in die Schulsozialarbeit ist die Förderung der Jugendberufshilfe an den beruflichen Schulen. Weitere wesentliche Leistungsbestandteile sind die Förderung der Mobilen Jugendarbeit, das Schulverweigerungsprojekt, die Förderung der Kulturwerkstatt sowie die Einzelfallhilfen zum Schulbesuch der Christian-Morgenstern-Schule.

In dieser Produktgruppe sind auch Erträge und Aufwendungen für minderjährige Flüchtlinge eingestellt, für die ein Angebot im Rahmen der Jugendsozialarbeit ausreichend ist.

Produktgruppe 36.30 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
34,97 Mio. EUR	30,57 Mio. EUR

Die Produktgruppe beinhaltet die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie, die Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung, die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige.

**Produkt 36.30.03 - Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien**

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
27,36 Mio. EUR	25,28 Mio. EUR

Dieses Produkt beinhaltet folgende Aufgaben:

Hilfen zur Erziehung §§ 27 bis 35 SGB VIII

Der Zuschussbedarf für die Transferleistungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung beläuft sich auf 15,3 Mio. EUR. Die Fallzahlen konnten prognostisch nach einem hohen Stand in 2015 und 2016 schon in 2017 etwas reduziert werden. Für 2018 ist von derselben Entwicklung auszugehen. Allerdings lassen sich gesellschaftliche Entwicklungen wie Orientierungslosigkeit und mangelnde Kompetenzen in der Erziehungsfähigkeit der Eltern sowie Teilhabebeeinträchtigungen und mangelnde gesellschaftliche Integration kaum beeinflussen und führen zu steigenden Bedarfen in der Jugendhilfe.

Bei den stationären Hilfen wurden auch im Jahr 2017 mehr Kinder/Jugendliche in Pflegefamilien untergebracht. Diese Entwicklung wird weiterhin als fachlich richtig bewertet und forciert.

Bei den Heimerziehungen muss damit gerechnet werden, dass die Aufwendungen steigen, da die Träger Entgeltverhandlungen führen und auch Tarifierhöhungen sowie die Änderungen aus dem Rahmenvertrag einfordern. Nach wie vor zeichnen sich die Fälle durch ihre Komplexität und eine damit verbundene Kostenintensität aus. Teilweise werden für junge Menschen mit besonders hohen Belastungen spezialisierte und therapeutische Einrichtungen benötigt.

Das Kreisjugendamt nimmt bereits derzeit Leistungen bei der Familientherapie, Gruppenbetreuung, Erziehungsbeistandschaften und Lerntherapie in eigener Verantwortung wahr. Diese werden in 2018 mit Augenmaß durch Schaffen von vier Personalstellen ausgebaut. Hierfür werden anteilige Personalaufwendungen von 0,14 Mio. EUR anfallen. Dem gegenüber steht eine Reduzierung der Transferaufwendungen von 0,43 Mio. EUR.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII), Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII), Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII)

Der Zuschussbedarf für die Transferleistungen in diesem Bereich beläuft sich auf ca. 8,6 Mio. EUR. Bei seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen steigt der Bedarf vor dem Hintergrund der UN-Konvention weiterhin an. Insbesondere die Beschulung ist ohne Schulbegleitung oder sonstigen Hilfen nicht möglich. Die pauschalisierte Erstattung des Landes für diesen Personenkreis in Höhe von 400 TEUR wird bei weitem nicht den Aufwand decken. Durch ein neues Konzept im Rahmen der Schulbegleitung wird die Hilfe qualitativ verändert und führt zu einer Reduzierung des Aufwandes. Diese kann noch nicht beziffert werden. Das Konzept sieht im Wesentlichen vor, die bisher üblichen Einzelbetreuungen durch eine gruppenbezogene Lösung zu ersetzen. Dadurch können die Schulbegleitungen deutlich bedarfsgerechter eingesetzt werden.

Es ist davon auszugehen, dass das neue Konzept zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 im September 2018 umgesetzt werden kann.



Produktgruppe 36.50 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
5,79 Mio. EUR	5,16 Mio. EUR

Diese Produktgruppe beinhaltet folgende Leistungen: Familienergänzende Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern von 0 – 14 Jahren in unterschiedlichen Angebotsformen mit oder ohne Verpflegung. In den Bereichen der Einzelförderung (Übernahme von Teilnahmebeiträgen, Gewährung von Tagespflegegeld) beträgt der Zuschussbedarf für die Transferleistungen 3,95 Mio. EUR. Seit 01.08.2013 hat jedes Kind ab dem ersten Geburtstag einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Dieser kann sowohl in einer Einrichtung als auch bei einer Tagespflegeperson in Anspruch genommen werden. Dies bedeutet zum einen, dass die Aufwendungen für individuelle Einzelförderung von Kindern, vor allem der 0 - 3-jährigen weiter steigen werden. Zum anderen wird die Zuwendung an den Tagesmütterverein höher, da dieser mehr Vermittlungen sicherstellen muss.

Zum 01.07.2017 wurden die laufenden Geldleistungen für Kinder Ü3 auf 5,50 EUR angehoben. Zum 01.10.2017 trat die geänderte Kostenbeitragstabelle in Kraft. Die FAG-Zuweisung wird erst Anfang 2018 mitgeteilt. Die Auswertung der Auswirkungen auf den Kreishaushalt kann erst nach erfolgter Umstellung aller Fälle erfolgen. Hierüber wird den Gremien berichtet.

Produktgruppe 36.80 - Kooperation und Vernetzung

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
1,42 Mio. EUR	1,80 Mio. EUR

Die Produktgruppe umfasst zum einen das Produkt Frühe Hilfen, in dem es zu einem wesentlichen Teil um Vernetzung von Angeboten für Schwangere, alleinerziehende Mütter und Väter und Familien mit Kindern im Alter von 0-3 Jahren geht und zum anderen Leistungen, die als Querschnittsaufgabe bezogen auf die Produktgruppen 36.20 bis 36.50 erbracht werden.

**Produktgruppe 36.90 - Unterhaltsvorschussleistungen**

Nettoressourcenbedarf	
Entwurf 2018	Plan 2017
1,04 Mio. EUR	1,57 Mio. EUR

Am 01.07.2017 trat die Erweiterung des Unterhaltsvorschussgesetzes mit folgender Regelung in Kraft:

- die Förderhöchstbezugsdauer von bislang 72 Monaten entfiel komplett
- künftig haben auch Kinder ab dem 12. Lebensjahr bis zur Volljährigkeit einen Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistungen.
- für Kinder, die sich im Bezug von SGB II Leistungen befinden bzw. deren Eltern SGB II Leistungen beziehen, ist eine individuelle Prüfung vorzunehmen.

Bis zum 30.06.2017 galt die sogenannte Drittelregelung. Danach trugen Bund, Land und Kommune den Nettoressourcenbedarf zu je einem Drittel. Mit der Gesetzesänderung hat sich der Bund bereit erklärt, die durch die Ausweitung entstehenden Aufwendungen mit 40 % zu tragen. Es wird davon ausgegangen, dass sich auch das Land an den Kosten für den Aufwand durch die Ausweitung der Leistungsansprüche beteiligt.

Für das Jahr 2018 wird von Bruttoausgaben mit 3,4 Mio. EUR ausgegangen. Die bisher sehr gute Rückgriffquote des Landkreises wird sich durch die Ausweitung des berechtigten Personenkreises verschlechtern. Zum einen kann der Rückgriff beim unterhaltspflichtigen Elternteil nur mit zeitlichem Verzug zur Bewilligung erfolgen. Ist z.B. ein gerichtlicher Titel zu erwirken, ist von einem Zeitraum von ca. 1 Jahr nach Bewilligung auszugehen. Zum anderen können Forderungen beim Unterhaltspflichtigen, der sich dann im Bezug von Leistungen nach SGB II befindet, wie bei allen anderen Land- und Stadtkreisen nicht wie bisher verfolgt werden. Für 2018 wird von einer Rückgriffquote mit 35 % ausgegangen. Im Jahr 2016 lag der Landkreis Reutlingen landesweit an erster Stelle mit einer Quote von 52,11 %. In den Jahren 2011 - 2015 bewegte sich der Landkreis zwischen Platz 1 und 6 im landesweiten Kreisvergleich.



Entwicklung der sozialen Leistungen*				
Produktgruppe	Ansatz		IST	
	2018 EUR	2017 EUR	2016 EUR	2015 EUR
Bezeichnung				
Zusammenstellung der Leistungen und der Ersätze/Erstattungen der sozialen Leistungen .				
Die Gesamtsummen betragen:				
31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (u.a. Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, Grundsicherung)				
Erträge / Einnahmen	25.220.000	21.818.000	23.330.379	22.849.100
Aufwendungen / Ausgaben	99.347.450	95.530.700	92.489.438	84.625.464
Ergebnis	74.127.450	73.712.700	69.159.059	61.776.365
31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II				
Erträge / Einnahmen	19.858.000	18.827.000	12.517.919	12.349.100
Aufwendungen / Ausgaben	36.541.000	36.586.000	28.629.926	26.754.341
Ergebnis	16.683.000	17.759.000	16.112.007	14.405.241
31.30 Hilfen für Flüchtlinge				
Erträge / Einnahmen (incl. Rechn.-Abgrenz.)	2.850.500	11.730.000	14.821.685	6.754.869
Aufwendungen / Ausgaben	6.564.000	12.107.000	15.269.370	8.626.832
Ergebnis	3.713.500	377.000	447.685	1.871.963
31.50 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz				
Erträge / Einnahmen	0	0	0	0
Aufwendungen / Ausgaben	85.000	85.000	108.412	111.922
Ergebnis	85.000	85.000	108.412	111.922
31.90 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6 b BKGG				
Erträge / Einnahmen	1.500	3.000	1.117	2.997
Aufwendungen / Ausgaben	289.000	289.000	202.289	196.624
Ergebnis	287.500	286.000	201.172	193.627
36.20 Jugendsozialarbeit				
36.30 Hilfen für junge Menschen und Familien				
36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege				
Erträge / Einnahmen	17.609.750	19.187.660	9.186.149	6.146.343
Aufwendungen / Ausgaben	47.920.800	46.256.250	43.429.254	33.573.985
Ergebnis	30.311.050	27.068.590	34.243.105	27.427.642
36.90 Unterhaltsvorschussleistungen				
Erträge / Einnahmen	2.903.300	2.766.000	1.432.258	1.393.480
Aufwendungen / Ausgaben	3.400.000	3.400.000	1.699.588	1.683.491
Ergebnis	496.700	634.000	267.330	290.011
61.10 Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG				
Erträge / Einnahmen	6.000.000	5.950.000	6.691.007	6.296.449
Gesamterträge / - einnahmen	74.443.050	80.281.660	67.980.515	55.792.337
Gesamtaufwendungen / -ausgaben	194.147.250	194.253.950	181.828.278	155.572.660
Gesamtergebnis	119.704.200	113.972.290	113.847.764	99.780.323

* ausschließlich Soziale Leistungen an natürliche Personen

**Teilhaushalt 6 - Gesundheit****Produktgruppe 41.10 - Krankenhäuser**

Zur Verbesserung und Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurde das „Zukunftskonzept Kreiskliniken Reutlingen 2018“ entwickelt und die Eckpunkte vom Kreistag am 24.03.2014 (KT-Drucksachen Nr. VIII-0679 bis VIII-0679/2) befürwortet. Eine wesentliche Säule dieses Konzepts ist der Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste durch den Alleingesellschafter Landkreis Reutlingen. Der bis zum 31.12.2011 entstandene Bilanzverlust von 5,94 Mio. EUR wurde 2014 ausgeglichen (KT-Drucksache Nr. VIII-703). Der im Geschäftsjahr 2012 entstandene anteilige Bilanzverlust von 6,58 Mio. EUR wurde 2015 (KT-Drucksache Nr. IX-0102), der im Geschäftsjahr 2013 entstandene anteilige Bilanzverlust von 6,3 Mio. EUR wurde 2016 (KT-Drucksache Nr. IX-0229) und der im Geschäftsjahr 2014 entstandene anteilige Bilanzverlust von 4,52 Mio. EUR (KT-Drucksache Nr. IX-0361) wurde im Jahr 2017 ausgeglichen. Im Haushaltsplanentwurf werden zum Ausgleich des im Jahr 2015 entstandenen anteiligen Bilanzverlusts bei der Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser 0,45 Mio. EUR eingestellt. Damit werden die bis 31.12.2015 entstandenen Bilanzverluste in Höhe von 23,79 Mio. EUR vollständig ausgeglichen. Die Kreiskliniken Reutlingen GmbH musste im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2016 noch einen Jahresfehlbetrag von 2,14 Mio. EUR (2015: -4,98 Mio. EUR) verzeichnen. Damit ist erstmals seit 2010 kein weiterer Bilanzverlust entstanden. Auch im Jahr 2017 ist mit keinem Bilanzverlust zu rechnen. Der Verwaltungsausschuss wurde in den Sitzungen am 15.05.2017 und 17.07.2016 hierüber unterrichtet. Daneben fördert der Landkreis die Investitionen der Kreiskliniken. Im Finanzhaushalt und in der Finanzplanung 2017 bis 2021 werden jährlich 2,0 Mio. EUR Investitionszuschüsse eingeplant.

Teilhaushalt 7 - Räumliche Planung und Entwicklung**Produktgruppe 51.10 - ÖPNV-Konzepte und Nahverkehrsplanung**

Seit 2016 läuft der Fortschreibungsprozess des Nahverkehrsplanes, für dessen konzeptionelle Begleitung auch im Haushaltsjahr 2018 weitere Mittel für Gutachterleistungen und für rechtliche Beratung notwendig werden. Es werden insgesamt 60 TEUR eingeplant. Der Prozess soll spätestens im Frühjahr 2019 abgeschlossen werden. Parallel hierzu laufen vorbereitende Planungen für weitere Regiobuslinien und die zukünftige Vergabe von ÖPNV-Dienstleistungen.

Teilhaushalt 9 - Abfallwirtschaft**Produktgruppe 53.70 - Abfallwirtschaft**

Mit der Umsetzung des vom Kreistag beschlossenen Abfallwirtschaftskonzeptes im Entsorgungsgebiet des Landkreises Reutlingen sollen die Fehlwürfe bei der Restmüllsammlung verringert und die Sammelmenge bei der Biomüllfraktion erhöht werden. Bereits im laufenden Jahr 2016 zeichnen sich zurückgehende Restmüllmengen und im Gegenzug steigende Biomüllmengen ab. Die Fortschreibung der Abfallbilanz wird erste Ergebnisse über ein geändertes abfallwirtschaftliches Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zeigen.



Teilhaushalt 10 - Verkehr und ÖPNV

Produktgruppe 54.20 Kreisstraßen

Im Rahmen des vom Kreistag beschlossenen Investitionsprogramms erfolgt die Sanierung und Verbesserung des Kreisstraßennetzes mit einer Länge von 268,8 km (Baulast Landkreis). Dieses Investitionsprogramm für Kreisstraßen wird jährlich fortgeschrieben. Der Ausschuss für technische Fragen und Umweltschutz befasste sich in seiner Sitzung am 26.09.2016 mit der Fortschreibung für die Jahre 2017 – 2020 (KT-Drucksache Nr. IX-0285).

Der mittelfristige Investitionsrahmen im Bereich der Kreisstraßen ergibt folgendes Bild (in 1.000 EUR):

Plan	2018	2019	2020	2021	Gesamt	jährlich Ø
Investitionen	1.410	2.959	2.335	2.180	8.884	2.221
FAG-Zuschüsse, LGVFG-Mittel	700	0	0	0	700	175
Eigenmittel	710	2.959	2.335	2.180	8.184	2.046

Im Haushaltsplanentwurf 2018 sind für die Investitionen 1,41 Mio. EUR (2017: 3,09 Mio. EUR) bei den Kreisstraßen vorgesehen, der Eigenfinanzierungsanteil liegt bei 0,71 Mio. EUR (2017: 2,96 Mio. EUR). Investitionsschwerpunkt ist im Jahr 2018 der Ausbau K 6716/K 6756 OD Gniebel bis nach Pliezhausen und die Sicherungsmaßnahmen an der K 6706 Wittlinger Steige. Darüber hinaus sind für Belagsarbeiten auf der K 6732 Auffahrt Schloss Lichtenstein, auf der K 6730 OD Genkingen und Zufahrt Roßberg, auf der K 6770 OD Wasserstetten und die Fortsetzung der K 6756 bis zur B 297 im Ergebnishaushalt 1,27 Mio. EUR veranschlagt. Außerdem sind Mittel für kleinere Maßnahmen, Kostenbeteiligungen sowie Kosten für die Vorbereitung der zukünftigen Ausbaumaßnahmen, wie Vermessung, Grunderwerb, Baugrunduntersuchungen und Naturschutzgutachten eingestellt.

Produktgruppe 54.70 - Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Der ÖPNV dient der Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen. Im Landkreis Reutlingen werden Beförderungsleistungen im ÖPNV von den Verkehrsunternehmen bislang im Wesentlichen eigenwirtschaftlich erbracht.

Aufgabe des ÖPNVs wird es auch im Jahr 2018 sein, die bestehenden Angebote zu erhalten und auszubauen. Dazu gehören u.a. Angebote des Anmeldehahnenverkehrs und im Rahmen des Freizeitverkehrs. Die Schnellbuslinie eXpresso unter Beteiligung des Landkreises, der Städte Reutlingen und Pfullingen sowie der Gemeinden Pliezhausen und Walddorfhäslach und der Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft (RSV) wurde im Jahr 2017 mit Fördermitteln des Landes zu einer Regiobuslinie ausgebaut. Die Förderung durch das Land in Höhe von 293,5 TEUR pro Jahr läuft bis Ende 2019. Ebenso wird der Zuschuss an die Erms-Neckar-Bahn AG zur Unterhaltung der Strecke der Ermstalbahn in Höhe von 108 TEUR weitergeführt.



Mit der geplanten Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung werden die bisherigen sog. § 45a PBefG-Leistungen kommunalisiert. In einem ersten Schritt werden die Finanzmittel, die der Landkreis als Aufgabenträger nach § 15 Abs. 2 ÖPNVG erhält, vollständig an die Verkehrs-unternehmen weitergeleitet. Hierfür werden die notwendigen Grundlagen für eine rechtssichere Abwicklung der Zuweisungen für die Finanzierung von Verkehrs- und Tarifleistungen im ÖPNV rechtzeitig geschaffen.

Für das geplante Teilraumkonzept „Südlicher Landkreis“ und für weitere Regionalbuslinien, deren Konzessionen im Jahre 2019 auslaufen, müssen die notwendigen Vergabeverfahren vorbereitet werden, da die vergaberechtliche Übergangsfrist des PBefG 2019 endet. Beim Ausbleiben geeigneter eigenwirtschaftlicher Anträge wird im Jahre 2018 die Ausschreibung erfolgen. Eine Umsetzung der neuen Verkehre wird im Jahr 2019 relevant.

Für den Verkehrsverbund naldo fallen Zahlungen in Höhe von 480 TEUR an. Der Eigenaufwand der Verbundgesellschaft wird sich gegenüber 2017 nur leicht erhöhen.

Der GVFG-Finanzierungsantrag für Modul 1 der Regional-Stadtbahn wurde im Juni 2017 beim Verkehrsministerium Baden-Württemberg gestellt und wird derzeit geprüft. Es liegen alle Planfeststellungsbeschlüsse durch das Regierungspräsidium Tübingen für die 6 Planfeststellungsabschnitte (Ermstalbahn, Bahnhof Metzingen, Ammertalbahn sowie die Haltepunkte in Reutlingen und Tübingen) vor. Das Betriebskonzept wurde durch die DB Netz testiert und sieht einen halbstündlichen Verkehr zwischen Bad Urach und Tübingen sowie Tübingen und Herrenberg vor. Die fahrplantechnische Untersuchung hat außerdem ergeben, dass alle vier neuen Haltepunkte umgesetzt werden können, wenn zwei davon nur stündlich bedient werden.

Als nächster Schritt kann die Ausführungsplanung und Ausschreibung als nächste Projektphase (Phase III - HOAI-Phase 5 bis 7) eingeleitet werden, sobald der Zuwendungsbescheid über die GFVG-Förderung vorliegt oder nach Prüfung und Weiterleitung des Förderantrages durch das Land an den Bund eine Unbedenklichkeitsbescheinigung beantragt würde und die Gremienbeschlüsse vorliegen.

Der Anteil des Landkreises Reutlingen am Projekt in Höhe von 4,3 Mio. EUR - weitere Planungs- und die notwendigen Investitionskosten für Modul 1 - sind im Haushalt 2018 in Höhe von 1,3 Mio. EUR und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2019 und 2020 jeweils in Höhe von 1,5 Mio. EUR eingeplant - vgl. hierzu KT-Drucksache Nr. IX-293/3.

Bund und Land haben die Möglichkeit einer Neusortierung des Gesamtprojektes Regional-Stadtbahn und damit die Bildung weiterer Module eröffnet. Die Projektpartner erarbeiten derzeit ein Umsetzungskonzept für das Gesamtprojekt, in welcher Reihenfolge und in welchen Zeiträumen die weitere Realisierung des Gesamtprojektes über Modul 1 hinaus angestrebt wird.



4. Finanzplan 2017 bis 2021

Der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises liegen die Orientierungsdaten des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2018 vom 19. Juni 2017 zu Grunde. Die angenommene Entwicklung ist sehr optimistisch, dennoch wurden die Indexzahlen für die Entwicklung der Steuerkraftsummen übernommen (2018 = 100 v. H.): 2019 = 104, 2020 = 108 und 2020 = 111. Nach dem Wirtschaftsplan 2017 der Kreiskliniken Reutlingen GmbH entstehen im Finanzplanungszeitraum keine weiteren Bilanzverluste. Es wurde daher keine Bilanzverlustausgleiche mehr eingestellt. Der vom Kreistag mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 (KT-Drucksache Nr. IX-0308/1) mehrheitlich beschlossene und in der Klausurtagung des Kreistags am 14. und 15.07.2017 gesetzte Schwerpunkt - Abbau der absoluten Verschuldung - wurde im Haushalt 2018 und in der mittelfristigen Finanzplanung umgesetzt. In den Jahren 2018 bis 2021 soll die absolute Verschuldung um 25,9 Mio. EUR auf 54,01 Mio. EUR sinken.

Trotz der Umsetzung dieser Planungsprämissen konnte ein stabiler Kreisumlagehebesatz von 33,5 % dargestellt werden. Nach der Planung verschlechtert sich der Finanzierungsmittelbestand von 2017 bis 2021 um ca. 2,68 Mio. EUR. Neben den Risiken der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung besteht ein erhebliches finanzielles Risiko bei der Integration der Geflüchteten. Die vom Bund gewährten höheren KdU-Zuweisungen zur Übernahme der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten sind bis 2019 befristet. Die Zuweisungen für die Integrationskosten werden bisher lediglich bis 2018 gewährt. Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass bei der Integration in Arbeit und Beruf keine schnellen Erfolge erzielt werden können. Auch das Jobcenter im Landkreis Reutlingen bestätigt, dass es viel Zeit, Geduld und Anstrengungsbereitschaft erfordert bis der Leistungsbezug von Flüchtlingen durch Arbeitsaufnahme beendet werden kann. Daher müssen die vom Bund gewährten Zuschüsse über die Jahre 2019 ff. verlängert werden. Darüber hinaus entstehen weitere Kosten für die Betreuung und Schulausbildung der Kinder der Geflüchteten. Auch an diesen Kosten müssen sich Bund und Land künftig beteiligen und die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen finanziell unterstützen. Daneben besteht ein Risiko in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH. Durch die unverändert vorhandene strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch Bund und Land werden auch in den künftigen Jahren auf den Landkreis weitere finanzielle Belastungen zukommen.

Die Investitionstätigkeit des Landkreises steigt 2018 durch den geplanten Neubau der Straßenmeisterei in Münsingen nochmals an und wird ab 2019 zurückgeführt. Für die Kliniken sind im gesamten Finanzplanungszeitraum jährliche Zuschüsse für Investitionen von 2,0 Mio. EUR eingeplant.

Kredite – Schuldendienst

Der bisherige Höchststand der Verschuldung wurde nach Abschluss der großen Klinikinvestitionen und deren Finanzierung im Jahr 2005 mit 81,5 Mio. EUR erreicht. In den Jahren 2006 bis 2009 ermöglichte die positive wirtschaftliche Entwicklung und der Anstieg der kommunalen Steuerkraft auf Kreditaufnahmen bei der Investitionsfinanzierung zu verzichten. Dadurch wurde es möglich, den Schuldenstand in Höhe der jährlichen Tilgung von ca. 5 Mio. EUR um insgesamt 20 Mio. EUR zum 31.12.2009 auf

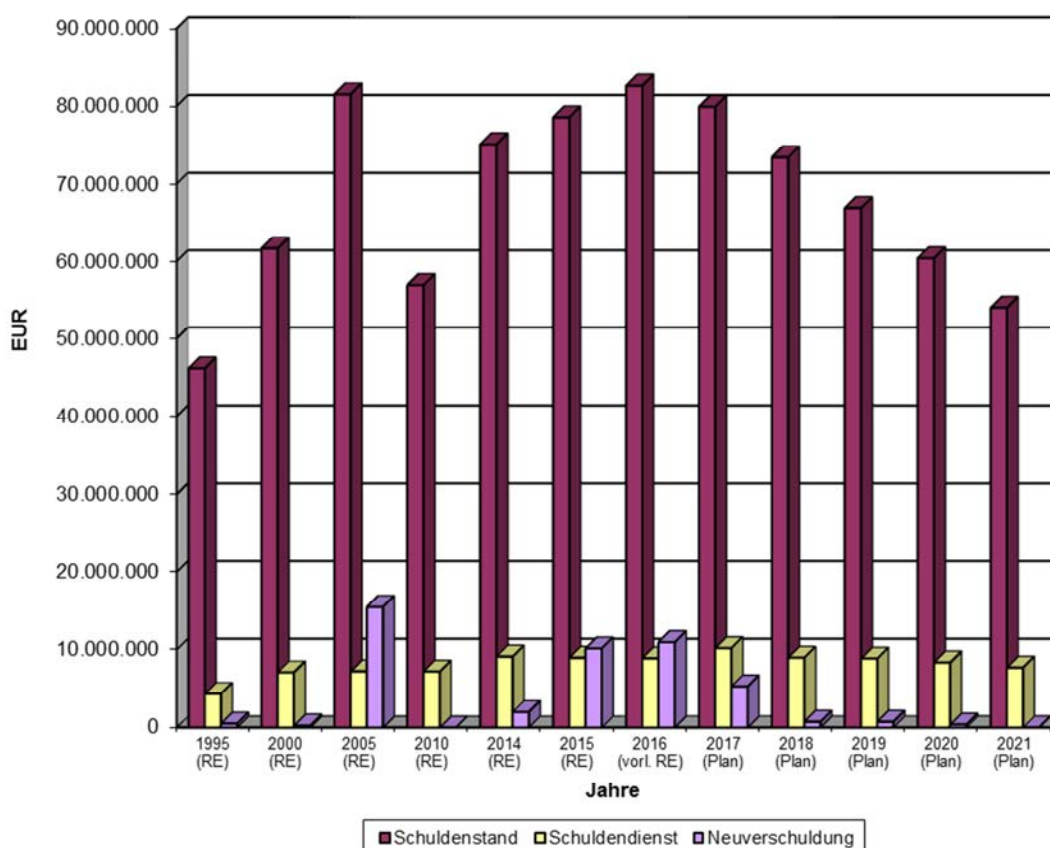


61,7 Mio. EUR abzubauen. Die Verschuldung betrug am 31.12.2010 noch 56,9 Mio. EUR.

Seit dem Haushaltsjahr 2011 waren zur Finanzierung der Investitionen vor allem im Bereich der Beruflichen Schulen, Kreiskliniken und Straßen Kreditaufnahmen erforderlich. Der Kreistag hat mit der Verabschiedung des Haushalts 2017 den Einstieg in den Abbau der absoluten Verschuldung beschlossen. Im Jahr 2018 müssen zur Finanzierung der Investitionen Darlehen in Höhe von 0,75 Mio. EUR aufgenommen werden.

Die Verschuldung incl. der Schulden der Kreiskliniken betrug nach der Schuldenstatistik des Statistischen Landesamts am 31.12.2016 111,2 Mio. EUR oder 394 EUR/Einwohner. Die durchschnittliche Verschuldung der baden-württembergischen Landkreise lag bei 265 EUR/Einwohner. Nur fünf Landkreise in Baden-Württemberg haben eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als der Landkreis Reutlingen. Nach dem Finanzplan soll der Schuldenstand des Landkreises auf 54,01 Mio. EUR abgebaut werden. Dadurch kann der Schuldendienst im Finanzplanungszeitraum von 8,95 Mio. EUR in 2018 auf 7,4 Mio. EUR in 2021 (- 13,97 %) reduziert werden.

Entwicklung der Schulden 1995 - 2021
(ohne Kassenkredite)



Reutlingen, den 13.10.2017

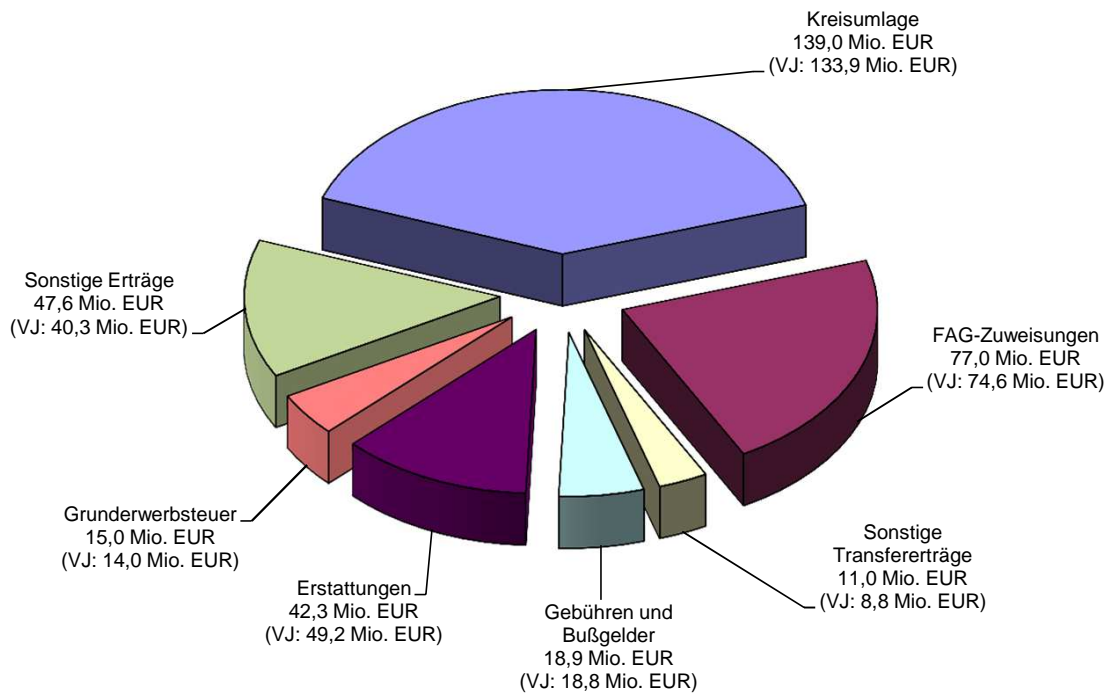
Wolfgang Klett
Kreiskämmerer

Wichtige finanzwirtschaftliche Daten 1990 - 2018

	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2015	2016 vorl. RE	2017 HH-Plan	2018 Entwurf
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Haushalt										
Gesamthaushalt	97.928.986	135.217.310	153.157.905	213.839.523	251.368.640	286.322.298	320.505.078	350.596.596	360.037.355	371.879.324
davon Ergebnishaushalt	83.259.867	119.775.066	136.265.906	186.130.776	240.958.581	265.013.874	292.293.773	329.905.555	342.211.605	350.830.474
Vermögenshaushalt/ab 2011 Finanzhaushalt* (* inkl. Umschuldung)	14.669.119	15.442.243	16.891.999	27.708.747	10.410.059	21.308.424	28.211.305	20.691.041	17.825.750	21.048.850
2. Einzelne Einnahmen										
Kreisumlage										
Aufkommen	32.781.916	59.294.008	76.137.532	77.561.044	92.506.045	110.305.127	115.740.480	121.043.014	133.946.000	138.981.000
Hebesatz	20,00%	28,20%	33,00%	37,20%	31,00%	32,75%	34,25%	34,25%	34,25%	33,50%
Hebesatz Landesdurchschnitt	19,83%	25,56%	30,23%	36,64%	31,43%	32,49%	32,12%	32,09%	31,48%	
Steuerkraftsumme Gemeinden	163.854.128	210.324.249	230.719.091	208.497.431	298.342.309	336.847.405	337.901.187	353.410.260	391.162.731	414.870.784
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %		1,01%	11,67%	-6,35%	1,41%	10,24%	0,31%	4,59%	10,68%	6,06%
Grunderwerbsteuer	12.080.652	12.209.088	10.504.544	10.117.180	10.001.728	11.337.221	14.787.174	14.504.667	14.000.000	15.000.000
Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde	2.722.426	3.554.888	4.009.331	3.860.430	3.944.545	5.303.498	5.524.696	6.000.233	5.501.669	5.975.900
Bußgelder	537.411	779.861	871.110	933.826	1.476.756	1.790.244	2.351.465	2.366.057	2.264.150	2.749.550
FAG-Zuweisung										
mangelnde Steuerkraft	6.410.600	7.031.917	8.299.536	14.954.997	27.402.058	29.641.289	35.128.705	39.393.364	33.507.000	34.200.000
Einwohnerzahl	3.088.244	3.017.261	3.091.922	3.163.356	3.159.395	3.122.476	3.120.404	3.132.509	3.163.000	3.163.000
Sonderbehörden	-	948.303	1.878.998	1.863.988	2.778.482	2.770.900	2.894.320	3.022.580	3.259.500	3.338.000
Soziallastenausgleich (§ 21 FAG) und	-	-	735.520	524.845	572.339	3.103.791	2.874.154	2.421.014	1.849.000	2.120.000
Eingliederungshilfelausgleich (§ 21a FAG)	-	-	-	-	317.905	-	-	-	-	-
Status-Quo-Ausgleich (§ 22 FAG)	-	-	-	6.877.675	7.012.261	6.074.693	6.296.449	6.691.007	5.950.000	6.000.000
Entnahme aus ordentlicher Ergebnistrücklage	-	-	-	-	-	-	-	-	2.615.974	0
3. Einzelne Ausgaben										
Personalaufwendungen	11.504.444	16.697.201	19.873.936	34.227.387	37.898.231	43.878.755	46.231.846	52.105.039	53.291.000	55.895.000
Zuschuss Sozialhaushalt (Einzelleistungen)	15.356.345	28.953.504	37.601.697	73.332.205	94.247.257	96.058.376	99.780.323	113.847.764	113.972.290	119.704.200
Kreiskliniken	-	1.838.094	2.047.628	-	-	5.937.608	6.574.827	6.299.754	4.523.000	452.000
Abdeckung Betriebsverluste	-	10.023.748	4.702.238	11.655.145	3.587.367	2.008.398	2.004.233	2.004.254	2.005.000	2.005.000
Trägerzuschüsse für Investitionen										
Umlage LWV/KVJS	17.624.262	30.901.959	22.420.266	2.658.808	926.012	1.156.371	1.240.411	1.230.438	1.351.000	1.418.000
Hebesatz	9,90%	13,30%	9,00%	3.452.890	7.424.515	8.949.349	9.946.562	9.973.564	10.248.000	11.142.000
FAG-Umlage	2.592.783	4.416.766	3.761.674							
4. Schulden, Schuldenstand zum 31.12.										
Kreditaufnahme (ohne Umschuldung)	0	511.292	255.645	15.500.000	0	1.990.000	10.180.000	10.980.000	5.300.000	750.000
Zinsen für Kredite	1.768.014	3.185.003	3.517.120	3.211.205	2.421.535	2.596.415	2.267.521	1.967.662	2.220.000	1.740.000
Tilgung (ohne Umschuldung)	1.826.027	1.141.264	3.579.966	4.020.243	4.791.570	6.542.109	6.713.928	6.930.626	8.000.000	7.250.000
5. Zuführung zum Vermögenshaushalt/ Zahlungsmittel-überschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit										
Netto-Investitionsrate	10.918.501	3.376.610	16.622.625	7.693.543	6.857.370	9.884.495	17.522.025	18.664.117	4.726.907	15.066.688
Fehlbetrag										
6. Zuführung zum Verwaltungshaushalt/ Zahlungsmittelbedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit										
Netto-Investitionsrate	9.092.474	2.235.346	13.042.659	3.673.300	2.065.801	3.342.386	10.808.097	11.733.491	-3.273.093	7.816.688
Fehlbetrag	-	-	-	2.161.963	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

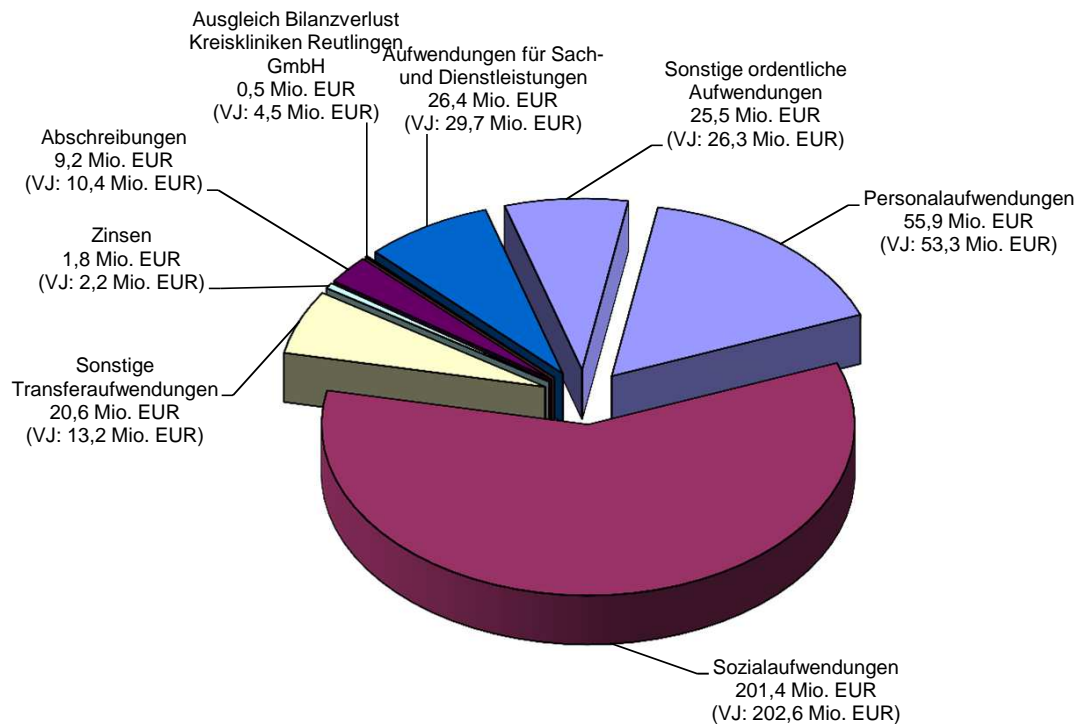
Anmerkung: 1990 bis 2015 Rechnungsergebnisse, 2017 Haushaltsplan, 2018 Haushaltsplan Entwurf

Ergebnishaushalt ordentliche Erträge



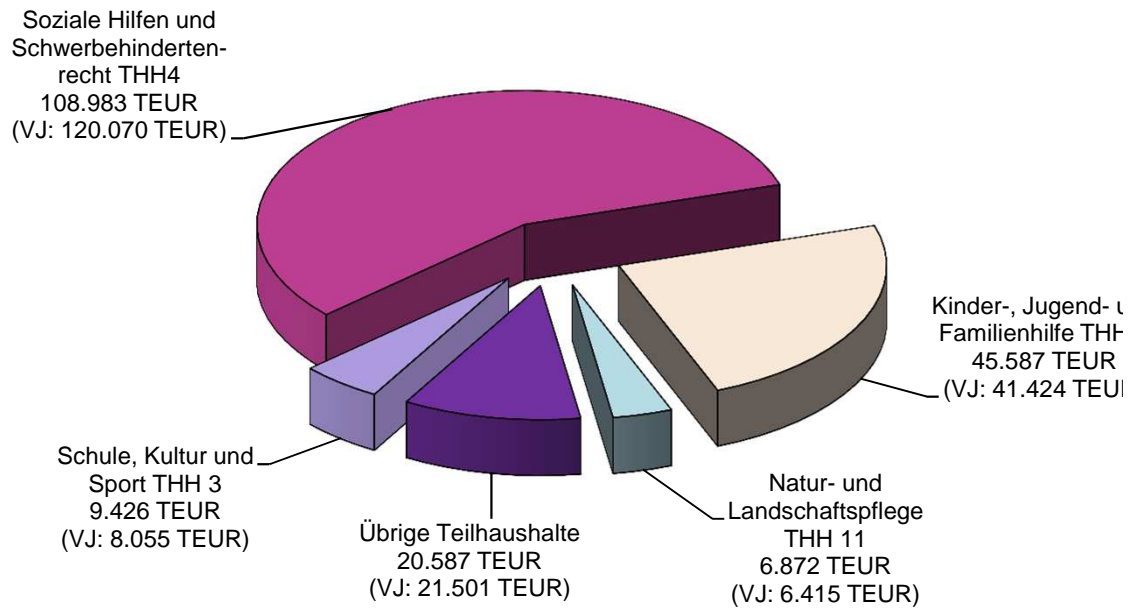
Haushaltsvolumen: 350.830.474 EUR
(VJ: 342.211.605 EUR)

Ergebnishaushalt ordentliche Aufwendungen



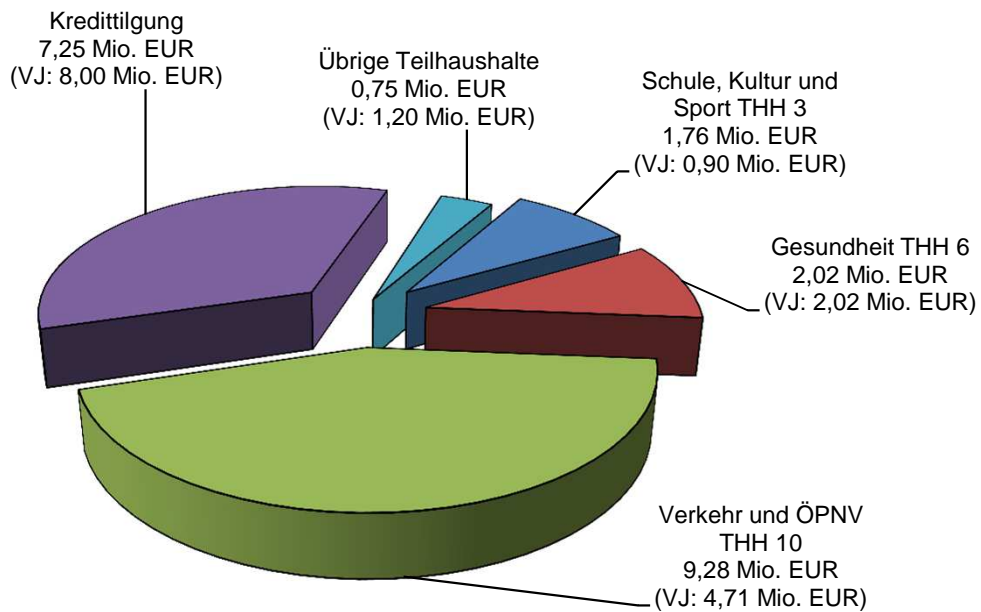
Haushaltsvolumen: 341.214.061 EUR
(VJ: 342.211.605 EUR)

Ergebnishaushalt - Zuschussbedarf



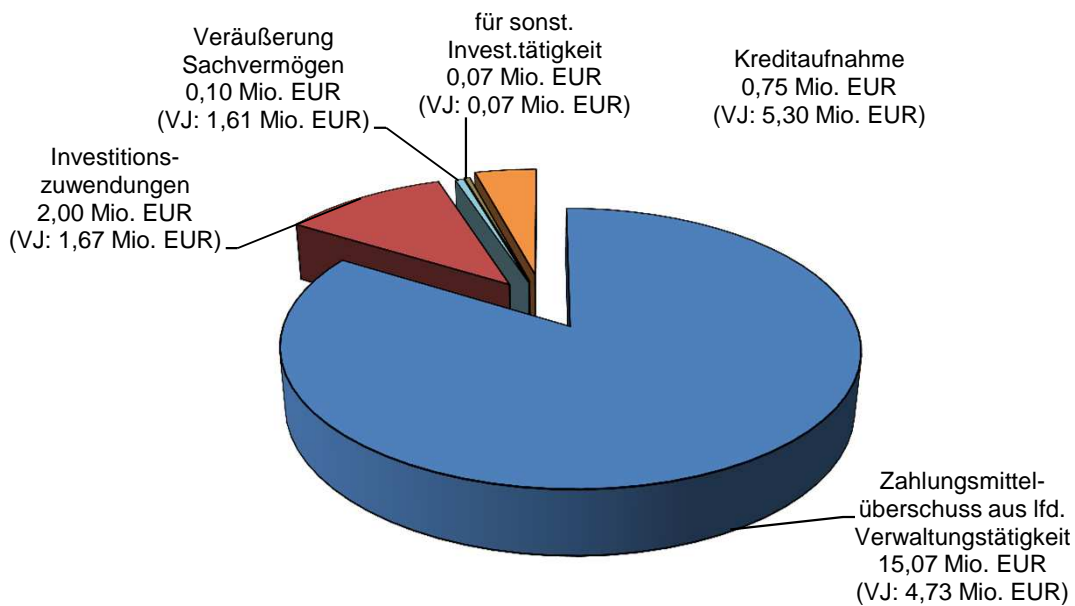
Zuschussbedarf: 191.455.349 EUR
(VJ: 197.465.5761 EUR)

Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit



Höhe der Auszahlungen (ohne Umschuldungen): 21.048.850 EUR
(VJ: 16.825.750 EUR)

Einzahlungen aus Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit



Höhe der Einzahlungen (ohne Umschuldungen): 17.984.788 EUR
(VJ: 13.369.407 EUR)



LANDKREIS REUTLINGEN - EINWOHNER

Der Landkreis Reutlingen liegt mit seiner Einwohnerzahl unter den 35 Landkreisen von Baden-Württemberg an 10. Stelle (Zahl in Klammern ergibt die Reihenfolge nach der Steuerkraft je Einwohner).

Einwohner am 30.06.2016	1	(3)	Reutlingen	114 721
	2	(1)	Metzingen	21 801
	3	(7)	Pfullingen	18 013
	4	(15)	Münsingen	14 273
	5	(13)	Bad Urach	12 294
	6	(10)	Eningen	11 030
	7	(4)	Dettingen	9 530
	8	(9)	Pliezhausen	9 471
	9	(14)	Lichtenstein	9 237
	10	(2)	Sonnenbühl	7 153
	11	(16)	Trochtelfingen	6 425
	12	(23)	Engstingen	5 340
	13	(18)	Wannweil	5 231
	14	(17)	St. Johann	5 113
	15	(11)	Walddorfhäslach	5 017
	16	(12)	Riederich	4 348
	17	(6)	Römerstein	4 016
	18	(20)	Hohenstein	3 703
	19	(19)	Hülben	2 914
	20	(8)	Grafenberg	2 614
	21	(25)	Hayingen	2 302
	22	(22)	Gomadingen	2 286
	23	(24)	Zwiefalten	2 233
	24	(5)	Grabenstetten	1 662
	25	(26)	Pfronstetten	1 490
	26	(21)	Mehrstetten	1 365

Landkreis insgesamt	283 582
----------------------------	----------------

am 30.06.2015	279 189
---------------	---------

am 30.06.2014	276 957
---------------	---------

Bei einer Fläche des Landkreises von 1.094 km² ergibt sich auf 30.06.2016 eine Bevölkerungsdichte von 260 Einwohner/km².

**LANDKREIS REUTLINGEN - KREISGEBIET**



Zuordnung der wesentlichen Sachkonten

Zeile	Kontengruppen	Konto	Bezeichnung
1	Steuern und ähnliche Abgaben Kontengruppe 30	30110000	Grundsteuer A
		30120000	Grundsteuer B
		30130000	Gewerbesteuer
		30220000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer
		30330000	Jagdsteuer
		30521000	Leistungen des Landes zur Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) Kontengruppe 31	31110000	Schlüsselzuweisungen vom Land
		31310000	Sonstige allg. Zuweisungen Land
		31310010	Zuweisungen Land §11 (1) FAG (Einw.)
		31310020	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Vw.geb.)
		31310025	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Buß-/Zwangsgeld.)
		31310030	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Verm.geb.)
		31310040	Zuw. Land §11 (3) FAG (Katastergeb.)
		31310050	Zuw. Land §11 (4) FAG (Sonderbeh.)
		31310060	Zuweisungen Land §11 (5) FAG (VRG)
		31410000	Zuweis. lfd. Zwecke Land u.a. Ausgleichsleistungen Bund Grundsicherung
		31410010	Zuw. Land §17 FAG (Sachkostenbeiträge)
		31410020	Zuw. Land §18 (3) FAG (Schülerbeförd.)
		31410030	Zuw. Land §25 FAG (Verkehrslasten)
		31410040	Zuweisungen Land §28 FAG (ÖPNV)
		31410050	Zuweisungen Land §29 FAG (Ausbildung)
		31410070	Zuweisungen Land §29c FAG
		31419000	Lfd. Zuw. Sozialhilfelaisten §21 FAG
		31420000	Zuweis. lfd. Zwecke Gem./GV
		31470000	Zuweis. lfd. Zwecke priv. Unternehmen
		31510000	Zuweisung Aufkommen Grunderwerbsteuer
		31611001	Aufl. SoPo aus Zuweisungen Land
		31821000	Kreisumlage
		31829000	Zuweisung nach § 22 FAG (Status-quo-Ausgleich)
		31911110	Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
3	Sonstige Transfererträge Kontengruppe 32	321*	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen
		322*	Ersatz von sozialen Einrichtungen in Einrichtungen
4	Gebühren und ähnliche Abgaben Kontengruppe 33	33110000	Verwaltungsgebühren
		33210000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
		33219000	Ertrag aus Gebührenrückstellung
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte Kontenarten 341-346	34110000	Mieten und Pachten
		34210000	Erträge aus Verkauf
		34610000	Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen Kontenart 348	34800000	Erstattungen vom Bund
		34810000	Erstattungen vom Land
		34820000	Erstattungen von Gemeinden und GV
		34840000	Erstattungen von Sozialversicherungen
		34850000	Erstattungen von verbundenen Unternehmen
		34860000	Erstattungen von sonstigen öffentl. Sonderrechnungen
		34870000	Erstattungen von privaten Unternehmen
7	Finanzerträge Kontengruppe 36	34880000	Erstattungen von übrigen Bereichen
		36120000	Zinsertrag von Gemeinden und GV
		36170000	Zinsertrag von Kreditinstituten
		36510000	Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
8	Aktiviert Eigenleistungen Kontengruppe 37	37110000	Aktiviert Eigenleistungen
9	Sonstige ordentliche Erträge Kontengruppe 35	35620000	Säumniszuschläge, Mahngelb. u. ähnl. Nebenforderungen
		35910000	Andere sonstige ordentliche Erträge
11	Personalaufwendungen Kontengruppe 40	40110000	Dienstaufwendungen für Beamte
		40120000	Dienstaufwendungen für Beschäftigte
		40210000	Beiträge Versorgungskasse Beamte
		40220000	Beiträge Versorgungskasse Beschäftigte
		40310000	Sozialversicherungsbeiträge Beamte
		40320000	Sozialversicherungsbeiträge Beschäftigte
		40410000	Beihilfen, Unterstützungs- u. Bedienstete



Zeile	Kontengruppen	Konto	Bezeichnung
12	Versorgungsaufwendungen Kontengruppe 41	41410000	Beihilfen, Unterstützungen Vers.empfäng.
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Kontengruppe 42	42110000	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
		42120000	Unterh. des sonst. unbewegl. Vermögens
		42210000	Unterh. des bewegl. Vermögens
		42220000	Erwerb von GVG
		42310000	Mieten und Pachten
		42320000	Leasing
		42410000	Aufwand für Energie
		42410010	Aufwand für Strom
		42410020	Aufwand für Heizung und Warmwasser
		42420000	Aufwand für Wasserversorgung
		42430000	Aufwand für Abfallbeseitigungen
		42440000	Aufwand für Abwasserbeseitigung
		42450000	Aufwand für Gebäudereinigung
		42460000	Aufwand für gebäudebezogene Versicherungen
		42470000	Aufwand für gebäudebezogene Steuern
		42490000	Sonst.Bewirtsch.Grundst.u. baul. Anlagen
		42510000	Haltung von Fahrzeugen
		42610000	Dienst- und Schutzkleidung
		42620000	Aus- u. Fortbildung, Umschulung
		42690000	Sonstige bes. Aufwendungen f.Beschäft.
		42710000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.
		42720000	Aufwendungen für EDV
		42740000	Aufwand für Lehr- und Unterrichtsmittel
		42750000	Aufwand für Lernmittel
		42760000	Besondere schulische Aufwendungen
		42790000	Sonstige Aufwendungen Sachleistungen
		42810040	Streugut Winterdienst
14	Planmäßige Abschreibungen Kontengruppe 47	471*	Abschreibungen
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen Kontengruppe 45	45160000	Zinsaufwendungen an öff. SR
		45170000	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute
16	Transferaufwendungen Kontengruppe 43	43110000	Zuweisungen an das Land
		43120000	Zuweisungen an Gemeinden (GV)
		43130000	Zuweisungen an Zweckverbände u.dgl.
		43150000	Zuschüsse an verbundene Unternehmen
		43160000	Zuschüsse an sonstige öff. Sonderr.
		43170000	Zuschüsse an private Unternehmen
		43180000	Zuschüsse an übrige Bereiche
		433*	Sozialtransferaufwendungen
		43520000	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden (GV)
		43710000	Allgemeine Umlagen an das Land
		43720001	Umlage an den KVJS BW
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen Kontengruppe 44	44110000	Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.
		44210000	Aufw. f. ehrenamtl.u. sonst.Tätigkeit
		44220000	Verfügungsmittel Landrat (§13 GemHVO)
		44294000	Rechts- und Beratungskosten
		44295000	Aufwendungen für Schülerbeförderung
		44297000	Mitgliedsbeiträge
		44310000	Geschäftsaufwendungen
		44430000	Versicherungen
		44440000	Aufwendungen für Schadensfälle
		44500000	Erstattungen an den Bund
		44510000	Erstattungen an das Land
		44510200	Erstattungen f. Personal an Land (VRG)
		44520000	Erstattungen an Gemeinden (GV)
		44530000	Erstattungen an Zweckverbände u. dergl.
		44560000	Erstattungen an sonstige öffentl. Sonderrechnungen
		44570000	Erstattungen an private Unternehmen
		44570200	Erstattungen f. Personal an private Unternehmen
		44580000	Erstattungen an übrige Bereiche
		44611110	Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
		44990000	Globaler Minderaufwand



Budgetierungsregeln

Zum Vollzug des Haushaltsplanes 2018 insbesondere im Hinblick auf die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird bezüglich der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen folgendes festgelegt:

1. Vorbemerkung

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO bildet jeder Teilhaushalt mindestens ein Budget.

Ein Budget sind die im Haushaltsplan für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung zugewiesen sind.

Aufwendungen im Ergebnishaushalt, die zu einem Budget gehören, sind gegenseitig deckungsfähig, wenn im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt wird (§ 20 Abs. 1 GemHVO). Das Gleiche gilt für Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionstätigkeiten (§ 20 Abs. 3 GemHVO).

Die Deckungsfähigkeit bezieht sich nicht nur auf die vorhandenen Aufwands-, Ertrags-, Auszahlungs- und Einzahlungsansätze, sondern auch auf die entsprechenden Kontierungselemente (Aufträge, Kostenstellen, PSP-Elemente) ohne Planansatz einschließlich etwaiger im Laufe des Jahres zu eröffnender Kontierungselemente.

2. Ergebnishaushalt

2.1 Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Der **Teilhaushalt 4 (Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht)** und der **Teilhaushalt 5 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)** bilden jeweils ein Budget. Die Aufwendungen des jeweiligen Teilhaushalts sind gegenseitig deckungsfähig.

Ansonsten sind innerhalb der Teilhaushalte die Aufwendungen **eines Produktbereichs** gegenseitig deckungsfähig.

Ausnahmen:

- a) **Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie die Aufwendungen für Erstattungen für Personal an das Land** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- b) **Dienstreisen / Reisekosten** mit zentraler Bewirtschaftung durch das Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- c) **EDV-Fallpreise und EDV-Leasing** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.



- d) **Beschaffungen, Arbeitsschutz, Bekanntmachungen und Anzeigen, Bücher und Zeitschriften, EDV-Fortbildung, Schutzkleidung und Telefongebühren** mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind jeweils über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- e) **Verfüugungsmittel** des Landrats werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen.
- f) **Abschreibungen** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- g) **Aufwendungen für interne Leistungsverrechnungen** sowie kalkulatorische Zinsen werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig. Etwaige Mehraufwendungen werden durch in gleicher Höhe entstehende Mehrerträge abgedeckt.

2.2 Zweckbindung von Erträgen (unechte Deckungsfähigkeit)

Mehrerträge können für Mehraufwendungen des Ergebnishaushalts verwendet werden. Wenigererträge sollen durch Wenigeraufwendungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 2 GemHVO).

Im Teilhaushalt 4 (Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht) und Teilhaushalt 5 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) sind die Erträge des jeweiligen Teilhaushalts zweckgebunden für die Aufwendungen des jeweiligen Teilhaushalts.

Ansonsten sind die Erträge der einzelnen Produktbereiche zweckgebunden für die Aufwendungen des jeweiligen Produktbereichs.

Ausnahmen:

- a) Dies gilt nicht für Mehrerträge aus Steuern, allgemeinen Zuweisungen, allgemeinen Umlagen sowie den Mehrerträgen aus der Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen.
- b) Mehrerträge aus der internen Leistungsverrechnung sowie den kalkulatorischen Zinsen stehen für die entsprechenden Mehraufwendungen zur Verfügung.

3. Finanzhaushalt

Mehreinzahlungen können für Mehrauszahlungen des Finanzhaushalts verwendet werden. Wenigereinzahlungen sollen durch Wenigerauszahlungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 4 GemHVO).

Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen sind innerhalb der jeweiligen Produktbereiche gegenseitig deckungsfähig.

Ausnahmen:

- a) Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.



- b) Auszahlungen für den Erwerb von Fahrzeugen mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 11 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.

4. Übertragbarkeit

Alle Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets werden grundsätzlich für übertragbar erklärt (§ 21 Abs. 2 GemHVO).

Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen bleiben gem. § 21 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für Ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird unter Berücksichtigung der gesamten finanziellen Entwicklung des Landkreises entschieden, ob und welche „freien Mittel“ eines Budgets in das Folgejahr übertragen werden. Die Zuständigkeit für die Übertragung der Haushaltsmittel richtet sich nach der Regelung in der Hauptsatzung.

5. Budgetverantwortung

Die Amtsleiter und die Leiter der Stabsstellen haben die Verantwortung für die Einhaltung der Budgets in ihrem Aufgabenbereich.

Änderungen der Budgetvorgaben bedürfen der Zustimmung entsprechend der Zuständigkeit für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung und dem Zuständigkeitsverzeichnis.

6. Vollzug des Haushalts

Änderungen der Deckungsfähigkeit können von der Kreiskämmerei insbesondere im Interesse der Stärkung der Budgetverantwortung zugelassen werden.



Landkreis Reutlingen

Gesamtplan

2018



Haushaltsquerschnitt Ergebnishaushalt

Bezeichnung Teilhaushalte		anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Auf- wendungen	anteilige Fehlbetrags- deckung aus Vorjahren	Erträge aus internen Leistungen	Auf- wendungen für interne Leistungen	Kalkula- torische Kosten	Nettores- sourcen- bedarf/- überschuss (Summe Spalte 1 bis 6)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
THH1	Innere Verwaltung	688.450	-24.781.995	0	24.322.542	-271.100	-742.459	-784.562
THH2	Sicherheit und Ordnung	6.913.978	-8.230.982	0	290.912	-2.262.331	-71.995	-3.360.417
THH3	Schule, Kultur und Sport	16.962.542	-22.769.431	0	115.700	-1.723.252	-2.011.246	-9.425.688
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht	65.280.300	-160.999.606	0	95.909	-13.263.921	-95.628	-108.982.946
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	21.625.650	-64.780.023	0	1.820	-2.433.411	-1.185	-45.587.149
THH6	Gesundheit	512.000	-3.392.189	0	15.490	-739.651	-741.398	-4.345.747
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung	505.628	-3.061.452	0	51.484	-918.604	-3.113	-3.426.057
THH8	Bauen und Wohnen	1.207.200	-860.821	0	242.924	-826.125	-57	-236.879
THH9	Abfallwirtschaft	10.330.981	-10.135.122	0	421.730	-615.572	-15.944	-13.927
THH10	Verkehr und ÖPNV	13.361.642	-17.583.345	0	47.197	-712.865	-1.151.106	-6.038.477
THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	2.743.702	-8.177.456	0	383.005	-1.813.757	-7.902	-6.872.407
THH12	Umweltschutz	153.400	-1.560.633	0	296.257	-639.457	-391	-1.750.823
THH13	Wirtschaft und Tourismus	0	-581.006	0	0	-49.225	-36	-630.268
THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft	210.545.000	-14.300.000	0	0	-15.700	4.842.459	201.071.759
Summe		350.830.474	-341.214.061	0	26.284.971	-26.284.971	0	9.616.412



Haushaltsquerschnitt Finanzhaushalt

Bezeichnung Teilhaushalte		anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lauf. Verw.tätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe Spalten links)	Verpflichtungsermächtigungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
THH1	Innere Verwaltung	-23.274.277	1.500	-321.000	0	0	-23.593.777	0
THH2	Sicherheit und Ordnung	-560.481	0	-219.800	0	0	-780.281	0
THH3	Schule, Kultur und Sport	-3.464.160	0	-1.757.500	0	0	-5.221.660	-1.200.000
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht	-95.144.058	66.600	0	0	0	-95.077.458	0
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-43.028.115	0	0	0	0	-43.028.115	0
THH6	Gesundheit	-1.760.562	1.000.000	-2.017.050	0	0	-2.777.612	0
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung	-2.516.914	0	-40.000	0	0	-2.556.914	0
THH8	Bauen und Wohnen	343.002	0	0	0	0	343.002	0
THH9	Abfallwirtschaft	-815.692	0	-150.000	0	0	-965.692	0
THH10	Verkehr und ÖPNV	-2.821.709	1.100.000	-9.275.000	0	0	-10.996.709	-4.288.000
THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	-5.365.773	0	-12.500	0	0	-5.378.273	0
THH12	Umweltschutz	-1.433.115	0	-6.000	0	0	-1.439.115	0
THH13	Wirtschaft und Tourismus	-553.458	0	0	0	0	-553.458	0
THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft	195.462.000	0	0	750.000	-7.250.000	188.962.000	0
	Summe	15.066.688	2.168.100	-13.798.850	750.000	-7.250.000	-3.064.062	-5.488.000



Gesamt - Ergebnishaushalt

lfd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.550.000	1.500.000	1.470.706
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	284.295.377	267.491.650	253.125.567
3	+	Sonstige Transfererträge	9.881.500	7.802.500	10.517.728
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	10.729.150	11.511.873	10.438.393
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.695.750	1.685.000	1.807.460
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.320.250	49.197.224	52.156.465
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	24.700	41.800	42.169
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	30.000	40.000	59.768
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	303.746	2.941.558	287.299
10	=	Ordentliche Erträge	350.830.474	342.211.605	329.905.555
11	-	Personalaufwendungen	-54.961.193	-52.285.005	-51.085.705
12	-	Versorgungsaufwendungen	-369.150	-463.600	-467.742
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-26.393.100	-29.673.610	-30.366.274
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-9.227.349	-10.383.887	-10.708.964
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.757.100	-2.237.100	-1.978.532
16	-	Transferaufwendungen	-137.258.990	-132.289.670	-128.762.609
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-111.247.179	-114.878.733	-104.740.835
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-341.214.061	-342.211.605	-328.110.662
19	=	Ordentliches Ergebnis	9.616.412	0	1.794.893
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	9.616.412	0	1.794.893
22	+	Außerordentliche Erträge	0	0	169.630
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-34.259
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0	135.371
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	9.616.412	0	1.930.264

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Schlüsselzuweisungen
 Grunderwerbsteuer
 Kreisumlage

Ansatz 2018
EUR

Ansatz 2017
EUR

34.200.000 33.507.000
 15.000.000 14.000.000
 138.981.000 133.946.000



Gesamt - Finanzhaushalt

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	347.542.000	337.060.275	335.399.890
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-332.475.312	-332.333.368	-316.735.773
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	15.066.688	4.726.907	18.664.117
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.000.000	1.670.200	3.592.715
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	101.500	1.605.700	114.548
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	16.728
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	66.600	66.600	58.918
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.168.100	3.342.500	3.782.910
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	-356
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-8.960.000	-5.315.000	-8.878.719
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.493.850	-1.446.750	-2.870.755
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-3.335.000	-2.054.000	-2.010.586
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-13.798.850	-8.825.750	-13.760.416
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-11.630.750	-5.483.250	-9.977.506
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.435.938	-756.343	8.686.611
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	750.000	6.300.000	10.980.000
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-7.250.000	-9.000.000	-6.930.625
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-6.500.000	-2.700.000	4.049.375
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des HH-jahres	-3.064.062	-3.456.343	12.735.985

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	vorl. RE 2016 EUR
zu Ifd. Nr. 19:			
Aufnahme von Krediten in Höhe von	750.000	5.300.000	10.980.000
Einzahlungen aus Umschuldungen	0	1.000.000	0
zu Ifd. Nr. 20:			
Kredittilgungen in Höhe von	7.250.000	8.000.000	6.930.625
Auszahlungen für Umschuldungen	0	1.000.000	0





Teilhaushalt 1

Innere Verwaltung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 11.10 Steuerung
- 11.11 Kommunale Willensbildung
- 11.12 Zentrale Steuerungsunterstützung/Controlling
- 11.13 Rechnungsprüfung
- 11.14 Zentrale Funktionen
- 11.20 Organisation und EDV
- 11.21 Personalwesen
- 11.22 Finanzverwaltung/Kasse
- 11.23 Justizariat
- 11.24 Gebäudemanagement, techn. Immobilienmanagement
- 11.25 Fahrzeuge
- 11.26 Zentrale Dienstleistungen
- 11.30 Interne und externe Kommunikation
- 11.31 Kommunalaufsicht
- 11.33 Grundstücksmanagement



THH1

Innere Verwaltung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	143.300	39.000	70.112
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	62.200	76.200	162.985
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	343.950	434.800	732.885
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	494
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	139.000	153.000	171.164
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	688.450	703.000	1.137.639
11	-	Personalaufwendungen	-8.371.512	-7.959.108	-8.228.658
12	-	Versorgungsaufwendungen	-369.150	-463.600	-464.700
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.570.226	-14.215.770	-16.261.661
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.560.906	-2.590.737	-3.136.420
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17.100	-17.100	-10.861
16	-	Transferaufwendungen	-65.000	-65.000	-51.805
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.828.100	-2.398.937	-1.649.816
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-24.781.995	-27.710.253	-29.803.922
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-24.093.545	-27.007.253	-28.666.282
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-24.093.545	-27.007.253	-28.666.282
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	24.322.542	27.773.169	12.159
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-271.100	-67.062	-8.453
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-742.459	-1.151.772	-1.002.704
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	23.308.983	26.554.335	-998.998
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-784.562	-452.918	-29.665.281

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH1	179,01	176,24	163,02



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.500	1.551.500	4.175
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.500	1.551.500	4.175
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	-326
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	-250.000	-7.278.718
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-311.000	-378.900	-230.923
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-321.000	-638.900	-7.509.967
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-319.500	912.600	-7.505.792



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.10	Steuerung

Verantwortung

Kreistag, Ausschüsse, Landrat, Dezernenten

Kurzbeschreibung

Diese Produktgruppe umfasst die Steuerungsleistungen für den Landkreis als Selbstverwaltungsorgan zum Wohle seiner Einwohner durch den Kreistag als politisches Gremium und Vertretung der Einwohner und seiner Ausschüsse und amtsübergreifende Steuerungsleistungen der Verwaltungsspitze, d.h. des Landrats und der Dezernenten.

Der Kreistag legt die Grundsätze für die Verwaltung fest und entscheidet über alle Angelegenheiten des Landkreises.

Der Landrat leitet das Landratsamt. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation des Landratsamts. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Hauptsatzung, Beschlüsse der Kreisgremien

Produkte

- 11.10.01 Steuerung



THH1
11
11.10

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Steuerung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.500	3.050	23.302
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.500	3.050	23.302
11	-	Personalaufwendungen	-638.611	-583.541	-584.753
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.099	-27.232	-17.433
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6.598	-5.826	-6.738
16	-	Transferaufwendungen	-60.000	-60.000	-53.046
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-222.258	-215.779	-114.044
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-959.566	-892.379	-776.013
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-958.066	-889.329	-752.711
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-958.066	-889.329	-752.711
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	968.391	885.779	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-108.506	-94.581	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.819	-1.869	-2.437
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	858.066	789.329	-2.437
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-100.000	-100.000	-755.147

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu Ifd. Nr. 16:		
GPA-Umlage	60.000	60.000
zu Ifd. Nr. 17:		
Mitgliedsbeitrag an Landkreistag	110.000	105.000
Geschäftsaufwendungen	100.000	100.000



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.11	Kommunale Willensbildung

Verantwortung

Stabsstelle Zentrale Verwaltung

Kurzbeschreibung

- Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
- Besetzung Kreistagsausschüsse und sonstiger kommunaler Gremien
- Vorbereitung der Beratungsunterlagen, Prüfung der Vorlagen für die Kreisgremien aus allen Dezernaten und Ämtern
- Einladung, organisatorische Betreuung und Protokollieren der Sitzungen
- Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
- Einsatz, Erweiterung und Pflege des Sitzungsdienstverfahrens Session samt Rats-, Amts- und Bürgerinformationssystem SessionNet sowie die zugehörige App Mandatos für die Endgeräte der Mitglieder des Kreistags
- Zusammenstellung, Pflege und Herausgabe des Kreisrechts

Ziele

strategisch

- Sicherstellung der ordnungsgemäßen kommunalen Willensbildung durch organisatorische und fachliche Unterstützung des Kreistages sowie aller weiterer Gremien zur kommunalen Willensbildung und des Landrats

operativ

- Rechtmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung

Maßnahmen 2018

- Digitalisierung Sitzungsdienst

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Hauptsatzung, Satzung ehrenamtliche Entschädigung, Geschäftsordnung Kreistag, Kommunalwahlordnung, Kommunalwahlgesetz

Produkte

- 11.11.01 Geschäftsführung für den Kreistag und seine Ausschüsse



THH1
11
11.11

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Kommunale Willensbildung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	500	500	658
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	500	500	658
11	-	Personalaufwendungen	-176.461	-189.926	-168.444
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-25.709	-28.958	-24.364
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-10.031	-30	-50
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-159.082	-164.526	-120.461
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-371.283	-383.439	-313.319
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-370.783	-382.939	-312.661
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-370.783	-382.939	-312.661
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	443.229	444.777	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-70.441	-61.832	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.005	-6	-13
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	370.783	382.939	-13
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-312.674

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:

Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit (KT-Drucksache Nr. IX-0282/1)

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
133.318	138.000



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.11 **Kommunale Willensbildung**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711110000210: Bewegliches Verm. Stabstelle 01/Kreistag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-50.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-50.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Beschaffung von iPads für den papierlosen Sitzungsdienst



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.12	Steuerungsunterstützung/Controlling

Verantwortung

- Kreiskämmerei
- Hauptamt
- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

Erarbeitung und Weiterentwicklung von Grundsätzen, Strategien und Standards (Handlungsrahmen) und deren Umsetzung bzw. Überwachung für die Bereiche

- Controlling
- Finanzwirtschaft, zentrale Angelegenheiten des Kassen- und Rechnungswesens
- Technikunterstützte Informationsverarbeitung, Organisation, Personalwirtschaft
- IT-Sicherheit und Vergabewesen

Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung (Aufstellung Haushaltsplan) sowie Steuerung und Überwachung des Haushaltsvollzugs, Finanzberichterstattung, Aufstellung des Jahresabschlusses, Darlehens- und Schuldenverwaltung, Beteiligungsmanagement

Ziele

strategisch

- Sicherung der nachhaltigen finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises
- Nachhaltige Optimierung der Verwaltung durch eine den Anforderungen angepasste
 - finanzielle Ausstattung
 - personelle Ausstattung
 - Organisation
 - technische Ausstattung
- Unterstützung der Verwaltung zum sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Ertragskraft der Beteiligungen
- Gewährleistung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit sowie Integrität der Daten und Informationen bei der technisch unterstützten Informationsverarbeitung

operativ

- Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Steuerungs- und Controllingsystems
- Zeitnahe Bereitstellung aller erforderlicher Entscheidungsgrundlagen für die Steuerung der Verwaltung und der Beteiligungen

Maßnahmen 2018

- Weiterentwicklung Berichtswesen
- Erstellung IT-Notfallkonzeption und Notfallhandbuch

**Auftragsgrundlagen**

Landkreisordnung, Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Hauptsatzung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindegeldverordnung, Entscheidungen des Kreistags und der Verwaltungsleitung

Produkte

- 11.12.01 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)
- 11.12.02 Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung
- 11.12.03 Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans (Controlling)
- 11.12.04 Beteiligungsmanagement



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.12

Steuerungsunterstützung/Controlling

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	8
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	8
11	-	Personalaufwendungen	-489.665	-468.845	-444.623
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.258	-15.010	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-35	-25	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-36.391	-35.972	-3.156
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-558.348	-519.853	-447.779
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-558.348	-519.853	-447.771
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-558.348	-519.853	-447.771
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	597.036	542.398	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-38.684	-22.539	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4	-5	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	558.348	519.853	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-447.771

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 13:

Umgelegte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.13	Rechnungsprüfung

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

- Laufende Prüfung der Kassenvorgänge
- Örtliche Prüfung von Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen
- Prüfung und Bestätigung von Verwendungsnachweisen für Zuwendungen von Bund, Land und sonstigen Geldgebern
- Prüfung der Rechtmäßigkeit, der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung
- Sonstige übertragene Prüfungen außerhalb der Kommune sowie ihrer Sonder- und Treuhandvermögen
- Aufgaben der Vergabekontrollstelle

Ziele

strategisch

Sicherstellung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns, das einer Prüfungspflicht durch die Rechnungsprüfung unterzogen ist einschl. Vergabeverfahren

operativ

Wirtschaftliche Durchführung und Sicherstellen der termingerechten Prüfung

Auftragsgrundlagen

Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Gemeindeprüfungsordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Vergabeordnungen und alle einschlägigen und fachspezifischen Gesetze, Kreistags-Beschlüsse, Dienstanweisungen, Verwaltungsvorschriften

Produkte

- 11.13.01 Eigenprüfung
- 11.13.02 Übertragene Prüfungen



THH1
11
11.13

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Rechnungsprüfung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.000	2.000	2.501
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.000	2.000	2.501
11	-	Personalaufwendungen	-247.356	-271.869	-234.310
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.335	-6.715	-20.064
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-34	-29	-107
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.127	-1.292	-17.769
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-251.853	-279.906	-272.249
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-249.853	-277.906	-269.748
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-249.853	-277.906	-269.748
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	382.072	437.186	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-132.209	-159.272	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-9	-9	-39
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	249.853	277.906	-39
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-269.787



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.14	Zentrale Funktionen

Verantwortung

- Hauptamt
- Personalratsgremium zusammen mit Jugend- und Auszubildendenvertretung
- Schwerbehindertenvertreter
- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung
- Büro des Landrats, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Büro des Landrats, Behindertenbeauftragter
- Büro des Landrats, Geschäftsstelle Inklusionskonferenz
- Stabstelle Planung und Steuerung
- Amt für Migration und Integration
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung zentraler verwaltungsübergreifender Aufgaben:

- Gleichstellung von Frau und Mann
- Personalvertretung
- Schwerbehindertenvertretung
- Datenschutzbeauftragter
- Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen (Vorbereiten und Durchführen von Veranstaltungen, Betreuung von Gästen, Partnerschaften und internationale Kontakte, Prüfung der Voraussetzungen und Vornahme von Ehrungen und Verleihung von Orden und Ehrenzeichen, repräsentativer Briefverkehr)
- Europaarbeit
- Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund
- Bürgerschaftliches Engagement
- Modellprojekt „Inklusionskonferenz“ im Landkreis Reutlingen
- Behindertenbeauftragter

Ziele

strategisch

- Wahrung der Interessen der Beschäftigten und Beamten der Landkreisverwaltung
- Wahrung der Interessen der Schwerbehinderten in der Verwaltung
- Schutz personenbezogener Daten vor Missbrauch
- Angemessene zielgruppenorientierte Präsentation des Landkreises nach außen und nach innen
- Optimale Positionierung des Landkreises zu Europa-Themen
- Förderung der Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund
- Fortführung und Verstetigung der Arbeit der Inklusionskonferenz
- Solidarische Gesellschaft; Stärkung von „Wir-Gefühl“ und sozialem Miteinander
- Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Landkreis bei der Wahrnehmung ihrer Rechte

**operativ**

- Datenschutz
- Präsentation des Landkreises durch die Durchführung jährlicher Veranstaltungen, Gemeindebesuche und Empfänge
- Information und Vernetzung der für die Europaarbeit relevanten Akteure
- Vernetzung der Integrationsarbeit im Landkreis Reutlingen, Dialogförderung
- Förderung von bestehendem und Aufbau von neuem bürgerschaftlichen Engagement, Vernetzung der Akteure aus verschiedenen Bereichen, Wohnberatung, Öffentlichkeitsarbeit
- Weiterentwicklung und Ausbau der Beratung und Hilfen für Menschen mit Behinderung im Landkreis; Erarbeitung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit im Landkreis

Maßnahmen 2018

- Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
- Prüfung von Verfahrensverzeichnissen und Vordrucken
- EU-Förderprogramme (Information, Mitorganisation, Begleitung, Antragstellung)
- Verschiedene Projekte zur Dialogförderung und Integrationsarbeit
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Landkreisverwaltung inklusiv“
- Unterstützung und Ausbau von bürgerschaftlichem Engagement (Wohnberatung, Altenhilfe)

Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg, Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Werkstättenverordnung (WVO), Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG), Landesdatenschutzgesetz und alle einschlägigen spezialgesetzlichen Regelungen, Geschäftsverteilungsplan, Partnerschaftsverträge, UN-Behindertenrechtskonvention, Bundes- und Landes-Aktionsplan-Inklusion, Beschluss Kreistag vom 24.07.2013, Integrationsgesetz

Produkte

- 11.14.01 Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Verwaltung
- 11.14.03 Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretung
- 11.14.04 Schwerbehindertenvertretung
- 11.14.05 Datenschutzbeauftragter
- 11.14.06 Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen
- 11.14.07 Europaangelegenheiten, Internationales und Fördermittelmanagement
- 11.14.08 Kommunale Integrationsförderung für Einwohner ausländischer Herkunft
- 11.14.10 Bürgerschaftliches Engagement
- 11.14.50 Inklusionskonferenz
- 11.14.51 Kreisbehindertenbeauftragter



THH1
11
11.14

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Zentrale Funktionen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	1.152
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	52.150	144.750	153.252
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	52.150	144.750	154.404
11	-	Personalaufwendungen	-560.171	-464.858	-557.117
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-107.811	-207.025	-132.532
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-32	-775	0
16	-	Transferaufwendungen	-5.000	-5.000	-1.142
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-93.031	-89.842	-78.812
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-766.046	-767.501	-769.604
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-713.896	-622.751	-615.201
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-713.896	-622.751	-615.201
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	809.181	705.525	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-95.275	-82.524	-8.453
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-10	-250	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	713.896	622.751	-8.453
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-623.654

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 13:		
Repräsentationen, Tagungen	25.000	25.000
Aus- und Fortbildung	900	600
Kommunale Integrationsförderung:		
- Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000
- Sonstige Sach- und Dienstleistungen	37.000	136.600
Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen:		
- Leasing für EDV-Ausstattung	2.080	1.820
- Aus- und Fortbildung	1.000	1.000
- Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	15.000	19.000
- EDV-Fallpreise und Gebühren	3.170	3.220
Kommunaler Behindertenbeauftragter (KT-Drucksache Nr. IX-0118):		
- Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	8.000	10.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>14.661</u>	<u>8.785</u>
Summe	107.811	207.025

zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen für Personal an Land	26.841	27.375
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	18.100	15.600
Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen:		
- Geschäftsaufwendungen	30.000	31.000
- Bürobedarf	600	800
- Fachliteratur	400	400
- Dienstreisen, Reisekosten	700	500
Kommunaler Behindertenbeauftragter (KT-Drucksache Nr. IX-0118):		
- Geschäftsaufwendungen	5.000	6.000
- Bürobedarf	500	500
- Fachliteratur	500	500
- Dienstreisen, Reisekosten	0	200



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Europaang., Internationales u. Fördermittelmanagement:		
- Geschäftsaufwendungen	6.000	4.000
- Bürobedarf	250	250
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>4.140</u>	<u>2.717</u>
Summe	93.031	89.842



THH1 Innere Verwaltung
 11 Innere Verwaltung
 11.20 Organisation und EDV

Verantwortung

Hauptamt

Kurzbeschreibung

- Personalbedarfsprüfung und -bemessung sowie Bewertung von Arbeitsplätzen
- Durchführung von Organisationsuntersuchungen einschließlich damit verbundener Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Beratung der Ämter in Fragen der Aufbau- und Ablauforganisation
- Beratung der Ämter bei der Planung und Realisierung von EDV-Projekten
- Betrieb des zentralen Netzes, der gesamten EDV-Landschaft und der Telekommunikationsanlage

Ziele

strategisch

- Sicherstellung eines geordneten Verwaltungsablaufs, Optimierung der Verwaltung
- Schaffung der Grundlagen für tarifgerechte Eingruppierung und funktionsgerechte Bezahlung kommunaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Dauerhafte Sicherstellung eines zuverlässigen und zeitgemäßen EDV-Einsatzes sowie eines zuverlässigen und zeitgemäßen Betriebs des zentralen Netzes und der Telekommunikationsanlagen

operativ

- Schaffung und Erhaltung optimaler Arbeitsabläufe
- Wirtschaftliche Weiterentwicklung und Anpassung der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) an zukünftige Anforderungen und neue Techniken

	2015 RE	2016 RE	2017 Plan	2018 Plan
EDV-Arbeitsplätze	1093	1166	1143	1172
Drucker	461	494	466	508
mobile Geräte	253	283	292	300
Telearbeitsplätze mit Homeoffice Revierförster	74	79	85	90

Maßnahmen 2018

- ReDesign der Netzwerkanbindung an das kommunale Verwaltungsnetz (KVN) durch KIRU
- Weitere Modernisierung der EDV Arbeitsplatzausstattung (22 Zoll Bildschirme, aktuelle ThinClients usw.) bis Mitte 2018
- Pilotprojekt Dokumentenmanagementsystem im Hauptamt

**Auftragsgrundlagen**

Kreistagsbeschlüsse, Verwaltungsentscheidungen, Sicherheitskonzept, gesetzliche Grundlagen

Produkte

- 11.20.01 Organisationsberatung und -untersuchung
- 11.20.04 Entwicklung, Pflege, Betrieb und Betreuung von Anwendungen der Information und Kommunikation (IuK) auf dezentralen und zentralen Rechnersystemen
- 11.20.05 Zentrales Netz und Telekommunikationsanlagen (TK-Anlage)



THH1
11
11.20

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Organisation und EDV

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	2.585
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	480
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	3.065
11	-	Personalaufwendungen	-823.477	-700.210	-694.734
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-416.051	-316.960	-193.867
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-63.590	-67.163	-56.116
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-394.220	-312.872	-102.825
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.697.337	-1.397.204	-1.047.541
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.697.337	-1.397.204	-1.044.477
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.697.337	-1.397.204	-1.044.477
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.828.270	1.513.411	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-122.390	-107.628	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-8.543	-8.579	-7.997
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.697.337	1.397.204	-7.997
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-1.052.474

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	30.000	30.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	165.000	120.000
Leasing für EDV-Ausstattung	41.600	34.580
Aus- und Fortbildung, Umschulung	20.000	20.000
Aufwendungen für Softwarelizenzen	10.000	10.000
EDV-Fallpreise und Gebühren	83.540	66.910
Umgelegte Sach- u. Dienstleistungen	65.911	35.470
Summe	416.051	316.960
zu Ifd. Nr. 17:		
Sonstige Beratungsleistungen	80.000	60.000
Aufwand für Telekommunikation	281.500	233.350
Mitgliedsbeitrag Kommunale Geschäftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.500	7.500
Versicherungen	800	900
Dienstreisen, Reisekosten	500	0
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	23.920	11.122
Summe	394.220	312.872



THH1
11
11.20

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Organisation und EDV

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711200000210: Bewegliches Vermögen EDV						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-80.000	0	-75.000	-54.783
13	=	Summe Auszahlungen	-80.000	0	-75.000	-54.783
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-80.000	0	-75.000	-54.783
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-80.000	0	-75.000	-54.783

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Ersatzbeschaffungen (v.a. Server, Plotter)
 neue Terminals für Zeiterfassung



THH1 Innere Verwaltung
11 Innere Verwaltung
11.21 Personalwesen

Verantwortung

Hauptamt

Kurzbeschreibung

Alle Handlungsfelder der Personalwirtschaft einschließlich Personalgewinnung und -betreuung, Aus- und Fortbildung, Arbeitsschutz und -medizin

Ziele

strategisch

- Zeitnahe Sicherstellung der für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlichen qualitativen und quantitativen Personalkapazität unter Beachtung der Rahmenvorgaben des Landkreises
- Schutz der Mitarbeiter/innen vor arbeitsbedingten Unfall- und Gesundheitsgefahren
- Sicherstellung einer einheitlichen, umfassenden und ordnungsgemäßen Rechtsanwendung (Statusrecht, Vergütung, Besoldung usw.)

operativ

- Auswahl, Einsatz und Förderung von Personal entsprechend den Aufgaben und Zielen
- Sicherung des künftigen Personalbedarfs durch Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften für eine leistungsfähige Verwaltung
- Systematische Erhaltung und Verbesserung der Qualifikation des Personals
- Verbesserung der Arbeitszufriedenheit
- Ordnungsgemäße, termingerechte und wirtschaftliche Bezügeabrechnung und Entgeltauszahlung
- Verringerung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen

Auftragsgrundlagen

Gesetzliche Vorgaben, Tarifverträge für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA), Verwaltungsentscheidungen

Produkte

- 11.21.03 Ausbildung
- 11.21.04 Fortbildung und Supervisionen inkl. Reisekosten
- 11.21.05 Bezügeabrechnung einschl. Personalkosten
- 11.21.07 Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- 11.21.50 Personalbedarfsdeckung und -betreuung



THH1
11
11.21

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Personalwesen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	28.300	5.000	5.570
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	47.000	45.000	46.790
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	52.000	52.000	239.852
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	25.000	40.000	29.120
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	152.300	142.000	321.332
11	-	Personalaufwendungen	-2.255.357	-2.228.740	-2.240.524
12	-	Versorgungsaufwendungen	-369.150	-463.600	-464.700
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-654.334	-575.877	-458.087
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.893	-1.920	-1.542
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-311.364	-237.415	-170.261
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.592.098	-3.507.552	-3.335.114
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-3.439.798	-3.365.552	-3.013.781
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-3.439.798	-3.365.552	-3.013.781
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	3.762.814	3.709.704	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-342.661	-343.716	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	19.644	-436	-485
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	3.439.798	3.365.552	-485
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-3.014.266

ERLÄUTERUNGEN**zu lfd. Nr. 13:**

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Leasing für EDV-Ausstattung	14.820	14.560
Dienst- und Schutzkleidung	10.600	10.000
Aus- und Fortbildung, Umschulung	215.000	200.000
Sonstige besondere Aufwendungen für die Beschäftigten	301.550	286.750
EDV-Fallpreise und Gebühren	230.965	136.060
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	15.000	5.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	- 133.601	- 76.493
Summe	654.334	575.877

zu lfd. Nr. 17:

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Rechts- und Beratungskosten	50.000	30.000
Sonstige Beratungsleistungen	40.000	10.000
Bürobedarf	10.000	10.000
Fachliteratur	1.000	1.000
Personalkostenerstattungen an das Land	23.623	24.100
Geschäftsaufwendungen	200.000	150.000
Mitgliedsbeitrag an Kommunalen Arbeitgeberverband	3.500	3.500
Dienstfahrten, Reisekosten	1.500	2.600
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	25.000	25.000
Versicherungen	200	200
Aufwendungen für Schadensfälle	5.000	5.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	- 48.459	- 23.985
Summe	311.364	237.415



THH1
11
11.21

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Personalwesen

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711210000210: Bewegliches Vermögen Personal zentral						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.000	0	-3.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	-3.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	-3.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	-3.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr.9 :
 2 Defibrillatoren



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.22	Finanzverwaltung/Kasse

Verantwortung

- Kreiskämmerei
- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung
- Dezernent 2

Kurzbeschreibung

- Abwicklung aller finanziellen Angelegenheiten des Landkreises Reutlingen
- Haushaltsvollzug, Kosten- und Leistungsrechnung, Gebührenkalkulation, finanzwirtschaftliche Statistiken
- Aufbereitung, Prüfung, Abwicklung steuerlich relevanter Vorgänge
- Annahme/Leistung von baren und unbaren Ein-/Auszahlungen, Planung und Gewährleistung der Kassenliquidität
- Personen- und Sachkontenführung, Stundungen, Mahnungen, Fertigung der Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüsse
- Beitreibung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen, Einleitung der Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen
- Verwaltung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“

Ziele

strategisch

- Sicherstellung der gesetzmäßigen und wirtschaftlichen Haushaltsführung, Buchführung und Rechnungslegung zur wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung des Landkreises und des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“
- Minimierung der Steuerschuld, Vermeidung von Haftungsfolgen
- Sicherer und wirtschaftlicher Umgang mit Kassenmitteln

operativ

- Ordnungsgemäße, sichere und wirtschaftliche Durchführung des Zahlungsverkehrs und der Buchführung
- Rechtzeitige, vollständige und wirtschaftliche Festsetzung bzw. Erhebung von Steuern und Abgaben
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Termingerechte Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses

Maßnahmen 2018

- Überprüfung und Kalkulation der Verwaltungsgebühren
- Umsetzung der Neuregelungen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - § 2b Umsatzsteuergesetz

**Auftragsgrundlagen**

Landkreisordnung, Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindekassenverordnung, Landesgebührengesetz, Umsatzsteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Dienstanweisungen, Vollstreckungsrecht, Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Produkte

- 11.22.01 Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen
- 11.22.02 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner
- 11.22.05 Zahlungsverkehr einschließlich Verwaltung der Kassenmittel und Wertgegenstände
- 11.22.06 Buchhaltung, Rechnungslegung, Jahresabschluss
- 11.22.07 Zwangsweise Einziehung von Forderungen
- 11.22.50 Verwaltung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“



THH1
11
11.22

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Finanzverwaltung/Kasse

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	265
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.500	17.000	30.483
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	494
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	75.000	65.000	86.498
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	90.500	82.000	117.740
11	-	Personalaufwendungen	-1.010.766	-933.620	-977.650
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-69.507	-30.451	-266.074
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-55	-28	-10.831
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.000	-2.000	-1.014
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.137	-24.784	-34.893
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.109.465	-990.884	-1.290.463
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.018.965	-908.884	-1.172.723
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.018.965	-908.884	-1.172.723
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.328.166	1.188.129	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-308.211	-274.693	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2	-2	-33
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.019.953	913.434	-33
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	988	4.550	-1.172.756

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 13:

Leasing für EDV-Ausstattung
EDV-Fallpreise und Gebühren
Aus- und Fortbildung, Umschulung
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen
Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
12.480	11.700
311.355	261.930
4.000	4.000
- 258.328	- 247.179
69.507	30.451



THH1 Innere Verwaltung
11 Innere Verwaltung
11.23 Justizariat

Verantwortung

- Dezernent 2
- Leiter/in Amt für Recht, Ordnung und Verkehr
- Leiter/in Umweltschutzamt
- Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Beratung und Unterstützung von Politik und Verwaltungsspitze
- Allgemeine Rechtsberatung der Fachämter
- Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen
- Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen unter Beteiligung der Fachbereiche
- Geltendmachung von Versicherungsschäden

Ziele

strategisch

- Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Sicherstellung der einheitlichen Verwaltungspraxis
- Durchsetzung der Interessen des Landkreises
- Risikominimierung
- Schutz des Vermögens des Landkreises

operativ

- Gerichtsfeste Entscheidungen, Qualitätssicherung, Wirtschaftlichkeit der Rechtsverfolgung
- Präzisierung des Leistungsangebots, Ermittlung der Unterstützungsbedarfe, Reduzierung externer Beratungsleistung
- kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Versicherungsverträge und Versicherungssummen

Auftragsgrundlagen

Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.23.05 Abschluss, Verwaltung und Abwicklung von Versicherungen
- 11.23.50 Justizariat



THH1
11
11.23

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Justizariat

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	244
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.000	25.000	91.684
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	215.000	215.000	230.201
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	225.000	240.000	322.129
11	-	Personalaufwendungen	-171.923	-174.035	-162.505
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-34.484	-15.633	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-27	-15	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-470.763	-457.403	-444.162
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-677.197	-647.085	-606.667
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-452.197	-407.085	-284.538
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-452.197	-407.085	-284.538
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	484.617	422.553	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-32.419	-15.467	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1	-1	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	452.197	407.085	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-284.538

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen der Kreiskliniken für anteilige Versicherungsbeiträge	215.000	215.000
zu lfd. Nr. 13:		
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	34.484	15.633
zu lfd. Nr. 17:		
Allg. Unfallversicherung	350.000	332.000
Sonstige Versicherungen	120.000	125.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>763</u>	<u>403</u>
Summe	470.763	457.403



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Das zentrale Gebäudemanagement umfasst die Bewirtschaftung, Verwaltung und technische Betreuung der kreiseigenen und angemieteten Gebäude (Schulgebäude bei Produktgruppen 21.20 und 21.30) sowie die Planung, Realisierung und die Bauherrenleistungen von Gebäuden.

Ziele

strategisch

- Zurverfügungstellen von geeigneten Grundstücken und Gebäuden für die kommunale Aufgabenerfüllung
- Optimierung der Nutzung und Bewirtschaftung der vorhandenen Grundstücke und Gebäude

operativ

- Zentraler Neubau des Landratsamtes in Reutlingen
- Konzeption für Gemeinschaftsunterkünfte der Asylbewerber und Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit Dez. 2

Maßnahmen 2018

- Zentraler Neubau des Landratsamtes in Reutlingen: Entscheidung zum Vergabefahren
- Abbau von nicht mehr benötigten Unterkünften inklusive erforderlicher Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen
- Maßnahmen zum Funktionserhalt bei den Verwaltungsgebäuden in Reutlingen

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 11.24.50 Gebäudemanagement



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.24

Grundstücks- und Gebäudemanagement

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	16.851
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	41.076
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	39.000	0	1.404
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	39.000	0	59.331
11	-	Personalaufwendungen	-1.170.460	-1.205.056	-981.835
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.726.118	-12.618.800	-14.949.886
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.422.703	-2.454.685	-3.034.189
16	-	Transferaufwendungen	0	0	2.383
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-514.863	-213.327	-86.239
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-12.834.144	-16.491.869	-19.049.766
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-12.795.144	-16.491.869	-18.990.435
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-12.795.144	-16.491.869	-18.990.435
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	13.531.429	17.605.087	12.159
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-14.883	-2.003	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-721.402	-1.111.215	-979.834
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	12.795.144	16.491.869	-967.676
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-19.958.110

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 13:

Kostenart 42110000: **Bauunterhaltung**

Allgemein

Ansatz 2018
EURAnsatz 2017
EUR

Allgemein	60.000	0
Bismarckstr. 47	135.000	60.000
Bismarckstr. 14/16, St. Wolfgangstr. 15	43.000	43.000
Bismarckstr. 45	1.000	2.000
Aulberstr. 27	14.000	10.000
Kaiserstr. 27	10.000	10.000
Schlosshof 1 Münsingen	12.000	12.000
Aulberstr. 32	5.000	5.000
Aulberstr. 28	5.000	5.000
Schulstr. 16	5.000	7.000
Schulstr. 26	18.000	18.000
Karlstr. 27	5.000	5.000
St. Wolfgangstr. 13	5.000	6.000
Bismarckstr. 38	500	1.000
Hegwiesenstr. 10	1.000	3.000
Kaiserpassage 11	1.000	2.000
Kaiserstr. 57/1	2.000	2.000
Haydnstr. 5-7 Complex	5.000	5.000
Gartenstr. 49	1.000	1.000
Kaiserstr. 107	1.000	2.000
Schlosshof 4 Münsingen	2.000	2.000
Schillerstr. 40 Münsingen	10.000	14.000
Bismarckstr. 7 Münsingen	1.000	2.000
Karlstr. 36 (EB Münsingen)	1.000	5.000



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
EB Dettingen	1.000	3.000
Kreisarchiv	500	500
EB Reutlingen	4.000	12.000
Räume Jugendamt Bad Urach und Reutlingen	1.000	1.000
Bismarckstr. 24 (Garagen)	500	500
Burgruine Bichishausen	500	2.500
Waldschulheim Indelhausen	5.000	5.000
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	786.050	773.500
Wildkammern	<u>1.000</u>	<u>2.000</u>
Summe	1.143.050	1.022.000
 Kostenart 42311000: Mieten und Pachten		
Neuanmietungen	0	300.000
Verwaltungsgebäude	941.500	872.300
Kreisarchiv	20.500	20.500
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	4.900.000	5.910.000
Laborräume Schlachttier- u. Fleischuntersuchung	4.000	3.500
Garagenmiete Münsingen und Reutlingen	5.400	5.400
Waldschulheim Indelhausen	<u>65.000</u>	<u>65.000</u>
Summe	5.936.400	7.176.700
 Kostenarten 42410000 – 42810020: Bewirtschaftung		
Verwaltungsgebäude u. sonstige	1.013.500	888.000
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	<u>1.600.000</u>	<u>3.506.000</u>
Summe	2.613.500	4.394.000
 zu lfd. Nr. 17:		
Standortentwicklung Verwaltungsgebäude	500.000	200.000



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.24

Grundstücks- und Gebäudemanagement

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.112409.0502.001: Brandschutzmaßnahmen Bismarckstr. 14-16						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-57.089
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-57.089
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-57.089
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-57.089

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.112409.1002.003: Aufzug Bismarckstr. 47						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-50.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-50.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-50.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-50.000	0

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.112409.1402.001: GU Engstingen-Haid, Erwin-Rommel-Str. 6						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-326
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-378.745
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-379.070
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-379.070
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-379.070



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1602.001: Archivräume EG Karlstr. 27						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-18.021
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-18.021
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-18.021
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-18.021

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.2702.001: GU Allensteinerstr. 46 Reutlingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-9.775
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-9.775
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-9.775
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-9.775

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.3202.001: GU Zwiefalten, Hauptstrasse						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-153.955
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-153.955
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-153.955
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-153.955



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.112409.4202.001: Ausbau Registratur DG, Schloßhof 1 Münsi

6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-8.433
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-8.433
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-8.433
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-8.433

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.112409.5802.001: GU Metzingen, Friedrich-Münzinger-Straße

3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	1.550.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	1.550.000	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.158
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-1.158
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	1.550.000	-1.158
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	1.550.000	-1.158

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.112409.9002.001: Asylbewerberwohnheime

6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-200.000	-1.623.988
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-200.000	-1.623.988
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-200.000	-1.623.988
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-200.000	-1.623.988



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112451.1702.001: GU Reutlingen, Roanner Straße						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.011.546
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-5.137
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-1.016.682
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-1.016.682
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-1.016.682

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711240000510: Baumaßnahmen Mietgebäude Asyl						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-3.994.617
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-3.994.617
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-3.994.617
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-3.994.617



THH1 Innere Verwaltung
11 Innere Verwaltung
11.25 Fahrzeuge

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Bereitstellung von Fahrzeugen für Dienstreisen und Wahrnehmung der Halterpflichten, einschließlich Betriebskostennachweis für die Fahrzeuge sowie Unfallbearbeitung

Ziele

strategisch

Rechtmäßige, umweltorientierte und wirtschaftliche Betreuung von Fahrzeugen

operativ

Bereitstellung eines wirtschaftlichen und umweltorientierten Fuhrparks

Auftragsgrundlagen

Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.25.05 Betreuung von Fahrzeugen



THH1
11
11.25

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Fahrzeuge

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	300	500	173
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	300	500	173
11	-	Personalaufwendungen	-51.496	-42.924	-46.577
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-66.377	-61.924	-47.162
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-20.844	-26.059	-13.741
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-205	-111	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-138.922	-131.018	-107.480
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-138.622	-130.518	-107.307
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-138.622	-130.518	-107.307
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	154.560	142.734	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-8.721	-4.279	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7.216	-7.937	-3.735
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	138.622	130.518	-3.735
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-111.042



THH1
11
11.25

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Fahrzeuge

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711250000400: Verkaufserlöse Fuhrpark						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.500	0	1.500	400
6	=	Summe Einzahlungen	1.500	0	1.500	400
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.500	0	1.500	400
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	1.500	0	1.500	400

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711250000410: Bewegliches Vermögen Fuhrpark						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-75.000	0	-75.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-75.000	0	-75.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-75.000	0	-75.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-75.000	0	-75.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:
Ersatzbeschaffung von Dienstfahrzeugen



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.26 **Zentrale Dienstleistungen**

Verantwortung

- Hauptamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

Zentrale Dienstleistungen für die Gesamtverwaltung

- Zentrale Beschaffung von Wirtschaftsgütern, Geräten und Zubehör unter wirtschaftlichen Aspekten
- Konzeption, Organisation und Durchführung der Postzustellung und des Postaustauschs sowie Postversandbearbeitung aller Sendungen, die durch Dritte oder eigenes Personal befördert werden
- Fertigung und Produktion von Vervielfältigungen und Print-Medien
- Telefonzentrale
- Zentrale Bearbeitung aller im Zuständigkeitsbereich verfolgbaren Ordnungswidrigkeiten

Ziele

strategisch

- Wirtschaftlichkeit und Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns in den Bereichen Beschaffung, Postdienst, Vervielfältigung und Telefonzentrale
- Ahndung von Verstößen gegen öffentliches Recht
- Gewährleistung einer objektiven und gleichförmigen Beurteilung aller Ordnungsverstöße mit hoher Fallgerechtigkeit

operativ

- Wirtschaftlicher Einkauf durch Bedarfszusammenfassung und interkommunale Einkaufskooperation
- Optimierung der Boten-, Zustell- und Postdienste
- Wirtschaftliche und zeitnahe Erstellung von Druckerzeugnissen für die Fachämter und bedarfsgerechte Ausstattung der Fachämter mit dezentralen Multifunktionsgeräten
- Erhöhung der Kontrollfunktionen im Bereich Baustellenkontrollen
- Vermehrter Einstieg in Verfallsverfahren

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Verdingungsordnung für Leistungen (VOL-A), Zuständigkeitsverzeichnis, Geschäftsordnung, Verwaltungsentscheidungen, Ordnungswidrigkeitengesetz, Personenbeförderungsgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Gaststättengesetz, Aufenthaltsgesetz, Gewerbeordnung, Waffengesetz, Handwerksordnung, Jugendschutzgesetz, Tierschutz-, Tierseuchengesetz, Gefahrgutbeförderungsgesetz, Preisangabenverordnung, Landesjagdgesetz, Schulgesetz, Fahrlehrergesetz, Strafprozessordnung und weitere Gesetze mit Bußgeldbewehrung im Zuständigkeitsbereich des Landkreises



Produkte

- 11.26.01 Zentraler Einkauf
- 11.26.02 Boten-, Zustell- und Postdienste
- 11.26.03 Hausdruckerei und Vervielfältigung
- 11.26.04 Telefonzentrale
- 11.26.06 Zentrale Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.26

Zentrale Dienstleistungen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	113.000	32.000	62.506
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.000	0	10.785
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	48.000	54.142
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	118.000	80.000	127.433
11	-	Personalaufwendungen	-356.722	-335.801	-797.366
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-369.795	-277.421	-140.904
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-35.027	-34.142	-13.106
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15.100	-15.100	-9.847
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-596.049	-644.025	-475.141
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.372.693	-1.306.490	-1.436.364
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.254.693	-1.226.490	-1.308.931
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.254.693	-1.226.490	-1.308.931
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.286.489	1.350.372	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-368.873	-173.750	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-20.732	-21.100	-7.783
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	896.885	1.155.522	-7.783
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-357.809	-70.969	-1.316.714

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Bußgelder	103.000	22.000
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	45.000	20.000
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	24.000	18.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	105.100	144.000
Leasing	54.650	44.050
Dienst- und Schutzkleidung	3.500	2.500
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	500	1.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	137.045	47.871
Summe	369.795	277.421
zu lfd. Nr. 17:		
Bürobedarf	70.000	85.000
Fachliteratur	135.000	105.000
Aufwand für Porto	295.000	340.450
Geschäftsaufwendungen	52.800	73.800
Versicherungen	2.500	2.500
Sonstige Beratungsleistungen	10.000	10.000
Umzugskosten	7.500	15.000
Dienstreisen, Reisekosten	300	800
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	22.949	11.475
Summe	596.049	644.025



THH1
11
11.26

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Zentrale Dienstleistungen

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711260000200: Bew. Verm. Büromöbel zentr.Veräuß/Rückz.						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	3.775
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	3.775
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	3.775
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	3.775

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711260000210: Bewegliches Vermögen Büromöbel zentral						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-103.000	0	-225.900	-174.438
13	=	Summe Auszahlungen	-103.000	0	-225.900	-174.438
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-103.000	0	-225.900	-174.438
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-103.000	0	-225.900	-174.438

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:
Beschaffung von Büroinventargütern



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.30	Interne und externe Kommunikation

Verantwortung

Büro des Landrats, Stabstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kurzbeschreibung

Bei der internen und externen Kommunikation des Landkreises handelt es sich um die Information verschiedener Zielgruppen über unterschiedliche Medien zur Darstellung von kommunalen Anliegen und kommunalpolitischen Vorgängen. Dabei handelt es sich um die Information der Einwohner und Einwohnerinnen des Landkreises, der Medien als Multiplikatoren, der interessierten Öffentlichkeit, der Mitarbeiter/innen der Landkreisverwaltung durch

- eigene Presseberichte und Herausgabe von Print-Produkten
- Pressekonferenzen
- das Internetangebot

Damit verbunden sind in diesem Zusammenhang alle notwendigen Tätigkeiten von Konzeption, Redaktion und Durchführung.

Die Beratung der Verwaltungsspitze zu presserechtlichen und presserelevanten Fragen, die Vermittlung von Medienkompetenz in der Verwaltung, Medienbeobachtung und –auswertung.

Ziele

strategisch

- Nachhaltige Vertrauensbildung durch zielgruppenorientierte Information
- Vermittlung eines bürgernahen Images

operativ

- Unterrichtung der Medien und der Einwohner/innen über bedeutsame kommunale Themen durch Berichte und Artikel über den Landkreis, Pressekonferenzen, Herausgabe von Print-Produkten
- Angebot von Online-Bürgerdiensten
- Unterrichtung der Mitarbeiter/innen
- Im Rahmen des Inter- und Intranets Erarbeiten eines digitalen Newsletters
- Beratung Verwaltungsspitze und Mitarbeiter

Maßnahmen 2018

Erarbeitung eines Konzeptes für social media, Einbindung in Digitalisierungskonzept

Auftragsgrundlagen

Pressegesetz, Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.30.02 Internetangebot
- 11.30.03 Herausgabe von Print- und Non-Print-Medien
- 11.30.05 Pressearbeit



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.30

Interne und externe Kommunikation

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-142.318	-113.439	-113.633
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-27.675	-27.406	-11.261
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	-15	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-394	-502	-1.980
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-170.388	-141.362	-126.874
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-170.388	-141.362	-126.874
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-170.388	-141.362	-126.874
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	276.101	226.649	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-105.713	-85.282	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-5	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	170.388	141.362	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-126.874



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.31	Kommunalaufsicht

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung der staatlichen Aufsichtsfunktion über die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – überwiegend in gemeinderechtlicher und gemeindewirtschaftsrechtlicher Hinsicht – der Städte, Gemeinden und sonstigen kommunalen Körperschaften sowie Beratung in diesen Fragen. Im Rahmen dieser Kontrollfunktion werden die vorzulegenden Satzungen, Beschlüsse, Verträge u.ä. auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft und soweit erforderlich Genehmigungen erteilt.

Ziele

strategisch

Sicherstellung des rechtmäßigen Handelns und der dauernden Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Zweckverbände

operativ

- Qualifizierte Beratung der Städte und Gemeinden
- Verständliche und qualifizierte Auskünfte an die anfragenden Bürger
- Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Frist für die vorzunehmenden Prüfungen

Auftragsgrundlagen

Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindekassenverordnung, Gemeindeprüfungsordnung, Eigenbetriebsgesetz, Zweckverbandsgesetz, Stiftungsrecht, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, weitere einschlägige Gesetze

Produkte

- 11.31.01 Prüfung der Gesetzmäßigkeit
- 11.31.02 Überörtliche Prüfung von Gemeinden und Verbänden
- 11.31.03 Prüfung und Weiterleitung von Zuschussanträgen
- 11.31.04 Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstvorgesetzter und obersten Dienstbehörde für die Bürgermeister
- 11.31.05 Bearbeitung von Widersprüchen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden und Verbände



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.31

Kommunalaufsicht

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.000	2.000	375
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.000	2.000	375
11	-	Personalaufwendungen	-261.785	-224.629	-210.636
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.530	-5.549	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-36	-24	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.193	-1.068	-73
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-266.544	-231.269	-210.709
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-264.544	-229.269	-210.334
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-264.544	-229.269	-210.334
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-50.610	-39.533	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-10	-8	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-50.620	-39.540	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-315.164	-268.809	-210.334



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.33	Sonstige Grundstücksverwaltung

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken und Gebäuden
- Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken und Gebäuden
- Wahrnehmung der sich aus den Grundstücksgeschäften ergebenden Rechte und Pflichten
- Bereitstellung, Inhaltsänderung, Erwerb, Veräußerung, Beendigung und Verwaltung von Erbbaurechten

Ziele

strategisch

- Durchführung von Grundstücksgeschäften zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landkreises Reutlingen
- Vermögensoptimierung

operativ

- Rechtzeitiger und wirtschaftlicher Erwerb der Grundstücke und Gebäude
- Sicherung der dem Landkreis zustehenden Rechte, Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten
- Veräußerung der nicht mehr für die Verwaltungsaufgaben benötigten Grundstücke und Gebäude

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Kreistagsbeschlüsse, Hauptsatzung, Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.33.01 Abwicklung von Grundstücksgeschäften und Bestellung und Verwaltung von Grundstücksrechten



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.33

Sonstige Grundstücksverwaltung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.200	6.200	5.075
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	113
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.200	6.200	5.188
11	-	Personalaufwendungen	-14.942	-21.613	-13.951
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.145	-809	-28
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-23	-18	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-16.111	-22.442	-13.979
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-10.911	-16.242	-8.791
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-10.911	-16.242	-8.791
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.317	-1.099	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-349	-349	-349
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.666	-1.448	-349
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-12.577	-17.690	-9.140



THH1

Innere Verwaltung

11

Innere Verwaltung

11.33

Sonstige Grundstücksverwaltung

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711330000510: Allgemeiner Grunderwerb						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-10.000	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-10.000	0



Teilhaushalt 2

Sicherheit und Ordnung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 12.10 Statistik und Wahlen
- 12.20 Ordnungswesen
- 12.21 Verkehrswesen
- 12.22 Einwohnerwesen
- 12.23 Personenstandswesen
- 12.26 Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung
- 12.60 Brandschutz
- 12.70 Rettungsdienst
- 12.80 Katastrophenschutz



THH2

Sicherheit und Ordnung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	6.653.760	6.247.516	6.384.921
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	3	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	90	68	1.105
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	260.126	258.172	324.098
8	+	Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	7.571
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.913.978	6.505.762	6.717.695
11	-	Personalaufwendungen	-5.930.634	-5.362.378	-4.876.549
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-664.267	-285.868	-766.987
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-195.666	-183.945	-186.293
16	-	Transferaufwendungen	-246.300	-245.900	-262.416
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.194.115	-1.156.599	-963.564
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-8.230.982	-7.234.689	-7.055.810
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.317.004	-728.927	-338.115
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.317.004	-728.927	-338.115
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	290.912	2.052.348	18.520
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.262.331	-2.987.662	-7.571
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-71.995	-68.914	-55.838
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.043.413	-1.004.228	-44.888
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.360.417	-1.733.155	-383.003

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018*	Plan 2017	Plan 2016
THH2	94,11	84,67	84,72

* Erhöhung aufgrund:

7,4 Stellenneuschaffungen:

5,9 Stellenanteile im Bereich der Ausländerbehörde

0,5 Stellenanteile im Bereich des Katastrophenschutzes

1,0 Stellenanteil im Bereich der Geschwindigkeitsmessung

Die übrige Veränderung beruht auf Verschiebungen zwischen den Teilhaushalten.



THH2

Sicherheit und Ordnung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	24.000	0
4	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	16.728
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	24.000	16.728
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.000	-150.000	-36.569
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-69.800	-34.800	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	-6.332
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-219.800	-184.800	-42.901
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-219.800	-160.800	-26.173



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.10 **Statistiken und Wahlen**

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

- Rechtliche, personelle und organisatorische Vorbereitung und Durchführung (soweit kommunale Aufgabe) aller Bundestags-, Europaparlaments-, Landtags-, Kreistagswahlen
- Prüfung von Bürgermeisterwahlen

Ziele

strategisch

Sicherstellung der ungehinderten Ausübung allgemeiner, freier, geheimer und gleicher Wahlen

operativ

Rechtliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Wahlen unter Beachtung der jeweiligen Spezialgesetze, Durchführungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften

Maßnahmen 2018

Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl 2019

Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung, Bundeswahlgeräteverordnung, Europawahlgesetz, Europawahlordnung, Landtagswahlgesetz, Landtagswahlordnung, Kommunalwahlgesetz, Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Landesverfassung

Produkte

- 12.10.03 Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen



THH2
12
12.10

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Statistiken und Wahlen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	215.000	215.000	223.221
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	215.000	215.000	223.221
11	-	Personalaufwendungen	-27.474	-27.019	-26.409
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.013	-5.509	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-31	-24	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-197.019	-197.060	-218.144
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-227.537	-229.612	-244.553
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-12.537	-14.612	-21.332
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-12.537	-14.612	-21.332
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-43.204	-39.249	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-9	-8	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-43.213	-39.256	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-55.750	-53.868	-21.332



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.20	Ordnungswesen

Verantwortung

- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr
- Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Kurzbeschreibung

Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch präventive und repressive Maßnahmen

- Kreispolizeibehörde, Widerspruchsbearbeitung (einschl. Widerspruchbehörde, Platzverweisverfahren)
- Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagdwesen
- Einzelfallbezogene behördliche Prüfung erlaubnispflichtiger Gewerbebetriebe oder Veranstaltungen (z.B. Maklererlaubnisse, Reisegewerbekarten, Spielhallen)
- Gewerbeuntersagungsverfahren
- Gaststättenerlaubnisverfahren

Ziele

strategisch

- Beseitigung von Störungen der öffentlichen Ordnung
- Schutz der Öffentlichkeit vor gefährlichen Einflüssen auf die Gesundheit
- Gefahrenabwehr für die Öffentlichkeit und für Betroffene
- Schutz der Bevölkerung vor missbräuchlichem Waffen- oder Sprengstoffbesitz
- Schutz und Hege der dem Jagdrecht oder der Fischerei unterliegenden Tiere
- Schutz der Öffentlichkeit, Verbraucher, Nachbarn und Betriebspersonal in gewerbe- und gaststättenrechtlichen Belangen

operativ

- Analysen der örtlichen Sicherheitslage
- Vernetzung der Präventionsarbeit im Landkreis Reutlingen
- Förderung von kriminalpräventiven Maßnahmen und Projekten im Landkreis Reutlingen
- Verhinderung des Missbrauchs von Waffen und Sprengstoff und Einhaltung der jagdrechtlichen Bestimmungen durch regelmäßige Prüfung und Überwachung

Maßnahmen 2018

- Umsetzung und Begleitung von Projekten im Bereich Kommunale Kriminalprävention
- Ausbau der Verkehrsprävention
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kommunen



Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Landesverwaltungsgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz, Polizeigesetz, Sonn- und Feiertagsgesetz, Jugendschutzgesetz, Bestattungsgesetz, Bestattungsverordnung, Preisangabenverordnung, Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung, Verwaltungsgerichtsordnung, Zivilprozessordnung, Versammlungsgesetz, Sammlungsgesetz, Lotteriegesetz, alle Rechtsgebiete als Widerspruchsbehörde der Ortspolizeibehörden und des Polizeivollzugsdienstes, Waffengesetz, Sprengstoffgesetz, Bundes- und Landesjagdgesetz, Fischereigesetz Baden-Württemberg, Landesfischereiverordnung, Gewerbeordnung und alle weiteren einschlägigen gesetzlichen Regelungen

Produkte

- 12.20.02 Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr, Kreispolizeibehörde, Widerspruchsbearbeitung, Kommunale Kriminal- und Verkehrsprävention
- 12.20.03 Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagdwesen
- 12.20.07 Gewerberechtliche Erlaubnisse und Entscheidungen
- 12.20.50 Gaststättenrechtliche Erlaubnisse und Entscheidungen



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.20 **Ordnungswesen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	137.150	137.150	145.085
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.000	5.000	5.378
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	142.150	142.150	150.463
11	-	Personalaufwendungen	-415.102	-418.136	-397.447
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-46.455	-10.422	-384
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-173	-86	-1.176
16	-	Transferaufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.522	-15.670	-9.216
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-486.253	-444.313	-408.223
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-344.103	-302.163	-257.759
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-344.103	-302.163	-257.759
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	3.450	0	1.830
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-164.194	-77.716	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-39	-25	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-160.783	-77.741	1.830
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-504.886	-379.904	-255.929

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 13:

Umgelegte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.21	Verkehrswesen

Verantwortung

Amt für Recht, Ordnung und Verkehr

Kurzbeschreibung

Der Aufgabenbereich des Verkehrswesens umfasst

- Anordnungen und Erlaubnisse nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie anderen straßenrechtlichen Gesetzen
- Überwachung des fließenden Verkehrs durch Fahrtenbuchauflagen und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit (Jugendverkehrsschule)
- Zulassung und Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen
- Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Versicherungsschutzes von Fahrzeugen durch Maßnahmen gegen den Fahrzeughalter
- Bearbeiten von Fahrerlaubnisanträgen
- Sicherstellung der Verkehrssicherheit durch Maßnahmen gegen Fahrerlaubnisinhaber
- Zulassung und Überwachung von Fahrschulen und –lehrern
- Genehmigung von Personen- und Güterbeförderung
- Genehmigung von Großraum- und Schwerlastverkehren
- Bearbeiten von Ordnungswidrigkeiten im Bereich Verkehrswesen

Ziele

strategisch

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Ordnungsgemäße Durchführung von Zulassungen und Außerbetriebsetzungen
- Gewährleistung des Versicherungsschutzes
- Ausschluss von ungeeigneten Personen aus dem Straßenverkehr
- Entschärfung von Unfallschwerpunkten
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

operativ

Regelmäßige Geschwindigkeitsüberwachungen an Unfallhäufigkeitsstellen und in besonders schutzwürdigen Bereichen



Auftragsgrundlagen

Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Straßenverkehrsgesetz (StVG), Straßengesetz (StrG), Strafprozessordnung (StPO), Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (FeV), Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), Bundesfernstraßengesetz (FStrG), EG-Richtlinien, EG-FGV, Zulassungsverweigerungsgesetz, Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz, Richtlinien zur Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen, Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt), Gebührensatzung des Landkreises, Strafgesetzbuch (StGB), Landesverwaltungszustellungsgesetz (LVwZG), Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVwVG), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Fahrlehrergesetz, Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz und –verordnung und weitere einschlägige Verordnungen und Richtlinien

Produkte

- 12.21.02 Anordnungen, Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse nach StVO sowie anderen straßenrechtlichen Gesetzen
- 12.21.04 Fahrtenbuchauflagen
- 12.21.05 Zulassung/Abmeldung von Fahrzeugen
- 12.21.06 Überwachungsmaßnahmen
- 12.21.07 Bearbeiten von Fahrerlaubnissen
- 12.21.08 Ordnungsbehördliche Maßnahmen, Überwachung der Fahrerlaubnisinhaber
- 12.21.09 Personen-/Güterbeförderung
- 12.21.50 Ordnungswidrigkeiten Verkehrswesen - Bußgelder



THH2
12
12.21

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Verkehrswesen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.948.510	5.544.266	5.664.845
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	1.105
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	7.571
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.948.510	5.544.266	5.673.520
11	-	Personalaufwendungen	-2.953.252	-2.763.449	-2.188.582
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-355.622	-65.417	-11.450
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-89.983	-90.285	-105.550
16	-	Transferaufwendungen	-600	-300	-300
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-286.902	-270.727	-241.843
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.686.360	-3.190.178	-2.547.725
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.262.150	2.354.088	3.125.795
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	2.262.150	2.354.088	3.125.795
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	5.400	5.100	5.063
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.086.848	-272.202	-7.571
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-33.482	-31.274	-20.424
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.114.931	-298.376	-22.931
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.147.219	2.055.713	3.102.864

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Verwaltungsgebühren	3.442.500	3.438.000
Bußgelder	2.500.000	2.100.000
zu lfd. Nr. 13:		
Haltung von Fahrzeugen	12.000	12.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>343.622</u>	<u>53.417</u>
Summe	355.622	65.417
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	6.500	6.500
Geschäftsaufwendungen	1.000	1.000
Kfz-Papiere, Führerscheine	245.000	245.000
Dienstfahrten, Reisekosten	13.900	14.200
Sonstige Beratungsleistungen	1.000	1.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>19.502</u>	<u>3.027</u>
Summe	286.902	270.727



THH2
12
12.21

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Verkehrswesen

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000320: Bew. Verm. Verkehr Amt 22 fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-5.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-5.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-5.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:
 neuer Tresor für Waffenbehörde

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000500: Anteil Gemeinden Stat. Geschw.messanlage						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	24.000	7.722
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	24.000	7.722
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	24.000	7.722
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	24.000	7.722

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000510: Einr. Stat. Geschwindigkeitsmessanlagen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.000	0	-150.000	-36.569
13	=	Summe Auszahlungen	-150.000	0	-150.000	-36.569
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-150.000	0	-150.000	-36.569
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-7.571
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-150.000	0	-150.000	-44.139



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Einrichtung von zwei weiteren stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen zur Einhaltung der Umsetzung von Lärmaktionsplänen



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.22	Einwohnerwesen

Verantwortung

- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr
- Amt für Migration und Integration

Kurzbeschreibung

Das Einwohnerwesen umfasst folgende Bereiche:

- Meldeangelegenheiten: Aufsicht über die gemeindlichen Melde- und Passbehörden, Bearbeitung von Widersprüchen
- Einbürgerungsverfahren
- Feststellung der Staatsangehörigkeit
- Verzicht auf und Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit
- Eingliederung von Spätaussiedlern, Spätaussiedlerbescheinigungen
- Vertriebenenausweise
- Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes und Häftlingshilfegesetzes
- Aufenthaltsbeendende Maßnahmen: Ausweisungen bei strafrechtlichen Verfehlungen, Vollzug des Einreiseverbots, Überwachung der Ausreiseverpflichtung, Beantragung von Abschiebungshaft
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für EU-Ausländer, Erteilung von Freizügigkeitsbescheinigungen
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Nicht-EU-Ausländer: Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Aufenthaltstitel nach Aufenthaltswitz vor und nach der Einreise einschließlich Überwachungstätigkeiten
- Duldungen
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber, verwaltungsmäßige Betreuung der Asylbewerber bis zur rechtskräftigen positiven oder vollstreckbar negativen Antragsentscheidung, Kontrollmaßnahmen, Entscheidung über Ausnahmegenehmigung, Ahndung von Auflagerverstößen, Erteilung von Aufenthaltsgestattungen

Ziele

strategisch

- Beratung und Unterstützung der Melde- und Passbehörden innerhalb des Landkreises
- Abschluss des Integrationsprozesses von Ausländern und Aufnahme von deutschen Volkszugehörigen
- Klärung der Staatsangehörigkeit
- Formell/materiell-rechtlich richtige Feststellung der Voraussetzungen nach dem Bundesvertriebenengesetz und Häftlingshilfegesetz
- Einleitung und Durchsetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen von sich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhaltenden Ausländern und Überwachung von Einreisesperren
- Gewährleistung der Freizügigkeitsrechte für Unionsbürger
- Gewährleistung des rechtmäßigen Aufenthalts von Ausländern in Deutschland
- Unterstützung von Bundesbehörden bei der Verwaltung von Asylbewerbern und verwaltungsmäßige Betreuung der Asylbewerber bis zur rechtskräftigen/vollstreckbaren Entscheidung über deren Asylbegehren
- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung

**Auftragsgrundlagen**

Passgesetz, Passverordnung, Melderechtsrahmengesetz, Meldegesetz, Meldeverordnung, Landesverwaltungsgesetz, Polizeigesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz, Grundgesetz, Bundesvertriebenengesetz, Häftlingshilfegesetz, Aufenthaltsgesetz, Aufenthaltsverordnung, Freizügigkeitsgesetz/EU, Asylbewerberleistungsgesetz, Asylverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung, Verwaltungsverfahrensgesetz, Schengener Durchführungsübereinkommen, einschlägige Erlasse und Verwaltungsvorschriften

Produkte

- 12.22.01 Meldeangelegenheiten, Passwesen
- 12.22.05 Einbürgerungen/Feststellung der Staatsangehörigkeit/Bearbeitung von Staatsangehörigkeitsausweisen
- 12.22.06 Eingliederung von Spätaussiedlern, Spätaussiedlerbescheinigungen, Vertriebenenausweise, HHG
- 12.22.10 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- 12.22.50 Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Ausländer (EU- und Nicht-EU-Ausländer, Asylbewerber)



THH2
12
12.22

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Einwohnerwesen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	242.100	242.100	259.336
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	42.990
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	242.100	242.100	302.326
11	-	Personalaufwendungen	-1.068.902	-753.566	-897.216
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.466	-17.384	-572.247
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2	-42	-2.038
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-123.708	-86.046	-193.838
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.216.078	-857.038	-1.665.340
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-973.978	-614.938	-1.363.014
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-973.978	-614.938	-1.363.014
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.479.314	2.276.911	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.602.826	-2.367.166	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-10	-370
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-123.512	-90.264	-370
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.097.491	-705.203	-1.363.384

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
EDV-Fallpreise und Gebühren	436.350	487.640
Leasing für EDV-Ausstattung	49.400	56.160
Aus- und Fortbildung, Umschulung	8.000	8.500
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	2.000	0
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	- 472.284	- 534.916
Summe	23.466	17.384
zu Ifd. Nr. 17:		
Elektronischer Aufenthaltstitel	116.000	80.000
Bürobedarf	18.000	21.000
Fachliteratur	2.000	1.500
Dienstfahrten, Reisekosten	8.000	8.800
Rechts- und Beratungskosten	2.500	2.500
Sonstige Beratungsleistungen	1.000	0
Geschäftsaufwendungen	2.500	2.500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	- 26.292	- 30.254
Summe	123.708	86.046



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.23	Personenstandswesen

Verantwortung

Amt für Recht, Ordnung und Verkehr

Kurzbeschreibung

- Öffentlich-rechtliche Namensänderungen
- Personenstandsaufsicht

Ziele

strategisch

- Anpassen von Familiennamen und Beseitigung von Unzulänglichkeit im Namen
- Sicherung der Nachweismöglichkeit des Personenstandes und des Namens
- Fachliche Beratung und Unterstützung der Standesämter
- Überprüfung der Geschäftsführung der Standesämter

Auftragsgrundlagen

Namensänderungsgesetz, Bürgerliches Recht, Namensrecht, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Beurkundungsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstandsgesetz, Freiwillige Gerichtsbarkeit, Verwaltungsvorschriften, Erlasse, Gerichtsurteile, Internationales Privatrecht

Produkte

- 12.23.09 Behördliche Namensänderungen
- 12.23.50 Standesamtsaufsicht



THH2
12
12.23

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Personenstandswesen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.000	2.000	1.697
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.000	2.000	1.697
11	-	Personalaufwendungen	-139.063	-141.473	-132.086
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.374	-2.946	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-45	-7	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.285	-467	-170
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-157.766	-144.893	-132.256
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-155.766	-142.893	-130.559
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-155.766	-142.893	-130.559
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-54.981	-15.039	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-9	-2	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-54.989	-15.041	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-210.756	-157.934	-130.559



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.26	Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung

Verantwortung

- Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Überwachung von Produkten und Betrieben im Bereich Lebensmittel und Bedarfsgegenstände
- Schlacht tier- und Fleischuntersuchung
- Tiergesundheit, Tierschutz, (vorbeugende) Tierseuchenbekämpfung, Tierkörperbeseitigung

Ziele

strategisch

- Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigungen, Täuschungen und Irreführungen
- Erreichung einer Kostendeckung im Gebühreneinnahmebereich
- Modernisierung der Trichinenuntersuchungsstellen
- Schutz der Tierbestände vor seuchenhaften Krankheiten
- Effektiver Schutz der Tiere vor Leiden und Schäden durch präventives und repressives Handeln des Veterinäramtes
- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Entsorgung

Auftragsgrundlagen

Gesetze, Verordnungen im EU-Recht und nationales Recht, QMS-Vorgaben, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Landesabfallgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, Mitgliedschaft im Zweckverband, Tierkörperbeseitigung auf Basis von Kreistagsbeschlüssen

Produkte

- 12.26.01 Lebensmittelüberwachung (Schlüsselposition)
- 12.26.03 Überwachung der Fleischhygiene
- 12.26.50 Tierschutz, Tiergesundheit u. Tierkörperentsorgung

Hinweis zu Produkte 12.26.01, 12.26.03 und 12.26.50:

Das Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt ist seit 27.10.2008 durch das Qualitätsmanagement des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg auditiert.

Jährliche Überprüfungen, Zielvereinbarungen mit den übergeordneten Behörden (RP und MLR) sowie Erweiterungen von Teilbereichen sind zu erfüllen.



THH2
12
12.26

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	321.000	319.000	313.867
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	3	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	90	68	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.926	12.972	8.938
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	332.019	332.046	322.805
11	-	Personalaufwendungen	-1.064.145	-1.040.759	-1.040.507
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-61.789	-62.988	-53.655
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-5.928	-6.059	-5.474
16	-	Transferaufwendungen	-245.700	-245.600	-262.116
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-66.089	-91.236	-53.244
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.443.650	-1.446.643	-1.414.996
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.111.631	-1.114.597	-1.092.191
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.111.631	-1.114.597	-1.092.191
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	41.806	35.167	11.627
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-380.909	-337.140	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.841	-2.080	-2.093
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-340.944	-304.054	9.534
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.452.575	-1.418.651	-1.082.657

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 16:

Umlage an Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen.



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.26 **Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712260000310: Bew. Verm.Veterinärw./LMÜ fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-4.800	0	-4.800	0
13	=	Summe Auszahlungen	-4.800	0	-4.800	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.800	0	-4.800	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-4.800	0	-4.800	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Modernisierung der Trichinenuntersuchungsstellen



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.26	Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung
12.26.01	Lebensmittelüberwachung

Verantwortung

Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Kurzbeschreibung

Überwachung von Produkten und Betrieben im Bereich Lebensmittel, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände nach nationalen und EU-Rechtsvorschriften

Ziele

strategisch

1. Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung
2. Betriebsneuzulassungen nach EU-Verordnung und Überprüfung zur Aufrechterhaltung der EU-Zulassung
3. Ergreifung von erforderlichen Maßnahmen (Lebensmittelrecht und/oder Verwaltungsrecht) bei Beanstandungen

operativ

1. Regelkontrollen nach vorgegebenem Kontrollrhythmus
2. Planprobennahmen nach vorgegebenem Verteilerschlüssel und nach Zielrichtungen
3. Anlasskontrollen bei Verdacht, Hinweisen und auf Anforderung des Betriebes
4. Verdachtsproben bei konkreten Anlässen (z.B. Krankheitsfällen, Rückständen, Kennzeichnung u.ä.)
5. Überprüfung von Betrieben nach dem EU-Schnellwarnsystem
6. Durchführung der erforderlichen Regelkontrollen nach den nationalen Vorschriften und den zahlreichen EU-Vorschriften sowie Vorgabe der LÜVIS-Terminverwaltung und der errechneten Kontrollintervalle nach der Risikobeurteilung des Betriebes (RIOP)
7. Durchführung von Planprobenentnahmen (2x monatlich) für die Untersuchungsämter
8. Durchführung von Verdachtskontrollen und Probenahmen auf Grund eigener Feststellungen oder durch Hinweise von Verbrauchern
9. Durchführung von Sonderkontrollen bei Rückrufaktionen und EU-Schnellwarnungen
10. Durchführung von Ermittlungen bei lebensmittelrechtlichen Verstößen, insbesondere Erkrankungsfällen, einschließlich Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren, sowie verwaltungsrechtlichen Maßnahmen
11. Pflege der LÜVIS-Datenbank und Erfassung aktueller Kontrollergebnisse
12. Steigerung der Arbeitsqualität durch die Anwendung bzw. Neuentwicklung/Aktualisierung neuer Standards im Qualitätsmanagement

Maßnahmen 2018

Einhaltung der erforderlichen risikoorientierten Planproben in Höhe von mindestens 1.112 Proben zum Schutz des Verbrauchers

Auftragsgrundlagen

Alle einschlägigen Gesetze im Lebensmittelrecht, QMS-Vorgaben



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.26 **Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung**
12.26.01 **Lebensmittelüberwachung**

lfd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	29.000	21.500	39.536
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	6.693
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	29.000	21.500	46.229
11	-	Personalaufwendungen	-670.173	-656.817	-619.872
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-38.346	-40.088	-14.102
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-5.608	-5.728	-5.302
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.132	-23.754	-15.155
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-734.258	-726.387	-654.431
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-705.258	-704.887	-608.203
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-705.258	-704.887	-608.203
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-218.053	-208.164	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.753	-1.989	-2.068
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-219.805	-210.153	-2.068
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-925.064	-915.040	-610.270



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.60 **Brandschutz**

Verantwortung

Kreisbrandmeister

Kurzbeschreibung

- Erstellung von brandschutztechnischen Stellungnahmen
- Durchführung von Brandverhütungsschauen
- Beratung von Bauherren, Architekten und Gemeinden
- Aufsicht über das Feuerwehrwesen
- Bewilligungsstelle für die Förderung des Feuerwehrwesens
- Betrieb des digitalen Alarmierungssystems, des Gleichwellensprechfunknetzes und der integrierten Leitstelle
- Erstellung von Einsatzplänen
- Teilnahme an Feuerwehreinsätzen, Teilnahme an Dienstbesprechungen und Fortbildungsveranstaltungen
- Durchführung von Ausbildungslehrgängen, Ausstellung der Feuerwehr-Ehrenzeichen, Vergabe von Plätzen der Erholungsfürsorge, Abnahme des Feuerwehrleistungsabzeichens

Ziele

strategisch

Schnellstmögliche qualifizierte Hilfeleistung bei Bränden zur Vermeidung von Schäden für Mensch, Tier, an Sachen und Umwelt. Ständige Einsatzbereitschaft. Schnellstmögliche Hilfe für Menschen und Tiere in bedrohenden Situationen. Vermeidung von Schäden an Sachen und Umwelt

operativ

Bei Planung, Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Abbruch eines Gebäudes oder einer Betriebsanlage sicherstellen, dass durch geeignete Maßnahmen

- eine Brandentstehung möglichst verhindert wird,
- eine Brand- und Rauchausbreitung behindert wird,
- die Rettungswege bautechnisch gesichert sind und
- wirksame Rettungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen möglich sind.

Dies gilt auch für die Brandsicherheitsschau, durch die brandgefährliche Zustände in einem Objekt erkannt und abgestellt werden sollen.

Auftragsgrundlagen

- Landesbauordnung und untergesetzliches Regelwerk
- Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg und untergesetzliches Regelwerk



THH2
12
12.60

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Brandschutz

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.000	3.000	91
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.200	25.200	43.571
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	32.200	28.200	43.662
11	-	Personalaufwendungen	-187.090	-180.137	-158.635
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-154.169	-119.370	-129.251
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-84.499	-72.452	-57.105
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-468.735	-469.778	-246.679
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-894.493	-841.736	-591.670
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-862.293	-813.536	-548.008
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-862.293	-813.536	-548.008
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-148.106	-130.658	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-28.199	-26.428	-23.196
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-176.305	-157.086	-23.196
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.038.598	-970.622	-571.204

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	110.000	80.000
Mieten und Pachten	400	400
Haltung von Fahrzeugen	3.000	3.000
Dienst- und Schutzkleidung	2.500	2.500
Aus- und Fortbildung, Umschulung	25.000	21.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	13.269	12.470
Summe	154.169	119.370
zu lfd. Nr. 17:		
Personal- und Betriebskosten Integrierte Leitstelle	450.000	455.000



THH2
12
12.60

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Brandschutz

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712600000310: Bew. Verm. Brandschutz fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-60.000	0	-30.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-60.000	0	-30.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-60.000	0	-30.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-60.000	0	-30.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Erneuerung Digitales Alarmierungsnetz

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712600000520: Erneuerung Leitstellentechnik Integr. Le						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-6.332
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-6.332
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-6.332
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-6.332

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 11:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0687 und IX-0178 Ausschuss für technische Fragen und Umweltschutz (2016)



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.70 **Rettungsdienst**

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

- Durchführung von Krankentransporten nach § 15 Rettungsdienstgesetz des Landes Baden-Württemberg (RDG), Genehmigungserteilung an Krankentransportunternehmen
- Rechtsaufsicht über den Bereichsausschuss

Ziele

strategisch

Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes zu sozial tragbaren Nutzungsentgelten

operativ

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Effektive und effiziente Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren
- Hilfsfristen einhalten

Auftragsgrundlagen

Rettungsdienstgesetz des Landes Baden-Württemberg (RDG), Personenbeförderungsgesetz des Bundes (PBefG) sowie hierzu ergangene Rechtsverordnungen



THH2
12
12.70

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Rettungsdienst

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-12.513	-4.589	-11.618
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-184	-67	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6	-2	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-76	-32	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-12.779	-4.690	-11.618
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-12.779	-4.690	-11.618
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-12.779	-4.690	-11.618
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.061	-709	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.061	-709	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-14.840	-5.400	-11.618



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.80 **Katastrophenschutz**

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

- Bekämpfung von größeren Schadensereignissen und Katastrophen
- Einsatzplanungen
- Unterstützung der Katastrophenschutzeinheiten

Ziele

strategisch

- Hilfen für Menschen und Tiere, Schutz von Sachen und Umwelt bei Katastrophen
- Ständige Einsatzbereitschaft

operativ

- Gefahren für den Landkreis kontinuierlich ermitteln und fortschreiben
- Alarm- und Einsatzpläne kontinuierlich aktualisieren und fortschreiben
- Planung und Durchführung von Schulungen
- Planung und Durchführung von Übungen

Auftragsgrundlagen

- Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz
- Landeskatastrophenschutzgesetz
- Bewirtschaftungsgrundschriften des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- Verwaltungsvorschrift Stabsarbeit
- Verwaltungsvorschrift über die Ausbildung der Einsatzeinheiten



THH2
12
12.80

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Katastrophenschutz

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-63.093	-33.251	-24.048
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.195	-1.765	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-14.999	-14.989	-14.950
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-25.779	-25.582	-430
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-106.066	-75.586	-39.428
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-106.066	-75.586	-39.428
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-106.066	-75.586	-39.428
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-18.259	-12.613	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-8.415	-9.088	-9.755
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-26.674	-21.701	-9.755
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-132.740	-97.287	-49.183

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:

Geschäftsaufwendungen

Ansatz 2018
EUR

25.000

Ansatz 2017
EUR

25.000



Teilhaushalt 3

Schule, Kultur und Sport

Bestehend aus den Produktgruppen

- 21.20 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren
- 21.30 Berufsbildende Schulen
- 21.40 Schülerbezogene Leistungen
- 21.50 Sonstige schulische Aufgaben/Einrichtungen

- 25.21 Kreisarchiv

- 26.10 Theater
- 26.20 Musikpflege

- 27.10 Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen

- 28.10 Sonstige Kulturpflege

- 42.10 Förderung des Sports
- 42.41 Sportstätten



THH3

Schule, Kultur und Sport

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	13.546.195	13.449.882	12.244.558
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	292.500	377.000	324.560
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	531.300	684.700	627.682
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.469.000	2.477.000	2.280.834
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	123.546	127.684	84.404
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	16.962.542	17.116.266	15.562.038
11	-	Personalaufwendungen	-3.623.132	-3.305.711	-3.274.098
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.666.575	-5.916.029	-5.678.942
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-3.053.271	-3.014.391	-3.029.504
16	-	Transferaufwendungen	-495.640	-486.920	-666.966
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.930.812	-8.895.306	-8.446.106
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-22.769.431	-21.618.356	-21.095.616
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-5.806.889	-4.502.090	-5.533.578
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-5.806.889	-4.502.090	-5.533.578
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	115.700	113.400	83.255
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.723.252	-1.562.212	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.011.246	-2.104.355	-2.195.424
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.618.798	-3.553.166	-2.112.169
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-9.425.688	-8.055.256	-7.645.747

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH3	72,37	71,79	70,96



THH3

Schule, Kultur und Sport

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	221.200	1.982.700
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	2.728
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	221.200	1.985.428
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.280.000	-370.000	-620.064
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-442.500	-477.050	-427.578
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-35.000	-49.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.757.500	-896.050	-1.047.642
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.757.500	-674.850	937.786



THH3
21

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	13.452.446	13.390.132	12.184.808
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	292.500	377.000	324.560
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	416.300	447.700	485.652
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.396.000	2.397.736	2.266.165
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	123.509	121.045	81.980
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	16.680.755	16.733.613	15.343.166
11	-	Personalaufwendungen	-3.106.487	-2.838.920	-2.858.408
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.375.235	-5.660.669	-5.492.450
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.893.022	-2.857.532	-2.879.066
16	-	Transferaufwendungen	-20.000	-20.000	-244.931
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.906.972	-8.870.357	-8.419.152
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-21.301.717	-20.247.478	-19.894.008
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.620.962	-3.513.865	-4.550.842
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.620.962	-3.513.865	-4.550.842
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	219.632	212.083	83.255
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.681.570	-1.524.883	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.915.820	-2.007.684	-2.102.390
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.377.758	-3.320.484	-2.019.134
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-7.998.720	-6.834.349	-6.569.976



THH3
21

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	220.000	1.982.700
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	2.728
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	220.000	1.985.428
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.100.000	-270.000	-620.064
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-442.500	-447.850	-427.578
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.542.500	-717.850	-1.047.642
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.542.500	-497.850	937.786



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.20	Sonderpäd. Bildungs- u. Beratungszentren

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturstadt

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes eines Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ) durch Bereitstellung der sächlichen Ausstattung und von nichtlehrendem Personal. Das SBBZ dient der Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, die schulpflichtig sind, aber infolge einer Behinderung in den allgemeinbildenden Schulen nicht oder nicht ohne Unterstützung die ihnen zustehende Erziehung und Bildung erfahren können.

Ziele

strategisch

- Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten sonderpädagogischen Schulangebots, hier der Karl-Georg-Haldenwangschule, Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) in Münsingen

operativ

- Bereitstellung der Gebäude und einer bedarfsgerechten Ausstattung unter Beachtung verschiedenster Richtlinien und Vorgaben zu Sicherheit, Energieverbrauch und Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Haushaltsplan mit Stellenplan
bezüglich der Grundstücke und baulichen Anlagen: Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnungen für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstsanweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 21.20.03.01 Karl-Georg-Haldenwangschule, Münsingen



THH3

Schule, Kultur und Sport

21

Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

21.20

Sonderpäd. Bildungs- u. Beratungszentren

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	468.429	416.329	321.657
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	2.660	101
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	17	24.016	17.873
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	468.446	443.005	339.631
11	-	Personalaufwendungen	-240.781	-227.846	-216.492
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-253.613	-159.374	-195.592
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-99.369	-102.943	-96.918
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-55.310	-69.292	-67.257
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-649.073	-559.455	-576.260
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-180.627	-116.450	-236.629
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-180.627	-116.450	-236.629
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-60.424	-51.693	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-65.391	-69.673	-66.974
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-125.815	-121.366	-66.974
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-306.442	-237.816	-303.602

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Sachkostenbeiträge vom Land	423.100	371.000
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	120.700	36.000
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.550	1.500
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	11.600	11.300
Bewirtschaftung	70.900	65.800
EDV-Aufwendungen	900	750
Lehr- und Unterrichtsmittel, sonstige schulische Aufwendungen	9.800	8.900
Aufwand für Lebensmittel	32.000	32.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	6.163	3.124
Summe	253.613	159.374



THH3

Schule, Kultur und Sport

21

Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

21.20

Sonderpäd. Bildungs- u. Beratungszentren

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.212003.0102.002: Karl-Georg-Haldenwang-Schule Heizung						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-270.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-270.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-270.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-270.000	0



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.30	Berufsbildende Schulen

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs der beruflichen Schulen und der Fachschulen (gegen Entgelt) durch Bereitstellung der sächlichen Ausstattung und von nichtlehrendem Personal. Die beruflichen Schulen sind weiterführende Schulen, in denen Bildungsabschlüsse bis zur Hochschulreife erworben werden können.

Ziele

strategisch

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten, flächendeckenden und vielfältigen Schulangebots der beruflichen Schulen

operativ

- Regionale Schulentwicklung
- Bedarfsgerechte Entwicklung der Schularten
- Bereitstellung der Gebäude und einer bedarfsgerechten Ausstattung unter Beachtung verschiedenster Richtlinien und Vorgaben zur Sicherheit, Energieverbrauch und zum Gesundheitsschutz

Maßnahmen 2018

- Umsetzung von ersten Maßnahmen der Regionalen Schulentwicklung im Bereich Kleinklassen
- Maßnahmen im Rahmen der laufenden Gebäudeunterhaltung zur Substanzerhaltung und -modernisierung, insbesondere Sanierungen der Haustechnik
- Entwicklung der Digitalisierung des Unterrichts unter anderem durch Erweiterung der W-LAN's
- Weiterentwicklung von Angeboten im Rahmen der Inklusion
- Weiterentwicklung der Schulangebote für Asylbewerber und Flüchtlinge

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Haushaltsplan mit Stellenplan

Bezüglich der Grundstücke und baulichen Anlagen: Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnungen für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht



THH3
21
21.30

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Berufsbildende Schulen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	8.393.017	8.386.203	7.326.641
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	291.500	376.000	324.032
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	327.300	356.700	391.961
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	51.853	12.923
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	120.971	94.509	59.983
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	9.132.788	9.265.265	8.115.540
11	-	Personalaufwendungen	-2.382.219	-2.236.824	-2.317.297
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.813.813	-5.058.315	-5.041.056
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.719.105	-2.676.100	-2.706.602
16	-	Transferaufwendungen	0	0	-60
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-644.236	-777.332	-650.214
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-11.559.373	-10.748.571	-10.715.229
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.426.585	-1.483.306	-2.599.689
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.426.585	-1.483.306	-2.599.689
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	225.646	207.108	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.435.237	-1.302.530	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.792.817	-1.877.567	-1.972.265
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.002.407	-2.972.989	-1.972.265
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-5.428.992	-4.456.295	-4.571.954

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2: Sachkostenbeiträge vom Land	7.784.300	7.584.300
zu lfd. Nr. 13: Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	1.982.500	1.147.000

Maßnahmen 2018 (ab 10.000 EUR):

Werkstätten BSZ Reutlingen

Erneuerung Aufzugstechnik	19.000 EUR
Erweiterung Elektroinstallation Konditorei	100.000 EUR

Berufliche Schulen Reutlingen

Planungsrate Sanierungen	100.000 EUR
--------------------------	-------------

Kerschensteinerschule

Reparatur Treppenhausverglasung	40.000 EUR
Sanierung Heizverteiler, Lüftung und Frischwasserversorgung	165.000 EUR

Theodor-Heuss-Schule

Sanierung WCs UG	70.000 EUR
Elektro-Sanierung Planungsrate	100.000 EUR

**Laura-Schradin-Schule**

Erneuerung Aufzugstechnik	28.500 EUR
Einbau WCs und Gerätelager	70.000 EUR
Sanierung Heizverteiler und Frischwasserversorgung	160.000 EUR

Gewerbliche Schule Metzingen

Sanierung WCs UG	100.000 EUR
Sanierung Duschen Sporthalle	50.000 EUR

Berufliche Schule Münsingen

Fenstersanierung Neubau Planung u. 1. Bauabschnitt	100.000 EUR
Elektrosanierung Werkstatt Hauptverteiler	70.000 EUR

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	68.950	83.350
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	648.500	638.950
Mieten und Pachten	359.800	323.500
Bewirtschaftung	1.366.600	1.651.000
Aufwendungen für EDV	408.170	191.590
Lehr- und Unterrichtsmittel und sonstige schulische Aufwendungen	921.500	996.350
zu lfd. Nr. 17:		
Schülerunfallversicherung	346.000	333.000



THH3
21
21.30

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Berufsbildende Schulen

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.213000.0001: Bewegl. Vermögen BSZ RT allgemein						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.213000.0002.002: Erweiterungsbau Theodor-Heuss-Schule						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	220.000	1.982.700
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	2.728
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	220.000	1.985.428
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-595.262
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-595.262
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	220.000	1.390.166
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	220.000	1.390.166

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 1 und 8:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0523 bis VIII-0523/1, VIII-0676, VIII-0723 bis VIII-0726, IX-0073 und IX-0113 (2017)

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
7.213000.0002.004: Fernwärme BSZ Reutlingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-500.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-500.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-500.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-500.000	0	0	0



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

KT-Drucksachen Nr. IX-0375 und IX-0375/1

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0005: Bewegl. Vermögen GSM allgemein						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-1.630
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-1.630
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-1.630
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-1.630

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0101: Bewegl. Vermögen F.-v.-Steinbeis-Schule						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-172.000	-176.856
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-172.000	-176.856
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-172.000	-176.856
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-172.000	-176.856

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300100310



lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0201: Bewegl. Vermögen Kerschensteinerschule						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-101.400	-66.381
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-101.400	-66.381
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-101.400	-66.381
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-101.400	-66.381

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300200310

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0301: Bewegl. Vermögen Th.-Heuss-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-21.050	-2.013
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-21.050	-2.013
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-21.050	-2.013
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-21.050	-2.013

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300300310

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0401: Bewegl. Vermögen L.-Schradin-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-20.000	-18.801
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-20.000	-18.801
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-20.000	-18.801
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-20.000	-18.801



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300400310

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0501: Bewegl. Verm. Gewerbl. Schule Metzingen						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-96.700	-103.776
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-96.700	-103.776
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-96.700	-103.776
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-96.700	-103.776

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300500310

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0601: Bewegl. Vermögen Kaufm. Schule Bad Urach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300600310



Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0602.001: Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-12.660
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-12.660
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-12.660
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-12.660

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0701: Bewegl. Verm. Berufl. Schule Münsingen						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-5.000	-45.012
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-5.000	-45.012
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-5.000	-45.012
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-5.000	-45.012

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721300700310

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.1001: Bewegl. Vermögen Kreisschul-u. Kulturamt						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-19.894
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-97.285
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-117.178
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-117.178
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-117.178



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300100310: Bewegl. Vermögen F.-v.-Steinbeis-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-141.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-141.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-141.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-141.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Metall

Universalhärteprüfmaschine	40.000 EUR
LIN-Bus Funktionsmodell	12.500 EUR
Gebrauchtfahrzeug	12.500 EUR
Fahrzeug-System-Analyse	15.500 EUR
EBS Bremsmodell	31.000 EUR
Erneuerung Sammlung	15.000 EUR
Erweiterung Industrie 4.0	10.000 EUR
CAN-BUS Funktionsmodell	4.500 EUR

Summe **141.000 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300200310: Bewegl. Vermögen Kerschensteinerschule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-58.400	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-58.400	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-58.400	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-58.400	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Allgemein

Plotter	12.000 EUR
Mobiler Lehrerrechner	2.600 EUR
Fallgewichtsgesetz	6.400 EUR
Absaugarm	8.000 EUR
Energiesparlampe	3.700 EUR

Nahrung

Spülmaschine Konditorei	1.700 EUR
2 Teigmaschinen	11.000 EUR
Messerfassungssystem All-Chem-Misst	13.000 EUR

Summe **58.400 EUR**



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300300310: Bewegl. Vermögen Th.-Heuss-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-2.400	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-2.400	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.400	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-2.400	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Geräteausstattung für die Fachbereiche:

Naturwissenschaften

Digitalmikroskop 1.200 EUR
 Ultraschall-Apparatur 1.200 EUR

Summe 2.400 EUR

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300400310: Bewegl. Vermögen L.-Schradin-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-19.700	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-19.700	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.700	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-19.700	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Hauswirtschaft

2 Thermomix 3.000 EUR
 Einscheibenmaschine 4.500 EUR
 Scheuer-Saugmaschine 5.500 EUR

Allgemein

höhenverstellbare Lehrtische 2.700 EUR
 Ersatz div. Großgeräte 2.500 EUR
 Schlagzeug Musikunterricht 1.500 EUR

Summe 19.700 EUR



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300500310: Bewegl. Verm. Gewerbl. Schule Metzingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-97.900	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-97.900	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-97.900	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-97.900	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Software-Lizenzen	8.000 EUR
Erneuerung Server	12.000 EUR
Steuerungstechnik Industrie 4.0	52.000 EUR
Reifenmontiermaschine	8.000 EUR
Induktionsheizgerät	1.400 EUR
Fahrzeug mit Buchsenkasten	5.000 EUR
Sprüheinrichtung Bügelanlage	4.000 EUR
Parkettschleifmaschine	5.500 EUR
Werkzeugwagen	2.000 EUR

Summe **97.900 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300600310: Bewegl. Verm. Georg-Goldstein-Schule BU						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-5.500	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-5.500	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.500	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-5.500	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Beschaffungen EDV

Server (Ersatzbeschaffung) 5.500 EUR



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300700310: Bewegl. Verm. Berufl. Schule Münsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-90.300	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-90.300	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-90.300	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-90.300	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Alterssimulationsanzug	3.500 EUR
Digitales Schwarzes Brett	15.800 EUR
Hochdruck-Maschinenschraubstock	3.000 EUR
Säulenbohrmaschine	18.000 EUR
Drehmaschine	<u>50.000 EUR</u>

Summe **90.300 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721300800310: Bewegl. Vermögen BSZ RT allgemein						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-10.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	0	0



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.40	Schülerbezogene Leistungen

Verantwortung

- Kreisschul- und Kulturstadt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Bei dieser Produktgruppe handelt es sich um die

- Organisation und Abwicklung der Schülerbeförderung
- Fördermaßnahmen für Schüler (Zuschüsse z.B. für Studienfahrten)
- Schulsozialarbeit

Ziele

strategisch

- Unterstützung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags durch Förderung gemeinsamer Unternehmungen
- Sicherstellung der Schulsozialarbeit
- Effektive und effiziente Schülerbeförderung in Abstimmung mit Schulträgern und Verkehrsunternehmen

operativ

- Förderung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen unter Berücksichtigung des Zusatzbedarfs bei der Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
- Aufrechterhaltung der Schülerlistenverfahren mit möglichst großer Schülerzahl
- Einführung der Online-Bestellmöglichkeit von Schülermonatsfahrkarten

Maßnahmen 2018

- Abstimmung des ÖPNV auf veränderte Schullandschaft (z.B. Gemeinschaftsschule, Ganztagschule, Inklusion, neue Klassen „Vorqualifizierung Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse“ - VAB-O)
- Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung der Schulsozialarbeit

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Landkreisordnung, Finanzausgleichsgesetz Baden-Württemberg (FAG), Satzung des Landkreises über die Erstattung von Schülerbeförderungskosten

Produkte

- 21.40.01 Schülerbeförderung
- 21.40.02 Fördermaßnahmen für Schüler



THH3
21
21.40

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Schülerbezogene Leistungen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	4.591.000	4.584.500	4.536.510
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.331.000	2.340.829	2.252.963
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	11	11	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.922.011	6.925.340	6.789.473
11	-	Personalaufwendungen	-146.203	-139.014	-105.507
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.389	-5.817	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-4	-4	-628
16	-	Transferaufwendungen	0	0	-244.871
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.181.757	-8.003.341	-7.679.332
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-8.334.354	-8.148.175	-8.030.337
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.412.343	-1.222.835	-1.240.864
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.412.343	-1.222.835	-1.240.864
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	115.700	113.400	83.255
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-249.569	-232.113	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1	-2	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-133.870	-118.715	83.255
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.546.214	-1.341.550	-1.157.609

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Zuweisungen vom Land für Schülerbeförderung	4.496.000	4.477.600
Zuweisungen vom Land für Schulsozialarbeit	95.000	106.900
zu lfd. Nr. 6:		
Eigenanteile von Schulträgern u. Erstattungen Landkreise	1.601.000	1.642.000
Eigenanteile von Schülern	730.000	697.000
zu lfd. Nr. 17:		
Aufwendungen für Schülerbeförderung	6.747.000	6.591.000
Erstattungen an Gemeinden / Schulträger	1.057.000	1.030.000
Aufwendungen für Schulsozialarbeit	376.000	380.000



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.50	Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Die sonstigen schulischen Aufgaben und Einrichtungen umfassen

- die Information der am Schulleben Beteiligten über die Tätigkeiten und Ziele des Schulträgers sowie über bildungspolitische Maßnahmen durch Veröffentlichungen, Schulberichte, Pressemitteilungen
- die Vermietung und Verpachtung von Räumen, Hallen, Einrichtungen und Grundstücksflächen für sportliche und kulturelle Zwecke und für Zwecke der Weiterbildung
- sonstige Verpachtungen und Vermietungen im Rahmen der Betriebe gewerblicher Art (Parkflächen der Schulen und Verpachtung Cafeteria im Beruflichen Schulzentrum Reutlingen)
- den Ausgleichsbetrag an die Stadt Reutlingen als Träger einer Schule für Geistigbehinderte
- die Bereitstellung und den Betrieb von Kreismedienzentren
- Bildungskoordination für Neuzugewanderte

Ziele

strategisch

- Bereitstellung von aktuellen Informationen über die Schulen, den Schulträger, Tätigkeiten und Ziele
- Förderung von Bildung, Kultur und Sport
- Optimierung des Unterrichts, Erfüllung der Lehrpläne, Schul-, Jugend- und Erwachsenenbildung
- Medienerziehung

operativ

- Bereitstellung von Medien, Beratungen und Fortbildungen durch die Kreismedienzentren
- Bereitstellung von Parkflächen an den Schulen

Maßnahmen 2018

- Erster Bauabschnitt Sanierung Parkhaus
- Grundlagenermittlung und Planung des künftigen Parkhausbetriebes im BSZ Reutlingen
- Bildungskoordination für Asylbewerber und Flüchtlinge

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Gemeindehaushaltsverordnung, Tarifordnung, Mietverträge, Kreistagsbeschluss, Medienzentrengesetz

**Produkte**

- 21.50.01 Auskunft, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen
- 21.50.02 Vergabe schulischer Einrichtungen an Dritte
- 21.50.03 Förderung von Schulen in anderer Trägerschaft
- 21.50.04 Bereitstellung und Betrieb von Kreismedienzentren



THH3

Schule, Kultur und Sport

21

Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

21.50

Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	3.100	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	1.000	1.000	529
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	89.000	91.000	93.691
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	65.000	2.395	177
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.510	2.508	4.124
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	157.510	100.003	98.521
11	-	Personalaufwendungen	-337.284	-235.237	-219.112
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-301.420	-437.163	-255.802
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-74.545	-78.484	-74.919
16	-	Transferaufwendungen	-20.000	-20.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-25.669	-20.393	-22.349
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-758.917	-791.277	-572.182
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-601.407	-691.274	-473.660
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-601.407	-691.274	-473.660
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-58.055	-46.972	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-57.610	-60.442	-63.151
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-115.666	-107.414	-63.151
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-717.072	-798.688	-536.811

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 13:

Unterhaltung Parkplätze BSZ Reutlingen

Unterhaltung des bewegl. Vermögens

Erwerb von GVG

Mieten und Pachten

Bewirtschaftung

Medienbeschaffung und sonstige schulische Aufwendungen

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

23.000 170.000

12.500 12.500

31.100 37.700

64.000 63.000

29.500 29.000

121.450 117.150



THH3
21
21.50

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.215002.0001: Bewegl. Vermögen BgA Cafeteria BSZ						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-1.494
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-1.494
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-1.494
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-1.494

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.215003.0002.001: Parkhaus BSZ Reutlingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-600.000	-1.200.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-600.000	-1.200.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-600.000	-1.200.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-600.000	-1.200.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0541 und IX-0441.

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.200.000 EUR wird in den Jahren 2019 und 2020 in Höhe von je 600.000 EUR zahlungswirksam.

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.215004.0001: Bewegl. Vermögen Kreismedienzentren						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-11.700	-11.616
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-11.700	-11.616
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-11.700	-11.616
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-11.700	-11.616



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

ab 2018 neue Kontierung: Ansatz bei 721500100310 (Kreismedienzentrum Reutlingen) und 721500200310 (Kreismedienzentrum Münsingen)

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721500100310: Bewegl. Vermögen Kreismedienzentrum RT						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-11.500	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-11.500	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-11.500	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-11.500	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Kreismedienzentrum Reutlingen:
 Interaktives Display Schulungsraum 7.500 EUR
 Beamter lichtstark 1.900 EUR
 Macbook f. Videobearbeitung 2.100 EUR

Summe 11.500 EUR

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
721500200310: Bewegl. Vermögen Kreismedienzentrum Müns						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-5.800	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-5.800	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.800	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-5.800	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Kreismedienzentrum Münsingen:
 Beamter lichtstark 1.900 EUR
 Aktiv-Lautsprecher 3.900 EUR

Summe 5.800 EUR



THH3	Schule, Kultur und Sport
25	Kreisarchiv
25.21	Kreisarchiv

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

- Ordnung, Erschließung und Sicherung des Archivguts des Landkreises und von 21 Kreisgemeinden (mit 65 Ortsteilarchiven) ohne eigenen Archivar
- Beratung der Gemeinden in Registratur- und Archivfragen, Anleitung von Gemeindepersonal
- Beratung von Archivnutzern und Beantwortung von Anfragen – intern und extern
- Aufbau der Sammlungsbestände und der Präsenzbibliothek
- Historische Bildungsarbeit für Landkreis und Kreisgemeinden

Ziele

strategisch

- Bewertung, Ordnung, Verzeichnung und Bestandserhaltung von analogem und digitalem Schriftgut der Kreisverwaltung und den kreiseigenen Institutionen
- Unterstützung der 21 Kreisgemeinden (mit 65 Ortsteilarchiven) ohne eigenen Archivar bei der Bewertung, Ordnung und Verzeichnung von analogem und digitalem Schriftgut sowie Beratung in Registratur- und Archivfragen
- Bereitstellung des analogen und digitalen Archivguts für die Öffentlichkeit
- Förderung der gesellschaftlichen Identitätsbildung und Unterstützung von Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Bewahrung der Rechte des Archivträgers und der Bürger

operativ

- Analoge Akten und digitale Unterlagen, deren gesetzliche Sperrfristen spätestens zum Jahresende ausgelaufen sind, werden bewertet und das archivwürdige Schriftgut wird übernommen
- Webseiten der Landkreisverwaltung und der kreiseigenen Institutionen werden gespiegelt und archiviert
- Die kulturhistorische Bibliothek des Landkreises ist vollständig über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund recherchierbar
- Im Rahmen eines DFG-Projekts werden alle Protokolle der Amtsversammlung und des Kreistags bis 1972 digitalisiert

Maßnahmen 2018

- Die ersten Daten aus landes- und bundeseinheitlichen Fachverfahren werden automatisiert im digitalen Magazin (DIMAG) gesichert
- Etablierung eines Benutzungsmoduls zur Webrecherche
- Durchführung eines durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts zur Digitalisierung der Protokolle der Amtsversammlung und des Kreistags
- Entwicklung von Archivexportschnittstellen im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften kommunaler Archive
- Dauerhafte Einrichtung eines Angebotes für die Gemeindearchivpflege gegen Gebühr

**Auftragsgrundlagen**

Landesarchivgesetz Baden-Württemberg vom 27. Juli 1987, geändert am 12. März 1990; KT-Beschluss vom 14. Mai 1982, Archivordnung des Landkreises Reutlingen vom 6. März 1989

Produkte

- 25.21.01 Kreisarchiv



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
25 **Kreisarchiv**
25.21 **Kreisarchiv**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	34.000	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	73.000	75.196	14.340
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	14	6.014	2.424
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	107.014	81.210	16.764
11	-	Personalaufwendungen	-432.205	-394.473	-357.896
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-134.040	-92.980	-32.404
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-3.920	-2.070	-2.065
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-7.814	-7.314	-15.382
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-577.980	-496.837	-407.747
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-470.965	-415.627	-390.983
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-470.965	-415.627	-390.983
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-72.984	-64.843	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.606	-549	-640
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-74.589	-65.392	-640
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-545.555	-481.019	-391.623

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Zuschuss DFG-Projekt – Digitalisierung Protokolle	34.000	0
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen von Städten und Gemeinden für Gemeindearchivar	73.000	73.000
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung des bewegl. Vermögens	15.000	15.000
Erwerb von GVG (Luftentfeuchter, Regale etc.)	18.450	18.400
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen:	95.400	57.000
Auslagerung von Archivgut	9.000 EUR	
Projekt DIMAG	8.500 EUR	
Bibliotheksverbund	4.000 EUR	
Archivierung Digitaler Bilder	25.000 EUR	
Archivmaterialien / Sachausgaben	7.900 EUR	
DFG-Projekt – Digitalisierung Protokolle	41.000 EUR	
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	5.190	2.580
Summe	134.040	92.980



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
25 **Kreisarchiv**
25.21 **Kreisarchiv**

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.252101.0001: Bewegl. Vermögen Kreisarchiv						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-28.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-28.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-28.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-28.000	0



THH3
26

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	959	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	6	6	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6	965	0
11	-	Personalaufwendungen	-7.487	-5.396	-473
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.039	-1.127	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-5.402	-3.802	0
16	-	Transferaufwendungen	-218.740	-214.400	-199.100
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-516	-574	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-234.184	-225.299	-199.573
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-234.179	-224.334	-199.573
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-234.179	-224.334	-199.573
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-15.858	-15.274	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-6.301	-5.001	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-22.158	-20.275	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-256.337	-244.609	-199.573



THH3
26

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-35.000	-49.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-35.000	-49.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-35.000	-49.000	0



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.10 **Theater**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Förderung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen Reutlingen, des Theaters „Die Tonne“, Reutlingen und des Theaters Lindenhof, Melchingen in Form von regelmäßigen Finanzausschüssen

Ziele

strategisch

- Förderung des Theaterangebotes für die Allgemeinheit durch Sicherung der dauerhaften kulturellen Arbeit der geförderten Theater in der Region

operativ

- Unterstützung des Theaterangebots u.a. durch Gastspiele auf professionellem Niveau in der Region

Maßnahmen 2018

- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen nach Ende der Laufzeit der Zuwendungsvereinbarungen auf Basis einer Kulturkonzeption

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 16.12.2015, KT-Drucksache IX-0181

Produkte

- 26.10.50 Förderung der Theater



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.10 **Theater**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	418	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	421	0
11	-	Personalaufwendungen	-3.485	-2.351	-236
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-904	-491	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-5.401	-3.801	0
16	-	Transferaufwendungen	-90.240	-88.450	-75.650
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-229	-250	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-100.258	-95.344	-75.886
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-100.256	-94.923	-75.886
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-100.256	-94.923	-75.886
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-7.096	-6.695	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-6.300	-5.000	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-13.397	-11.695	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-113.652	-106.618	-75.886

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 16:**

Zuschüsse an

Landestheater Tübingen

Theater Die Tonne, Reutlingen

Theater Lindenhof, Melchingen

SummeAnsatz 2018
EURAnsatz 2017
EUR

12.500

12.250

60.400

59.200

17.340

17.000

90.240**88.450**



THH3
26
26.10

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege
Theater

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
726100000520: Inv.zuschuss Naturtheater Reutlingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	-14.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-14.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-14.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-14.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 11:
KT-Drucksache Nr. IX-0312 (2017)

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
726100000530: Inv.zuschuss Theater Lindenhof						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-35.000	0	-35.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-35.000	0	-35.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-35.000	0	-35.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-35.000	0	-35.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 11:
KT-Drucksache Nr. IX-0324



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.20 **Musikpflege**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Förderung der Württembergischen Philharmonie Reutlingen und der Herbstlichen Musiktage Bad Urach in Form von regelmäßigen Finanzausschüssen

Ziele

strategisch

- Förderung des Musikangebotes für die Allgemeinheit durch Sicherung der dauerhaften kulturellen Arbeit der geförderten Institutionen in der Region

operativ

- Unterstützung des Musikangebotes, u.a. Auftritte auf professionellem Niveau in der Region

Maßnahmen 2018

- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen nach Ende der Laufzeit der Zuwendungsvereinbarungen, auf Basis einer Kulturkonzeption

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 16.12.2015, KT-Drucksache IX-0181

Produkte

- 26.20.04 Förderung der Musik



THH3
26
26.20

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege
Musikpflege

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	541	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	545	0
11	-	Personalaufwendungen	-4.003	-3.045	-236
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.135	-636	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
16	-	Transferaufwendungen	-128.500	-125.950	-123.450
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-287	-324	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-133.926	-129.956	-123.686
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-133.923	-129.411	-123.686
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-133.923	-129.411	-123.686
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-8.761	-8.579	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-8.762	-8.580	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-142.685	-137.991	-123.686

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 16:

Zuschüsse an
Württembergische Philharmonie Reutlingen
Herbstliche Musiktage Bad Urach
Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
116.000	113.700
<u>12.500</u>	<u>12.250</u>
128.500	125.950



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
27 **Erwachsenenbildung**
27.10 **Volkshochschulen**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturred

Kurzbeschreibung

Förderung der Erwachsenenbildung durch Zuschüsse an die Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen

Ziele

strategisch

- Förderung der Weiterbildung der Bevölkerung
- Sicherung des Angebots von Trägern der Erwachsenenbildung

operativ

- Zuschüsse an die Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen zur Unterstützung von Interessierten, außerschulisch Fähigkeiten und Kenntnisse der allgemeinen und politischen Bildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu vertiefen, zu erweitern oder zu erneuern

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 16.12.2015, KT-Drucksache IX-0181, Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen vom 08.12.86

Produkte

- 27.10.01 Förderung der Erwachsenenbildungsmaßnahmen



THH3
27
27.10

Schule, Kultur und Sport
Erwachsenenbildung
Volkshochschulen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	467	25
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	470	25
11	-	Personalaufwendungen	-2.446	-3.621	-868
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-962	-549	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
16	-	Transferaufwendungen	-109.650	-107.500	-101.580
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-443	-480	-200
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-113.502	-112.150	-102.648
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-113.500	-111.680	-102.622
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-113.500	-111.680	-102.622
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-7.409	-7.426	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-7.410	-7.427	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-120.909	-119.107	-102.622

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 16:

Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen vom 28.11.1979 mit Änderungen vom 08.12.1986 und 10.12.2001.



THH3	Schule, Kultur und Sport
28	Sonstige Kulturpflege
28.10	Sonstige Kulturpflege

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Förderung der kulturellen Arbeit nach den Richtlinien für die allg. Förderung von Kunst und Kultur durch

- Gewährung von Zuschüssen
- Verleihung von Preisen und Zuschüssen für die Durchführung von Wettbewerben
- Ehrengaben aus besonderen Anlässen
- Eigene Aktivitäten des Landkreises
- Pflege der Kunstsammlung des Landkreises
- Beschaffung von Kunstwerken

Ziele

strategisch

- Förderung des kulturellen Angebots und Engagements von Künstlerinnen und Künstlern
- Sicherung und Dokumentation der bildenden Kunst im Landkreis Reutlingen

Maßnahmen 2018

- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen auf Basis einer Kulturkonzeption

Auftragsgrundlagen

Richtlinien für die allg. Förderung von Kunst und Kultur vom 07.03.88 mit Änderung vom 17.10.2001

Produkte

- 28.10.01 Kulturförderung
- 28.10.05 Kreiskunstsammlung



THH3
28
28.10

Schule, Kultur und Sport
Sonstige Kulturpflege
Sonstige Kulturpflege

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	579	579	579
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	161
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	307	304
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2	602	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	581	1.488	1.044
11	-	Personalaufwendungen	-8.540	-13.596	-11.004
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.793	-3.560	-554
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
16	-	Transferaufwendungen	-33.400	-33.200	-21.500
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.650	-12.684	-11.239
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-59.384	-63.040	-44.297
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-58.803	-61.552	-43.254
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-58.803	-61.552	-43.254
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-5.060	-5.352	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-10.116	-10.133	-10.103
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-15.176	-15.485	-10.103
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-73.979	-77.037	-53.357

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 16:

Allgemeine Kulturförderung
Förderung Grafeneck (KT-Drucksache Nr. VIII-0382)
Zuschuss Kulturzentrum franz.K
(KT-Drucksachen Nr. IX-0183 bis Nr. IX-0183/1 und Nr. IX-0174/1)

Ansatz 2018
EUR

Ansatz 2017
EUR

13.000 13.000

10.000 10.000

10.400 10.200

Summe

33.400

33.200

Richtlinien für die allgemeine Förderung von Kunst und Kultur vom 07.03.88.



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
28 **Sonstige Kulturpflege**
28.10 **Sonstige Kulturpflege**

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
728100000300: Zuschuss Zweckverband OEW						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	1.200	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	1.200	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	1.200	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	1.200	0

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
728100000310: Erwerb von Kunstwerken						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.200	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-1.200	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.200	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-1.200	0



THH3
42

Schule, Kultur und Sport
Sport

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	59.170	59.170	59.170
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	115.000	237.000	141.869
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	2.335	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	13	14	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	174.184	298.519	201.039
11	-	Personalaufwendungen	-65.966	-49.706	-45.450
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-150.507	-157.143	-153.533
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-150.925	-150.985	-148.373
16	-	Transferaufwendungen	-113.850	-111.820	-99.855
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.417	-3.897	-133
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-482.665	-473.551	-447.344
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-308.481	-175.032	-246.305
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-308.481	-175.032	-246.305
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-44.304	-43.116	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-77.403	-80.988	-82.291
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-121.707	-124.104	-82.291
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-430.188	-299.136	-328.596



THH3
42

Schule, Kultur und Sport
Sport

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-180.000	-100.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-180.000	-100.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-180.000	-100.000	0



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.10 **Förderung des Sports**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturstadt

Kurzbeschreibung

Förderung der Sportvereine durch institutionellen Zuschuss an den Sportkreis Reutlingen

Ziele

strategisch

- Sicherung eines dauerhaften Sportangebots für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch die Sportvereine

operativ

- Zuschuss an den Sportkreis Reutlingen und an die TSG Reutlingen e.V. – Behindertensportabteilung zur Sicherung eines attraktiven Sportangebots sowie zur Förderung des Inklusionssports

Maßnahmen 2018

- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen nach Ende der Laufzeit der Zuwendungsvereinbarungen

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 16.12.2015, KT-Drucksache IV-0181

Produkte

- 42.10.01 Sportförderung



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.10 **Förderung des Sports**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	481	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	484	0
11	-	Personalaufwendungen	-5.192	-2.708	-468
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.022	-565	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
16	-	Transferaufwendungen	-113.850	-111.820	-99.855
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-459	-488	-52
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-120.523	-115.583	-100.375
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-120.520	-115.098	-100.375
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-120.520	-115.098	-100.375
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-7.925	-7.635	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-7.926	-7.635	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-128.446	-122.733	-100.375

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 16:**

Zuschüsse an Vereine:

Sportkreis Reutlingen

TSG Reutlingen (inklusive)

(KT-Drucksachen Nr. IX-0184 bis Nr. 0184/1)

Sportkreis Reutlingen (inklusive)

(KT-Drucksachen Nr. IX-0325 bis Nr. IX-0325/1)

SummeAnsatz 2018
EURAnsatz 2017
EUR

92.400

90.600

11.450

11.220

10.00010.000**113.850****111.820**



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturred

Kurzbeschreibung

Bereitstellung, Unterhaltung, Instandhaltung und Betrieb von gedeckten Sportflächen in Gymnastikräumen, Turn- und Sporthallen und Bezirkssporthallen bis zu einer Größe von 27m x 45m für den Schulsport und Vermietung für sonstige sportliche Nutzung.

Ziele

strategisch

- Förderung des Sports
- Sicherstellung des Schulsports und Förderung des Vereinssports durch Bereitstellung von Sportstätten

operativ

- Wirtschaftliche Betriebsführung der Sportstätten

Maßnahmen 2018

- Sanierung der Haustechnik Kreissporthalle Bad Urach

Auftragsgrundlagen

Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 42.41.01 Bereitstellung/Betrieb von gedeckten Sportflächen bis 27 m x 45 m



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	59.170	59.170	59.170
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	115.000	237.000	141.869
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	1.853	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	10	11	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	174.181	298.035	201.039
11	-	Personalaufwendungen	-60.774	-46.998	-44.981
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-149.485	-156.577	-153.533
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-150.924	-150.984	-148.373
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-958	-3.409	-81
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-362.141	-357.968	-346.968
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-187.961	-59.933	-145.929
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-187.961	-59.933	-145.929
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-36.378	-35.482	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-77.403	-80.988	-82.291
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-113.781	-116.469	-82.291
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-301.742	-176.402	-228.221

ERLÄUTERUNGEN**zu lfd. Nr. 2:**

Auflösung Sonderposten

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

zu lfd. Nr. 13:

Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen
 Unterhaltung des bewegl. Vermögens
 Erwerb von GVG
 Bewirtschaftung

75.000	66.000
0	3.000
0	3.000
70.700	82.400



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.424101.0004: Sporthalle Kaufmännische Schule Bad Urac						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-180.000	0	-100.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-180.000	0	-100.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-180.000	0	-100.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-180.000	0	-100.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:
 Erneuerung Sanitär und Heizung



Teilhaushalt 4

Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht

Bestehend aus den Produktgruppen

- 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
- 31.20 Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II
- 31.30 Hilfen für Flüchtlinge
- 31.40 Soziale Einrichtungen
- 31.50 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
- 31.60 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 31.70 Betreuungsleistungen
- 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- 31.90 Leistungen für Bildung und Teilhabe

- 37.10 Schwerbehindertenrecht
- 37.20 Soziales Entschädigungsrecht



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.550.000	1.500.000	1.470.706
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	37.667.000	34.559.500	27.961.526
3	+	Sonstige Transfererträge	6.481.500	4.676.500	6.882.756
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	108.000	810.000	628.988
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	37.800	0	7.205
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.421.300	23.093.164	35.005.903
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	14.700	16.800	18.920
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.016
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	65.280.300	64.655.964	71.979.021
11	-	Personalaufwendungen	-9.797.506	-10.162.977	-9.862.502
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.684.071	-4.070.895	-3.281.258
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-596.553	-940.877	-1.035.822
16	-	Transferaufwendungen	-62.197.200	-64.988.450	-66.970.692
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-86.724.278	-85.771.620	-76.623.680
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-160.999.606	-165.934.819	-157.773.953
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-95.719.306	-101.278.855	-85.794.933
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-95.719.306	-101.278.855	-85.794.933
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	95.909	1.638	854
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-13.263.921	-18.638.505	-81.666
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-95.628	-154.766	-172.012
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-13.263.639	-18.791.634	-252.825
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-108.982.946	-120.070.489	-86.047.757

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018*	Plan 2017	Plan 2016
THH4	136,27	166,21	169,70

* Reduzierung aufgrund:

Abbau nicht benötigter Stellen im Bereich Asyl (überwiegend in den Bereichen Versorgung und Betreuung von Flüchtlinge sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz)



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	66.600	66.600	56.190
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	66.600	66.600	56.190
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.598.691
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.598.691
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	66.600	66.600	-1.542.501



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

31

Soziale Hilfen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.550.000	1.500.000	1.470.706
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	37.667.000	34.559.500	27.961.526
3	+	Sonstige Transfererträge	6.481.500	4.676.500	6.882.756
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	108.000	810.000	628.988
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	37.800	0	7.205
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.421.300	23.093.164	35.005.631
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	14.700	16.800	18.920
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.016
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	65.280.300	64.655.964	71.978.749
11	-	Personalaufwendungen	-9.210.753	-9.523.784	-9.311.687
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.659.462	-4.043.520	-3.281.258
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-596.398	-940.712	-1.035.822
16	-	Transferaufwendungen	-62.197.200	-64.988.450	-66.970.692
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-86.396.892	-85.415.628	-76.330.336
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-160.060.705	-164.912.094	-156.929.795
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-94.780.405	-100.256.130	-84.951.045
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-94.780.405	-100.256.130	-84.951.045
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	203.957	131.730	854
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-13.244.962	-18.620.956	-81.666
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-95.589	-154.718	-172.012
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-13.136.595	-18.643.944	-252.825
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-107.917.001	-118.900.074	-85.203.870



THH4
31

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Soziale Hilfen

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	66.600	66.600	56.190
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	66.600	66.600	56.190
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.598.691
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.598.691
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	66.600	66.600	-1.542.501



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Sämtliche Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)

Ziele

strategisch

- Den Leistungsberechtigten soll ermöglicht werden, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht
- Unterstützung von Behinderten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Ziele der UN-Konvention
- Sicherstellen des Vorranges der offenen Hilfen
- Die Leistung soll die Leistungsberechtigten befähigen so weit wie möglich unabhängig von ihr zu leben (Hilfe zur Selbsthilfe)
- Die Leistung soll im Rahmen der jeweiligen Lebenssituation ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Lebenslagen nach dem SGB XII sind insbesondere: Pflegebedürftigkeit, wesentliche Behinderungen im Sinne von §§ 53 ff. SGB XII, die die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft einschränken, Sehbehinderung und Erblindung, ungesicherter Lebensunterhalt im Alter und bei Erwerbsminderung, besondere soziale Schwierigkeiten
- Gesellschaftliche Integration von Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

Die Aufgabenerfüllung bei den unten genannten Produkten erfolgt mit Ausnahme von Produkt 31.10.04 gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen.

operativ

- Erhalt der Pflegebereitschaft von Pflegepersonen im häuslichen Bereich
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Pflegeleistungen und des Lebensunterhalts unter Berücksichtigung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit
- Einhaltung, Prüfung der Leistungsvoraussetzungen unter Beachtung des Nachrangprinzips
- Gewährung von bedarfsgerechten Hilfen unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs
- Beseitigung/Milderung einer vorhandenen Behinderung oder deren Folgen, Unterstützung von Behinderten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Eingliederungsleistungen
- Erhalt und Entwicklung einer passgenauen Angebotsstruktur für Menschen mit Behinderung im Landkreis Reutlingen
- Längerfristige Unabhängigkeit des leistungsberechtigten Personenkreises von der Sozialhilfe (Hilfe zur Selbsthilfe), Vermeidung und Überwindung von Wohnungslosigkeit; Vermeidung und Überwindung von Überschuldung, Sicherung der Existenzgrundlage
- Vermeidung, Überwindung oder Milderung von altersbedingten Schwierigkeiten bzw. Erhalt der Möglichkeit, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen
- Umsetzen der Leitlinie „ambulant vor stationär“

**Maßnahmen 2018**

- Fortführung der Überprüfung der steuerungsrelevanten Bestandsfälle mit Zielrichtung weiterer Ambulantisierung und weiterer Optimierung der Hilfen (z.B. Ambulantisierung, Übergänge in die Hilfe zur Pflege, Erschließung von vorrangigen Leistungen)
- Enge Zusammenarbeit mit der Nahverkehrsplanung zur Verbesserung der Mobilität behinderter Menschen.
- Ausbau des Berichtswesens
- Verhandlungen mit Leistungserbringern zu Leistungen und Vergütungen, Werkstatt-Gespräche
- Verbesserung der Beratung, Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und Vertiefung der Kooperation mit Schulen und Leistungsanbietern wie Vereinen etc.
- Abwicklung und Gestaltung von Übergängen im Projekt „StadtRaum“ in Zusammenarbeit mit der LWV Eingliederungshilfe
- Fortführung und Begleitung des Ambulantisierungsprojekts „Brombeerweg“ der Samariterstiftung Grafeneck
- Beteiligung an der Umsetzung der schulischen Inklusion im Landkreis Reutlingen aufgrund des neuen Schulgesetzes
- Verbesserung der Konzeption/Struktur des Fallmanagements unter Einbindung der Stelle des aufsuchenden Sozialen Dienstes in Amt 41 und bei Fällen mit Schnittstellen zu anderen Leistungen
- Präventions-Veranstaltungen für Schulen und Institutionen
- Sozialpädagogische Räumungshilfe für Menschen in vermüllten Haushalten nach § 67 SGB XII

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), § 264 Sozialgesetzbuch V (SGB V), Landesblindenhilfegesetz, diverse Kreistags-Drucksachen

Produkte

- 31.10.01 Hilfe zur Pflege (Schlüsselposition)
- 31.10.02 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Schlüsselposition)
- 31.10.03 Hilfen zur Gesundheit
- 31.10.04 Hilfen für blinde Menschen
- 31.10.05 Hilfe zum Lebensunterhalt
- 31.10.06 Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII
- 31.10.07 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
- 31.10.08 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

31

Soziale Hilfen

31.10

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	18.875.000	17.149.500	16.809.219
3	+	Sonstige Transfererträge	6.168.500	4.437.000	6.067.787
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	191.000	246.000	273.015
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.016
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	25.234.500	21.832.500	23.153.036
11	-	Personalaufwendungen	-2.136.376	-2.149.440	-2.107.737
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-106.229	-100.541	-273.274
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-657	-599	-4.958
16	-	Transferaufwendungen	-54.714.300	-51.937.950	-50.932.680
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-46.486.382	-45.150.668	-43.266.438
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-103.443.943	-99.339.198	-96.585.087
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-78.209.443	-77.506.698	-73.432.052
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-78.209.443	-77.506.698	-73.432.052
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	809.664	938.335	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.356.970	-1.478.575	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-163	-176	-578
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-547.469	-540.416	-578
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-78.756.912	-78.047.114	-73.432.630

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Erstattungsleistungen Bund für Grundsicherung im Alter	16.724.500	15.485.000
Erstattungsleistungen Land für Eingliederungshilfe (Schulbegleitung)	385.000	238.000
Erstattungsleistungen Land für die Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle für psychisch kranke Menschen (IBB)	14.500	14.500
Erstattung des Barbetrages durch den Bund	151.000	0
Soziallastenausgleich nach § 21 FAG	1.600.000	1.412.000
Summe	18.875.000	17.149.500

zu lfd. Nr. 3:		
Hilfe zur Pflege	630.000	557.500
Hilfe für behinderte Menschen	5.243.500	3.730.000
Hilfen zur Gesundheit	2.500	2.500
Hilfe zum Lebensunterhalt	103.500	45.000
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	168.000	86.000
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	11.000	6.000
Blindenhilfe	10.000	10.000
Summe	6.168.500	4.437.000

zu lfd. Nr. 16:		
Zuschüsse an Tagesstätten für psychisch kranke Menschen	174.950	152.100
Zuschüsse an AhB Betr.-stelle für Nichtsesshafte - AWO	159.400	159.250
Hilfe zur Pflege	4.225.000	4.910.000
Hilfe für behinderte Menschen	39.723.000	37.093.000
Hilfen zur Gesundheit	450.000	301.200
Hilfe zum Lebensunterhalt	1.159.000	1.055.400



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Hilfen für blinde Menschen	1.020.000	1.010.000
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	7.492.500	6.971.000
Sonstige Leistungen nach SGB XII	60.000	46.000
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	<u>250.450</u>	<u>240.000</u>
Summe	54.714.300	51.937.950
zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen an Stadt Reutlingen	46.457.500	45.113.700
Geschäftsaufwendungen	19.000	20.000
Bürobedarf	16.700	30.600
Dienstfahrten, Reisekosten	7.100	11.500
Rechts- und Beratungskosten	3.000	10.000
Mitgliedsbeiträge	1.200	1.200
Fachliteratur	2.600	3.600
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 20.718</u>	<u>- 39.932</u>
Summe	46.486.382	45.150.668



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
31.10.01	Hilfe zur Pflege

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Sämtliche individuelle Hilfen und Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), welche die notwendige Pflege für den Hilfesuchenden sicherstellen, die Beschwerden des Hilfesuchenden erleichtern sowie die Pflegebereitschaft der Pflegeperson erhalten
- Sicherstellung der Angemessenheit von Hilfen unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 9 Abs. 2 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)
- Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Ziele

strategisch

- Bedarfsgerechte Versorgung der auf Hilfe zur Pflege angewiesenen Personen
- Ermöglichung eines selbständigen und selbstbestimmten Lebens
- Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

operativ

1. Prüfung der Möglichkeiten und Erfolgsaussichten des Fallmanagements in der Hilfe zur Pflege
2. Umsetzen der Leitlinie „ambulant vor stationär“
3. Einhaltung, Prüfung und Durchsetzung des Nachrangprinzips, insbesondere Schenkungsrückforderungsansprüche
4. Gewährung von bedarfsgerechten Leistungen unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs, insbesondere für pflegebedürftige Menschen mit einer Behinderung. Erhalt der Möglichkeit am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen
5. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen; Anpassung der Unterhaltsprüfung an die sich wandelnde Rechtsprechung

Maßnahmen 2018

Zu 1.)

- Erfahrungsaustausch mit den Nachbarlandkreisen zum Fallmanagement der Hilfe zur Pflege

Zu 2.)

- Der Sozialdienst des Kreissozialamtes überprüft die häusliche Situation und den Bedarf der Antragsteller vor Ort in mindestens 90 % der Neufälle

Zu 3.)

- Zum Zeitpunkt der Leistungsgewährung nicht verwertbare Vermögenswerte und Forderungen werden mindestens einmal jährlich auf Ihre Verwertbarkeit hin überprüft



Zu 4.)

- Initiierung eines Angebots der inklusiven Pflege auf Grundlage des Projekts „inklusive Angebote in der Pflege“

Zu 5.)

- Nicht leistungsfähige Unterhaltspflichtige werden mindestens alle 5 Jahre erneut auf ihre Unterhaltsfähigkeit überprüft
- Jährlich mindestens eine Fortbildung zur aktuellen Rechtsprechung im Unterhaltsrecht

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), diverse Kreistags-Drucksachen (KT-DS); Pflegestärkungsgesetz II und III (PSG) ; Bundesteilhabegesetz (BTHG)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.10 **Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**
31.10.01 **Hilfe zur Pflege**

lfd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	630.000	557.500	550.552
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	50.000	6.694
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	630.000	607.500	557.247
11	-	Personalaufwendungen	-424.163	-405.039	-374.526
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.076	-13.691	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-87	-82	0
16	-	Transferaufwendungen	-4.225.000	-4.910.000	-4.712.749
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.119.916	-5.553.069	-5.401.416
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-9.783.243	-10.881.881	-10.488.692
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-9.153.243	-10.274.381	-9.931.445
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-9.153.243	-10.274.381	-9.931.445
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-73.199	-74.146	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-22	-24	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-73.221	-74.170	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-9.226.464	-10.348.552	-9.931.445

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 17:
 Erstattungen an Stadt Reutlingen



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
31.10.02	Eingliederungshilfe f. beh. Menschen

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Ambulante, teil- und vollstationäre und integrative Hilfen sowie Hilfsmittel (einschl. Fallmanagement) für körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen und Menschen mit Suchterkrankungen
- Gewährung der notwendigen Leistungen und Hilfen
- Förderung und Unterstützung ambulanter Dienste und sonstiger ambulanter Angebote
- Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Ziele

strategisch

- Unterstützung von Behinderten bei einer ihren Möglichkeiten entsprechenden Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Ziele der UN-Konvention
- Sicherstellen des Vorranges ambulanter Hilfen
- Bei den Leistungserbringern wird ein Bewusstsein für die Gesamtkosten der Eingliederungshilfe geschaffen

operativ

1. Prüfung der Leistungsvoraussetzungen unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten der behinderten Menschen
2. Steigerung der Präsenz der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderten und deren Angehörige im Landkreis Reutlingen
3. Umsetzung des gesetzlichen Vorrangs ambulant vor stationär
4. Umsetzung der 2. Stufe des Bundesteilhabegesetz mit dem Schwerpunkt Teilhabe am Arbeitsleben - mehr Leistungsberechtigte sollen am Arbeitsleben teilhaben
5. Planung der weiteren Umsetzung der verschiedenen Stufen des Bundesteilhabegesetzes

Maßnahmen 2018

Zu 1.)

- In mind. 50% der Neufälle zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Bereich Wohnen sollen die Leistungsberechtigten motiviert werden, die Beratung der Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen.
- In 90 % der Neufälle im Bereich Wohnen findet vor Leistungsgewährung eine strukturierte Hilfeplanung im Rahmen des Gesamtplanverfahrens statt.
- Die laufenden Leistungen und die Hilfeplanung im Bereich Wohnen werden alle 2 Jahre überprüft, im Bereich der Sozialpsychiatrie jährlich.



Zu 2.)

- Ausbau der Beratung, Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit und Vertiefung der Kooperation mit Schulen und Leistungsanbietern sowie Vereinen, Ärzten und Kliniken: Steigerung der Beratungszahlen um 5%.

Zu 3.)

- Nach Ende der Projektlaufzeit im Wohnprojekt Brombeerweg leben mindestens 80 % der Bewohner im ambulant betreuten Wohnen gem. der Leistungsvereinbarung im Landkreis Reutlingen.
- In 2018 wird ein weiteres Ambulantisierungsprojekt mit den Leistungserbringern im Landkreis Reutlingen initiiert.

Zu 4.)

- Bewerbung um die Teilnahme am KVJS-Projekt „Teilhabe von Menschen mit hohem Assistenzbedarf am Arbeitsleben in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM)“.

Zu 5.)

- Gewinnung von qualifiziertem Personal für die Projektarbeit und für die Einführung eines neuen Instruments zur Bedarfsermittlung.
- Schaffung einer Projektstruktur für die Weiterentwicklung des Fallmanagements entsprechend den Anforderungen des Bundesteilhabegesetzes: Gesamtplanung und Teilhabeplanung.

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), diverse KT-Drucksachen (sog. Freiwilligkeitsleistungen)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.10 **Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**
31.10.02 **Eingliederungshilfe f. beh. Menschen**

lfd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.999.500	1.664.500	2.196.755
3	+	Sonstige Transfererträge	5.243.500	3.730.000	5.169.112
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	190.000	195.000	246.175
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	7.433.000	5.589.500	7.612.042
11	-	Personalaufwendungen	-1.102.744	-1.116.129	-958.451
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-56.160	-53.717	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-344	-318	0
16	-	Transferaufwendungen	-39.897.950	-37.245.100	-36.916.070
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-29.020.451	-28.450.331	-26.999.971
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-70.077.649	-66.865.595	-64.874.492
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-62.644.649	-61.276.095	-57.262.450
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-62.644.649	-61.276.095	-57.262.450
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-291.316	-290.026	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-86	-93	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-291.402	-290.119	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-62.936.051	-61.566.214	-57.262.450

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Anteil Soziallastenausgleich nach § 21 FAG.

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

zu lfd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen
Unterhaltsansprüche
Leistungen von Sozialleistungsträgern
Sonstige Ersatzleistungen
Rückzahlung von Hilfen (Tilgung/Zins Darlehen)
Summe

410.000	405.000
155.000	135.000
4.505.000	3.010.000
3.500	5.000
170.000	175.000
5.243.500	3.730.000

zu lfd. Nr. 16:

Sozialhilfeleistungen

zu lfd. Nr. 17:

Erstattung an Stadt Reutlingen



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.20	Grundsicherung f. Arbeitsuchende SGB II

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Jobcenter-Landkreis Reutlingen

Kurzbeschreibung

Sämtliche Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes einschließlich der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für Empfänger von SGB II-Leistungen (siehe dazu auch Produkt 31.20.06)

Ziele

strategisch

- Den Leistungsberechtigten soll ermöglicht werden, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Die Hilfen sollen dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von Transferleistungen aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können
- Verbesserte Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an Bildungs-, kulturellen und gesellschaftlichen Angeboten
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

operativ

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit
- Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug
- Vollständige Ausschöpfung der Eingliederungsmittel
- Reduzierung der laufenden Kosten der Unterkunft im Vergleich zum Vorjahr
- Strukturierte Zusammenarbeit mit den Integrationsmanagern des Landkreises und der Städte und Gemeinden auf der Basis einer gemeinsamen Integrationsvereinbarung

Maßnahmen 2018

Operative Schwerpunkte

- Jugendliche in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren
- Langzeitleistungsbezieher/Langzeitarbeitslose aktivieren, qualifizieren und Integrationschancen erhöhen
- Marktentwicklung nutzen, Arbeitgeber erschließen und Beschäftigungschancen für Kunden mit erschwertem Arbeitsmarktzugang verbessern
- Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt integrieren
- Geflüchtete Menschen in Ausbildung und Arbeit integrieren

**Programme**

- Umsetzung des aktuellen Arbeitsmarktprogrammes des Jobcenters Landkreis Reutlingen
- Weiterführung des im Jahr 2016 begonnenen Projektes „Netzwerke für Aktivierung, Beratung und Chancen (ABC) für die Personengruppen Alleinerziehende und ältere Arbeitnehmer
- Landesarbeitsmarktprogramm, Baustein Passiv-Aktiv-Tausch (PAT)
- Weiterführung des spezialisierten Fallmanagements mit einem Betreuungsschlüssel von 1:75
- Zusammenarbeit mit den psychosozialen Beratungsstellen zum Thema Sucht zur besseren Vernetzung (Fallmanagement)

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbücher (insb. SGB II) mit angrenzenden Gesetzen, Verordnungen und Regelungen, Schuldnerberatung, Beschlüsse der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Landkreis Reutlingen, Kooperationsvereinbarung und Rahmenkonzeption zum Projekt Schuldnerberatung, Kreistagsbeschlüsse, Lokales Planungsdokument des Jobcenters Landkreis Reutlingen

Produkte

- 31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung
- 31.20.02 Eingliederungsleistungen
- 31.20.03 Einmalige Leistungen nach dem SGB II
- 31.20.06 Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach SGB II



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

31

Soziale Hilfen

31.20

Grundsicherung f. Arbeitsuchende SGB II

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.550.000	1.500.000	1.470.706
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	18.303.000	17.307.000	11.047.399
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.890.000	1.510.000	1.619.631
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	21.743.000	20.317.000	14.137.735
11	-	Personalaufwendungen	-950.237	-732.684	-686.721
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-95.744	-84.856	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-600	-511	0
16	-	Transferaufwendungen	-35.000	-40.000	-37.668
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-39.115.317	-38.901.511	-32.056.306
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-40.196.897	-39.759.561	-32.780.695
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-18.453.897	-19.442.561	-18.642.960
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-18.453.897	-19.442.561	-18.642.960
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-493.812	-457.159	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-149	-150	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-493.961	-457.309	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-18.947.858	-19.899.871	-18.642.960

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 1:

Weitergabe der Wohngeldentlastung des Landes

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

1.550.000	1.500.000
-----------	-----------

zu lfd. Nr. 2:

Sozialhilfelastenausgleich § 21 FAG
 Bundesbeteiligung SGB II für Kosten der Unterkunft
 inkl. Bundesbeteiligung für Bildungs- und Teilhabe-Paket (BUT).
 Ausgaben BUT z.T. bei lfd. Nr. 17 und auf den Produkten
 31.10.05, 31.20.06, 31.30.01 und 31.90.

520.000	437.000
17.748.000	16.830.000

zu lfd. Nr. 6:

Personalkostenerstattung für die im Jobcenter Landkreis Reutlingen beschäftigten kommunalen Mitarbeiter gem. § 10 Abs. 3 i.V.m. § 18 Abs. 2 des öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 53 ff. SGB X vom 25./26. und 28.04.2005 (ARGE-Vertrag).

zu lfd. Nr. 17:

Erstattungen an Stadt Reutlingen
 Erstattungen an andere Landkreise
 Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

865.000	800.000
90.000	75.000
38.151.000	38.011.000



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.30 **Hilfen für Flüchtlinge**

Verantwortung

Amt für Migration und Integration

Kurzbeschreibung

Versorgung von Leistungsberechtigten gem. AsylbLG (u.a. Asylbewerber, Geduldete)

Ziele

strategisch

- Wirtschaftliche und soziale Sicherstellung der Lebensgrundlage (inkl. Gesundheit, Unterbringung) des Personenkreises gem. § 1 AsylbLG, sowohl in der vorläufigen Unterbringung als auch ggf. in der Anschlussunterbringung
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen des Personenkreises nach §§ 2 und 3 Abs. 3 AsylbLG
- Die Rechtsansprüche der Leistungsberechtigten unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erfüllen

operativ

- Prüfung der Leistungsvoraussetzungen auf Grundlage der anzuwendenden Rechtsvorschriften unter Beachtung des Nachrangprinzips
- Vorbereitung und Begleitung der Asylbewerber beim Übergang von Gemeinschaftsunterkunft und Anschlussunterbringung.

Maßnahmen 2018

- Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

Auftragsgrundlagen

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG), Sozialgesetzbuch X (SGB X - in Teilen), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Asylgesetz (AsylG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG), kreiseigenes Konzept zur Dezentralisierung der Unterbringung von Asylbewerbern, Kreistagsbeschlüsse, Rechtsprechung, v. a. BVerfG

Produkte

- 31.30.01 Hilfen für Flüchtlinge



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.30 **Hilfen für Flüchtlinge**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	290.500	215.500	793.592
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.560.000	11.514.500	14.307.277
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.850.500	11.730.000	15.100.869
11	-	Personalaufwendungen	-1.031.540	-924.702	-1.017.605
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.858	-25.017	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	-145	0
16	-	Transferaufwendungen	-6.564.000	-12.107.000	-15.240.835
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.430	-4.375	-15
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-7.614.829	-13.061.238	-16.258.455
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.764.329	-1.331.238	-1.157.585
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.764.329	-1.331.238	-1.157.585
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-103.680	-134.440	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-42	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-103.680	-134.482	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-4.868.008	-1.465.720	-1.157.585

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 6:
Kostenerstattung vom Land.

zu Ifd. Nr. 16:
Beinhaltet Leistungen für Flüchtlinge innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte.

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Leistungen in Gemeinschaftsunterkünften	2.814.000	8.721.000
Leistungen für Anschlussunterbringung	3.750.000	3.386.000
Summe	6.564.000	12.107.000



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.40	Soziale Einrichtungen

Verantwortung

- Stabstelle 04
- Kreiskämmerei
- Kreissozialamt
- Amt für Migration und Integration

Kurzbeschreibung

- Unter dieser Produktgruppe sind alle Aufwendungen für die Verwaltung und den Betrieb von Einrichtungen abzubilden. Dies beinhaltet z. B. Einrichtungen für Aussiedler, Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber/innen (BVFG und FlüAG). Außerdem ist die Förderung von fremden Einrichtungen hier verbucht.
- Abwicklung von (in früheren Jahren an Träger von Altenheimen) vergebenen Darlehen

Ziele

strategisch

Erfüllung rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen gegenüber Personen, die im Bundesgebiet Schutz suchen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

operativ

- Ständige Aufnahme von Flüchtlingen (Asylbewerber/innen, Kontingentflüchtlinge, ggf. weitere Personengruppen nach § 3 FlüAG) und Aussiedlern, entsprechend den Zuweisungen der Landesaufnahmeeinrichtung beim Regierungspräsidium Karlsruhe
- Verbesserung und Aufrechterhaltung der Unterbringungsqualität
- Gewährleistung von reibungslosen Verwaltungs- und Betriebsabläufen
- Verteilung von Personen in die Anschlussunterbringung nach § 9 FlüAG

Maßnahmen 2018

- Senkung von laufenden Kosten bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von sozialen Einrichtungen
- Verkürzung der Aufenthaltsdauer von Anerkannten in der vorläufigen Unterbringung (messbar durch Absenkung der Einnahmen von Wohnheimgebühren)

Auftragsgrundlagen

Flüchtlingsaufnahmegesetz (FüAG), Asylbewerbungsleistungsgesetz (AsylbG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Asylgesetz (AsylG), Sozialgesetzbuch (SGB), Bundesvertriebenengesetz (BVFG), Kreistagsbeschlüsse, Verfahrensentscheidungen, einschlägige Erlasse und Verwaltungsvorschriften

**Produkte**

- 31.40.01 Soziale Einrichtungen für ältere Menschen (neu)
- 31.40.02 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen (neu)
- 31.40.05 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose (neu)
- 31.40.06 Soziale Einrichtung für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen (neu)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.40 **Soziale Einrichtungen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	385.000	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	108.000	810.000	628.988
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	37.800	0	7.205
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.880.000	8.908.100	18.725.459
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	14.700	16.800	18.920
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	13.425.500	9.734.900	19.380.572
11	-	Personalaufwendungen	-1.946.869	-4.529.596	-4.494.561
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-979.227	-3.316.312	-3.005.371
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-594.811	-939.095	-1.030.864
16	-	Transferaufwendungen	-69.250	-32.300	-32.285
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-311.832	-827.444	-760.408
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.901.988	-9.644.747	-9.323.490
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	9.523.512	90.153	10.057.082
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	9.523.512	90.153	10.057.082
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	375.628	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-11.763.082	-17.019.343	-81.666
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-95.193	-154.243	-171.434
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-11.482.647	-17.173.586	-253.100
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.959.134	-17.083.432	9.803.981

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen vom Land (FlüAG)	12.880.000	8.908.100
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	25.000	55.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	40.000	103.000
Bewirtschaftung	625.000	2.115.000
Haltung von Fahrzeugen	45.000	50.000
Aufwendungen für EDV	277.795	132.570
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	27.000	377.300
Dienst- und Schutzkleidung	2.000	5.000
Aus- und Fortbildung	10.050	20.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	- 72.618	458.442
Summe	979.227	3.316.312
zu lfd. Nr. 16:		
Zuschuss an Tagestreff	23.200	22.300
Zuschuss an Fachberatungsstelle für Frauen in Wohnungsnot (bis 2017 bei 31.60)	46.050	0
zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen für Personal- und Sachkosten	158.600	174.678
Erstattungen an Gemeinden	110.100	521.500
Rechts- und Beratungskosten	6.000	4.000



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Geschäftsaufwendungen	3.000	18.000
Bürobedarf	15.900	0
Fachliteratur	1.150	0
Aufwand für Telekommunikation	1.250	50.000
Dienstfahrten, Reisekosten	20.500	30.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 4.668</u>	<u>29.266</u>
Summe	311.832	827.444



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.40 **Soziale Einrichtungen**

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten				
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
73140000210: Bewegl. Vermögen Asyl zentral						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-84.679
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-84.679
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-84.679
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-84.679

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
731400000310: Bewegl. Verm. GU						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-730.745
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-730.745
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-730.745
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-730.745

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:
 Erstaussstattung neue Unterkünfte (2016)

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
731400000320: Bewegl. Verm. GU Liegenschaften						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-692.204
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-692.204
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-692.204
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-692.204



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
731400000410: Bewegl. Verm. GU Fahrzeuge						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-99.280
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-99.280
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-99.280
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-99.280

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Dienstfahrzeuge für Hausmeister und den allgemeinen Einsatzbereich im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (2016)



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.50	Leistungen n. d. Bundesversorgungsgesetz

Verantwortung

Kreissozialamt/Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil

Kurzbeschreibung

Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe durch die Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil:

- Gewährung von persönlichen und finanziellen Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Lebensgrundlage an besondere Personengruppen unter Berücksichtigung des Entschädigungsgedankens wie z.B. für Kriegsoffer oder Opfer von Gewalttaten
- Ausgleichsleistungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz

Ziele

strategisch

- Sicherung des anzuerkennenden notwendigen Bedarfes für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene sowie für die anerkannten Beschädigten nach den Nebengesetzen und ihre Angehörigen
- Abwendung einer wirtschaftlichen Beeinträchtigung aufgrund von beruflichen Nachteilen durch das SED-Regime

operativ

- Beratung von Betroffenen und Bearbeitung von Fällen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz
- Zeitnahe Entscheidung über die Anträge

Auftragsgrundlagen

Bundesversorgungsgesetz (BVG), Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Zivildienstgesetz (ZDG), Strafrechtsrehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), Kriegsofferfürsorge-Verordnung (KfürsV), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, berufliches Rehabilitierungsgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz

Produkte

- 31.50.01 Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

31

Soziale Hilfen

31.50

Leistungen n. d. Bundesversorgungsgesetz

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-3.297	-3.150	-1.582
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-65	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-85.000	-85.004	-108.412
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-88.298	-88.219	-109.994
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-88.298	-88.219	-109.994
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-88.298	-88.219	-109.994
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-70	-334	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-70	-334	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-88.368	-88.553	-109.994

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 17:

Erstattungen an SER-Stelle Rottweil.



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.60	Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege

- Telefonseelsorge
- Aidshilfe Reutlingen-Tübingen
- Arbeitskreis Leben e.V.
- Alzheimer Beratungsstelle DRK
- Projekt Youth-life-line des Arbeitskreis Leben e.V.
- Ehe-, Familien- und Lebensberatung des Diakonieverbandes Reutlingen
- Sucht- und Drogenberatung
- Tagesstätten für psychisch kranke Menschen
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Betreuungsstelle für Nichtsesshafte der Arbeiterwohlfahrt
- AWO Fachberatungsstelle für Frauen/ „Frauenzimmer“
- AWO Wohnungslosenhilfe
- Frauenhaus – Fachberatung als institutionelle Förderung
- Frauenhaus - Tagessatz
- Diakonischer Betreuungsverein e.V.
- Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Träger der offenen Behindertenarbeit
- Schuldnerberatung Diakonie Bereiche Alb/Ermstal
- Pflegestützpunkte (ehem. IAV-Stellen)

strategisch

- Unterstützung der freien Träger bei der Erfüllung von sozialen Aufgaben
- Sicherstellung von ambulanten Angeboten
- Vermeidung von Doppelstrukturen und Mehrfachangeboten
- Schaffung eines Kostenbewusstseins bei den Trägern
- Optimierung der Kostenstrukturen

operativ

- Förderung gemeinwesenorientierter Projekte im Rahmen der Daseinsvorsorge
- Förderung innovativer Projekte, die sich mit aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen auseinandersetzen und dauerhaften Hilfebezug vermeiden

**Maßnahmen 2018**

- Dynamisierung fortlaufender Leistungen auf der Grundlage von Kreistagsbeschlüssen
- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen nach Ende der Laufzeit der Zuwendungsvereinbarungen
- Prüfung, ob zur Erzielung von Synergieeffekten, gemeinsam mit den Trägern, eine Zusammenführung unterschiedlicher Beratungsangebote unter einem Dach und mit gemeinsam genutzter Infrastruktur erfolgen kann („Haus der Beratung“)

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschlüsse

Produkte

- 31.60.01 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.60 **Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	99.000	99.000	99.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	99.000	99.000	99.000
11	-	Personalaufwendungen	-27.970	-28.114	-15.070
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-13.132	-14.132	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-154	-154	0
16	-	Transferaufwendungen	-477.500	-503.150	-464.737
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.455	-2.744	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-520.210	-548.295	-479.807
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-421.210	-449.295	-380.807
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-421.210	-449.295	-380.807
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-59.876	-68.688	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-40	-47	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-59.916	-68.735	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-481.127	-518.030	-380.807

ERLÄUTERUNGEN**zu lfd. Nr. 16:**

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Zuschüsse an		
Telefonseelsorge	12.100	12.100
Frauenhaus Reutlingen, Zuschuss Fachberatungsstelle	6.350	6.242
Sozialpsychiatrischer Dienst	236.400	233.697
Diakonischer Betreuungsverein im Landkreis Rtlg. e.V.	24.600	24.600
Förderung soz. Einrichtungen und Maßnahmen	30.000	10.000
Aidshilfe Reutlingen / Tübingen	11.200	10.857
Arbeitskreis Leben e.V. Reutlingen / Tübingen	61.350	60.118
Ehe-, Familien- u. Lebensberatung (Diakonieverband Rtlg.)	12.250	11.979
Offene Behindertenarbeit	67.200	67.200
Online-Jugendberatung (Arbeitskreis Leben e.V.) „Youth life line“	11.050	10.820
Fachberatungsstelle für Frauen in Wohnungsnot (ab 2018 Produktgruppe 31.40)	0	45.150
Summe	472.500	492.763



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.70	Betreuungsleistungen

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben der Betreuungsbehörde nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Betreuungsbehördengesetz und weiterer gesetzlicher Grundlagen in Betreuungsverfahren für volljährige Personen, sofern die volljährigen Personen auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst besorgen können

Ziele

strategisch

- Information und Beratung über betreuungsrechtliche Fragen, insbesondere über eine Vorsorgevollmacht und über andere Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird
- ausreichendes Angebot zur Einführung der Betreuer und der Bevollmächtigten in ihre Aufgaben und zu ihrer Fortbildung

operativ

- Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen und Berufsbetreuern für eine möglichst qualifizierte Führung der gesetzlichen Betreuungen i.S. von § 1901 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); somit auch zur Nutzung aller Möglichkeiten die Krankheit oder Behinderung der Betreuten zu beseitigen, zu verbessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern i.S. von § 1901 BGB
- sachgerechte Fallrecherchen zur Unterstützung der Betreuungsgerichte bei der Erforderlichkeitsprüfung zur Errichtung einer gesetzlichen Betreuung
- Beiträge und Maßnahmen zur Nachrangigkeit von gesetzlichen Betreuungen bzw. im rechtlichen Vorsorgebereich
- Persönliche Betreuung und rechtliche Vertretung i.S. des Betreuungsgesetzes (BtG) (vgl. § 1901 ff. BGB) in bestellten Behördenbetreuungen (Betreuungsbehörde als „Ausfallbürge“)

Maßnahmen 2018

- Weitere Optimierung der Strukturen und Abläufe
- Optimierung der Nutzung des EDV-Programms „butler Behörde“ (prosozial GmbH), Umstieg auf „butler Behörde 21“
- Informationsveranstaltungen zum Betreuungsrecht und zur Vorsorgevollmacht in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Betreuungsverein Reutlingen und ggfs. weiteren Organisationen
- Organisation der örtlichen Betreuungsarbeitsgemeinschaft
- Auswirkungen der Notariatsreform zum 01.01.2018: Anpassung der Abläufe, Information, Beratung

**Auftragsgrundlagen**

Insbesondere:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde
- Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz (BtBG))
- Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes (AG BtG) Baden-Württemberg
- Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

Produkte

- 31.70.01 Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.70 **Betreuungsleistungen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-316.491	-315.442	-303.541
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.556	-8.735	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-54	-53	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.329	-2.093	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-326.429	-326.322	-303.541
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-326.429	-326.322	-303.541
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-326.429	-326.322	-303.541
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-44.156	-47.108	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-13	-15	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-44.170	-47.123	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-370.599	-373.445	-303.541



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.80	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Stabstelle 04
- Amt für Migration und Integration

Kurzbeschreibung

- Gewährung von einkommensabhängigem Wohngeld als Miet- und Lastenzuschuss
- Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Vermittlung von Spenden und Stiftungsmitteln (z.B. zur Förderung von besonders benachteiligten sozialen Gruppen oder zur Unterstützung in Notlagen)
- Beratung, Unterstützung und evtl. Vertretung von Schuldern bei der Schuldenbereinigung, v.a. bei außergerichtlicher Einigung mit Gläubigern gemäß dem 9. Teil der Insolvenzordnung (InsO), inkl. psychosozialer Betreuung bis zur Restschuldbefreiung; Ausstellen einer Bescheinigung bei Scheitern des außergerichtlichen Versuchs; Unterstützung des Schuldners bei Stellung des Antrages nach § 305 InsO; Hilfe bei Zusammenstellung der Unterlagen, ggf. Vertretung des Schuldners vor Gericht
- Beratung und Antragsentscheidung über Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen: Präventive Informationen und Hilfen rund um die Themen Gesundheit, Pflege und Soziales für Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegende, Behinderte. Erhebung, Vernetzung und Koordination der relevanten Aktivitäten einschließlich der Selbsthilfe-Ressourcen, des bürgerschaftlichen Engagements u.a. Hilfeangebote (Care-Management); Vermittlung von Kontakten, Organisation benötigter Leistungen (Case-Management)
- Altenhilfefachberatung und –planung: Initiierung, Unterstützung und Förderung bedarfsgerechter Angebots- und Versorgungsstrukturen für Senioren im Landkreis
- Soziale Beratung und Betreuung für Aussiedler, Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber/innen (BVFG und FlüAG) sowie Sprachvermittlung
- Unterstützung der Flüchtlinge, Asylbewerber/innen und Asylberechtigten bei der Integration und sozialen Teilhabe
- Schuldnerberatung
- Geschäftsführung für den Arbeitskreis Europäischen Sozialfonds (ESF-Team), Ansprechpartner und Koordinierungsstelle für den Arbeitskreis Europäischer Sozialfonds, das Ministerium für Arbeit und Soziales und die Projektträger

Hinweis: Teilweise werden die unten aufgeführten Produkte (wie z.B. der Pflegestützpunkt) gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen und weiteren Trägern des Pflegestützpunktes bearbeitet.



Ziele

strategisch

- Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises in (auch wirtschaftlichen) Sondersituationen, die nicht unter die vorne genannten Hilfearten fallen, erhalten Hilfestellung und Unterstützung zur Überwindung der jeweiligen Situation nach den unten aufgeführten Gesetzen
- Im Bereich der Leistungsausgaben (z.B. Wohngeld, BAföG) die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen
- Unterstützung der Aussiedler, Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Asylbewerber/innen und Asylberechtigten bei der Integration und sozialen Teilhabe
- Gewährleistung einer unentgeltlichen Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache nach dem FLüAG

operativ

- Wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens durch Zuschüsse zu den Aufwendungen für Wohnraum
- Dauerhafte wirtschaftliche Sanierung bzw. Stabilisierung von ver- und überschuldeten Personen/Familien
- Sicherung des Lebensunterhalts von Schüler/-innen und Studierenden durch finanzielle Leistungen an der beruflichen Aufstiegsfortbildung und zum Lebensunterhalt
- Flächendeckender Ausbau der Beratungsstellen des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen
- Beratung trägerneutral, kostenlos, ressourcenorientiert, bei Bedarf aufsuchend
- Bedarfsgerechte Vermittlung, Organisation und Steuerung von Hilfen
- Verbesserung der Integration von Flüchtlingen
- Verbesserung der sozialen Situation der Flüchtlinge und Schaffung von Tagesstrukturen im Rahmen der Flüchtlingssozialarbeit bzw. Projektarbeit

Maßnahmen 2018

- Präventions-Veranstaltungen der Schuldnerberatung für Schulen und Institutionen
- Einsatz von Ehrenamtlichen zur Vorbereitung der Unterlagen der Schuldner für das Entschuldungsverfahren durch die professionellen Schuldnerberater
- Einbindung Ehrenamtlicher bei der Durchführung von Insolvenzprojekt-Gruppen
- Einführung eines weiteren Bausteins des neuen EDV-Programms („DIWO“), Wohngeld
- Umsetzung der Weiterentwicklung Pflegestützpunkt
- Überprüfung und ggf. Vorschlag für eine Neuausrichtung der Entscheidungsfindung und Zuwendungssystematik bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen nach Ende der Laufzeit der Zuwendungsvereinbarungen
- Verbesserung der sozialen Situation der Flüchtlinge und Schaffung von Tagesstrukturen im Rahmen eines Job- und Integrationsprojekts (JiP)
- Initiierung und Umsetzung weiterer Projekte



Auftragsgrundlagen

Wohngeldgesetz (WoGG), Wohngeldverwaltungsvorschrift, Wohngeldverordnung, Erlasse des Bundeswirtschaftsministeriums, Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), Verwaltungsvorschrift (VwV) zum BAföG und AFBG; Beratung und Unterstützung im Rahmen der Daseinsfürsorge, Rechtsberatung nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz; Operationelles Programm „Chancen fördern – der ESF in Baden-Württemberg im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für die Förderperiode 2007 – 2013“ (Stand 31.10.2007); Vertrag zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Landkreis Reutlingen über die Förderung der Einrichtung eines Arbeitskreises und dessen Tätigkeit vom 19.12.2007/14.03.2008

Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008, Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), Allgemeinverfügung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 22.01.2010, Kooperationsvereinbarung vom 15.12.2008 zwischen den Landesverbänden der Pflege- und Krankenkassen und den Kommunalen Landesverbänden.

Weitere Grundlagen sind: Der Pflegestützpunktvertrag des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen und die Konzeption für den Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen, Kooperationsvertrag mit der Diakoniestation Härten e.V., die Verträge mit den kommunalen Trägern der Beratungsstellen des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen – alle jeweils in der gültigen Fassung; diverse Kreistagsdrucksachen und –beschlüsse

Sozialgesetzbuch XI und XII, Landespflegegesetz, Landesheimgesetz, Richtlinien zur Förderung der ambulanten Altenhilfe im Landkreis Reutlingen vom 12.05.2003, Kreistagsbeschlüsse zur Pflegeheimförderung 2005/2006 und zum Wunsch- und Wahlrecht 2009

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Integrationspläne des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, Integrationsgesetz, Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Produkte

- 31.80.01 Gewährung von Wohngeld
- 31.80.02 Spenden, Stiftungen, Vermächtnisse zugunsten sozialer Zwecke, sonstige soziale Vergünstigungen und Sozialpässe
- 31.80.03 Schuldenregulierung im Rahmen der Insolvenzordnung
- 31.80.05 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- 31.80.07 Pflegestützpunkt (PSP) im Landkreis Reutlingen
- 31.80.08 Altenhilfefachberatung und -planung
- 31.80.09 Flüchtlingssozialarbeit und Pflichtsprachangebote in der vorläufigen Unterbringung (neu)
- 31.80.10 Betreuung und Förderung der Integration von Flüchtlingen, Asylbewerber/innen und Asylberechtigten
- 31.80.50 Schuldnerberatung
- 31.80.51 Europäischer Sozialfonds (ESF)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.80 **Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.000	4.000	5.909
3	+	Sonstige Transfererträge	21.000	21.000	21.300
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.900.300	914.564	80.250
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.926.300	939.564	107.459
11	-	Personalaufwendungen	-2.754.799	-777.770	-646.702
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-436.202	-489.774	-2.612
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-108	-131	0
16	-	Transferaufwendungen	-192.650	-223.550	-160.792
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-199.404	-211.543	-38.173
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.583.163	-1.702.768	-848.279
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.656.863	-763.204	-740.820
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.656.863	-763.204	-740.820
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	910	1.300	854
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-392.582	-201.165	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-27	-37	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-391.699	-199.901	854
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-2.048.562	-963.105	-739.966

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen für		
Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen	174.000	112.000
Job- und Integrationsprogramm (JIP)	70.000	122.500
Flüchtlingssozialarbeit	730.000	0
Betreuung und Förderung der Integration	457.000	0
Integrationszentren	50.000	200.000
VwV Deutsch für Flüchtlinge	51.800	120.500
Projekt AMIF	133.500	82.500
Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)	74.800	142.820
Rückkehrberatung	49.200	49.244
Bildungskordinator	69.000	69.000
Duales Ausbildungsprojekt	25.000	0
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	16.000	16.000
Summe	1.900.300	914.564
zu lfd. Nr. 13:		
Förderung der Integration	167.000	421.500
Flüchtlingssozialarbeit	175.550	0
Rückkehrberatung	19.200	17.500
Palliativnetzwerk	0	11.000
Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen	5.500	2.500
Beratung und Angebote für ältere Menschen	2.500	2.500
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	66.452	34.774
Summe	436.202	489.774



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 16:		
Zuschüsse an		
Altenveranstaltungen	0	2.050
Ambulante Hilfen	36.050	66.700
Alzheimer-Beratungsstelle	84.100	84.600
Offene Altenarbeit – Altenhilfefachberatung	0	3.000
Zuschuss Kreissenioresrat	2.350	2.300
Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement	500	1.950
Diakonieverband Reutlingen	55.650	54.600
Palliativnetzwerk	<u>14.000</u>	<u>8.000</u>
Summe	192.650	223.200
zu lfd. Nr. 17:		
Geschäftsaufwendungen	68.500	50.000
Bürobedarf	100	100
Aufwand für Telekommunikation	38.000	0
Dienstfahrten, Reisekosten	42.100	100
Sonstige Beratungsleistungen	12.600	0
Erstattungen an Gemeinden für Pflegestützpunkt	30.000	153.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>8.104</u>	<u>8.343</u>
Summe	199.404	211.543



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.90	Leistungen für Bildung und Teilhabe

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Gewährung von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) für Empfänger von Kinderzuschlag; Verbesserung der Teilhabemöglichkeit von Kindern und Jugendlichen; u.a. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, Schulausflüge, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket splitten sich je nach Anspruchsberechtigten auf unterschiedliche Produkte auf. Der Übersichtlichkeit halber wird nicht bei jedem Produkt eine detaillierte Beschreibung vorgenommen.

Diese sind: 31.10.02, 31.10.05, 31.20.06 und 31.30.01 (für den Personenkreis, der Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz erhält) sowie 31.10.08.02

Die Produkte werden im Rahmen der Delegation und Aufgabenübertragung zum Teil auch gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen und dem Jobcenter bearbeitet.

Ziele

strategisch

Verbesserung der Teilhabemöglichkeit von Kindern und Jugendlichen; u.a. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, Schulausflüge, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

operativ

- Prüfung der Leistungsvoraussetzungen für die einzelnen Leistungsbausteine des Bildungs- und Teilhabepaketes
- Kooperation und Abrechnung mit den Leistungsanbietern

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbücher, insbesondere Sozialgesetzbuch II (SGB II), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), § 6 b Bundeskindergeldgesetz (BKGG), Wohngeldgesetz (WoGG)

Produkte

- 31.90.01 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach § 6 b BKGG für Kinderzuschlagsempfänger
- 31.90.02 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach § 6 b BKGG für Empfänger von Wohngeld



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

31

Soziale Hilfen

31.90

Leistungen für Bildung und Teilhabe

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	1.500	3.000	78
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.500	3.000	78
11	-	Personalaufwendungen	-43.175	-62.887	-38.167
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.515	-4.089	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-16	-25	0
16	-	Transferaufwendungen	-144.500	-144.500	-101.695
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-194.744	-230.246	-100.584
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-384.949	-441.746	-240.446
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-383.449	-438.746	-240.369
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-383.449	-438.746	-240.369
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-12.980	-22.050	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4	-7	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-12.984	-22.058	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-396.433	-460.803	-240.369

ERLÄUTERUNGEN

BUT-Aufgaben für den Kundenkreis Wohngeld-/Kinderzuschlags-Empfänger.

zu lfd. Nr. 17:

Erstattungen an Stadt Reutlingen.



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

37

Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	271
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	271
11	-	Personalaufwendungen	-586.752	-639.193	-550.815
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.608	-27.375	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-155	-165	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-327.386	-355.993	-293.344
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-938.901	-1.022.725	-844.159
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-938.901	-1.022.725	-843.887
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-938.901	-1.022.725	-843.887
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-127.006	-147.641	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-39	-48	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-127.044	-147.689	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.065.945	-1.170.415	-843.887

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 17:

Rechts- und Beratungskosten
 Sonstige Beratungsleistungen
 Geschäftsaufwendungen
 Erstattungen an Landratsamt Rottweil
 Umgelegte ordentliche Aufwendungen
Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
50.000	90.000
180.000	160.000
5.000	6.000
90.000	95.000
2.386	4.993
327.386	355.993



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
37	Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht
37.10	Schwerbehindertenrecht

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht, Ausstellung von Ausweisen, Beiblättern (einschließlich Wertmarken), Nachprüfung der Verhältnisse, Abhilfeverfahren, Aufklärung und Beratung

Ziele

strategisch

Förderung der Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, Vermeidung bzw. Verminderung und Entgegenwirken von Benachteiligungen, die behinderungsbedingt sind

operativ

- Rechtmäßige, qualitativ hochwertige und fristgerechte Verfahrensdurchführung
- Information und Unterstützung behinderter Menschen bei der Geltendmachung ihrer Rechte sowie umfassende Öffentlichkeitsarbeit
- Sicherstellung einer zeitnahen Bearbeitung, Verringerung der Bearbeitungszeit auf 4 Monate

Maßnahmen 2018

1. Zahl der an Außengutachter vergebenen Fälle pro Jahr erhöhen
2. Gewinnung und Erhalt von ausreichenden Gutachterkapazitäten

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Versorgungsmedizin-Verordnung –VersMedV –Anlage 2, Justizvollzugsentschädigungsgesetz (JVEG), Verfügungen des Regierungspräsidiums Stuttgart

Produkte

- 37.10.01 Schwerbehindertenrecht



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

37

Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht

37.10

Schwerbehindertenrecht

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-507.382	-580.647	-498.004
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.037	-23.130	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-126	-139	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-236.942	-260.218	-199.344
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-764.487	-864.135	-697.348
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-764.487	-864.135	-697.348
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-764.487	-864.135	-697.348
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-103.413	-124.746	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-31	-41	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-103.444	-124.787	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-867.931	-988.922	-697.348

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 17:

Rechts- und Beratungskosten

Sonstige Beratungsleistungen

Geschäftsaufwendungen

Umgelegte ordentliche Aufwendungen

Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
--------------------	--------------------

50.000 90.000

180.000 160.000

5.000 6.000

1.942 4.218

236.942 260.218



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
37	Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht
37.20	Soziales Entschädigungsrecht

Verantwortung

Kreissozialamt/Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil

Kurzbeschreibung

- Feststellung des Grund- und Leistungsanspruches nach Bundesversorgungsgesetz (BVG) durch gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht
- Gewährung von Leistungen der Kriegsopferfürsorge

Ziele

strategisch

Feststellung des Grund- und Leistungsanspruches nach Bundesversorgungsgesetz (BVG) für Personen, die nach den Tatbeständen, die in den unten aufgeführten Gesetzen genannt sind, Schädigungen erlitten haben

operativ

- Berechnung der einzelnen Versorgungsleistungen und deren lfd. Anpassungen
- Rechtmäßige Feststellung der Grund- und Leistungsansprüche sowie zeitgerechte Zahlung der Rentenansprüche
- Zeitnahe Zahlung der Versorgungsleistungen einschließlich der Heil- und Krankenbehandlung und Feststellung der Grundvoraussetzungen für die Gewährung von orthopädischer Versorgung
- Gewährung von Kriegsopferfürsorgeleistungen

Auftragsgrundlagen

Bundesversorgungsgesetz (BVG), Kooperation nach § 16 Landesverwaltungsgesetz (LVG) im Sozialen Entschädigungsrecht (SER), Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Zivildienstgesetz (ZDG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VerwRehaG), Häftlingshilfegesetz (HHG), Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

Produkte

- 37.20.01 Leistungen für Kriegsopfer
- 37.20.02 Sonstiges soziales Entschädigungsrecht



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

37

Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht

37.20

Soziales Entschädigungsrecht

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	271
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	271
11	-	Personalaufwendungen	-79.370	-58.546	-52.810
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.571	-4.245	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-29	-25	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-90.443	-95.774	-94.000
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-174.414	-158.591	-146.810
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-174.414	-158.591	-146.539
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-174.414	-158.591	-146.539
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-23.593	-22.895	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7	-8	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-23.600	-22.902	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-198.014	-181.493	-146.539

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:

Erstattungen an SER-Stelle Rottweil.



Teilhaushalt 5

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Bestehend aus den Produktgruppen

- 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen
- 36.30 Hilfen für junge Menschen und Familien
- 36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- 36.80 Kooperation und Vernetzung
- 36.90 Unterhaltsvorschussleistungen



THH5

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	4.089.800	3.003.000	2.701.187
3	+	Sonstige Transfererträge	3.400.000	3.126.000	3.634.972
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	1.083.200	1.049.200	1.115.716
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.052.650	15.438.660	7.142.858
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	500
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	21.625.650	22.616.860	14.595.233
11	-	Personalaufwendungen	-8.802.243	-7.971.022	-7.644.496
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	-3.042
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-543.927	-487.856	-511.902
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.438	-2.138	-2.138
16	-	Transferaufwendungen	-54.735.650	-52.778.550	-47.902.203
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-695.765	-736.920	-1.171.005
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-64.780.023	-61.976.486	-57.234.786
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-43.154.373	-39.359.626	-42.639.553
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-43.154.373	-39.359.626	-42.639.553
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.820	1.700	1.708
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.433.411	-2.065.030	-83.255
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.185	-631	-727
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.432.776	-2.063.961	-82.275
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-45.587.149	-41.423.586	-42.721.828

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Zuweisungen Land:

§ 29c FAG

Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfe u. Familienhebammen

Individuelle Hilfen für junge Menschen

Jugendberufshilfe

Zuwendung Bund:

Kindertagespflege

Summe

Ansatz 2018

EUR

Ansatz 2017

EUR

2.900.000

2.130.000

122.000

122.000

685.000

530.000

20.400

21.000

362.400

200.000

4.089.800

3.003.000

zu lfd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen:

Förderung der Erziehung in der Familie

Jugendsozialarbeit

Individuelle Hilfen für junge Menschen

Finanzielle Förderung von Kindern in Tageseinr./Tagespflege

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Summe

26.000

26.000

9.000

0

1.950.000

1.450.000

125.000

150.000

1.290.000

1.500.000

3.400.000

3.126.000

zu lfd. Nr. 4:

Gebühren und Elternbeiträge für Tageseinrichtungen /Tagespflege



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:		
Hilfe zur Erziehung	4.406.000	6.680.000
Jugendsozialarbeit	954.750	854.100
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	5.778.000	6.340.560
Kindertagespflege	1.000	1.000
Erstattungen vom Land:		
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.613.300	1.266.000
Frühe Hilfen Suchtprophylaxe/PSB	191.450	191.450
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege	108.150	105.550
Summe	13.052.650	15.438.660
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	6.000	6.000
Sonstige Beratungsleistungen	20.000	15.500
Mitgliedsbeiträge	6.000	6.000
Bürobedarf	16.500	15.500
Fachliteratur	6.000	4.800
Dienstfahrten, Reisekosten	40.400	50.500
Versicherungen	11.250	11.250
Erstattungen an Gemeinden	370.000	370.000
Erstattungen an Fachkräfte der Frühen Hilfen	219.300	257.300
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	315	70
Summe	695.765	736.920

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH5	135,68	132,73	126,52



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Jugendarbeit zielt auf die Förderung junger Menschen durch Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ab. Sie wird von öffentlichen und freien Trägern, Verbänden und Initiativen sowie von Städten und Gemeinden geleistet. Die Förderung bezieht sich auf offene Angebote und Angebote für bestimmte Zielgruppen.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz hat das Ziel, junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu führen.

Angebote der Jugendsozialarbeit richten sich an unterstützungsbedürftige Kinder und Jugendliche.

Ziele

strategisch

1. Angebote der Jugendarbeit sollen zur Selbstbestimmung, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement von jungen Menschen beitragen. Jugendarbeit wird arbeitswelt-, schul- und familienbezogen ausgestaltet. Gefördert und unterstützt wird die eigenverantwortliche Tätigkeit von Jugendverbänden und Jugendgruppen.
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte werden unterstützt, den Kinder- und Jugendschutz zu gewährleisten.
3. Jugendsozialarbeit flankiert die schulische und berufliche Ausbildung; die Eingliederung in die Arbeitswelt und soziale Integration von Jugendlichen mit sozialer Benachteiligung.

operativ

1. Durch Beratung und Fortbildung des Kreisjugendamtes wird in den Städten und Gemeinden im Landkreis kontinuierlich auf ein vielfältiges und an den Interessen junger Menschen orientiertes Angebot hingewirkt. Die verbandliche Jugendarbeit wird finanziell unterstützt und beratend begleitet.
2. Projekte des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, wie das Alkoholpräventionsprojekt, werden durch Beratung und Finanzierung gefördert.
3. Mehrere Angebote der Jugendsozialarbeit (z. B. Schulsozialarbeit, Schulverweigererprojekt) werden gezielt auf den Sozialraum Schule bezogen. In Brennpunktgebieten wird z.B. der Einsatz Mobiler Jugendarbeit gefördert.

**Maßnahmen 2018****Zu 1**

- Alle 26 Gemeinden und Städte des Landkreises erhalten die Nutzungsvereinbarungen zu Bauwagen und werden bei Bedarf beraten („Bauwagen-Kampagne“)
- Gründung und Aufbau eines Arbeitskreises „Fachforum Jugend“ für die in den Städten und Gemeinden zuständigen Personen der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Neuauflage des Jugendnetzes, besonders im Hinblick auf Nutzerfreundlichkeit und Nutzungsverhalten
- zur Verbesserung der verbandlichen Arbeit werden 20% der Fachstelle Jugend des Kreisjugendamtes zur Verfügung gestellt, indem Synergieeffekte in der Arbeit der Kreisjugendringe und der Fachstelle Jugend des Kreisjugendamtes herausgearbeitet werden
- Externe Begleitung und Auswertung der Arbeit von Wirbelwind

Zu 3

- Für das Projekt „well-being-school for all“ werden 3 Schulen für die Beteiligung geworben
- Auswertung, Analyse und Beratung des Projektes Schulverweigerer auf Grundlage von Kennzahlen

Auftragsgrundlagen

§§ 11,12,13,14 Sozialgesetzbuch VIII,
Richtlinien des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises

Produkte

- 36.20.01 Kinder- und Jugendarbeit
- 36.20.02 Jugendsozialarbeit



THH5
36
36.20

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Allgemeine Förderung junger Menschen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	20.400	21.000	20.380
3	+	Sonstige Transfererträge	9.000	0	33.422
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	954.750	854.100	675.090
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	984.150	875.100	728.892
11	-	Personalaufwendungen	-180.441	-162.046	-109.902
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-76.855	-77.571	-8.135
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-302	-356	0
16	-	Transferaufwendungen	-2.702.600	-2.552.450	-2.071.577
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.375	-12.122	-434
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.969.573	-2.804.544	-2.190.048
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.985.423	-1.929.444	-1.461.156
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.985.423	-1.929.444	-1.461.156
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	910	900	854
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-384.317	-386.165	-83.255
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-75	-105	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-383.482	-385.370	-82.401
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-2.368.905	-2.314.814	-1.543.557

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Kostenerstattung anderer Träger für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	954.750	854.100
zu lfd. Nr. 13:		
Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	25.000	25.000
zu lfd. Nr. 16:		
Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	954.750	780.000
Zuschüsse für Ferienmaßnahmen	45.000	45.000
Weitere Zuschüsse:		
Forum 22	8.600	8.400
Besondere Aufwendungen für die Jugendarbeit	7.650	7.500
Jugendverbände	52.950	52.000
Kulturwerkstatt	16.200	15.850
Drogenberatung Reutlingen (HaLT)	32.800	32.200
Schulsozialarbeit (inkl. Interne Leistungsverrechnung, lfd. Nr. 27)	1.088.250	1.008.450
Schulverweigererprojekt	23.450	23.250
Mobile Jugendarbeit	318.650	312.400
Jugendberufshilfe	41.200	57.800
Pro Familia	16.000	20.200
Wirbelwind	29.400	28.800



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Verein Görls e.V.	9.050	8.900
Kinderschutzbund, Projekt Familienpaten (ab 2018 bei Produktgruppe 36.30)	0	12.650
Frauenhaus Fachdienst für Kinder	1.600	1.550
Frauenhaus Psychodramagruppen	<u>12.750</u>	<u>12.500</u>
Summe Weitere Zuschüsse	1.542.850	1.602.450



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.30	Hilfen f. junge Menschen und Familien

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

1. Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie umfasst Beratungsangebote für alle Familien zur Unterstützung der Erziehungskompetenzen. Allgemeine Familienförderung schließt die Beratung zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung ein. Sie gibt Informationen, klärt Fragen und Problemstellungen, vermittelt verschiedene Hilfen, auch außerhalb der Jugendhilfe. Sie trägt mit einem niederschweligen und universellen Angebot dazu bei, positive Lebensbedingungen für Familien und junge Menschen zu schaffen und zu erhalten.
2. Hilfe zur Erziehung richtet sich an Eltern und Personensorgeberechtigte, die individuelle Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder benötigen. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche berechtigt die betroffenen jungen Menschen zu Leistungen. Hilfe für junge Volljährige sind Leistungsangebote für junge Menschen zur Überwindung von individuellen Problemlagen.
3. Durch die Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren unterstützt die Jugendhilfe die Gerichte in Kindschaftssachen, Gewaltschutz- und Adoptionssachen und Jugendstraftverfahren.
4. Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft für Kinder und Jugendliche, als Aufgabe der Jugendhilfe, gewährleistet bestimmten Kindern die Erziehung und Versorgung. Zu den Aufgaben der Jugendhilfe gehört auch die Auskunft über Nichtabgabe von Sorgeerklärungen.

Ziele

strategisch

1. Mütter und Väter werden allgemein und in Fragen der Partnerschaft und bei Trennung und Scheidung beraten und unterstützt, zum Wohle ihrer Kinder gemeinsame Lösungen zu entwickeln und gemeinsam Verantwortung zu tragen. Wenn ein Elternteil ausfällt, werden Eltern in diesen Notsituationen unterstützt, damit das Kind im Haushalt der Eltern verbleiben und versorgt werden kann.
2. Personensorgeberechtigte erhalten passgenaue Hilfe bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme. Erziehungsberechtigten erhalten notwendige und geeignete Leistungen, um die Erziehungsaufgaben besser wahrnehmen zu können. Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche erhalten Eingliederungshilfe, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird damit gewährleistet. Jungen Volljährigen wird Hilfe für ihre Persönlichkeitsentwicklung gewährt, damit sie ein eigenverantwortliches Leben führen können. Kompetenzen zur eigenen Dienstleistung werden ausgebaut.



3. Anliegen, Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen und ihrer Familien werden in den gerichtlichen Verfahren unterstützt, damit Kinder unter entwicklungsförderlichen Lebensbedingungen aufwachsen können.
4. Unterstützung von Eltern, damit diese Unterhaltsansprüche für ihr Kind gegenüber dem unterhaltspflichtigen Elternteil wahrnehmen können; der finanzielle Bedarf der Kinder ist gesichert. Für Kinder, bei denen die elterliche Verantwortung ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen werden, wird diese wahrgenommen.

operativ

zu 1.

- Mütter und Väter werden bei Bedarf in ihren Partnerschafts-, Erziehungsfragen und bei Trennung und Scheidung beraten.

zu 2.

- Alle Anträge auf erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe und Hilfe für junge Volljährige sind bearbeitet.
- Alle eingesetzten Hilfen sind notwendig und geeignet.
- Alle eingesetzten Hilfen sind passgenau am Bedarf orientiert.
- Eigene Dienstleistung in den Bereichen: Beratung in Erziehungsfragen im ASD ist ausgebaut.
- Eigene Dienstleistung in den Bereichen Familientherapie, Lerntherapie, Erziehungsbeistandschaft und flexible ambulante Hilfen ist erweitert. 4 zusätzliche VZÄ sind bereit gestellt.

zu 3.

- In familiengerichtlichen Verfahren wird nach dem Modell des „Reutlinger Weg“ verfahren. Eltern sind in ihrer Elternverantwortung beraten und unterstützt.
- Kooperationstreffen mit dem Familiengericht finden hierzu 3 x jährlich statt.

zu 4.

- Eltern erhalten Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Für Kinder, die unter Pfleg- oder Vormundschaft stehen, ist ein Vormund bestellt. Der Vormund berät die damit zusammenhängenden Fragenstellungen und nimmt die gesetzlichen Aufgaben wahr.

Maßnahmen 2018

zu 2:

- Eigene Aufgabenwahrnehmung wird mit 4 Personalstellen ausgebaut.
- Aufgaben werden beschrieben. Organisationsstruktur wird aufgebaut. Damit werden Familien bzw. junge Menschen mit ca. 35 laufenden Hilfen erreicht.
- Erweiterung der Akquise von Bereitschafts- und Vollzeitpflegepersonen, Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise: 5 Bereitschaftspflegepersonen sind akquiriert
- Inobhutnahmen sind in ihrer Zeitdauer (Belegtage) reduziert auf max. 60 Tage
- 2 von Freien Trägern freigehaltene Plätze zur Inobhutnahme sind bereitgestellt.
- Entwicklung und Gestaltung von Wohnformen für sog. „Systemsprenger/innen“
- Entwicklung von Lösungen zur Inklusion im Schulsystem mit dem Schulamt und den betreffenden Schulen

**Auftragsgrundlagen**

§§ 16-20, 27-35, 35a, 41, 50-52 und 52a bis 60 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)
Grundsätze für die Arbeit der Beratungsstelle des Kreisjugendamtes Reutlingen, Bürgerliches Gesetzbuch, Jugendgerichtsgesetz, Adoptionsvermittlungsgesetz, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Produkte

- 36.30.01 Sozial- und Lebensberatung und Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung
- 36.30.02 Förderung der Erziehung in der Familie
- 36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention (Schlüsselposition)
- 36.30.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 36.30.05 Beistandschaft/Amtsvormundschaft
- 36.30.06 Einrichtungen für Hilfen für junge Menschen und ihre Familien



THH5
36
36.30

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Hilfen f. junge Menschen und Familien

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	685.000	530.000	347.136
3	+	Sonstige Transfererträge	1.976.000	1.476.000	2.243.073
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	1.200	1.200	11.223
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.184.000	13.020.560	5.619.071
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	500
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	12.846.200	15.027.760	8.221.002
11	-	Personalaufwendungen	-7.152.832	-5.645.340	-6.402.910
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	-3.042
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-266.366	-210.161	-418.819
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.204	-1.052	-2.138
16	-	Transferaufwendungen	-38.557.150	-38.314.550	-35.991.998
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-435.980	-431.055	-966.352
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-46.413.531	-44.602.159	-43.785.260
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-33.567.331	-29.574.399	-35.564.258
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-33.567.331	-29.574.399	-35.564.258
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	876.847	913.596	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.275.716	-1.913.082	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-302	-312	-727
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.399.171	-999.798	-727
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-34.966.503	-30.574.197	-35.564.985

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Ausgleichsleistung Schulinklusion	400.000	250.000
Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	285.000	280.000

zu lfd. Nr. 3:		
Ersatz von sozialen Leistungen:		
Förderung der Erziehung in der Familie	26.000	26.000
Hilfe zur Erziehung	1.360.000	960.000
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>590.000</u>	<u>490.000</u>
Summe	1.976.000	1.476.000

zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:		
Hilfe zur Erziehung	4.406.000	6.680.000
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>5.778.000</u>	<u>6.340.560</u>
Summe	10.184.000	13.020.560

zu lfd. Nr. 13:
Kostenart 42910000: Honorare, Arbeitsmittel und sonstige Sachkosten für die Arbeit in Kinder- und Elterngruppen (Spiel- und Therapiegruppen, Eltern-, Beratungsgruppen für Alleinerziehende).



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 16:		
Kostenart 43180000: Zuschüsse an		
Erziehungsberatung bei der ev. psych. Beratungsstelle	70.600	69.300
Wies-Projekt, Koordinationsanteil	11.400	11.200
Kath. Bildungswerk	3.400	3.350
Förderung der Alleinerz.arbeit	38.000	0
Kinderschutzbund Geschäftsführung	15.800	15.450
Kinderschutzbund Reutlingen (bis 2017 bei Produktgruppe 36.20)	<u>12.900</u>	<u>0</u>
Summe	152.100	99.300
 Soziale Leistungen:		
Förderung der Erziehung in der Familie	2.300.640	1.241.000
Hilfe zur Erziehung	20.744.510	24.246.850
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>15.359.900</u>	<u>12.727.400</u>
Summe	38.405.050	38.215.250
 zu lfd. Nr. 17:		
Mitgliedsbeiträge	6.000	6.000
Bürobedarf	16.500	15.500
Fachliteratur	6.000	4.800
Dienstfahrten, Reisekosten	40.400	50.500
Sonstige Beratungsleistungen	20.000	15.500
Versicherungen	5.750	5.750
Erstattungen an Gemeinden	370.000	370.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 28.670</u>	<u>- 36.995</u>
Summe	435.980	431.055



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.30	Hilfen f. junge Menschen und Familien
36.30.03	Individuelle Hilfen f. junge Menschen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Auf der Grundlage des SGB VIII leistet der Landkreis

- Erzieherische Hilfen für Personensorgeberechtigte
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
- Hilfe für junge Volljährige
- Inobhutnahme als vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (Krisenintervention)

zur Überwindung von individuellen Problemlagen.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf die notwendigen und geeigneten Leistungen. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem Bedarf im Einzelfall.

Die Hilfe umfasst unter Beteiligung der Betroffenen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen

- die Bedarfsfeststellung und die Begründung der Notwendigkeit der Hilfe sowie die Klärung einer geeigneten Hilfeart
- die Erstellung, Dokumentation und Überprüfung des Hilfeplans, die Formulierung von Zielen und deren Kontrolle
- die Bewilligung der Hilfe einschließlich der Finanzierung
- die Heranziehung Kosten- bzw. Unterhaltspflichtiger und Geltendmachung von Ersatzleistungen
- die Bereitstellung der Hilfe unter Beteiligung anderer sozialpädagogischer Fachkräfte und Institutionen.

Ziele

strategisch

1. Personensorgeberechtigte erhalten erzieherische Hilfe, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des/der Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist. Durch geeignete Hilfen werden die Personensorgeberechtigten in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung unterstützt.
2. Kinder und Jugendliche erhalten Eingliederungshilfe wenn ihre seelische Gesundheit länger als 6 Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und dadurch ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden darin unterstützt am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.
3. Junge Volljährige erhalten Hilfe für ihre Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung, wenn diese aufgrund ihrer individuellen Situation notwendig ist.
4. Ein Kind oder ein/eine Jugendliche/r wird in Obhut genommen, wenn das Kind bzw. der/die Jugendliche um Obhut bittet oder eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes bzw. des/der Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert.

**operativ**

Die Hilfen sind verwaltungs- und kostenrechtlich beschieden und bearbeitet. Ersatzleistungen Dritter sind geltend gemacht.

- zu 1. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine erzieherische Hilfe bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe ist gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant. Sie ist individuell und passgenau gestaltet und richtet sich am konkreten Bedarf aus. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und ist in regelmäßigen Abständen überprüft.
- zu 2. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe ist gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant, ist individuell und passgenau gestaltet, indem sie sich am konkreten Bedarf ausrichtet. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und ist in regelmäßigen Abständen überprüft.
- zu 3. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine Hilfe für junge Volljährige bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe ist gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant, ist individuell und passgenau gestaltet, indem sie sich am konkreten Bedarf ausrichtet. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und ist in regelmäßigen Abständen überprüft.
- zu 4. Inobhutnahmen sind intensiv begleitet, eine Perspektive für das Kind bzw. den/die Jugendliche/n ist zeitnah erarbeitet. Die Möglichkeit einer Rückführung in die Herkunftsfamilie ist differenziert überprüft und ggf. eingeleitet. Die Ressourcen in der Familie werden mit Blick auf die Rückführung familientherapeutisch aktiviert und gestärkt. Die Lebensbezüge werden für das Kind bzw. den/die Jugendliche/n während der Inobhutnahme erhalten.

Maßnahmen 2018

Zu 1.-4.

- Erweiterung der Akquise von Bereitschafts- und Vollzeitpflegepersonen, Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise, 5 Bereitschaftspflegepersonen sind akquiriert
- Qualifizierung der Pflegepersonen
- Entwicklung und Gestaltung von Möglichkeiten der Inobhutnahme und Clearings von/für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche
- Entwicklung und Gestaltung von Angeboten für die Unterbringung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher
- Akquise und Qualifizierung von Pflegestellen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Entwicklung und Gestaltung von Wohnformen für sog. „Systemsprenger/innen“
- Entwicklung von Lösungen zur Inklusion im Schulsystem mit dem Schulamt und den betreffenden Schulen
- Eigene Aufgabenwahrnehmung wird mit 4 Personalstellen ausgebaut
- Aufgaben werden beschrieben. Organisationsstruktur wird aufgebaut. Damit werden Familien bzw. junge Menschen mit ca. 35 laufenden Hilfen erreicht.

Zu 4.

- Inobhutnahmen sind in ihrer Zeitdauer (Belegtage) reduziert auf max. 60 Tage
- 2 von Freien Trägern freigehaltene Plätze zur Inobhutnahme sind bereitgestellt

Auftragsgrundlagen

§§ 27-35, § 35a, § 41 und § 42 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.30 **Hilfen f. junge Menschen und Familien**
36.30.03 **Individuelle Hilfen f. junge Menschen**

lfd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	685.000	530.000	347.136
3	+	Sonstige Transfererträge	1.950.000	1.450.000	2.203.979
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	2.100
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.184.000	13.020.560	5.583.640
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	12.819.000	15.000.560	8.136.855
11	-	Personalaufwendungen	-3.070.615	-2.437.565	-2.464.223
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	-3.042
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-100.858	-82.719	-12.185
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-500	-459	0
16	-	Transferaufwendungen	-36.104.410	-36.974.250	-34.917.347
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-401.145	-399.106	-769.579
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-39.677.528	-39.894.099	-38.166.376
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-26.858.528	-24.893.539	-30.029.521
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-26.858.528	-24.893.539	-30.029.521
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-502.101	-390.664	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-124	-135	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-502.226	-390.799	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-27.360.754	-25.284.338	-30.029.521

ERLÄUTERUNGEN

Ansatz 2018 Ansatz 2017
EUR EUR

zu lfd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen:

Hilfe zur Erziehung

1.360.000 960.000

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

590.000 490.000**Summe****1.950.000 1.450.000****zu lfd. Nr. 6:**

Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:

Hilfe zur Erziehung

4.406.000 6.680.000

davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 2.860.000 EUR

5.778.000 6.340.560

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 5.468.000 EUR

Summe**10.184.000 13.020.560****zu lfd. Nr. 16:**

Soziale Leistungen:

Hilfe zur Erziehung

20.744.510 24.246.850

davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 1.991.000 EUR

15.359.900 12.727.400

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: 6.038.400 EUR

Summe**36.104.410 36.974.250**



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen an Gemeinden	370.000	370.000
Sonstige Beratungsleistungen	10.000	8.000
Versicherungen	5.500	5.500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>15.645</u>	<u>15.606</u>
Summe	401.145	399.106



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.50	Förd. von Kindern in Tageseinrichtungen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

In Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege erfolgt die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren.

Für Kinder, deren Eltern einen Tagesbetreuungsplatz in einer Einrichtung oder bei einer Tagespflegeperson benötigen, kann auf Antrag der Beitrag ganz oder teilweise übernommen werden.

Pflegepersonen haben gegenüber dem Jugendamt einen Anspruch auf Auszahlung der laufenden Geldleistung sowie teilweise Übernahme von Beiträgen zur sozialen Absicherung der selbständigen Tätigkeit.

Die Eltern müssen entsprechend ihrem Einkommen einen angemessenen Kostenbeitrag leisten. Ersatzleistungen werden geprüft und geltend gemacht. Eltern und Tagespflegepersonen werden über die Leistungen beraten.

Ziele

strategisch

1. Bei Kindertageseinrichtungen berät der Landkreis in Grundsatzfragen die Städte und Gemeinden und unterstützt sie bei der Bereitstellung eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebots. Er gewährleistet die Erfüllung von Rechtsansprüchen in Kindertageseinrichtungen. Darüber hinaus sichert er die Weiterentwicklung der Qualität in Kindertageseinrichtungen.
2. In der Kindertagespflege unterstützt der Landkreis ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Angebot der Förderung und gewährleistet letztverantwortlich die Erfüllung von Rechtsansprüchen in der Kindertagespflege. Er entwickelt in Abstimmung mit einem freien Träger die Qualität in der Kindertagespflege. Bezogen auf Grundsatzfragen berät und kooperiert er mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der Landkreis fördert durch finanzielle Zuwendungen die Umsetzung von Kindertagespflege im Landkreisgebiet.
3. Eltern und ihre Kinder werden beraten und unterstützt. Bei unzumutbarer finanzieller Belastung werden Teilnahmebeiträge oder Gebühren nach § 90 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) für Eltern und ihre Kinder übernommen. Kindertagespflegepersonen erhalten die ihnen zustehende Geldleistung nach § 23 SGB VIII direkt vom Jugendamt überwiesen. Die Kostenbeteiligung wird so gestaltet, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird.

operativ

1. Kreisangehörige Städte und Gemeinden werden, bezogen auf die Bereitstellung ausreichender und qualitativ guter Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen durch eine Fachberatung bei individuellen Fragestellungen begleitet.



Im Rahmen von Umfragen werden die Städte und Gemeinden jährlich zur Situation und zum Ausbaustand in der Kindertagesbetreuung befragt und bei der Umsetzung der Rechtsansprüche unterstützt. Kommunen erfahren in „Informationsveranstaltungen für Verantwortliche in Städten und Gemeinden für die Kindertagesbetreuung“ fachliche und rechtliche Unterstützung und erhalten Infobriefe.

Für Erziehungsfachkräfte im Landkreis werden Inhouse-Seminare, Fortbildungen und Fachtage zur Gewährleistung und Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen angeboten. Träger erhalten Infobriefe.

2. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden, bezogen auf die Umsetzung der Rechtsansprüche zur Förderung in Kindertagespflege, beraten. Die Rechtsansprüche in der Kindertagespflege werden eingelöst.
Das zwischen Landkreis und Tagesmütter e.V. Reutlingen abgestimmte Konzept der Förderung von Kindern in Tagespflege wird qualitativ weiterentwickelt und gesichert.
Die Erteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege wird nach standardisiertem, qualitätsgesicherten Verfahren umgesetzt. Das Verfahren wird in Abstimmung zwischen Landkreis und Tagesmütter e.V. Reutlingen weiterentwickelt.
Der Tagesmütter e.V. wird finanziell gefördert. Die Vermittlung von Kindern in Tagespflege und die Beratung, Qualifizierung und Begleitung von Tagespflegepersonen sowie von Erziehungsberechtigten wird sichergestellt.
3. Eltern und Tagespflegepersonen werden im Hinblick auf ihre Rechte und Möglichkeiten der finanziellen Förderung beraten. Die Eltern werden auf ihre Kostenbeitragspflicht geprüft und entsprechend herangezogen.

Maßnahmen 2018

- Zu 1,2: Mit allen 26 Gemeinden des Landkreises werden im Hinblick auf die Sicherstellung der Rechtsansprüche Gespräche geführt.
5 Qualifizierungsmaßnahmen werden in folgenden Bereichen durchgeführt:
- Verankerung inklusiver Pädagogik in Kindertageseinrichtungen
 - Mehrtägiges Modulsystem zur Qualifizierung für die Kleinkindpädagogik
 - Kooperation zwischen der Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen
- Umsetzung des Konzeptes Inklusiver Kindertagespflege
- Teilnahme am Bundesprogramm Kindertagespflege zur qualitativen Weiterentwicklung der Kindertagespflegepersonen von 160 auf 300 Unterrichtseinheiten.
 - Implementierung einer Handreichung zur Erteilung der Pflegeerlaubnis in der Zusammenarbeit zwischen dem Kreisjugendamt und dem Tagesmütterverein RT
- Zu 3: Anpassung des Antrages auf Kindertagespflege im Sinne der „Leichten bzw. einfachen Sprache“

Auftragsgrundlagen

§§ 22, 22a, 23, 24, 24a, 43, 45 und 90 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII
Beschlüsse des Kreistages

Produkte

- 36.50.01 Tageseinrichtungen für Kinder
- 36.50.02 Kindertagespflege
- 36.50.03 Finanzielle Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, Übernahme von Teilnahmebeiträgen



THH5
36
36.50

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Förd. von Kindern in Tageseinrichtungen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.262.400	2.330.000	2.210.889
3	+	Sonstige Transfererträge	125.000	150.000	99.220
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	1.082.000	1.048.000	1.104.493
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	109.150	106.550	115.171
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	4.578.550	3.634.550	3.529.773
11	-	Personalaufwendungen	-435.439	-469.254	-375.358
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-120.122	-112.801	-45.247
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-616	-317	0
16	-	Transferaufwendungen	-9.507.700	-7.951.000	-7.588.372
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-15.264	-16.271	-5.065
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-10.079.140	-8.549.643	-8.014.042
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-5.500.590	-4.915.093	-4.484.269
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-5.500.590	-4.915.093	-4.484.269
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	910	800	854
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-286.247	-249.372	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-729	-93	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-286.065	-248.665	854
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-5.786.655	-5.163.758	-4.483.415

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2: Zuweisungen nach § 29c FAG Bundesprojekt	2.900.000 362.400	2.130.000 200.000
zu lfd. Nr. 4: Ersatz von sozialen Leistungen. Teilnehmerbeiträge für Angebote der Fachberatung Tageseinrichtung für Kinder.		
zu lfd. Nr. 13: Fortbildung für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, sonstigen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe. Darüber hinaus Sachkosten Mediothek und pädagogische Arbeitsmittel. Insges. Umgelegte Sach- und Dienstleistungen Summe	66.000 54.122 120.122	66.000 46.801 112.801
zu lfd. Nr. 16: Finanzielle Förderung, Übernahme von Teilnahmebeiträgen Zuschuss für fachliche Leistungen des Tagesmüttervereins Reutlingen im Kindertagespfliegewesen (Grundlage: KT-Beschluss vom 28.06.93, KT-Drs. Nr. IV-562 u. 562/1 sowie KT-Beschluss vom 08.12.03, KT-Drs. Nr. VI-670).	8.422.700 1.085.000	6.946.000 1.005.000



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Versicherungen	5.500	5.500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>9.764</u>	<u>10.771</u>
Summe	15.264	16.271



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.80	Kooperation und Vernetzung

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Die Produktgruppe umfasst

- das Produkt Kooperation und Vernetzung. Es beinhaltet Leistungen, die als Querschnittsaufgabe bezogen auf die Produktgruppen 36.20.bis 36.50 erbracht werden;
- das Produkt Frühe Hilfen, in dem es zu einem wesentlichen Teil um Vernetzung von Angeboten für Schwangere, werdende Väter und Mütter und Väter mit kleinen Kindern geht;
- das Produkt Kommunale Suchtbeauftragte, die im Landkreis Reutlingen in den Bereichen Suchtprävention und Suchthilfe im Rahmen des Suchthilfenetzwerks tätig ist.

Ziele

strategisch

1. Planung Kooperation und Vernetzung verfolgen das Ziel, ausreichende und gut aufeinander abgestimmte Angebote zu gewährleisten, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen und zu erhalten.
2. Jugendhilfeplanung als Querschnittsaufgabe bezieht auch Angebote außerhalb der Jugendhilfe, wie zum Beispiel Dienste des Gesundheitswesens, mit ein. Zudem wird die Jugendhilfeplanung mit der Bildungsplanung und der Schulentwicklungsplanung abgestimmt.
3. Durch zielgerichtete Planungs- und Beteiligungsprozesse wird eine Leistungsoptimierung der Angebote im Sozialraum erreicht.

operativ

1. Die Jugendhilfeplanung führt Abstimmungsprozesse durch. Hierfür werden Daten bereitgestellt. Durch Vernetzungsstrukturen werden die Akteure z. B. im Bereich der Frühen Hilfen und im Bereich Sucht zusammengefasst und es wird auf eine verbindliche Zusammenarbeit hingewirkt.
2. Städte und Gemeinden werden bezogen auf ihre soziale und strukturelle Entwicklung von Angeboten beraten. Dabei spielt die ganzheitliche Betrachtung von Angeboten aus mehreren Fachbereichen eine Rolle.
3. Durch Unterstützung und Initiierung von wohngebietsbezogenen Arbeitsgemeinschaften und Regionalkonferenzen mit Beteiligungsprozessen wird Leistungsoptimierung bewirkt.

Maßnahmen 2018

- Zu 1 - Der Sozialdatenatlas wird für die Jahre 2015, 2016 erarbeitet.
- Ein Online Fragebogensystem wird implementiert.
- Zu 2 - In der Region Ermstal wird eine Vernetzungsstruktur der Akteure bei den Frühen Hilfen hergestellt.
- Bei den Frühen Hilfen erfolgt eine Auswertung der Einsatzstunden bei den Familien mit dem Ziel, die Gesamtsteuerung zu bewerten und gezielter zu steuern.
- Zu 3 - Ein Sozialraumfachtag wird durchgeführt.

**Auftragsgrundlagen**

§§ 79, 80, 81 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz, Beschlüsse und Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses, Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Beauftragten für Suchtprophylaxe/kommunalen Suchtbeauftragten der Stadt- und Landkreise (VwV BfS/KSB) in der Fassung von 2013, Landeskonzept „Kommunale Suchthilfenetzwerke“

Produkte

- 36.80.01.01 Frühe Hilfen
- 36.80.01.02 Kooperation und Vernetzung
- 36.80.01.03 Kommunale Suchtbeauftragte



THH5
36
36.80

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kooperation und Vernetzung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	122.000	122.000	122.782
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	191.450	191.450	196.255
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	313.450	313.450	319.037
11	-	Personalaufwendungen	-583.680	-918.864	-343.658
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-67.956	-65.862	-39.701
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-243	-268	0
16	-	Transferaufwendungen	-568.200	-560.550	-553.018
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-226.869	-266.533	-196.735
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.446.947	-1.812.076	-1.133.112
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.133.497	-1.498.626	-814.075
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.133.497	-1.498.626	-814.075
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-290.168	-306.203	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-61	-79	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-290.229	-306.281	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.423.726	-1.804.908	-814.075

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Zuweisungen vom Land für Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen.

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen vom Land für Suchtprophylaxe/PSB.

zu lfd. Nr. 16:

Zuschuss an psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke und Suchtgefährdete Reutlingen und Drogenberatungsstelle, inkl. des dezentralen Suchtberatungsangebotes auf der Alb.

zu lfd. Nr. 17:

Erstattungen an Fachkräfte der Frühen Hilfen (Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Familienhebammen)
Umgelegte ordentliche Aufwendungen
Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
219.300	257.300
7.569	9.233
226.869	266.533



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Für Kinder von alleinerziehenden Elternteilen, für die der Unterhalt nicht gesichert ist, können auf Antrag für einen befristeten Zeitraum Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt werden. Bei Gewährung der Leistungen wird versucht, von den Unterhaltspflichtigen Kostenersatz zu erhalten. Eltern erhalten Beratung in allen Fragen des Unterhaltsvorschussbereiches.

Ziele

strategisch

1. Die Rechtsansprüche werden erfüllt.
2. Durch umfassende Beratung und Aufklärung wird die tatsächliche Inanspruchnahme von Unterhaltsvorschussleistungen mit den Anspruchsberechtigten erörtert und auf die notwendigen Anträge beschränkt. Dadurch können Einsparungen erzielt werden.
3. Belastungssituationen von Alleinerziehenden werden abgemildert.
4. Der Bedarf des Kindes wird im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bei Ausbleiben der Unterhaltszahlungen bis zum Höchstsatz nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sichergestellt.

operativ

- Zu 1. und 2. Im Landkreis werden alleinerziehende Elternteile im Hinblick auf ihre Rechte in finanzieller und persönlicher Hinsicht beraten und unterstützt.
- Zu 2. und 3. Die Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen werden entgegengenommen, zeitnah geprüft und bearbeitet.
- Zu 4. Die Heranziehung des unterhaltspflichtigen Elternteils zum Kostenersatz erfolgt zügig und konsequent.

Maßnahmen 2018

- Zu 2. Altfälle werden konsequent abgebaut.
- Zu 4. Die Rückgriffsquote wird aufgrund der Änderung der Rechtsansprüche auf über 30 % gehalten.
- Zu 4. Der Rückgriff auf Elternteile, die sich im europäischen Ausland aufhalten wird verstärkt.

Auftragsgrundlagen

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und Richtlinien Unterhaltsvorschussgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Zivilprozessordnung (ZPO)

Produkte

- 36.90.01 Unterhaltsvorschussleistungen



THH5
36
36.90

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Unterhaltsvorschussleistungen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
3	+	Sonstige Transfererträge	1.290.000	1.500.000	1.259.257
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.613.300	1.266.000	537.272
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.903.300	2.766.000	1.796.529
11	-	Personalaufwendungen	-449.851	-775.519	-412.667
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.629	-21.461	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-74	-146	0
16	-	Transferaufwendungen	-3.400.000	-3.400.000	-1.697.238
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.278	-10.939	-2.419
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.870.832	-4.208.064	-2.112.325
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-967.532	-1.442.064	-315.796
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-967.532	-1.442.064	-315.796
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-73.810	-123.804	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-18	-43	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-73.828	-123.847	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.041.360	-1.565.910	-315.796

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen
Unterhaltsansprüche

Ansatz 2018
EUR

100.000
1.190.000

Ansatz 2017
EUR

100.000
1.400.000

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen vom Land

zu lfd. Nr. 16:

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz





Teilhaushalt 6

Gesundheit

Bestehend aus den Produktgruppen

- 41.10 Krankenhäuser
- 41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege



THH6

Gesundheit

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	512.000	430.000	424.894
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	111.784
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	550
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	512.000	430.000	537.229
11	-	Personalaufwendungen	-1.267.746	-1.279.949	-1.213.910
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-289.350	-329.135	-178.608
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.263.991	-1.184.730	-961.352
16	-	Transferaufwendungen	-6.000	0	-11.672
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-565.101	-4.599.430	-6.378.009
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.392.189	-7.393.243	-8.743.551
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.880.189	-6.963.243	-8.206.322
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.880.189	-6.963.243	-8.206.322
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	15.490	9.900	4.226
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-739.651	-746.925	-3.706
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-741.398	-733.084	-687.409
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.465.558	-1.470.109	-686.888
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-4.345.747	-8.433.352	-8.893.210

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH6	22,99	20,54	20,04



THH6

Gesundheit

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.000.000	1.000.000	1.000.000
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.000.000	1.000.000	1.000.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-12.050	-15.200	-4.748
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.005.000	-2.005.000	-2.004.254
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.017.050	-2.020.200	-2.009.002
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.017.050	-1.020.200	-1.009.002



THH6	Gesundheit
41	Gesundheitsdienste
41.10	Krankenhäuser

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Der Landkreis gewährt als alleiniger Gesellschafter der Kreiskliniken Reutlingen GmbH Investitionszuschüsse zur anteiligen Finanzierung der Investitionen beim Klinikum am Steinenberg in Reutlingen, der Ermstaklinik Bad Urach und der Albklinik Münsingen und deckt im Rahmen des Betrauungsakts (KT-Drucksachen Nr. VII-0561 und VIII-0657) die aufgelaufenen Bilanzverluste ab.

Ziele**strategisch**

Aufrechterhaltung des Klinikbetriebs und Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung des Landkreis Reutlingen mit leistungsfähigen Krankenhäusern

Maßnahme 2018

Ausgleich des im Jahr 2015 entstandenen anteiligen Bilanzverlustes von 451.676,41 EUR

Auftragsgrundlagen

Landeskrankenhausgesetz, Haushaltssatzung mit Haushaltsplan

Produkte

- 41.10.01 Kreiskliniken Reutlingen GmbH



THH6
41
41.10

Gesundheit
Gesundheitsdienste
Krankenhäuser

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	360.000	260.000	250.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	360.000	260.000	250.000
11	-	Personalaufwendungen	-42.249	-58.437	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-169.635	-208.885	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.254.727	-1.174.788	-950.514
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-465.751	-4.538.380	-6.300.254
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.932.363	-5.980.490	-7.250.768
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.572.363	-5.720.490	-7.000.768
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.572.363	-5.720.490	-7.000.768
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-199.661	-312.661	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-739.963	-731.306	-686.049
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-939.625	-1.043.967	-686.049
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-2.511.988	-6.764.457	-7.686.817

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Auflösung Sonderposten aus Investitionsausschüttung Kreissparkasse

zu lfd. Nr. 13:

Umgelegte Sach- und Dienstleistungen

zu lfd. Nr. 14:

Abschreibung der geleisteten Trägerzuschüsse an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Ausgleich Bilanzverlust	452.000	4.523.000
Sonstige Beratungsleistungen	10.000	10.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>3.751</u>	<u>5.380</u>
Summe	465.751	4.538.380



THH6

Gesundheit

41

Gesundheitsdienste

41.10

Krankenhäuser

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.411000: Kliniken Investitionsausschüttung KSK

1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000
6	=	Summe Einzahlungen	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.000.000	0	-2.000.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-2.000.000	0	-2.000.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.000.000	0	-1.000.000	1.000.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-1.000.000	0	-1.000.000	1.000.000

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.411005.0503: Klinikum RT - Umstellung Küche

6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-2.000.000
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-2.000.000
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-2.000.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-2.000.000

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4

7.411005.0550: Klinikum RT - Tilgungen

6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.000	0	-2.000	-1.690
13	=	Summe Auszahlungen	-2.000	0	-2.000	-1.690
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.000	0	-2.000	-1.690
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-2.000	0	-2.000	-1.690



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411006.0650: Ermstaklinik Bad Urach - Tilgungen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-3.000	0	-3.000	-2.564
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	-3.000	-2.564
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	-3.000	-2.564
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	-3.000	-2.564



THH6	Gesundheit
41	Gesundheitsdienste
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege

Verantwortung

Kreisgesundheitsamt

Kurzbeschreibung

Die Maßnahmen der Gesundheitspflege umfassen folgende Aspekte:

- Gesundheitsplanung
- Gesundheitsberichterstattung
- Gesundheitsförderung/Prävention
- Geschäftsstelle Gesundheitskonferenz
- Epidemiologie: Erhebung, Auswertung und Beschreibung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung, Untersuchung von Krankheitshäufungen
- Untersuchung/Beratung im Vorschulalter (Frühförderung)
- Einschulungsuntersuchungen, Schulsprechstunde, Impfberatung und –programme
- Zahngesundheitsförderung: Untersuchungen, Gruppenprophylaxe, Erfassung des Zahnstatus bei Kindern und Jugendlichen
- Amtsärztliche Untersuchungen/Gutachten: Untersuchungen von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst, Eignungsuntersuchungen bestimmter Personengruppen, Untersuchungen nach dem Ausländerrecht
- Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen: Sozialmedizinische Beratung zur AIDS-Prävention und Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten, Beratung von Menschen mit Behinderung
- Allgemeiner Gesundheitsschutz: Hygienische Beratung und Überwachung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, Mitwirkung bei der Lebensmittelüberwachung
- Personenbezogener Infektionsschutz: Beobachtung übertragbarer Krankheiten, Beratung/Untersuchung besonderer Personengruppen, Impfberatung/Impfungen
- Hygienische Beratung/Überwachung von Trinkwasseranlagen, Frei-, Hallenbädern, Badegewässern, Einrichtungen zur Abfall- und Abwasserentsorgung/Recycling
- Umweltbezogene Kommunalhygiene: Fachliche Stellungnahmen zu Planungsvorhaben, Sanierungsmaßnahmen, Gesundheitsverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Umweltmedizinische Beratung und Begutachtung
- Beratung und Begleitungen von Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Ziele

strategisch

Förderung und Schutz der Gesundheit der Bevölkerung

operativ

- Überblick über die gesundheitliche Situation im Landkreis durch Bedarfsanalyse und Bestandserhebung, Initiierung von Planungen und Maßnahmen, Krankheiten verhüten und vermeiden, Öffentlichkeitsarbeit und Information
- Auffälligkeiten feststellen, drohenden Behinderungen entgegenwirken, vorhandene Behinderungen ausgleichen oder mindern



- Prävention schulischer Leistungseinschränkungen, Feststellung ggf. notwendiger Fördermaßnahmen, Schließung von Impflücken
- Sicherung, Erhalt und Verbesserung der Zahngesundheit
- Verbesserung des Informationsstands zu AIDS und sexuell übertragbarer Krankheiten, Förderung der Testbereitschaft, Verbesserung des Risikomanagements bei besonders betroffenen Gruppen
- Vermeidung ungewollter Schwangerschaften
- Erhalt und Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Einrichtungen
- Sicherung einer einwandfreien Wasserqualität
- Gesundheitsschutz durch Minimierung von der Umwelt ausgehender schädigender Einwirkungen
- Gesundheitsverträgliche Ausführung von Planungsvorhaben

Auftragsgrundlagen

Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst, Bestattungsgesetz, Infektionsschutzgesetz (IfSG), Hygieneverordnung, Krankenhaushygieneverordnung, Sozialgesetzbuch V, Sozialgesetzbuch VIII, Sozialgesetzbuch XII, Schulgesetz, Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), Ausländerrecht, Betreuungsgesetz, Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV), Landesbaugesetz (LBG), Bau-Verordnung (BVO), Wohn-, Teilhalbe- und Pflegegesetz (WTPG), Trinkwasserverordnung (TrinkwV), Schwimm- und Badewasserverordnung (SchwBadebWV), Badegewässerverordnung (BadegVO), Robert-Koch-Institut Richtlinien (RKI-Richtlinien), Landesabfallgesetz (LAbfG), Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Bodenschutzgesetz (BodSchG), Bundes-Immissionsschutz-Verordnung (BImSchV), Gefahrenstoffverordnung (GefStoffV), Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G), Verwaltungsvorschriften des Sozialministeriums, fachliche Empfehlungen des Landesgesundheitsamtes, Landeskonzert „Komm. Suchthilfenetzwerke“, Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg, Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

Produkte

- 41.40.03 Epidemiologie
- 41.40.04 Untersuchung/Beratung/Begutachtung im Kindes- und Jugendalter
- 41.40.05 Gesundheitsmonitoring, Beratung von und in Einrichtungen
- 41.40.06 Zahngesundheitsförderung
- 41.40.07 Amtsärztliche Untersuchungen/Gutachten
- 41.40.08 Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen
- 41.40.09 Allgemeiner Gesundheitsschutz
- 41.40.10 Personenbezogener Infektionsschutz
- 41.40.11 Hygiene-Monitoring von Trinkwasser/Badewasser und Entsorgungseinrichtungen
- 41.40.12 Umweltbezogene Kommunalhygiene
- 41.40.13 Umweltbezogene Gesundheitsberatung/Begutachtung
- 41.40.50 Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsplanung (Schlüsselposition)
- 41.40.51 Kompetenzzentrum/Gutachterwesen (neu)



THH6

Gesundheit

41

Gesundheitsdienste

41.40

Maßnahmen der Gesundheitspflege

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	152.000	170.000	174.894
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	111.784
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	550
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	152.000	170.000	287.229
11	-	Personalaufwendungen	-1.225.497	-1.221.512	-1.213.910
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-119.715	-120.250	-178.608
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-9.264	-9.941	-10.838
16	-	Transferaufwendungen	-6.000	0	-11.672
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-99.350	-61.050	-77.755
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.459.826	-1.412.753	-1.492.783
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.307.826	-1.242.753	-1.205.554
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.307.826	-1.242.753	-1.205.554
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	15.490	9.900	4.226
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-539.989	-434.264	-3.706
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.434	-1.778	-1.360
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-525.934	-426.142	-839
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.833.759	-1.668.895	-1.206.394



THH6

Gesundheit

41

Gesundheitsdienste

41.40

Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
741400000310: Bew. Verm. Gesundheitspf. fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-12.050	0	-15.200	-4.748
13	=	Summe Auszahlungen	-12.050	0	-15.200	-4.748
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-12.050	0	-15.200	-4.748
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-12.050	0	-15.200	-4.748

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

2 Hörtestgeräte mit Tragekoffer à 1.975 EUR (Ersatzbeschaffung)
 2 Sehtestgeräte für Schuluntersuchung à 4.050 EUR (Ersatzbeschaffung)

3.950 EUR

8.100 EUR

Summe

12.050 EUR



THH6	Gesundheit
41	Gesundheitsdienste
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege
41.40.50	Gesundheitsberichterstattung, -planung

Verantwortung

Kreisgesundheitsamt

Kurzbeschreibung

Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung, Gesundheitsförderung und Prävention sind im Bereich der Geschäftsstelle „Kommunale Gesundheitskonferenz“ des Landkreises Reutlingen angesiedelt.

Aufgaben:

1. Beobachten und Erfassen von Informationen zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen, kleinräumige, gesundheitliche Analysen, Durchführung von Analysen, Erstellung von Gesundheitsberichten und gesundheitsbezogener Planung
2. Erarbeitung von themenspezifischen Maßnahmen aufgrund der Analysen der Gesundheitsplanung in themenspezifischen Arbeitskreisen (Handlungsempfehlungen)
3. Organisation und Durchführung der Kommunalen Gesundheitskonferenz einschl. Koordination themenspezifischer Arbeitskreise der Gesundheitskonferenz
4. Gründung, Entwicklung und Begleitung von kontinuierlich arbeitenden Netzwerken
5. Projektmanagement und Prozessbegleitung
6. Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation der Arbeit auf Landkreisebene mit der Landesebene, Zusammenarbeit mit anderen planungsrelevanten Abteilungen
7. Konfliktmanagement

Ziele

strategisch

Kommunale Gesundheitsplanung ist durch die demographische Entwicklung und die Verlagerung des Krankheitsspektrums hin zu chronischen Erkrankungen eine kommunal-politische Notwendigkeit geworden. Die Mehrzahl der Dienstleistungen im Gesundheitswesen sind ortsgebundene Dienstleistungen, die Bereiche der Daseinsvorsorge betreffen. Planung und Umsetzung müssen daher an die regionalen Anforderungen, Bedingungen und Möglichkeiten, also am tatsächlichen Bedarf orientiert sein.

Die Kommunale Gesundheitskonferenz mit ihren Arbeitskreisen ist das Gremium im Landkreis Reutlingen, das diese regionalen Lösungen erarbeitet, abstimmt und umsetzt. Dazu wird die gesundheitliche Lage der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen beobachtet und analysiert. Auf der Grundlage der Analyseergebnisse werden themenspezifische Maßnahmen bzw. Handlungsempfehlungen erarbeitet und umgesetzt.

operativ

- Beratung, Planung, Koordinierung und Vernetzung
Stärkung und Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung, Prävention und gesundheitlicher Versorgung im Landkreis (Verankerung als Kernaufgabe in den Gesundheitsämtern mit der Novellierung des Gesetzes für den öffentlichen Gesundheitsdienst 2016 sowie die Erweiterung des Aufgabenspektrums hin zur Versorgung).

- Stärkung der kommunalen Gesundheitsförderung in Lebenswelten und Quartiersarbeit



- Gemeindebezogener Ansatz der Gesundheitsförderung zur kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention: Gesunde Gemeinde - Gesunde Stadt im Landkreis Reutlingen, Gemeindeentwicklung unter gesundheitlichen Aspekten
- Entwicklung geeigneter Lösungsansätze mit den Akteuren
- Beratung und Mitarbeit beim Aufbau von bedarfsorientierten, regionalen Gesundheitszentren
- Moderation der Prozesse
- Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzung im kommunalen Gesundheitsbereich im Landkreis insbesondere durch Durchführen von Kommunalen Gesundheitskonferenzen (KGK)
- Gesundheitsplanung
- Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung im Landkreis Reutlingen
 - Etablierung eines PORT- Gesundheitszentrums in Hohenstein
 - Etablierung eines Gesundheitszentrums in Hülben
- Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) im Landkreis Reutlingen
- Schwerpunktthema Demenzielle Erkrankungen im Landkreis Reutlingen

Maßnahmen 2018

Beratung, Koordinierung und Vernetzung

- Veranstaltungsmanagement Kommunale Gesundheitskonferenz im Dez. 2018
- Begleitung der Umsetzung der Beschlüsse der KGK
- Erarbeitung des Rahmens, Installieren der Arbeitsgruppen, Durchführung der AG`S
- Begleitung des Zertifizierungsprozess *Gesunde Gemeinde-Gesunde Stadt im Landkreis Reutlingen* in Grafenberg, Münsingen und Mehrstetten
- Re-Zertifizierung *Gesunde Gemeinde-Gesunde Stadt im Landkreis Reutlingen* (Eningen, Hohenstein, Hülben, und voraussichtlich Dettingen, Walddorfhäslach und Wannweil)
- Veranstaltungsmanagement *Gesunde Woche* im Okt. 2018
- Öffentlichkeitsarbeit (Info-Veranstaltungen, Internet-Auftritt, Präsentationen, Medienkampagnen, Flyer, Broschüren etc.)

Gesundheitsplanung

- Beteiligung an der Entwicklung eines sektorenübergreifenden Versorgungskonzeptes für die Modellregion Südwürttemberg mit umfangreichen Anschlussprojekten in 2018

Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Reutlingen

- Mitarbeit bei der Planung des PORT- Gesundheitszentrums in Hohenstein mit Schwerpunkt auf Gesundheitsförderung und Prävention
- Mitarbeit bei der Planung eines Gesundheitszentrums in Hülben mit Schwerpunkt auf Gesundheitsförderung und Prävention

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) im Landkreis Reutlingen

- Veranstaltungsmanagement zwei Netzwerksitzungen *Dialog Arbeit und Gesundheit im Landkreis Reutlingen*
- Vergabe des Labels „Gesund im Betrieb“ an 15 Klein- und Kleinstbetriebe

Schwerpunktthema Demenzielle Erkrankungen im Landkreis Reutlingen

- Begleitung Demenznetzwerke in den *Gesunden Gemeinden* (bspw. in Eningen)

Auftragsgrundlagen

Öffentliches Gesundheitsdienstgesetz (ÖGDG-Novellierung 2016), Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung der Beteiligten des Gesundheitswesens (Landesgesundheitsgesetz - LGG), insbesondere § 5 Kommunale Gesundheitskonferenzen, Zukunftsplan Gesundheit - Gesundheitsdialog Baden-Württemberg, Bericht der Projektgruppe Kommunale Gesundheitskonferenzen, fachliche Empfehlungen des Landesgesundheitsamtes



THH6

Gesundheit

41

Gesundheitsdienste

41.40

Maßnahmen der Gesundheitspflege

41.40.50

Gesundheitsberichterstattung, -planung

lfd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	96.866
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	550
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	97.416
11	-	Personalaufwendungen	-339.080	-229.006	-230.645
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-61.271	-51.046	-77.038
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.010	-1.507	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.861	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-43.857	-8.694	-6.216
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-448.078	-290.253	-313.899
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-448.078	-290.253	-216.483
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-448.078	-290.253	-216.483
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-167.359	-89.782	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-369	-308	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-167.728	-90.090	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-615.806	-380.343	-216.483



Teilhaushalt 7

Räumliche Planung und Entwicklung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 51.10 Verkehrs-, Regional-, Bauleitplanung
- 51.11 Vermessung
- 51.12 Flurneuordnung



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	500.078	500.080	585.911
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	700
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.550	4.550	38.739
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	505.628	505.630	625.350
11	-	Personalaufwendungen	-2.298.039	-2.302.702	-2.207.658
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-116.875	-106.968	-108.037
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-21.258	-18.469	-20.627
16	-	Transferaufwendungen	-467.000	-416.000	-400.343
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-158.281	-113.659	-145.833
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.061.452	-2.957.798	-2.882.498
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.555.824	-2.452.168	-2.257.148
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.555.824	-2.452.168	-2.257.148
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	51.484	45.452	17.202
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-918.604	-837.489	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3.113	-2.890	-3.025
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-870.232	-794.927	14.177
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.426.057	-3.247.096	-2.242.971

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH7	39,40	39,77	38,77



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000	-20.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-40.000	-20.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-40.000	-20.000	0



THH7	Räumliche Planung und Entwicklung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
51.10	Verkehrs-,Regional-,Bauleitplanung

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Die Verkehrs-, Regional- und Bauleitplanung umfasst beim Landkreis Reutlingen folgende Bereiche:

- Weiterentwicklung und Umsetzung von ÖPNV-Konzepten
- Beteiligung an fremden Planungen: Gesamt-Stellungnahmen des Landkreises aus der Sicht der vom Landkreis zu vertretenden staatlichen und kommunalen Belange, Stellungnahmen zu sonstigen Planungen

Ziele

strategisch

- Ausbau und Optimierung eines attraktiven, zukunftsfähigen und mittelfristig auch barrierefreien ÖPNV im Landkreis Reutlingen, Sicherstellung der Mobilität, Integration und Verknüpfung der verschiedenen ÖPNV-Systeme
- Fristgerechte Abgabe inhaltlich richtiger und vollständiger Stellungnahmen als „Dienstleister“ für die planenden Gemeinden, Gemeindeverbände, Behörden etc.

operativ

- Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und planerische Begleitung bei der Umsetzung erster Maßnahmen
- Optimierung der Zusammenarbeit mit allen in Planungsfragen betroffenen Ämtern und Geschäftsteilen im Landratsamt Reutlingen

Maßnahmen 2018

- Abstimmungs- und Beteiligungsprozess zum Nahverkehrsplan
- Vorlage des Anhörungsentwurfes des Nahverkehrsplanes

Auftragsgrundlagen

Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV-Gesetz), Personenbeförderungsgesetz, bauplanungsrechtliche Vorschriften, insb. Baugesetzbuch (BauGB), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bau-NVO), Planzeichenverordnung, Landesbauordnung Baden-Württemberg, Landesplanungsgesetz, Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg, Regionalplan Neckar-Alb

Produkte

- 51.10.07 ÖPNV-Konzepte und Nahverkehrsplanung
- 51.10.50 Beteiligung an fremden Planungen einschließlich Projekt demographischer Wandel



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

51

Räumliche Planung und Entwicklung

51.10

Verkehrs-,Regional-,Bauleitplanung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	9.996
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	9.996
11	-	Personalaufwendungen	-367.901	-319.219	-299.480
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.643	-3.348	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-107	-104	0
16	-	Transferaufwendungen	-467.000	-416.000	-400.343
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-61.499	-51.695	-35.504
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-900.149	-790.365	-735.327
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-900.149	-790.365	-725.331
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-900.149	-790.365	-725.331
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-45.091	-38.185	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-11	-16	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-45.103	-38.201	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-945.251	-828.566	-725.331

ERLÄUTERUNGEN

Ansatz 2018 Ansatz 2017
EUR EUR

zu lfd. Nr. 16:

Umlage Regionalverband nach § 34 Abs. 2 LPLG
Anteil der Landkreise 2018:

467.000 416.000

Reutlingen 41,18 % (2017: 40,80 %)
Tübingen 31,52 % (2017: 30,74 %)
Zollernalbkreis 27,30 % (2017: 28,46 %)

zu lfd. Nr. 17:

Nahverkehrsplan, Konzessionen

60.000 50.000



THH7	Räumliche Planung und Entwicklung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
51.11	Vermessung

Verantwortung

Kreisamt für Landentwicklung und Vermessung (Fachbereich Vermessung)

Kurzbeschreibung

Die Produktgruppe „Flächen- und grundstücksbezogene Daten und Grundlagen“ beinhaltet beim Landratsamt Reutlingen folgende Bereiche:

- Führung des Liegenschaftskatasters nach dem Vermessungsgesetz
- Durchführung von Liegenschaftsvermessungen
- Durchführung von Baulandumlegungen sowie Verfahren nach dem besonderen Städtebaurecht

Ziele

strategisch

- Sicherung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden
- Übereinstimmung zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster
- Bereitstellung aktueller und bedarfsgerechter Basisinformationen für Raumordnung, Umwelt, Grundstücksverkehr und der Wirtschaft
- Aktualisierung Liegenschaftskataster
- Digitalisierung der Liegenschaftskatasterakten
- Durchführung von Liegenschaftsvermessungen
- Durchführung von Baulandumlegungen
- Verbesserung der Arbeitssicherheit

operativ

- Ablösung der Dauerrisse
- Unterstützung Kreisbauamt, Kreisstraßenbauamt mit Ingenieurvermessungen, Kreislandwirtschaftsamt bei der Kontrolle landwirtschaftlicher Förderprogramme und Flurneuordnung in allen Vermessungstätigkeiten

Maßnahmen 2018

- Übernahme von mindestens 80% der amtseigenen und beigebrachten Vermessungsschriften innerhalb von 4 Wochen in das Liegenschaftskataster
- Übernahme der Katasterberichtigungsunterlagen des Flurneuordnungsverfahren Sonnenbühl-Genkingen
- Durchführung von Liegenschaftsvermessungen zur Aktualisierung des Liegenschaftskatasters: Aufnahme von 1200 Gebäuden von Amtswegen
- Fertigstellung der Baulandumlegung Pliezhausen-Gniebel Walddorfer Wasen III

**Auftragsgrundlagen**

Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg (VermG) vom 01. Juli 2004 (GBl. S. 469, 509), zuletzt geändert am 30. November 2010 (GBl. S. 989)
Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 12. April 2011 (BGBl. I S. 619)

Produkte

- 51.11.01 Führung und Bereitstellung des Liegenschaftskatasters
- 51.11.04 Liegenschaftsvermessung



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

51

Räumliche Planung und Entwicklung

51.11

Vermessung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	500.051	500.053	585.911
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	700
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	24.198
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	501.051	501.053	610.809
11	-	Personalaufwendungen	-1.330.342	-1.350.830	-1.335.391
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-77.549	-72.355	-104.145
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-14.258	-12.134	-16.731
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-10.471	-12.374	-17.920
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.432.620	-1.447.694	-1.474.188
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-931.569	-946.641	-863.379
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-931.569	-946.641	-863.379
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	329.246	302.373	17.202
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-860.378	-788.050	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.353	-2.109	-2.484
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-533.485	-487.786	14.718
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.465.054	-1.434.427	-848.661

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Gebühren Liegenschaftsvermessungen
 Gebühren Fortführung Liegenschaftskataster

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
250.000	250.000
250.000	250.000



THH7
51
51.11

Räumliche Planung und Entwicklung
Räumliche Planung und Entwicklung
Vermessung

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
751110000310: Bew. Verm. Vermessung fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000	0	-20.000	-8.971
13	=	Summe Auszahlungen	-40.000	0	-20.000	-8.971
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-40.000	0	-20.000	-8.971
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-40.000	0	-20.000	-8.971

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Einmann-Messstation (Totalstation)



THH7 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51.12 **Flurneuordnung**

Verantwortung

Kreisamt für Landentwicklung und Vermessung (Fachbereich Flurneuordnung)

Kurzbeschreibung

- Behördlich geleitete und finanziell geförderte Neugestaltung und Zusammenlegung von Eigentum an Grundstücken in ländlichen Gemeinden sowie von damit verbundenen Rechten
- Behördlich geleitete Verfahren zur schnellen Bereitstellung von Flächen für den Bau von Infrastruktureinrichtungen unter Vermeidung von Enteignung der Grundstückseigentümer

Ziele

strategisch

- Nachhaltige Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft bzw. für die Grundstückseigentümer durch Optimierung der Grundstücksnutzung
- Förderung der regionalen und gemeindlichen Entwicklung durch Flächenbereitstellung und Unterstützung gemeindeübergreifender Projekte
- Erhalt der Kulturlandschaft und Erhöhung des Erholungswertes
- Lösung von Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft und Naturschutz
- Nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Unterstützung der raschen Verwirklichung des Neubaus von Infrastrukturmaßnahmen
- Minimierung von Nachteilen für Landwirte und Landschaft, die durch diese Großbaumaßnahmen entstehen
- Verbesserung der Arbeitssicherheit

operativ

- Besitzeinweisung in der Flurneuordnung Engstingen-Großengstingen/Kleinengstingen
- Ausführungsanordnung in der Flurneuordnung Engstingen-Kohlstetten
- Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans Metzingen-Neuhausen (B28)
- Aufstellung Wege- und Gewässerplans in dem Verfahren Pfronstetten-Aichstetten/Tigerfeld
- Aufstellung Wege- und Gewässerplan in dem Verfahren Pfronstetten-Geisingen/Huldstetten

Maßnahmen 2018

- Fertigstellung der Wegebaumaßnahmen im Verfahren Engstingen-Großengstingen/Kleinengstingen
- örtliche Durchführung der Wertermittlung in dem Verfahren Münsingen-Dürrenstetten

Auftragsgrundlagen

Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794)



Produkte

- 51.12.01 Flurneuordnung für Gemeindeentwicklung, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz
- 51.12.02 Flurneuordnung zur Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

51

Räumliche Planung und Entwicklung

51.12

Flurneuordnung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	27	27	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.550	4.550	4.545
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	4.577	4.577	4.545
11	-	Personalaufwendungen	-599.796	-632.653	-572.787
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-35.682	-31.266	-3.891
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6.894	-6.230	-3.896
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-86.311	-49.590	-92.409
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-728.684	-719.739	-672.983
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-724.107	-715.163	-668.438
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-724.107	-715.163	-668.438
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	430	403	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-291.327	-268.579	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-748	-765	-541
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-291.645	-268.940	-541
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.015.752	-984.103	-668.979

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 17:

Geschäftsaufwendungen
Erstattungen für Personal an das Land
Umgelegte ordentliche Aufwendungen
Summe

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
2.500	3.000
78.377	40.000
<u>5.434</u>	<u>6.590</u>
86.311	49.590



Teilhaushalt 8

Bauen und Wohnen

Bestehend aus den Produktgruppen

- 52.10 Bauordnung
- 52.20 Wohnraumförderung und Wohnungsversorgung
- 52.30 Denkmalschutz und Denkmalpflege



THH8

Bauen und Wohnen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.199.200	1.099.069	1.354.847
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.000	8.000	11.784
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.207.200	1.107.069	1.366.631
11	-	Personalaufwendungen	-814.506	-760.842	-779.003
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.893	-16.518	-44.767
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-532	-524	-1.691
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.890	-28.419	-46.389
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-860.821	-806.302	-871.849
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	346.379	300.767	494.782
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	346.379	300.767	494.782
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	242.924	219.307	12.471
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-826.125	-736.209	-351.174
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-57	-80	-242
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-583.258	-516.982	-338.945
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-236.879	-216.215	155.837

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH8	12,29	12,70	12,20



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.10	Bauordnung

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Baurechtliche Verfahren einschließlich Beratung
- Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Baurecht
- Aufsicht über die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger, Bestellung von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern, Geltendmachung von Schornsteinfegergebühren für hoheitliche Tätigkeiten sowie Verfolgung der vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger festgestellten Beanstandungen einschließlich OWi-Verfahren
- Vollzug des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-Württemberg (EWärmeG), des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) und der Energieeinsparverordnung (EnEV) sowie die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (OWI-Verfahren).

Ziele

strategisch

- Wahrung der bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Bestimmungen
- Steigerung der Akzeptanz beim Bürger
- Umsetzung der fachlichen Standards entsprechend dem Stand der Technik
- Kostendeckung
- Energieeinsparung

operativ

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Auftragsgrundlagen

Gesetze des Baurechts, Schornsteinfegerhandwerksgesetz, Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfegerhandwerksgesetz, Kehr- und Prüfungsordnung, EWärmeG, EEWärmeG, EnEV

Produkte

- 52.10.09 Bauordnungsbehördliche Maßnahmen
- 52.10.50 Baurechtliche Verfahren einschließlich Beratung
- 52.10.51 Schornsteinfegerwesen, EWärmeGesetz, EEWärmeGesetz und EnEV



THH8

Bauen und Wohnen

52

Bauen und Wohnen

52.10

Bauordnung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.199.000	1.099.069	1.354.497
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.000	8.000	11.784
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.207.000	1.107.069	1.366.281
11	-	Personalaufwendungen	-744.200	-692.639	-712.560
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-16.860	-15.516	-44.767
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-501	-492	-1.691
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.464	-27.938	-46.389
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-789.025	-736.586	-805.407
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	417.975	370.484	560.874
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	417.975	370.484	560.874
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	253.043	228.658	12.471
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-824.668	-735.024	-351.174
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-54	-75	-242
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-571.678	-506.441	-338.945
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-153.704	-135.957	221.929

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Gebühren aus baurechtlichen Verfahren einschließlich Schornsteinfegerwesen

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

1.165.000	1.071.070
-----------	-----------



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.20	Wohnraumförderung u. Wohnungsversorgung

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

Beratung bau- und kaufwilliger Interessenten nach dem Landeswohnungsbauprogramm und Ermittlung der Belastungs- und Einkommensgrenzen für die Gewährung zinsbegünstigter Darlehen.

Ziele

operativ

Umsetzung des jährlich veröffentlichten Landeswohnraumförderungsprogramms

Auftragsgrundlagen

Landeswohnraumförderungsgesetz, Verwaltungsvorschrift zum Landeswohnraumförderungsgesetz, Landeswohnraumförderungsprogramm



THH8

Bauen und Wohnen

52

Bauen und Wohnen

52.20

Wohnraumförderung u. Wohnungsversorgung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-55.587	-54.015	-52.574
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-817	-794	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-24	-25	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-337	-380	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-56.765	-55.214	-52.574
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-56.765	-55.214	-52.574
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-56.765	-55.214	-52.574
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-9.153	-8.344	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3	-4	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-9.156	-8.348	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-65.921	-63.562	-52.574



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.30	Denkmalschutz und Denkmalpflege

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

Durchführung denkmalschutzrechtlicher Verfahren und die steuerrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit den Erhaltungsaufwendungen bei Baudenkmalen (§§ 7 i, 10 f und 11 b Einkommensteuergesetz (EStG))

Auflistung der Verfahren:

- Denkmalschutzrechtliche Genehmigung
- Denkmalschutzrechtliche Zustimmung im Rahmen der Behandlung der Baugesuche
- Listenführung – Eintrag in das Denkmalsbuch
- Belegprüfung für die Erstellung der Steuerbescheinigung nach §§ 7 i, 10 f und 11 b EStG
- Erstellung der Steuerbescheinigung mit Gebührenbescheid

Ziele

strategisch

Schutz der Denkmale und deren Umgebung

Auftragsgrundlagen

Denkmalschutzgesetz, Denkmallisten/Denkmalsbuch, Einkommensteuergesetz



THH8

Bauen und Wohnen

52

Bauen und Wohnen

52.30

Denkmalschutz und Denkmalpflege

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	200	0	350
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	200	0	350
11	-	Personalaufwendungen	-14.718	-14.187	-13.868
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-216	-208	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6	-7	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-89	-100	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-15.031	-14.502	-13.868
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-14.831	-14.502	-13.518
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-14.831	-14.502	-13.518
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.423	-2.192	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1	-1	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.424	-2.193	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-17.255	-16.695	-13.518



Teilhaushalt 9 Abfallwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 53.70 Abfallwirtschaft



THH9

Abfallwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.075.050	9.097.870	8.304.834
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	812.060	682.532	774.882
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	443.774	433.378	448.756
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	97	97	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	10.330.981	10.213.878	9.528.472
11	-	Personalaufwendungen	-648.792	-685.251	-669.526
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-364.526	-305.050	-288.367
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-141.729	-149.229	-141.867
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.980.075	-8.852.057	-8.307.079
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-10.135.122	-9.991.586	-9.406.838
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	195.860	222.291	121.634
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	195.860	222.291	121.634
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	421.730	381.390	383.049
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-615.572	-589.245	-369.466
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-15.944	-28.972	-28.700
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-209.787	-236.828	-15.117
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-13.927	-14.536	106.517

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH9	10,33	10,30	10,43



THH9

Abfallwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.000	-300.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-150.000	-300.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-150.000	-300.000	0



THH9	Abfallwirtschaft
53	Abfallwirtschaft
53.70	Abfallwirtschaft

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Regelmäßige Sammlung und Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen (siehe Produkte unten), Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

strategisch

Sicherstellung einer ordnungsgemäßen, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Abfallentsorgung, Förderung der Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Restabfall

operativ

- Erarbeitung eines Konzepts für die künftige Verwertung von Bioabfällen
- Erarbeitung einer Konzeption zur Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes zur getrennten Erfassung von Wertstoffen

Maßnahmen 2018

- Beschlussvorschlag an den Kreistag für ein künftiges Verwertungskonzept für Bioabfälle
- Beschlussvorschlag an den Kreistag für ein künftiges Wertstoffkonzept
- Unterhaltungsmaßnahmen am Komposthof Pfullingen
- Prüfung Vertragsverlängerungen ggf. Ausschreibung der Verwertung von Papier/Pappe/Kartonagen (PPK), Altholz, Schrott und Elektroaltgeräten

Auftragsgrundlagen

Kreislaufwirtschaftsgesetz, Landesabfallgesetz, Abfallwirtschaftskonzept und –satzung des Landkreises Reutlingen, Dienstleistungsverträge auf Basis von Kreistagsbeschlüssen

Produkte

- 53.70.01 Bioabfall
- 53.70.02 Grüngut
- 53.70.03 Altpapier (PPK)
- 53.70.04 Holz, Schrott
- 53.70.05 Haus- und Gewerbemüll
- 53.70.07 Sperrmüll
- 53.70.08 Problemstoffe
- 53.70.09 Erdenentsorgung



THH9
53
53.70

Abfallwirtschaft
Abfallwirtschaft
Abfallwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.075.050	9.097.870	8.304.834
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	812.060	682.532	774.882
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	443.774	433.378	448.756
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	97	97	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	10.330.981	10.213.878	9.528.472
11	-	Personalaufwendungen	-648.792	-685.251	-669.526
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-364.526	-305.050	-288.367
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-141.729	-149.229	-141.867
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.980.075	-8.852.057	-8.307.079
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-10.135.122	-9.991.586	-9.406.838
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	195.860	222.291	121.634
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	195.860	222.291	121.634
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	421.730	381.390	383.049
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-615.572	-589.245	-369.466
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-15.944	-28.972	-28.700
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-209.787	-236.828	-15.117
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-13.927	-14.536	106.517

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 4:

Abfallgebühren (7.600.000 EUR), Abgabe für Bioabfallanlieferungen am Komposthof Pfullingen (268.350 EUR) und Entnahmen aus der Gebührenrückstellung (1.206.700 EUR).

zu lfd. Nr. 5:

Erlöse für die Verwertung von Papier/Pappe/Kartonagen (756.000 EUR), Schrott (27.300 EUR) und Elektroaltgeräte (25.500 EUR).

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen der Dualen Systeme für die Mitbenutzung der Papiertonnen (18.800 EUR) und für Abfallberatung und Containerstandplätze (349.900 EUR). Von der Erstattung für Abfallberatung und Containerstandplätze werden 317.600 EUR an die Städte und Gemeinden des Landkreises weitergeleitet (siehe lfd. Nr. 17). Ausgleich Transportkosten (80.000 EUR) und Verwertung Elektroaltgeräte (4.500 EUR) mit den Städten Metzingen, Pfullingen und Reutlingen.

zu lfd. Nr. 13:

Insbesondere Aufwendungen für den Komposthof (Unterhaltung, Nachsorgerückstellung, Pacht, Steuern und Versicherungen, insg. 177.350 EUR) sowie für EDV, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit (173.115 EUR).

zu lfd. Nr. 14:

Aus Übernahme des Komposthofes zum 01.01.2006.

zu lfd. Nr. 17:

Aufwendungen für Abfuhr von Restmüll/Spermmüll/Bioabfall (2.569.600 EUR) und Papier/Pappe/Kartonagen (730.800 EUR), Erfassung und Verwertung von Grüngut (1.673.700 EUR), Problemstoffmobil (60.100 EUR), Abfallentsorgung durch Zweckverband (3.047.700 EUR), Verwertung Bioabfälle (409.800 EUR), Geschäftsaufwendungen und Beratungsleistungen (141.000 EUR), Weiterleitung und Erstattung der Dualen Systeme für Abfallberatung und Containerstandplätze an Städte und Gemeinden des Landkreises (317.600 EUR, siehe lfd. Nr. 6), Ausgleich Transportkosten (5.000 EUR) und Verwertung Elektroaltgeräte (8.500 EUR) mit den Städten Metzingen, Pfullingen und Reutlingen.

**zu lfd. Nr. 24 und 27:**

Interne Leistungsverrechnung.

zu lfd. Nr. 28:

Verzinsung des Anlagekapitals nach Übernahme des Komposthofs zum 01.01.2006.

zu lfd. Nr. 31:

Aufwand (im Wesentlichen Personalaufwendungen) für Erdentsorgung. Dieser Betrag kann aus gebührenrechtlichen Gründen nicht in die Kalkulation der Abfallgebühren eingestellt werden.



THH9 **Abfallwirtschaft**
53 **Abfallwirtschaft**
53.70 **Abfallwirtschaft**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
753700000610: Wertstoffhöfe						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.000	0	-300.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-150.000	0	-300.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-150.000	0	-300.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-150.000	0	-300.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Planung, Genehmigung und Bau von Wertstoffhöfen (KT-Drucksachen Nr. VIII-0427 und VIII-0427/1).





Teilhaushalt 10

Verkehr und ÖPNV

Bestehend aus den Produktgruppen

- 54.20 Kreisstraßen
- 54.30 Landesstraßen
- 54.40 Bundesstraßen
- 54.50 Straßenreinigung und Winterdienst (neu)
- 54.70 Verkehrsbetriebe/ÖPNV



THH10

Verkehr und ÖPNV

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	8.459.042	3.806.803	3.751.923
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	22.900	24.000	21.646
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	252.000	240.000	231.527
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.591.700	4.510.400	4.315.729
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	30.000	40.000	52.197
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	6.000	0	509
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	13.361.642	8.621.203	8.373.531
11	-	Personalaufwendungen	-4.758.271	-4.535.404	-4.399.348
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.904.395	-3.416.931	-2.731.895
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.360.960	-2.267.107	-2.161.569
16	-	Transferaufwendungen	-6.142.700	-1.366.700	-986.072
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-417.020	-451.752	-325.161
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-17.583.345	-12.037.893	-10.604.045
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.221.703	-3.416.690	-2.230.513
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.221.703	-3.416.690	-2.230.513
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	47.197	1.359.069	1.271.945
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-712.865	-2.019.583	-1.244.811
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.151.106	-1.012.446	-1.024.747
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.816.774	-1.672.960	-997.613
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-6.038.477	-5.089.650	-3.228.126

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Zuweisungen nach § 25 FAG für Kreisstraßen	2.424.000	2.428.000
Zuweisungen nach § 15 Abs. 2 ÖPNVG (Kommunalisierung § 45a PBefG-Leistungen)	4.684.000	0
Zuweisungen nach § 28 FAG für öff. Personennahverkehr	435.000	435.000
zu lfd. Nr. 6:		
Kostenersatz Bundesstraßen	2.067.000	2.000.000
Kostenersatz Landesstraßen	1.990.000	1.980.000
zu lfd. Nr. 16:		
Umsetzung ÖPNV-Maßnahmen (ohne naldo)	5.642.700	903.700
Verkehrsverbund naldo	480.000	463.000

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH10	84,40	83,10	82,95



THH10

Verkehr und ÖPNV

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.000.000	425.000	610.015
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	100.000	54.200	110.373
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.100.000	479.200	720.389
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	-30
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.380.000	-4.245.000	-943.369
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-600.000	-460.000	-528.542
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-1.295.000	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-9.275.000	-4.705.000	-1.471.940
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.175.000	-4.225.800	-751.552



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.20 **Kreisstraßen**

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

- Planung, Bau (inkl. Grunderwerb), Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Kreisstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung)
- Bereitstellung, Betrieb und Unterhaltung der Verkehrsausstattung öffentlicher Verkehrsflächen wie: Straßenbeleuchtung, Signalanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrslenk-, Verkehrsleit- und Schutzeinrichtungen (ohne Ausstattung Parkierungseinrichtungen)

Ziele

strategisch

- Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Kreisstraßen, Radwege und Ingenieurbauwerke), Aufrechterhaltung von Verkehrssicherheit
- Steuerung der unterschiedlichen Verkehrsströme unter Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

- Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen
- Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung der Infrastruktur

Maßnahmen 2018

- Umsetzung der Investitions- und Unterhaltungsmaßnahmen entsprechend dem Haushaltsansatz

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.20.07 Kreisstraßen Straßenreinigung - ab 2018 bei Produkt 54.50.01
- 54.20.08 Kreisstraßen Winterdienst - ab 2018 bei Produkt 54.50.02
- 54.20.50 Unterhaltung von Kreisstraßen und Radwegen (Direktaufwand)
- 54.20.51 Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen und Radwegen



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.20

Kreisstraßen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.118.992	3.295.803	3.316.696
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	21.397	24.000	21.646
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	42.436	80.000	72.523
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.131	155.000	155.533
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	30.000	40.000	52.197
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	5.209	0	509
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.221.164	3.594.803	3.619.105
11	-	Personalaufwendungen	-958.256	-1.766.943	-1.756.541
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.096.155	-3.026.190	-2.399.832
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.037.411	-2.264.557	-2.161.569
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-82.089	-406.000	-292.923
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-5.173.910	-7.463.690	-6.610.865
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.952.746	-3.868.887	-2.991.760
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.952.746	-3.868.887	-2.991.760
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	423.802	1.175.700	1.168.620
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-627.860	-736.463	-193.104
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.048.557	-1.042.296	-1.024.747
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.252.614	-603.059	-49.231
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.205.360	-4.471.946	-3.040.991

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Zuweisungen nach § 25 FAG - Kilometerbeiträge für Kreisstraßen

	Straßenlänge Kilometer	Haushaltsplan-Entwurf 2018		Haushaltsplan 2017	
		Zuweisung je Kilometer EUR	Zuweisungen insgesamt EUR	Zuweisung je Kilometer EUR	Zuweisungen insgesamt EUR
Kreisstraßen - 1. Km -	173,4	7.600	1.317.840	7.600	1.317.840
Ortsdurchfahrten - 2. Km -	37,9	9.500	360.050	9.600	363.840
Abgestufte Landesstraßen	57,4	13.000	746.200	13.000	746.200
Gesamtzuweisungen nach § 25 FAG			2.424.090		2.427.880

Die Laufenden Zuweisungen nach § 25 FAG sind zweckgebunden zu verwenden (§ 24 Abs. 6 FAG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 GemHVO).



zu lfd. Nr. 13:

Unterhaltung von Kreisstraßen	70.000 EUR	
Markierung, Verkehrszeichen, Signalanlagen	84.300 EUR	
Brückensanierung, Brückenuntersuchung,		
Bauwerkssanierung, Stützmauersanierung	60.000 EUR	
Beräumung Unterhaltung von Felsen	100.000 EUR	
Umrüstung auf Sockelleitpfosten	40.000 EUR	
Unterhaltung Straßenentwässerung	50.000 EUR	
Radwege, Machbarkeitsstudien für Radschnellwege	25.000 EUR	
Summe	429.300 EUR	429.300 EUR

Belagsmaßnahmen:	K 6732 Auffahrt Schloss Lichtenstein	245.000 EUR	
	LB = 1991		
	L = 1.500 m		
	B = 5,03 m		
	Note 5		
	K 6730 Roßberg (BA I) einschl.	290.000 EUR	
	OD Genkingen		
	LB = 1991		
	L = 1.600 m		
	B = 4,41/6,97 m		
	Note 5		
	K 6770 OD Wasserstetten	190.000 EUR	
	LB = 1992		
	L = 790 m		
	B = 6,10 m		
	Note 4/5		
	K 6756 / B297 OD Pliezhausen	540.000 EUR	
	LB = 1992/2001		
	L = 2.643 m		
	B = 5,80/7,60/8,50 m		
	Note 5		
Gesamtsumme für Beläge und Deckenverstärkungen einschl. Kosten für Markierung und Sockelleitpfosten		1.265.000 EUR	1.265.000 EUR
Gesamt :			1.694.300 EUR

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Unterhaltung Kreisstraßen (s.o.)	1.694.300	1.235.000
Sonstige Unterhaltungsmaßnahmen (Gemeinschaftsaufwand, Kreisstraßen Schäden)	303.000	230.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	17.200	20.200
Mieten und Pachten	155.000	155.000
Leasing für EDV-Ausstattung	11.440	11.440
Bewirtschaftung	98.500	108.000
Haltung von Fahrzeugen	500.500	500.500
Aufwendungen für Beschäftigte	50.300	47.700
EDV-Fallpreise und Gebühren	20.650	17.850
Aufwand für Betriebsstoffe	500	500
Streugut Winterdienst	700.000	700.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	- 1.455.235	0
Summe	2.096.155	3.026.190



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.20

Kreisstraßen

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542000.0001: Abwicklung nach Vermessung						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	234
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	234
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-30
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-30
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	204
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	204

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542000.0102.001: Neubau Straßenmeisterei Münsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.000.000	0	-1.200.000	-19.234
13	=	Summe Auszahlungen	-6.000.000	0	-1.200.000	-19.234
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.000.000	0	-1.200.000	-19.234
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-6.000.000	0	-1.200.000	-19.234

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0598, VIII-0718, VIII-0667 und IX-0358/1



Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6709: K 6709 Ausbau Bleichstetten-Upfingen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	9.810
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	9.810
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	9.810
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-6.126
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	3.684

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6735.001: K 6735 Ausbau Marbach-Ödenwaldstetten						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	23.079
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	23.079
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-500
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-123.921
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-124.421
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-101.342
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-19.496
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-120.838

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0201, VIII-0343 bis VIII-0343/2, VIII-0475, VIII-0606, VIII-0614, IX-0091 und IX-0201 (2016)



Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6735.002: K 6735 Brücke über d. Lauter bei Marbach						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	473
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	473
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-119.144
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-119.144
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-118.671
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-118.671

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6735: K 6735 Bahnübergang Marbach						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	47.500
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	47.500
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-60.453
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-60.453
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-12.953
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-12.953

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6754: K 6754 Apfelstetten - B 465						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-940.000	-29.751
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-940.000	-29.751
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-940.000	-29.751
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-950.000	-29.751

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:
KT-Drucksache Nr. IX-0128 (2017)



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6708: K 6708 Hanner Steige						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-300.000	-81.831
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-300.000	-81.831
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-300.000	-81.831
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-3.170
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-300.000	-85.002

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6756: K 6756 Gniebel - Pliezhausen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	300.000	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	300.000	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-825.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-825.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-525.000	0	0	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	-20.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-545.000	0	0	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6764.002: K 6764/B27 Kreuzung Walddorfhäslach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-20.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-20.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-20.000	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-20.000	0



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542014.6715: K 6715 Ausbau Mittelstadt-Bempflingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-25.000	-925.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-25.000	-925.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-25.000	-925.000	0	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-25.000	-925.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 925.000 EUR wird im Jahr 2019 zahlungswirksam.

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542014.6769: K 6769 Bahnübergang Münsingen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	125.000	42.800
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	125.000	42.800
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-215.000	-64.545
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-215.000	-64.545
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-90.000	-21.745
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-90.000	-21.745

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6708: K 6708 Radweg Eppenzill						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	94.000
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	94.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-232.237
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-232.237
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-138.237
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-8.631
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-146.869



Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6709: K 6709 OD Bleichstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-91.373
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-91.373
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-91.373
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-6.126
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-97.499

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6736: K 6736 OD Oberstetten Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-35.080
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-35.080
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-35.080
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-35.080

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6742: K 6742 OD Huldstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-15.000	-968.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-15.000	-968.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.000	-968.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-15.000	-968.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 968.000 EUR wird im Jahr 2019 zahlungswirksam.



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6769: K 6769 Münsingen-Buttenhausen Geschw.tei						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-50.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-50.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-50.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-50.000	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6770: K 6770 Münsingen-Buttenhausen Geschw.tei						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-50.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-50.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-50.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-50.000	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542016.6716: K 6716 OD Gniebel u. Gniebel-Dörnach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.000	-575.000	0	-10.676
13	=	Summe Auszahlungen	-20.000	-575.000	0	-10.676
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.000	-575.000	0	-10.676
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-8.455
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-20.000	-575.000	0	-19.131

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 575.000 EUR wird im Jahr 2019 zahlungswirksam.



lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542016.6747: K 6747 / K 6749 OD Aichelau						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	-945.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	-945.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	-945.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	-945.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 945.000 EUR wird im Jahr 2019 in Höhe von 20.000 EUR und im Jahr 2020 in Höhe von 925.000 EUR zahlungswirksam.

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542016.6764: K 6764 OD Walddorfhäslach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-150.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-150.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-150.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-150.000	0

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542016.6769: K 6769 Gundelfingen Hochenergiezaun						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-40.000	-2.573
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-40.000	-2.573
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-40.000	-2.573
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-40.000	-2.573



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542016.6774: K 6774/B 464 Kreisverkehr Walddorfhäslac						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-17.000
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-17.000
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-17.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-17.000

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542017.6706: K 6706 Wittlinger Steige Absturzsicherun						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	400.000	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	400.000	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-400.000	0	-900.000	-10.900
13	=	Summe Auszahlungen	-400.000	0	-900.000	-10.900
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-900.000	-10.900
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-194
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-900.000	-11.095

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542017.6709: K 6709 OD Bleichstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-210.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-210.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-210.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-210.000	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542017.6736: K 6736 Radweg Trochtelf.-Burladingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-40.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-40.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-40.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-40.000	0



lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542017.6747: K 6747 Radweg Pfronstetten-Aichelau						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-5.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.000	0	0	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	-5.000	0	-20.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-20.000	0

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542017.6767: K 6767 Radweg Erpfingen - Haid						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-130.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-130.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-130.000	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	-10.000	-4.236
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-140.000	-4.236

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542018.6702: K 6702 Steingebronn Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-8.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-8.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-8.000	0	0	0

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542018.6703: K 6703 Rietheim Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-14.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-14.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-14.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-14.000	0	0	0



lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542018.6716: K 6716 Dörnach Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-18.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-18.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-18.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-18.000	0	0	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542018.6749: K 6749 Radweg Aichelau-Hayingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-5.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.000	0	0	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	-5.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	0	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542018.6754: K 6754 Apfelstetten Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-45.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-45.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-45.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-45.000	0	0	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542019.6751: K 6751 Anhausen-Erbstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	-875.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	-875.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	-875.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	-875.000	0	0



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 875.000 EUR wird im Jahr 2019 in Höhe von 5.000 EUR und im Jahr 2020 in Höhe von 870.000 EUR zahlungswirksam.

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000300: Zuweisungen bewegliches Vermögen SM						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	300.000	0	300.000	311.843
6	=	Summe Einzahlungen	300.000	0	300.000	311.843
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	300.000	0	300.000	311.843
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	300.000	0	300.000	311.843

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000305: Verkaufserlöse bewegliches Vermögen SM						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	100.000	0	54.200	100.330
6	=	Summe Einzahlungen	100.000	0	54.200	100.330
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	100.000	0	54.200	100.330
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	100.000	0	54.200	100.330

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 3:

Verkauf von zwei Mehrzweckgeräteträgern

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000310: Bew. Verm. Kreisstraßen fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-600.000	0	-460.000	-321.711
13	=	Summe Auszahlungen	-600.000	0	-460.000	-321.711
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-600.000	0	-460.000	-321.711
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-600.000	0	-460.000	-321.711



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Straßenmeisterei Eningen

Kommunal-LKW (18t) mit Ladekran	200.000 EUR
Streuer LKW (4m³) Nabenantrieb	30.000 EUR
Streuer LKW (4m³) Nabenantrieb o. Abroller	30.000 EUR
Streckenkontrollfahrzeug mit Ausrüstung	35.000 EUR

Straßenmeisterei Münsingen

LKW/MTW (3,5t) mit Heckantrieb	45.000 EUR
Tandem-Mähgerät f. LKW (mit Achsverriegelung)	90.000 EUR
Kommunal-LKW (15t)	120.000 EUR
Reißigschaufel f. Radlader	5.000 EUR
Fugenschneider (4-Takt Ottomotor)	4.000 EUR
Streuer für LKW 15t (3m³)	28.000 EUR
Transportanhänger (2,0t) f. MTW	6.000 EUR
Winterdienst-Ausrüstung f. LKW (Unternehmer)	7.000 EUR

Summe **600.000 EUR**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000320: Beschilderung Radwege						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	90.320
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	90.320
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-2.125
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-2.125
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	88.194
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-1.888
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	86.306



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.30 **Landesstraßen**

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Landesstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung).

Dieses Produkt enthält auch die folgenden Leistungen des Landkreises als Untere Verwaltungsbehörde für Landesstraßen in der Baulast des Landes:

1. Verkehrsgefährdende Schäden an befestigten Flächen beseitigen
2. Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen
3. Entwässerungsanlagen/-einrichtungen reinigen und instand halten
4. Erholungs- und Aufenthaltsflächen

- Betrieb und Unterhaltung der Verkehrsausstattung öffentlicher Verkehrsflächen wie: Straßenbeleuchtung, Signalanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrslenk-, Verkehrsleit- und Schutzeinrichtungen (ohne Parkierungseinrichtungen)

Ziele

strategisch

Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.30.07 Landesstraßen Straßenreinigung - ab 2018 bei Produkt 54.50.01
- 54.30.08 Landesstraßen Winterdienst - ab 2018 bei Produkt 54.50.02
- 54.30.50 Unterhaltung von Landesstraßen und Radwegen (Direktaufwand)



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.30

Landesstraßen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	73.106	32.850	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	458	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	62.047	50.000	26.058
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.994.114	1.980.000	1.949.216
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	241	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.129.966	2.062.850	1.975.274
11	-	Personalaufwendungen	-1.106.179	-1.231.425	-1.156.463
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-789.110	-355.000	-328.580
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-98.519	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-94.183	-12.000	-11.455
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.087.991	-1.598.425	-1.496.497
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	41.975	464.425	478.777
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	41.975	464.425	478.777
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	60.000	103.325
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-132.926	-579.327	-485.792
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-28.812	14.100	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-161.739	-505.227	-382.467
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-119.764	-40.802	96.310

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr.5:

Schadensersatz

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen vom Land

1.990.000	1.980.000
-----------	-----------

zu lfd. Nr. 13:

Unterhaltung der Landesstraßen

zu lfd. Nr. 14:

Umgelegte planmäßige Abschreibungen

zu lfd. Nr. 17:

Umgelegte ordentliche Aufwendungen



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.40 **Bundesstraßen**

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Bundesstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung).

Diese Produktgruppe enthält auch die folgenden Leistungen des Landkreises als Untere Verwaltungsbehörde (UVB) für Bundesstraßen in der Baulast des Bundes:

1. Verkehrsgefährdende Schäden an befestigten Flächen beseitigen
2. Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen
3. Entwässerungsanlagen/-einrichtungen reinigen und instand halten
4. Erholungs- und Aufenthaltsflächen

Ziele

strategisch

Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.40.07 Bundesstraßen Straßenreinigung - ab 2018 bei Produkt 54.50.01
- 54.40.08 Bundesstraßen Winterdienst - ab 2018 bei Produkt 54.50.02
- 54.40.50 Unterhaltung von Bundesstraßen und Radwegen (Direktaufwand)



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.40

Bundesstraßen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	91.009	43.150	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	559	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	134.722	110.000	132.946
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.071.417	1.900.000	1.983.101
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	294	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.298.002	2.053.150	2.116.047
11	-	Personalaufwendungen	-1.351.807	-1.405.423	-1.319.828
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-541.502	0	-79
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-120.395	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-115.097	-13.500	-13.062
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.128.801	-1.418.923	-1.332.968
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	169.201	634.227	783.079
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	169.201	634.227	783.079
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	75.000	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-153.651	-640.146	-565.915
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-34.521	18.550	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-188.172	-546.596	-565.915
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-18.971	87.631	217.163

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 5:

Schadensersatz

Ansatz 2018
EUR

120.000

Ansatz 2017
EUR

110.000

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen vom Bund

2.067.000

1.900.000

zu lfd. Nr. 13:

Umgelegte Sach- und Dienstleistungen

zu lfd. Nr. 14:

Umgelegte planmäßige Abschreibungen

zu lfd. Nr. 17:

Umgelegte ordentliche Aufwendungen



THH10	Verkehr und ÖPNV
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
54.50	Straßenreinigung und Winterdienst

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

Beseitigung von Schmutz, Abfall und Wildwuchs sowie Räumen und Streuen auf Straßen, Gehwegen, Radwegen und Plätzen für Kreis-, Landes- und Bundesstraßen.

Ziele

strategisch

- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit des Straßennetzes
- Gewährleistung der Sauberkeit

operativ

- Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Reinigung der Infrastruktureinrichtungen
- Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Räum- und Streumaßnahmen zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Verkehrsgefährdungen und -behinderungen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.50.01 Straßenreinigung (neu)
- 54.50.02 Winterdienst (neu)



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.50

Straßenreinigung und Winterdienst

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	56.935	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	486	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	12.795	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.839	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	256	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	74.310	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-1.174.864	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-470.623	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-104.636	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-100.031	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.850.154	0	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.775.844	0	0
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.775.844	0	0
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-133.539	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-39.215	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-172.754	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.948.598	0	0

ERLÄUTERUNGEN

Neues Produkt ab 2018. Bis 2017 in den Produktgruppen 54.20 bis 54.40 enthalten.



THH10	Verkehr und ÖPNV
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
54.70	Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Der Bereich ÖPNV umfasst die

- organisatorische, rechtliche und wirtschaftliche Umsetzung von ÖPNV-Planungen und von Maßnahmen zur Verbesserung vorhandener ÖPNV-Angebote
- Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen des Landkreises Reutlingen gegenüber dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo)

Ziele

strategisch

- Schaffung, Erhalt und Ausbau eines bedarfsgerechten, attraktiven und mittelfristig auch barrierefreien ÖPNV-Angebots im Landkreis Reutlingen
- Sicherstellung der Mobilität im städtischen und ländlichen Raum unter Berücksichtigung finanzieller und sonstiger Ressourcen des Landkreises
- Verbesserung des naldo-Geschäftsergebnisses durch tarifliche und verkehrliche Optimierungen des ÖPNV im Bereich von naldo und im Bereich verbundübergreifender Kooperationen

operativ

- Schrittweise Realisierung der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb - Modul 1
- Umsetzung der ÖPNV-Finanzierungsreform (§15 ÖPNV-Gesetz) ab 2018
- Erhalt und Fortentwicklung bestehender Angebote im Bus-, Anmelde-, Freizeit- und Schienenverkehr
- Einrichtung und Weiterführung von Regiobuslinien
- Umsetzung des Teilraumkonzeptes „Südlicher Landkreis“ und Vergabe der Buslinien mit einem Konzessionsende 2019 im Rahmen eines zweistufigen Vergabeverfahrens
- Sicherstellung der naldo-Verbundfinanzierung

Maßnahmen 2018

- Weitere Realisierung von Modul 1 der Regional-Stadtbahn (Ausschreibungs- und Ausführungsplanung)
- Vergabeverfahren für das Teilraumkonzept „Südlicher Landkreis“ und für weitere Linien mit Konzessionsende im Jahre 2019

Auftragsgrundlagen

ÖPNV-Gesetz, Personenbeförderungsgesetz, naldo-Verträge

Produkte

- 54.70.01.01 Umsetzung von ÖPNV-Maßnahmen
- 54.70.01.02 Verkehrsverbund naldo (Eigenaufwand und verbundbedingte Belastungen)



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.70

Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.119.000	435.000	435.227
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	519.200	475.400	227.878
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.638.200	910.400	663.105
11	-	Personalaufwendungen	-167.165	-131.613	-166.516
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.005	-35.741	-3.405
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	-2.550	0
16	-	Transferaufwendungen	-6.142.700	-1.366.700	-986.072
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-25.620	-20.252	-7.722
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-6.342.489	-1.556.855	-1.163.714
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-704.289	-646.455	-500.609
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-704.289	-646.455	-500.609
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	36.317	48.369	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-77.811	-63.646	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-2.800	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-41.494	-18.078	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-745.783	-664.533	-500.609

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Zuweisungen für öff. Personennahverkehr § 28 FAG	435.000	435.000
Zuweisungen nach § 15 Abs. 2 ÖPNVG (Kommunalisierung § 45a PBefG-Leistungen)	4.684.000	0
zu Ifd. Nr. 6:		
Förderung Land	293.500	233.000
Sonst. Kostenerstattungen	225.700	242.400
zu Ifd. Nr. 16:		
Umsetzung ÖPNV-Maßnahmen (ohne naldo)	5.642.700	903.700
Verkehrsverbund naldo	480.000	463.000



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.70

Verkehrsbetriebe/ÖPNV

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754700000610: Regional-Stadtbahn Neckar-Alb -Modul 1-						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-1.295.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-1.295.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.295.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-1.295.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 11:

KT-Drucksache Nr. IX-0293/3



Teilhaushalt 11

Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 55.20 Gewässerschutz/Öffentliche Gewässer/Wasserbauliche Anlagen
- 55.40 Naturschutz und Landschaftspflege
- 55.50 Forstwirtschaft
- 55.51 Landwirtschaft



THH11

Naturschutz, Land- und Landwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	935.602	924.300	949.588
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	147.500	153.800	42.648
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	1.500	1.375
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.651.200	1.545.100	1.630.639
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	9.100	3.800	3.645
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.743.702	2.628.500	2.627.894
11	-	Personalaufwendungen	-7.136.111	-6.674.244	-6.632.737
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-435.083	-397.571	-395.035
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-28.563	-30.575	-24.585
16	-	Transferaufwendungen	-148.000	-147.650	-134.938
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-429.699	-424.722	-408.778
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-8.177.456	-7.674.761	-7.596.073
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-5.433.754	-5.046.261	-4.968.179
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-5.433.754	-5.046.261	-4.968.179
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	383.005	323.672	288.319
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.813.757	-1.684.390	-12.417
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7.902	-8.295	-5.147
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.438.654	-1.369.014	270.755
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-6.872.407	-6.415.274	-4.697.424

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Verwaltungsgebühren	67.000	65.500
Bußgelder	6.100	5.000
Forstverwaltungskostenbeitrag	862.500	853.800
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen vom Bund	60.700	0
Erstattungen vom Land	1.451.500	1.428.000
Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	100.500	79.500
Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenbeitrag Privatwald, Gebühren für Waldbetreuung u.ä.)	38.500	37.600
Summe	1.651.200	1.545.100
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	7.500	7.500
Unterhaltung des bewegl. Vermögens	3.500	3.500
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	17.000	22.000
Mieten und Pachten für unbewegl. Vermögensgegenstände	2.100	2.100
Leasing	60.000	65.000
Leasing für EDV-Ausstattung	50.960	29.920
Bewirtschaftung	8.800	9.300
Haltung von Fahrzeugen	81.000	81.000
Dienst- und Schutzkleidung	8.100	8.100
Aus- und Fortbildung, Umschulung	8.000	8.000
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	4.000	4.800
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	2.300	2.300



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
EDV-Fallpreise und Gebühren	65.810	45.810
Lehr- und Unterrichtsmittel	26.500	26.500
Lebensmittel	41.000	41.000
Arbeitssicherheitsprogramm für Waldarbeiter	13.500	13.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>35.013</u>	<u>27.741</u>
Summe	435.083	397.571
zu lfd. Nr. 16:		
Zuweisungen, Zuschüsse:		
Kreismittel für das Biosphärengebiet	70.000	70.000
Zuschuss an KlimaschutzAgentur Landkreis Reutlingen gGmbH	45.000	45.000
Produktions-, betriebswirtschaftliche Beratung	32.000	32.000
Imkervereine und Kreisobstbauverband	<u>1.000</u>	<u>650</u>
Summe	148.000	147.650
zu lfd. Nr. 17:		
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	6.024	5.757
Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	6.000	6.000
Rechts- und Beratungskosten	6.000	16.000
Sonstige Beratungsleistungen	1.500	1.500
Mitgliedsbeiträge	102.160	97.860
Geschäftsaufwendungen	64.200	56.300
Bürobedarf	7.650	7.900
Fachliteratur	7.550	7.200
Dienstfahrten, Reisekosten	103.900	99.500
Aufwand für Telekommunikation	1.000	0
Versicherungen	300	300
Erstattungen für Personal an das Land	118.107	120.285
Erstattungen an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	400	400
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>4.908</u>	<u>5.720</u>
Summe	429.699	424.722

Personalstellen in Vollzeitärbeitskräften	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH11	119,00	116,57	115,60



THH11

Naturschutz, Land- und Landwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-12.500	-54.800	-80.273
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.500	-54.800	-80.273
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-12.500	-54.800	-80.273



THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.20	Gewässerschutz/Öff.Gew./Wasserbaul.Anl.

Verantwortung

Umweltschutzamt

Kurzbeschreibung

- Wasserrechtliche Verfahren (Bewilligungen, Erlaubnisse zur Gewässerbenutzung)
- Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Beseitigung bereits eingetretener Schäden
- Gewässer- und Anlagenüberwachung
- Ausweisung von Wasser- und Quellschutzgebieten
- Mitwirkung bei der Hochwassermanagementplanung (Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten, Risikomanagementpläne), nachhaltiger Hochwasserschutz
- Festsetzungsbescheide für Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt
- Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange bei förmlichen und nichtförmlichen Verfahren
- Beurteilung von Förderanträgen
- Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Ziele

strategisch

- Erhalt der Gewässer und des Grundwassers als Existenzgrundlage des Menschen, als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere
- Verbesserung der Wasserqualität und des Hochwasserschutzes
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen zentralen und dezentralen Abwasserbeseitigung

operativ

- Intensivierung der/des Hochwasservorsorge/Hochwasserschutzes
- Überwachung von Erdwärmesonden
- Beratung zu und Prüfung von Abwasserbeseitigungskonzepten (Schmutzwasser und Niederschlagswasser)

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union, Wasserhaushaltsgesetz, Wassergesetz Baden-Württemberg einschließlich untergesetzlichem Regelwerk, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, DIN-EN-Normen und Regelwerke der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.

Produkte

- 55.20.02 Wasserrechtliche Maßnahmen



THH11

Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft

55

Natur- und Landschaftspflege

55.20

Gewässerschutz/Öff.Gew./Wasserbaul.Anl.

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	57.100	55.500	65.698
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	57.100	55.500	65.698
11	-	Personalaufwendungen	-586.752	-567.540	-555.262
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-26.125	-27.613	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-458	-516	-605
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-47.061	-49.717	-37.522
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-660.397	-645.386	-593.389
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-603.297	-589.886	-527.691
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-603.297	-589.886	-527.691
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	60.550	56.300	54.664
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-183.724	-178.134	-12.315
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-144	-190	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-123.318	-122.025	42.349
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-726.614	-711.911	-485.342



THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.40	Naturschutz und Landschaftspflege

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Vollzug des Natur- und Artenschutzrechts
- Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten
- Landschaftspflegemaßnahmen
- Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Naturschutzrecht
- Bereitstellung von Grün- und Parkanlagen an den Schulen und Verwaltungsgebäuden des Landkreises sowie Förderung öffentlicher und privater Grünflächen
- Erhalt und langfristige Sicherung der Streuobstwiesenbestände im Landkreis Reutlingen
- Gutachterliche Tätigkeiten im Grünbereich, u.a. bei Gehölzwertermittlungen oder Verkehrssicherungspflicht an Bäumen
- Projektmanagement fach- und ämterübergreifender Projekte im Rahmen des Prozesses einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Landkreis Reutlingen
- Aufbau und Durchführung eines integrierten kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements

Ziele

strategisch

- Schutz, Sicherung, Pflege und Gestaltung von Natur und Landschaft
- Natur- und Biotopschutz, Erhalt und Förderung der Arten- und Biotopvielfalt, Erhaltung möglichst vielfältiger Strukturen durch Biotopvernetzung
- Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt im floristischen und faunistischen Bereich, Flächenerweiterung der geschützten Gebiete
- Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft Streuobstwiese durch die Förderung von Projekten und die Entwicklung neuer Konzepte
- Förderung einer ökonomisch, ökologisch sozial nachhaltigen Entwicklung des Landkreises Reutlingen
- Umsetzung der UN-Agenda 2030 (sustainable development goals = SDGs) auf Landkreisebene

operativ

- Aktualisierung der Kartengrundlagen
- Qualitätssicherung der Pflegearbeiten auf kreiseigenen Grünflächen
- Digitalisierung der Informationsangebote
- Unterstützung von regionalen Streuobstprodukten und deren Vermarktung
- Entwicklung eigener Projekte und gemeinsamer Projekte mit den bestehenden Regionalentwicklungsinitiativen im Landkreis
- Etablierung eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements im Landkreis Reutlingen

**Maßnahmen 2018**

- 2 Kontrollen aller Bestandsbäume
- Erstellung eines Maßnahmenplans mit Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen
- Mindestens 3 Fachseminare zur Pflege von Obst- und Ziergehölzen
- 10 aktuelle Informationsangebote im Internet
- Mindestens 4 Pressemitteilungen über Themen im Obst- und Gartenbau
- Abschluss des ersten Konvois im Rahmen des Förderprogramms ECOfit
- Umsetzung eines Projekts zu den Nachhaltigkeitstagen Baden-Württemberg im Juni 2018
- Strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft mit der Region Ulundi
- Erfassung der bestehenden Aktivitäten und Strukturen zum Thema Nachhaltigkeit im Landkreis Reutlingen und Entwicklung von Handlungsfeldern

Auftragsgrundlagen

Bundesnaturschutzgesetz, Naturschutzgesetz Baden-Württemberg, Baugesetzbuch, Landesbauordnung, Landschaftspflegerichtlinien, verschiedene EU-Verordnungen und Richtlinien, Gesetze des Naturschutzrechtes mit Bußgeldbewehrung, Kreistagsbeschlüsse, Verwaltungsentscheidungen

Produkte

- 55.40.50 Naturschutz und Landschaftspflege
- 55.40.51 Förderungen nach den Landschaftspflegerichtlinien
- 55.40.52 Planungs-, Bau- und Unterhaltungsleistungen bei kreiseigenen Grünflächen
- 55.40.53 Fachberatung im Bereich Obst- und Gartenbau
- 55.40.55 Begleitung nachhaltiger Projekte im Rahmen des Regionalentwicklungsprozesses
- 55.40.56 Nachhaltigkeitsmanagement und kommunale Entwicklungspolitik (neu)



THH11

Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft

55

Natur- und Landschaftspflege

55.40

Naturschutz und Landschaftspflege

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	8.000	7.000	11.795
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	2.000	2.000	3.660
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	125.700	65.000	39.939
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	6.900	0	2.792
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	142.600	74.000	58.185
11	-	Personalaufwendungen	-678.962	-622.666	-637.661
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.774	-9.306	-11.405
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-136	-160	0
16	-	Transferaufwendungen	-116.000	-115.650	-115.205
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-178.556	-174.932	-131.459
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-986.428	-922.714	-895.729
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-843.828	-848.714	-837.544
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-843.828	-848.714	-837.544
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	94.064	98.965	12.375
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-203.638	-193.362	-102
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-15	-24	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-109.589	-94.421	12.273
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-953.417	-943.135	-825.271

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 4:		
Gebühren für Schätzungen, Gutachten und Schnittlehrgänge	2.000	2.000
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen vom Land	65.000	65.000
Erstattungen vom Bund, Förderung SKEW	60.700	0
Summe	125.700	65.000
zu lfd. Nr. 16:		
Finanzierungsanteil Biosphärengebiet	70.000	70.000
Klimaschutzagentur	45.000	45.000
Imkervereine und Kreisobstbauverband	1.000	650
Summe	116.000	115.650
zu lfd. Nr. 17:		
Aufwendungen für sonstige Tätigkeit	6.000	6.000
Rechts- und Beratungskosten	5.000	15.000
Mitgliedsbeitrag LEADER	52.000	52.000
Mitgliedsbeitrag LEV	38.000	38.000
Mitgliedsbeitrag Streuobstparadies (StrOP)	7.000	7.000
Mitgliedsbeitrag Transformation von Kultureinrichtungen	4.300	0
Sonstige Mitgliedsbeiträge	300	300
Geschäftsaufwendungen	58.300	50.000
Bürobedarf	1.750	1.750
Fachliteratur	900	900



	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
Dienstfahrten, Reisekosten	6.800	6.600
Versicherungen	300	300
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 2.094</u>	<u>- 2.918</u>
Summe	178.556	174.932



THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.50	Forstwirtschaft

Verantwortung

- Kreisforstamt
- Kreiskämmerei
- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

Beratung, Betreuung und Bewirtschaftung von staatlichen, kommunalen und privaten Forstbetrieben nach deren betrieblichen Zielsetzungen

- Dienstleistungen in forstlichen Fragestellungen
- Durchführung sowie Unterstützung von Forschungsvorhaben

Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

- Durchführung der Forstaufsicht und des Forstschutzes
- Fachaufsicht im Kommunal- und Privatwald
- Forstliche Fördermaßnahmen und forstliche Rahmenplanung
- Sonstige hoheitliche Tätigkeiten (z.B. forstliche Genehmigungen und Stellungnahmen, Wahrnehmung forstpolizeilicher Tätigkeiten oder als Hilfebeamte der Staatsanwaltschaft)
- Waldpädagogik

Durchführen von (i.d.R. mehrtägigen) waldpädagogischen Veranstaltungen zur vertiefenden Umweltbildung von Jugendlichen im Waldschulheim Indelhausen

- Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer bei den Aufenthalten
- Weiterentwicklung von waldpädagogischen Standards/Verfahren in Baden-Württemberg (im Rahmen der verfügbaren Ressourcen)

Kommunale Holzverkaufsstelle

Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das Landeswaldgesetz

Ziele

strategisch

- Schutz des Waldes
- Sicherung eines hohen Standards der Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten
- Umsetzung der gesetzlichen und waldbesitzerspezifischen Vorgaben bei der Waldbewirtschaftung unter wirtschaftlicher Ausnutzung vorhandener Kapazitäten
- Unterstützung von Waldbesitzern im strukturschwachen Raum (im Rahmen der Möglichkeiten)
- Sicherstellung der gesetzlichen Vorgaben und Fortentwicklung der Arbeitssicherheit im Forstbetrieb
- Förderung von Forschung und Lehre
- Sicherung öffentlicher Belange
- Sicherung des vom Land/Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) vorgegebenen Bildungsauftrags über das Waldschulheim Indelhausen als überregionale Schwerpunkteinrichtung der Forstverwaltung in der Waldpädagogik



- Vertragspartner weiterhin beim Kreisforstamt halten
- Erzielung möglichst kostendeckender Einnahmen (wo Kostensätze nicht anderweitig vorgegeben)
- Gesetzeskonforme und gleichgerichtete Bearbeitung vergleichbarer Fälle

operativ

- Halten des Status Quo in der Betreuung der Kunden, derzeitige Vertragspartner beim Kreisforstamt halten
- Derzeitiges Bearbeitungsniveau bei öffentlich-rechtlichen Aufgaben halten; Bearbeitungszeit bei Ordnungswidrigkeiten im Wald maximal drei Monate
- Beseitigung baulicher Mängel am Waldschulheim-Gebäude durch Vermieter Amt für Vermögen und Bau Tübingen (VBA Tü) veranlassen
- Bestehende hohe Auslastung des Waldschulheimes bei steigenden Anforderungen der Kunden und begrenzten Ressourcen halten
- Übernachtungszahl von mindestens 7 000 ÜN / Jahr
- Kundenzufriedenheit als Grundlage für eine nachhaltige Nachfrage nach Schullandheim-Aufenthalten beim Waldschulheim erhalten
- Veräußerung von Nadelstammholz aus Körperschafts- und Privatwäldern (>100 ha) zu Marktpreisen

Maßnahmen 2018

- Vom Gesetzgeber bzw. vom Kunden vorgegebener Dienstleistungsstandard im jeweiligen Forstbetrieb umsetzen (z.B. Zertifizierungsstandard bei der Waldbewirtschaftung, Gemeinderatsbeschlüsse zu den Zielen im jeweiligen Gemeindewald, Vorgaben des MLR bzw. von Forst Baden-Württemberg für die Staatswaldbewirtschaftung etc.)
- Rückmeldenoten der Schulen zum Waldschulheimprogramm sollen im Bereich von Note 2 liegen

Auftragsgrundlagen

Landeswaldgesetz, Körperschaftswald- und Privatwaldverordnung des Landes Baden-Württemberg, gültige Beförsterungs-, Wirtschaftsverwaltungs-, Waldinspektionsverträge (aufgrund o.g. Vorschriften), privatrechtliche Dienstleistungsverträge (Friedwald und sicherheitstechnische Betreuung, freiwillig), Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, Naturschutzgesetz, Forstsaatgutgesetz, Landesjagdgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Landesbauordnung, Straßenverkehrsgesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Polizeigesetz, Landes- und Kreisgebührenverordnung, Kreistagsbeschluss vom 18.05.2015 (KT-Drucksache Nr. IX-0121), u.a.m.

Produkte

- 55.50.04 Dienstleistungen für Dritte
- 55.50.05 Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben als untere Forstbehörde
- 55.50.06 Wahrnehmung sonstiger öffentlich-rechtlicher Aufgaben
- 55.50.51 Kommunale Holzverkaufsstelle



THH11

Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft

55

Natur- und Landschaftspflege

55.50

Forstwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	865.500	856.800	865.021
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	145.500	151.800	38.988
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	1.200	1.225
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.525.500	1.480.000	1.575.216
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.200	3.800	853
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.538.700	2.493.600	2.481.303
11	-	Personalaufwendungen	-4.464.032	-4.247.416	-4.210.953
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-330.990	-300.356	-328.315
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-12.260	-12.927	-9.144
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-190.488	-187.663	-220.658
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-4.997.771	-4.748.361	-4.769.070
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.459.071	-2.254.761	-2.287.767
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.459.071	-2.254.761	-2.287.767
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	44.450	39.500	92.521
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-952.193	-884.610	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3.414	-4.124	-2.379
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-911.156	-849.234	90.142
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.370.227	-3.103.995	-2.197.625

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Im Wesentlichen Forstverwaltungskostenbeiträge der Gemeinden.

Die Zuweisungen nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (§ 11 Abs. 5 FAG) werden bei Produktgruppe 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen mit dem zu erwartenden Gesamtbetrag veranschlagt.

zu lfd. Nr. 4:

Im Wesentlichen Entgelte der Kunden für Waldschulheimaufenthalte.

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen der Kunden für Einsätze der Kreiswaldarbeiter, der Friedwaldbetreuung, der sicherheitstechnischen Betreuung und Erstattungen von ForstBW für Waldschulheim Einsätze im Staatswald.

zu lfd. Nr. 17:

Reisekostenerstattungen für Dienstfahrten der KFA-Mitarbeiter
Erstattungen für Personal an das Land

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR
92.500	89.100
80.524	82.125



THH11 **Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft**
55 **Natur- und Landschaftspflege**
55.50 **Forstwirtschaft**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
755500000320: Bew.Verm. Forst sonst.ö.Aufg.Waldschulh.						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000	0	-11.000	-3.950
13	=	Summe Auszahlungen	-10.000	0	-11.000	-3.950
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	0	-11.000	-3.950
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-11.000	-3.950

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr.9 :

Ersatzbeschaffungen für die Einrichtung des Waldschulheims (Küchengeräte und Mobiliar)

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
755500000330: Bew.Verm. Forst Dienstl.f.Dritte (BgA)						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-2.500	0	-2.500	0
13	=	Summe Auszahlungen	-2.500	0	-2.500	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.500	0	-2.500	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-2.500	0	-2.500	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr.9 :

Ersatzbeschaffungen für Messgeräte des Kreisforstamtes



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
755500000430: Bewegl. Verm. Forst Fahrzeuge WSH						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-39.357
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-39.357
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-39.357
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-39.357

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Ersatzbeschaffung VW-Bus Waldschulheim (2016)



THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.51	Landwirtschaft

Verantwortung

Kreislandwirtschaftsamt

Kurzbeschreibung

- Abwicklung des Antragsverfahrens für landwirtschaftliche Ausgleichszahlungen und Agrarumweltmaßnahmen sowie Beratung und Information in diesem Zusammenhang
- Durchführung und Koordination der Kontrollen im Rahmen des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, des Fachrechts und der Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze (Cross Compliance) im Bereich Fläche/Umwelt
- Beratung und Information im öffentlichen Interesse im Zusammenhang mit der tierischen und pflanzlichen Erzeugung, der Betriebswirtschaft, bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben sowie im Wasserschutz
- Wahrnehmung der Aufgaben als Träger öffentlicher Belange bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben und Raumordnungsverfahren
- Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der berufsbezogenen Erwachsenenbildung im Bereich der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums wie auch der Verbraucher- und Ernährungsinformation
- Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Weiterbildung, berufsqualifizierenden Maßnahmen und Ausbildungsberatung in den Berufen der Land- und Hauswirtschaft, Mitwirkung in Prüfungsausschüssen

Ziele

strategisch

- Förderung einer umweltverträglichen, standortangepassten und tiergerechten Erzeugung von regionalen landwirtschaftlichen Produkten und Leistungen für die Gesellschaft
- Einhaltung von Förderkriterien/Fördervoraussetzungen zur Sicherstellung einer richtlinienkonformen Verwendung von EU-, Bundes- und Landesmitteln
- Einhaltung der fachrechtlichen Vorgaben
- Erhalt und Weiterentwicklung von wettbewerbsfähigen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben mit rationell gestalteten Betriebszweigen in funktions-, tier- und umweltgerechten Bauten
- Verbesserung der ökonomischen und produktionstechnischen Leistung sowie der Qualität pflanzlicher und tierischer Produkte in konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben
- Vertretung landwirtschaftlicher Belange zum langfristigen Erhalt der Voraussetzungen für eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Landwirtschaft
- Stärkung der regionalen Wertschöpfung
- Qualifizierung des Berufsnachwuchses

operativ

- Ausgleichszahlungen für die Einhaltung von Umweltstandards und die Erbringung von Leistungen nach dem „Maßnahmen- und Entwicklungsplan“
- Überprüfung der EU-Vorgaben, der Bundes- und Landesgesetze im Zusammenhang mit Förderverfahren und dem landwirtschaftlichen Fachrecht



- Beratung zu betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten, auch im Bereich von Einkommensalternativen und neuen Produktionsbereichen, vor dem Hintergrund des öffentlichen Interesses
- Steigerung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen im Landkreis Reutlingen
- Optimierung der regionalen Produktion und Vermarktung

Maßnahmen 2018

- Einzel- und Gruppenberatung in den Bereichen Pflanzenproduktion, Tierhaltung und Betriebswirtschaft sowie Information zu Neuerungen im Fachrecht und im Antragsverfahren, insbesondere auch im Rahmen von rund 20 eigenen Veranstaltungen im Rahmen der berufsbezogenen Erwachsenenbildung
- Qualifizierte Unterstützung und individuelle Betreuung der Betriebsleiter/innen während des Antragsverfahrens sowie termingerechte Annahme von rund 1150 Gemeinsamen Anträgen (Sammlungen von EU-Förderprogrammen in der Landwirtschaft) und deren Abwicklung bis zur Auszahlung
- Vorbereitung und Durchführung der Vor-Ort-Kontrollen, Cross Compliance-Kontrollen und Kontrollen im Bereich des Fachrechts bis Jahresende
- Erstellung eines Fortbildungskataloges für den Zeitraum November 2017 bis Oktober 2018 unter Einbindung der landwirtschaftlichen Vereine und Verbände im Kreis
- Durchführung von circa 30 Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Ernährungsbildung für Verbraucher und Fachklientel
- Organisation und Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen Landwirt/-in und Hauswirtschafter/-in

Auftragsgrundlagen

Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL), Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS), EU-Ökoverordnung, EU-Nitratrichtlinie, EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), Gesetz zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz, Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Saatgutverkehrsgesetz, Düngemittelgesetz, Düngegesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Tierschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Bundesverordnungen zur Ausbildung und Fortbildung in den jeweiligen Berufen sowie dazugehörige Prüfungsverordnungen, Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz, Maßnahmen- und Entwicklungsplan, Richtlinie zur Agrarinvestitionsförderung, Agrarstrukturverbesserungsgesetz, Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Erosionsschutzverordnung, Pflanzenschutzmittelverordnung, Düngeverordnung, Düngemittelverordnung, Klärschlammverordnung, Bioabfallverordnung, Tierschutznutztierhaltungsverordnung, Landeshaushaltsordnung, Gemeindehaushaltsordnung

Produkte

- 55.51.01 Ausgleichsmaßnahmen (Gemeinsamer Antrag)
- 55.51.02 Kontrollen, Fachrecht, Förder- und Ausgleichsverfahren sowie Cross Compliance (CC)
- 55.51.50 Bildung im landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Bereich
- 55.51.51 Produktion, Betriebswirtschaft, Agrarstruktur



THH11

Naturschutz, Land- und Landwirtschaft

55

Natur- und Landschaftspflege

55.51

Landwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.002	5.000	7.074
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	150
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	100	15.484
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.302	5.400	22.708
11	-	Personalaufwendungen	-1.406.365	-1.236.621	-1.228.862
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-65.194	-60.296	-55.315
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-15.708	-16.973	-14.836
16	-	Transferaufwendungen	-32.000	-32.000	-19.733
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.593	-12.410	-19.138
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.532.860	-1.358.300	-1.337.884
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.527.558	-1.352.900	-1.315.177
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.527.558	-1.352.900	-1.315.177
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	183.941	128.907	128.760
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-474.202	-428.284	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4.330	-3.957	-2.769
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-294.591	-303.334	125.991
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.822.149	-1.656.234	-1.189.185

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 16:

Umweltschonende Maßnahmen in der Landwirtschaft

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
--------------------	--------------------

28.000	28.000
--------	--------



THH11 **Naturschutz, Land- und Landwirtschaft**
55 **Natur- und Landschaftspflege**
55.51 **Landwirtschaft**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
755510000310: Bew. Verm. Landwirtschaft fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.300	-36.966
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-1.300	-36.966
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.300	-36.966
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-1.300	-36.966

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018 EUR	VE 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Vorläufiges Ergebnis 2016 EUR
			1	2	3	4
755510000410: Bew. Verm. Landwirtschaft Fahrzeuge						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-40.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-40.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-40.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-40.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:
 Ersatz für vorhandenes Dienstfahrzeug (2017)





Teilhaushalt 12

Umweltschutz

Bestehend aus den Produktgruppen

- 56.10 Umweltschutzmaßnahmen
- 56.20 Arbeitsschutz



THH12

Umweltschutz

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	153.400	151.000	327.667
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	60.000	40.950
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	153.400	211.000	368.617
11	-	Personalaufwendungen	-1.263.560	-1.074.056	-1.104.285
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-90.801	-77.725	-100.019
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.482	-1.167	-7.096
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-204.789	-217.518	-189.932
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.560.633	-1.370.466	-1.401.331
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.407.233	-1.159.466	-1.032.714
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.407.233	-1.159.466	-1.032.714
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	296.257	293.343	132.264
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-639.457	-542.518	-50.398
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-391	-411	-338
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-343.590	-249.586	81.529
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.750.823	-1.409.052	-951.185

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH12	18,91	17,41	18,06



THH12

Umweltschutz

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-6.000	-6.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-6.000	-6.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.000	-6.000	0



THH12 **Umweltschutz**
56 **Umweltschutz**
56.10 **Umweltschutzmaßnahmen**

Verantwortung

Umweltschutzamt

Kurzbeschreibung

Fachliche und verwaltungsrechtliche Maßnahmen

- zum Vollzug des Altlasten- und Bodenschutzrechts (Erfassung, Erkundung, Sicherung und Sanierung von Altlasten)
- zum Vollzug des Bodenschutzrechts (Erfassen und Abwehren von Gefahren durch schädliche Bodenveränderungen, ggfs. Sanierung)
- mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung (Genehmigung und Überwachung von Deponien und Abfallentsorgungsanlagen, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr)
- zum Schutz der Menschen und der Umwelt vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Schadstoffe in der Luft, Lärm, Gerüche, Licht, Erschütterungen (Immissionsschutz)
- zur Förderung des Einsatzes regenerativer Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Klimaschutz

Ziele

strategisch

Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen, von Gewässern, Boden, Umwelt und Klima vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch fachtechnische und verwaltungsrechtliche Maßnahmen

operativ

- Durchführung orientierender Untersuchungen altlastenverdächtiger Flächen
- Umsetzung der Zielvereinbarungen des Landes Baden-Württemberg mit den Stadt- und Landkreisen

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union sowie Bundes- und Landesgesetze (Bundes-Bodenschutzgesetz, Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz, Landesabfallgesetz Baden-Württemberg, Bundes-Immissionsschutzgesetz) einschließlich untergesetzlicher Regelwerke (insbesondere Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, Deponieverordnung, Klärschlammverordnung, Nachweisverordnung, Altholzverordnung, Abfallverzeichnis-Verordnung, Gewerbeabfallverordnung, Altfahrzeugverordnung, Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung, Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm, etc.), DIN-EN-Normen, Normen des deutschen Instituts für Normung e.V. u.ä; Kreistagsbeschlüsse



Produkte

- 56.10.01 Altlasten
- 56.10.02 Sonstige bodenschutzrechtliche Maßnahmen
- 56.10.04 Abfallrechtliche Maßnahmen
- 56.10.05 Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen
- 56.10.50 European Energy Award (eea)



THH12

Umweltschutz

56

Umweltschutz

56.10

Umweltschutzmaßnahmen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	40.300	39.000	172.445
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	60.000	40.950
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	40.300	99.000	213.395
11	-	Personalaufwendungen	-863.329	-751.877	-778.434
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-73.292	-62.716	-99.125
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.217	-931	-7.096
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-199.132	-211.716	-189.874
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.136.971	-1.027.240	-1.074.529
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.096.671	-928.240	-861.134
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.096.671	-928.240	-861.134
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	321.870	299.639	71.589
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-631.165	-536.817	-50.398
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-308	-324	-338
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-309.603	-237.501	20.854
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.406.273	-1.165.741	-840.280

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 13:		
European Energy Award (eea)	25.300	20.300
zu lfd. Nr. 17:		
Personalkostenerstattungen an das Land	96.629	98.550
Rechts- und Beratungskosten	3.000	3.000
Sonstige Beratungsleistungen	86.500	95.500
Dienstreisen, Reisekosten	15.800	20.500
Bürobedarf	2.250	2.250
Fachliteratur	4.500	3.800
Mitgliedsbeiträge	162	0
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	- 9.709	- 11.884
Summe	199.132	211.716



THH12 **Umweltschutz**
56 **Umweltschutz**
56.10 **Umweltschutzmaßnahmen**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
756100000310: Bew. Verm. Umweltschutz fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-6.000	0	-6.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-6.000	0	-6.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.000	0	-6.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-6.000	0	-6.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Beschaffung von technischen Geräten (z. B. Messgeräte)



THH12	Umweltschutz
56	Umweltschutz
56.20	Arbeitsschutz

Verantwortung

- Umweltschutzamt
- Amt für Recht, Ordnung und Verkehr (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Optimierung der Sicherheit im Betrieb und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit unter Berücksichtigung des Drittschutzes (z.B. von Bürgerinnen und Bürgern)
- Sicherstellung der Einhaltung der geltenden Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften
- Einhaltung der sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und hygienischen Vorschriften
- Schutz der Beschäftigten vor arbeitsbedingten und sonstigen Gesundheitsgefahren
- Schutz von Menschen und der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen gefährlicher Stoffe und Zubereitungen
- Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Kindern und Jugendlichen vor Überforderung und gesundheitlichen Gefährdungen
- Sicherstellung einer funktionierenden Organisation des Arbeitsschutzes in Betrieben
- Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr
- Ahndung von Verstößen

Ziele

strategisch

Schutz der Arbeitnehmer vor arbeitsbedingten Sicherheits- und Gesundheitsgefährdungen durch fachtechnische und verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich des technischen, organisatorischen und sozialen Arbeitsschutzes

operativ

Umsetzung der Zielvereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit Stadt- und Landkreisen

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union sowie Bundes- und Landesgesetze (Arbeitsschutzrecht, Arbeitszeitrecht, Jugendarbeitsschutzrecht, Chemikalienrecht, Fahrpersonalrecht u.a.) einschließlich untergesetzlicher Regelwerke (Verordnungen im Bereich der genannten Bundes- und Landesgesetze) sowie Normen des Deutschen Instituts für Normen e.V.

Produkte

- 56.20.01 Technischer Arbeitsschutz
- 56.20.02 Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz



THH12

Umweltschutz

56

Umweltschutz

56.20

Arbeitsschutz

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	113.100	112.000	155.222
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	113.100	112.000	155.222
11	-	Personalaufwendungen	-400.230	-322.179	-325.850
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.509	-15.009	-894
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-265	-236	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.658	-5.802	-58
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-423.662	-343.226	-326.803
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-310.562	-231.226	-171.580
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-310.562	-231.226	-171.580
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	63.200	64.500	60.675
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-97.104	-76.498	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-83	-87	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-33.988	-12.084	60.675
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-344.549	-243.311	-110.905





Teilhaushalt 13

Wirtschaft und Tourismus

Bestehend aus den Produktgruppen

- 57.10 Wirtschaftsförderung
- 57.50 Tourismus



THH13

Wirtschaft und Tourismus

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	864.000	100
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	864.000	100
11	-	Personalaufwendungen	-249.142	-211.363	-192.937
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-45.111	-47.297	-18.797
16	-	Transferaufwendungen	-195.500	-195.500	-171.500
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-91.253	-1.231.795	-85.483
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-581.006	-1.685.954	-468.717
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-581.006	-821.954	-468.617
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-581.006	-821.954	-468.617
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-49.225	-83.007	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-36	-36	-36
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-49.262	-83.043	-36
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-630.268	-904.998	-468.654

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2018	Plan 2017	Plan 2016
THH13	1,40	1,14	1,14



THH13

Wirtschaft und Tourismus

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.10 **Wirtschaftsförderung**

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

- Standortmarketing
- Infrastrukturförderung

Ziele

strategisch

- Stärkung des Wirtschaftsstandorts
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Aufbau einer zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur im Landkreis Reutlingen

operativ

- Koordination des Breitbandausbaus im Landkreis Reutlingen in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden
- Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der strategischen Ausbauplanung und bei der Beantragung von Fördermitteln in Zusammenarbeit mit den interkommunalen Verbünden Komm.Pakt.Net und Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen (BLS)

Maßnahmen 2018

- Abstimmungs- und Beratungsgespräche mit Städten und Gemeinden, mit der Komm.Pakt.Net, BLS, mit Netzbetreibern, Stadtwerken usw.
- Durchführung einer Informationsveranstaltung zum Thema Breitbandausbau
- Begleitung und Abwicklung der flächendeckenden FttB-Struktur- und Mitverlegungsplanung

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschlüsse 2015 (KT-Drucksache IX-0143) und 2016 (KT-Drucksache IX-0249)



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.10 **Wirtschaftsförderung**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	864.000	100
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	864.000	100
11	-	Personalaufwendungen	-82.286	-60.306	-51.170
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-41.376	-45.552	-18.797
16	-	Transferaufwendungen	-31.500	-31.500	-31.500
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.022	-1.145.521	-284
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-156.185	-1.282.879	-101.751
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-156.185	-418.879	-101.651
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-156.185	-418.879	-101.651
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-13.553	-63.295	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-13.553	-63.295	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-169.738	-482.175	-101.651

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 13:

Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, insbes. Förderung des Breitbandausbaus (KT-Drucksache Nr. IX-0143)

Ansatz 2018 Ansatz 2017
EUR EUR

40.000 40.000

zu lfd. Nr. 16:

Zuschuss an Standortagentur RT/TÜ/NA

19.000 19.000



THH13	Wirtschaft und Tourismus
57	Wirtschaft und Tourismus
57.50	Tourismus

Verantwortung

Mythos Schwäbische Alb in Zusammenarbeit mit Dezernat 3

Kurzbeschreibung

- Tourismusförderung im Landkreis Reutlingen in Zusammenarbeit mit Mythos Schwäbische Alb, Schwäbische Alb Tourismusverband, GeoPark Schwäbische Alb, Biosphärengebiet Schwäbische Alb
- Information über die touristischen Angebote und Potentiale im Landkreis sowie deren Vermarktung, Weiterentwicklung und Profilierung unter Nutzung sämtlicher Medien

Ziele

strategisch

Stärkung des Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor im Landkreis

operativ

- Schaffung neuer touristischer Angebote
- Qualitätssteigerung vorhandener touristischer Angebote
- Information über und Vermarktung von touristischen Angeboten

Maßnahmen 2018

- Fortführung der gemeinsamen Wanderkonzeption mit dem Landkreis Esslingen und dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschluss vom Dezember 2008

Produkte

- 57.50.50 Tourismusförderung
- 57.50.51 Mythos Schwäbische Alb



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.50 **Tourismus**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-166.856	-151.057	-141.767
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.734	-1.744	0
16	-	Transferaufwendungen	-164.000	-164.000	-140.000
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-90.231	-86.274	-85.199
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-424.821	-403.075	-366.966
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-424.821	-403.075	-366.966
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-424.821	-403.075	-366.966
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-35.672	-19.712	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-36	-36	-36
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-35.708	-19.748	-36
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-460.529	-422.823	-367.003

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 16:

Zuschuss an die Tourismusgemeinschaft Mythos Schwäbische Alb im Landkreis Reutlingen e.V. für

- Geschäftsstelle
- Verkaufsförderung
- Messen / Ausstellungen
- Werbeschriften
- Sonstige Ausgaben

Ansatz 2018	Ansatz 2017
EUR	EUR

zu lfd. Nr. 17:

Mitgliedsbeiträge an
 Tourismusverband Schwäbische Alb
 GeoPark
 Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum
 Schwäbischer Albverein
 Summe

73.400	70.714
14.000	14.000
400	400
85	85
<u>87.885</u>	<u>85.199</u>



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.50 **Tourismus**

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	VE 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
757500000910: Kurmittelhaus Bad Urach GmbH Gesell.ant.						
4	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	100.000
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	100.000
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	100.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	100.000

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 4:
 KT-Drucksache Nr. VIII-0711 (2016)



Teilhaushalt 14

Allgemeine Finanzwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen
- 61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
- 61.30 Jahresabschluss, Abwicklung der Vorjahre



THH14

Allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	210.436.000	203.281.500	196.368.432
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74.000	70.000	71.407
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	10.000	25.000	22.755
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	25.000	2.655.974	23.512
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	210.545.000	206.032.474	196.486.106
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	-2
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.740.000	-2.220.000	-1.967.671
16	-	Transferaufwendungen	-12.560.000	-11.599.000	-11.204.002
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-14.300.000	-13.819.000	-13.171.674
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	196.245.000	192.213.474	183.314.431
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	196.245.000	192.213.474	183.314.431
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-15.700	-14.550	-13.535
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	4.842.459	5.266.652	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	4.826.759	5.252.102	-13.535
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	201.071.759	197.465.576	183.300.896



THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft
61	Allgemeine Finanzwirtschaft
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Erträge und Aufwendungen für allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen des Landkreises

Ziele

strategisch

Festsetzung einer auskömmlichen Kreisumlage zur stetigen und angemessenen Sicherstellung der Aufgabenerfüllung des Landkreises

Auftragsgrundlagen

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Finanzausgleichsgesetz (FAG)



THH14

Allgemeine Finanzwirtschaft

61

Allgemeine Finanzwirtschaft

61.10

Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	210.436.000	203.281.500	196.368.432
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74.000	70.000	71.407
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	210.510.000	203.351.500	196.439.839
16	-	Transferaufwendungen	-12.560.000	-11.599.000	-11.204.002
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-12.560.000	-11.599.000	-11.204.002
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	197.950.000	191.752.500	185.235.837
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	197.950.000	191.752.500	185.235.837
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	197.950.000	191.752.500	185.235.837

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Grunderwerbsteuer

Überlassene Grunderwerbsteuer

Ansatz 2018
EURAnsatz 2017
EUR

15.000.000

14.000.000

Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich

Die Bemessungsgrundlagen und die Berechnung der Zuweisungen nach dem Schlüssel der mangelnden Steuerkraft sind in Anlage 9 zum Haushaltsplan dargestellt.

34.200.000

33.507.000

Die Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG betragen:

3.163.000

3.163.000

Abgeltungsbetrag für die Eingliederung unterer Sonderbehörden 1995

135.700.000 EUR x 2,46 % (Anteil Landkreis Reutlingen) = 3.338.220 EUR

3.338.000

3.259.500

Kreisumlage

Steuerkraftsummen und Umlageanteile der Kreisgemeinden siehe Anlage 10 zum Haushaltsplan. Die vorläufigen Steuerkraftsummen der Kreisgemeinden betragen zusammen 414.870.784 EUR
hiervon **33,50 % Kreisumlage** 138.981.713 EUR

138.981.000

133.946.000

Zuweisungen nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (§ 11 Abs. 5 FAG)

350.500.000 EUR x 2,783% (Anteil Landkreis Reutlingen) = 9.754.415 EUR

9.754.000

9.456.000

Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG (Eingliederungshilfe)

6.000.000

5.950.000

nachrichtlich

Soziallastenausgleich § 21 FAG

2.120.000

1.849.000



		Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
zu lfd. Nr. 16:			
FAG-Umlage			
Bemessungsgrundlagen für FAG-Umlage			
Grunderwerbsteuer 2016	14.314.508 EUR		
Zuweisungen -mangelnde Steuerkraft- des zweitvorangegangenen Jahres	<u>39.645.616 EUR</u>		
Teilbetrag der Steuerkraftsumme des Landkreises	53.960.124 EUR		
Die Finanzausgleichsumlage beträgt 22,10 % aus			
53.960.124 EUR, das ergibt	11.925.187 EUR		
abzüglich Auflösung Rückstellung aus Jahresabschluss 2016	<u>- 783.000 EUR</u>		
	11.142.187 EUR	11.142.000	10.248.000
Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales BW		1.418.000	1.351.000



THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft
61	Allgemeine Finanzwirtschaft
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Zinsaufwendungen und Tilgungszahlungen für die Kredite des Landkreises

Ziele**strategisch**

Wirtschaftliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Investitionen

operativ

- Reduzierung des jährlich zu erwirtschaftenden Schuldendienstes
- Abbau der absoluten Verschuldung

Maßnahme 2018

Abbau der Verschuldung des Landkreises um 6,5 Mio. EUR

Auftragsgrundlagen

Kreditermächtigung im Rahmen der Haushaltssatzung gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 3 a) Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) aufgrund der Beschlussfassung des Kreistags über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan



THH14

Allgemeine Finanzwirtschaft

61

Allgemeine Finanzwirtschaft

61.20

Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	10.000	25.000	22.755
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	25.000	40.000	23.512
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	35.000	65.000	46.267
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	-2
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.740.000	-2.220.000	-1.967.671
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.740.000	-2.220.000	-1.967.673
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.705.000	-2.155.000	-1.921.406
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.705.000	-2.155.000	-1.921.406
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-15.700	-14.550	-13.535
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	4.842.459	5.266.652	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	4.826.759	5.252.102	-13.535
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.121.759	3.097.102	-1.934.941

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 7:

Zinseinnahmen aus Geldanlagen

Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR
10.000	25.000

zu Ifd. Nr. 15:

Zinsen für Äußere Kassenkredite
 Zinsen für Kredite des Kreditmarktes
Summe

40.000	20.000
<u>1.700.000</u>	<u>2.200.000</u>
1.740.000	2.220.000



THH14 **Allgemeine Finanzwirtschaft**
61 **Allgemeine Finanzwirtschaft**
61.30 **Jahresabschluss, Abwicklung der Vorjahre**

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Buchungstechnische Erstellung des Jahresabschlusses

Ziele

strategisch

Rechtzeitige Erstellung des Jahresabschlusses des Landkreises

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung Baden-Württemberg (LKrO), Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO), Gemeindehaushaltsverordnung Baden-Württemberg (GemHVO), Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen)



THH14

Allgemeine Finanzwirtschaft

61

Allgemeine Finanzwirtschaft

61.30

Jahresabschluss, Abwicklung der Vorjahre

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	2.615.974	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	2.615.974	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	2.615.974	0
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	0	2.615.974	0
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	2.615.974	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr.9 :

Entnahme aus der Rücklage





Stellenplan
für das Haushaltsjahr
2 0 1 8



Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018
Teil A: Beamte

Laufbahngruppe	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen					Nachrichtlich		
		Insgesamt	darunter			Stellen 2017	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. Juni 2017	Vermerke, Erläuterungen	
			mit Zulage	Sonder- schlüssel	Leerstellen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Landkreisverwaltung									
Landrat	B8	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00		
Höherer Dienst	A16	2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00		
	A15	3,00	0,00	0,00	0,00	4,00	3,00		
	A14	8,00	0,00	0,00	0,00	7,00	7,00		
	A13/G	22,50	0,00	0,00	0,00	22,50	18,33		
	A12	46,30	0,00	0,00	2,00	47,70	41,08		
	A11	142,91	0,00	0,00	11,00	132,99	113,49		
	A10	49,30	0,00	0,00	10,00	61,35	32,53		
	A9/G	2,50	0,00	0,00	2,00	2,50	1,50		
Mittlerer Dienst	A10/M	2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00		
	A9/M	42,00	2,00	0,00	3,00	38,70	35,31		
	A8	24,95	0,00	0,00	4,00	32,85	22,79		
	A7	10,00	0,00	0,00	3,00	9,00	4,50		
	A6	5,24	0,00	0,00	0,00	7,26	3,00		
Insgesamt		361,70	2,00	0,00	35,00	370,85	287,54		



Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018
Teil B: Beschäftigte

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen				Stellen 2017	Nachrichtlich	
		Insgesamt					Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. Juni 2017	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Landkreisverwaltung								
Waldarbeiter		25,00				25,00	21,65	
TVÖD VKA	E14	4,90				4,90	4,90	
	E13	2,75				2,05	2,05	
	E12	9,55				9,55	9,70	
	E11	20,82				15,82	15,10	
	E10	32,65				32,15	28,10	
	E09ST49J	0,00				38,40	25,00	
	E09C	0,75				0,00	0,00	
	E09B	22,70				0,00	5,09	
	E09A	49,27				0,00	11,75	
	E09	0,00				14,60	9,50	
	E08	39,97				53,92	48,78	
	E07	51,34				0,00	3,50	
	E06	47,66				97,06	91,96	
	E05	132,52				137,22	125,55	
	E02EST5	24,63				30,47	25,32	
	E01	5,85				0,00	0,00	
BT-V Soz.&Erz.Dienst	S18	1,00				1,00	1,00	
	S17	1,80				1,80	1,80	
	S15	7,75				6,75	6,05	
	S14	39,47				36,82	32,06	
	S12	37,00				47,00	18,30	
	S11B	7,08				7,78	6,68	
Insgesamt		564,46				562,31	493,84	
Insgesamt (Teil A+B)		926,16				933,16	781,38	



Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen nach der Gliederung des Haushaltsplans 2018

Teil C -Beamte- Landkreisverwaltung

Teil- haushalt	Gliederungsplan	Landrat	Höherer Dienst			Gehobener Dienst					
			A16	A15	A14	A13/G	A12	A11	A10	A9/G	
THH1	Innere Verwaltung	1,00	1,15	2,20	2,21	10,56	15,16	31,12	19,57	2,00	
THH2	Sicherheit und Ordnung				0,79	1,39	2,15	10,75	1,33		
THH3	Schule, Kultur und Sport		0,20	0,80	1,00	0,65		3,50			
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht		0,25		2,00	2,00	4,26	21,79	20,93	0,50	
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		0,25			1,00	1,13	28,06	5,00		
THH6	Gesundheit		0,15					2,60			
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung				0,20	0,45	9,60	2,80			
THH8	Bauen und Wohnen				0,80		1,80	1,69			
THH9	Abfallwirtschaft				0,40		0,95	0,50	0,48		
THH10	Verkehr und ÖPNV				0,30	1,45	1,00	2,30			
THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft				0,30	5,00	8,01	33,74	1,85		
THH12	Umweltschutz						1,85	4,08	0,15		
THH13	Wirtschaft und Tourismus						0,40				
Insgesamt:		1,00	2,00	3,00	8,00	22,50	46,30	142,91	49,30	2,50	

Teil- haushalt	Gliederungsplan	Mittlerer Dienst						Vermerke, Erläuterungen	
		A10/M	A9/M Z	A9/M	A8	A7	A6		Summe THH
THH1	Innere Verwaltung			10,80	9,30	7,00	1,24		113,30
THH2	Sicherheit und Ordnung			6,50	1,65	1,50	1,00		27,05
THH3	Schule, Kultur und Sport			0,50	2,00	1,00	1,00		9,65
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht			2,60	0,60	1,00	1,00		56,94
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe			3,10	3,40	1,00	1,00		42,94
THH6	Gesundheit								2,75
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung		1,00	7,75	4,60				26,40
THH8	Bauen und Wohnen				0,50				4,79
THH9	Abfallwirtschaft								2,33
THH10	Verkehr und ÖPNV		1,00	2,00	0,50	0,50			11,05
THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft	2,00		6,70	2,40				58,00
THH12	Umweltschutz			0,05					6,13
THH13	Wirtschaft und Tourismus								0,40
Insgesamt:		2,00	2,00	40,00	24,95	10,00	5,24		361,70



Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen nach der Gliederung des Haushaltsplans 2018

Teil C - Beschäftigte- Landkreisverwaltung

Teil- haushalt	Gliederungsplan	Wald- arbeiter	TVÖD VKA													
			E14	E13	E12	E11	E10	E09C	E09B	E09A	E08	E07	E06	E05	E02EST5	E01
THH1	Innere Verwaltung				1,25	2,58	6,30		3,00	6,13	5,25	9,76	9,76	14,29	4,83	0,51
THH2	Sicherheit und Ordnung				1,00	0,42	2,50		7,00	5,50	1,25	18,13	5,64	25,62		
THH3	Schule, Kultur und Sport				0,50	2,00			0,50	0,20	0,80	10,22	9,27	14,38	19,52	5,34
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh. recht					1,90	6,75		5,50	11,70	6,11	3,63	6,98	9,41		
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		4,00	2,75		1,00	1,00			5,00	0,10	1,00	2,11	11,10		
THH6	Gesundheit		0,90			1,00	2,25		0,70	2,50	5,51	1,00	0,38	6,00		
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung				1,70	0,80	2,00			3,00	1,50	1,00		3,00		
THH8	Bauen und Wohnen				1,25	0,60				3,00	0,55			2,10		
THH9	Abfallwirtschaft					1,00	1,25	0,75					2,10	2,90		
THH10	Verkehr und ÖPNV					0,40	3,00		3,00	1,00	18,00	2,55	7,40	38,00		
THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft	25,00			1,80	4,22	5,05		2,00	10,77	0,75	3,11	3,50	4,52	0,28	
THH12	Umweltschutz				1,05	4,90	2,55		1,00	0,47	0,15	0,94	0,53	1,21		
THH13	Wirtschaft und Tourismus				1,00											
Insgesamt:		25,00	4,90	2,75	9,55	20,82	32,65	0,75	22,70	49,27	39,97	51,34	47,66	132,52	24,63	5,85

Teil- haushalt	Gliederungsplan	BT-V Soz.&Erz.Dienst						Vermerke, Erläuterungen
		S18	S17	S15	S14	S12	S11B	
THH1	Innere Verwaltung		0,25		0,81	1,00		65,72
THH2	Sicherheit und Ordnung							67,06
THH3	Schule, Kultur und Sport							62,72
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht		0,75	2,00		24,60		79,33
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1,00	0,80	5,75	38,66	11,40	7,08	92,74
THH6	Gesundheit							20,24
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung							13,00
THH8	Bauen und Wohnen							7,50
THH9	Abfallwirtschaft							8,01
THH10	Verkehr und ÖPNV							73,35
THH11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft							61,01
THH12	Umweltschutz							12,79
THH13	Wirtschaft und Tourismus							1,00
Insgesamt:		1,00	1,80	7,75	39,47	37,00	7,08	564,46



Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, Nachwuchskräfte und informativ Beschäftigte im Haushaltsjahr 2018

I. Ehrenbeamte

Bezeichnung	Aufwands- entschädigung	Zahl	Zahl der Stellen 2017	Beschäftigt am 30. Juni 2017	Erläuterungen
Leiter Kreismedienzentrum		2,00	2,00	2,00	
Stellvertretende Kreisbrandmeister		2,00	2,00	2,00	
Insgesamt		4,00	4,00	4,00	

II. Nachwuchskräfte und informativ Beschäftigte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl	Zahl der Stellen 2017	Beschäftigt am 30. Juni 2017	Erläuterungen
Fachangestellte für Medien- und Informationstechnik	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	0,00	
Forstwirte	Ausbildungsvergütung	11,00	11,00	8,00	
Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst	BFD	11,50	11,50	8,50	
Freiwillige im Freiwilligen Sozialen Jahr	Aufwandsentschädigung	9,00	9,00	9,00	
Freiwillige im Freiwilligen Ökologischen Jahr	Aufwandsentschädigung	2,00	2,00	1,00	
Hauswirtschaftler	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	0,00	
Kreisinspektoranwärter g.D.	Anwärterbezüge	2,00	2,00	0,00	
Kreissekretäranwärter m.D.	Anwärterbezüge	7,00	5,00	7,00	
Praktikanten	Praktikantenvergütung	10,00	13,00	5,00	
Sicherheitsingenieure (B.Sc.)	Ausbildungsvergütung	2,00	2,00	2,00	
Sozialpädagogen (B.A.)	Ausbildungsvergütung	2,00	1,00	0,00	
Sozialwirte (B.A.)	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	1,00	
Straßenwärter	Ausbildungsvergütung	6,00	6,00	4,00	
Vermessung m.D.	Anwärterbezüge	1,00	0,00	0,00	
Vermessung g.D.	Anwärterbezüge	2,00	2,00	0,00	
Vermessungstechniker	Ausbildungsvergütung	4,00	4,00	4,00	
Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	11,00	11,00	3,00	
Insgesamt		83,50	82,50	52,50	



Anlage der Amtsbezeichnungen für das Haushaltsjahr 2018

Zahl der Stellen	Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
1,00	Landrat	B8
2,00	Leitender Direktor	A16
3,00	Direktor	A15
8,00	Oberrat	A14
22,50	Oberamtsrat	A13/G
46,30	Amtsrat	A12
142,91	Amtmann	A11
49,30	Oberinspektor	A10
2,50	Inspektor	A9/G
2,00	Erster Hauptstraßenmeister	A10/M
2,00	Amtsinspektor mit Zulage	A9/M Z
40,00	Amtsinspektor	A9/M
24,95	Hauptsekretär	A8
10,00	Obersekretär	A7
5,24	Sekretär	A6
361,70	Gesamtsumme	



Anlage der ku- und kw-Stellen für das Haushaltsjahr 2018

Anzahl Vermerke	Anzahl nach Vollkraftwert	Stellenvermerk	Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe (KW)	Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe (KU von)	Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe (KU zu)
Beamte					
1	1,00	KW	A9/M		
4	4,00	KU		A12	A11
1	0,50	KU		A11	A10
Beschäftigte					
1	0,44	KW	E05		
1	1,00	KW	E06		
1	1,00	KW	E11		
2	2,00	KW	E10		
1	1,00	KU		E09B	E08
12	10,90	KU		E09A	E08
22	15,49	KU		E06	E05
48	24,47	KU		E02EST5	E01
1	0,50	KU		E09B	E07
2	0,98	KU		E09A	E05
1	0,75	KU		E08	E05
2	1,25	KU		E10	E09C
1	0,50	KU		E08	E06
2	1,00	KU		E08	E07

Anmerkung: Die Anzahl der KU-Vermerke ist aufgrund der neuen Entgeltordnung angestiegen.



Finanzplan

2017 - 2021



I. Ergebnishaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Ergebnishaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.500.000	1.550.000	1.600.000	1.650.000	1.700.000
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	267.491.650	284.295.377	293.134.493	302.266.712	310.762.140
	davon Kreisumlage	133.946.000	138.981.000	144.541.000	150.100.000	154.270.000
	Hebesatz	34,25%	33,50%	33,50%	33,50%	33,50%
3	Sonstige Transfererträge	7.802.500	9.881.500	10.326.168	10.790.845	11.276.433
4	Gebühren und ähnliche Abgaben	11.511.873	10.729.150	11.035.251	11.247.900	11.460.802
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.685.000	1.695.750	1.727.265	1.759.410	1.792.199
6	Kostenerstattung und Kostenumlagen	49.197.224	42.320.250	41.572.754	42.655.353	43.772.683
7	Finanzerträge	41.800	24.700	36.800	36.800	36.800
8	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	40.000	30.000	95.000	95.000	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	2.941.558	303.746	316.062	317.801	327.968
10	Summe ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	342.211.605	350.830.474	359.843.793	370.819.822	381.129.024
11	Personalaufwendungen	-52.285.005	-54.961.193	-56.610.029	-58.308.330	-60.057.581
12	Versorgungsaufwendungen	-463.600	-369.150	-376.533	-384.064	-391.745
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-29.673.610	-26.393.100	-28.065.713	-28.466.075	-28.874.446
14	Planmäßige Abschreibungen	-10.383.887	-9.227.349	-8.487.700	-8.228.000	-7.365.600
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.237.100	-1.757.100	-1.637.100	-1.487.100	-1.337.100
16	Transferaufwendungen	-132.289.670	-137.258.990	-141.770.949	-147.536.609	-153.336.702
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-114.878.733	-111.247.179	-115.051.317	-119.484.538	-124.102.520
18	Summe ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	-342.211.605	-341.214.061	-351.999.341	-363.894.716	-375.465.693
19	Ordentliches Ergebnis (Saldo Nr. 10 und 18)	0	9.616.412	7.844.453	6.925.107	5.663.332
20	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	0	0	0	0	0
21	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nr. 19 und 20)	0	9.616.412	7.844.453	6.925.107	5.663.332
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
24	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo Nr. 22 und 23)	0	0	0	0	0
25	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe Nr. 21 und 24)	0	9.616.412	7.844.453	6.925.107	5.663.332



II. Finanzhaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Finanzhaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
1	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	337.060.275	347.542.000	357.477.433	368.348.012	378.489.964
2	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-332.333.368	-332.475.312	-343.208.974	-355.355.545	-367.780.175
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 1 und 2)	4.726.907	15.066.688	14.268.459	12.992.467	10.709.789
4	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.670.200	2.000.000	1.300.000	1.310.000	1.310.000
6	Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	1.605.700	101.500	102.000	107.000	107.000
8	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	66.600	66.600	49.000	42.000	41.000
9	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 4 bis 8)	3.342.500	2.168.100	1.451.000	1.459.000	1.458.000
10	Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	-45.000	-135.000	-10.000
11	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.315.000	-8.960.000	-4.067.000	-3.093.000	-2.000.000
12	Auszahlungen für Erwerb bewegl. Sachvermögen	-1.446.750	-1.493.850	-1.379.000	-1.410.000	-1.367.000
13	Auszahlungen für Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
14	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.054.000	-3.335.000	-3.535.000	-3.505.000	-2.005.000
16	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 15)	-8.825.750	-13.798.850	-9.026.000	-8.143.000	-5.382.000
17	Saldo Investitionstätigkeit (Nr. 9 und 16)	-5.483.250	-11.630.750	-7.575.000	-6.684.000	-3.924.000
18	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo aus Nr. 3 und 17)	-756.343	3.435.938	6.693.459	6.308.467	6.785.789
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	6.300.000	750.000	5.750.000	5.400.000	5.000.000
20	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	-9.000.000	-7.250.000	-12.250.000	-11.900.000	-11.400.000
21	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 19 und 20)	-2.700.000	-6.500.000	-6.500.000	-6.500.000	-6.400.000
22	Finanzierungsmittelbestand	-3.456.343	-3.064.062	193.459	-191.533	385.789

Erläuterungen

	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
zu lfd. Nr. 19					
Aufnahme von Krediten in Höhe von	5.300.000	750.000	750.000	400.000	0
Einzahlungen aus Umschuldungen	1.000.000	0	5.000.000	5.000.000	5.000.000
zu lfd. Nr. 20					
ordentliche Kredittilgungen in Höhe von	8.000.000	7.250.000	7.250.000	6.900.000	6.400.000
Auszahlungen für Umschuldungen	1.000.000	0	5.000.000	5.000.000	5.000.000





Investitionsprogramm

2017 - 2021

- in 1.000 EUR -

Das Investitionsprogramm ist Grundlage für die Finanzplanung des
Landkreises Reutlingen (§ 85 Abs. 3 GemO).



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
THH 1	Innere Verwaltung						
11.10	Steuerung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	2	2	2
11.11	Kommunale Willensbildung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	50	2	2	2
11.20	Organisation und EDV Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	75	80	75	75	75
11.21	Personalwesen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	3	3	3	3	3
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden						
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78710000	250	0	400	0	0
11.25	Fahrzeuge Veräußerung von beweglichem Vermögen	68310000					
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	75	75	75	75	75
11.26	Zentrale Dienstleistungen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	226	103	100	100	100
11.33	Sonstige Grundstücksverwaltung Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	78210000	10	10	10	10	10
	Summe Produktbereich 11		639	321	667	267	267
THH 2	Sicherheit und Ordnung						
12.21	Verkehrswesen Investitionszuweisungen von Kommunen	68120000					
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	5	5	5	5
	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78710000	150	150	0	0	0
12.26	Verbraucherschutz, Veterinärwesen, Ernährung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	5	5	5	5	5
12.60	Brandschutz Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Investitionszuschuss an Kommunen	78120000	0	0	0	0	0
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	30	60	0	0	0
	Summe Produktbereich 12		185	220	10	10	10
THH 3	Schule, Kultur und Sport						
21.20	Sonderschulen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	2	2	2
	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78710000	270	0	0	0	0
21.30	Berufsbildende Schulen Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Erwerb von beweglichem Vermögen BSZ RT	78310000	10	10	10	10	10
	Erwerb von beweglichem Vermögen FvSS/RT	78310000	172	141	150	150	150
	Erwerb von beweglichem Vermögen KS/RT	78310000	101	58	70	70	70
	Erwerb von beweglichem Vermögen THS/RT	78310000	21	2	20	20	20
	Erwerb von beweglichem Vermögen LS/RT	78310000	20	20	20	20	20
	Erwerb von beweglichem Vermögen GS/Metz.	78310000	97	98	100	100	100
	Erwerb von beweglichem Vermögen Kfm.S/Urach	78310000	10	6	10	10	10
	Erwerb von beweglichem Vermögen Berufl.S/Mün.	78310000	5	90	20	20	20
	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78710000	0	500	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
											THH1
						0	0	2	2	2	11.10
						0	50	2	2	2	11.11
						75	80	75	75	75	11.20
						3	3	3	3	3	11.21
											11.24
68210000	1.550	0	0	0	0	-1.550	0	0	0	0	
68150000						0	0	0	0	0	
						250	0	400	0	0	
											11.25
68310000	2	2	2	2	2	-2	-2	-2	-2	-2	
						75	75	75	75	75	
											11.26
						226	103	100	100	100	
						10	10	10	10	10	11.33
	1.552	2	2	2	2	-913	320	665	265	265	
											THH2
											12.21
68120000	24	0	0	0	0	-24	0	0	0	0	
						0	5	5	5	5	
						150	150	0	0	0	
											12.26
						5	5	5	5	5	
											12.60
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						0	0	0	0	0	
						30	60	0	0	0	
	24	0	0	0	0	161	220	10	10	10	
											THH 3
											21.20
						0	0	2	2	2	
						270	0	0	0	0	
											21.30
68110000	220	0	0	0	0	-220	0	0	0	0	
						10	10	10	10	10	
68110000	0	0	0	0	0	172	141	150	150	150	
						101	58	70	70	70	
						21	2	20	20	20	
						20	20	20	20	20	
						97	98	100	100	100	
						10	6	10	10	10	
						5	90	20	20	20	
						0	500	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
21.50	Sonstige schulische Aufgaben u Einricht. Erwerb von beweglichem Vermögen KMZ Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78310000 78710000	12 0	17 600	15 600	15 600	15 0
	Summe Produktbereich 21		718	1.543	1.017	1.017	417
25.21	Kreisarchiv Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	28	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 25		28	0	0	0	0
26.10	Theater Investitionszuweisungen an übrige Bereiche	78180000	49	35	30	0	0
	Summe Produktbereich 26		49	35	30	0	0
28.10	Sonstige Kulturpflege Investitionszuweisungen v. verb. Unternehmen Erwerb von beweglichem Vermögen	68150000 78310000	1	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 28		1	0	0	0	0
42.41	Sporthalle Kaufmännische Schule Bad Urach Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78710000	100	180	0	0	0
	Summe Produktbereich 42		100	180	0	0	0
THH 4	Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht						
31.40	Soziale Einrichtungen Erwerb von beweglichem Vermögen Rückflüsse von Ausleihungen an Gemeinden (GV) Rückflüsse von Ausleihungen an übrige Bereiche Investitionszuweisungen an übrige Bereiche	78310000 68820000 68880000 78180000	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
	Summe Produktbereich 31		0	0	0	0	0
THH 6	Gesundheit						
41.10	Krankenhäuser Investitionszuweisung von verb. Unt.,Bet.,Son. Ausz. Investitionsförderungsmaßnahmen	68150000 78150000	2.005	2.005	2.005	2.005	2.005
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	15	12	12	12	12
	Summe Produktbereich 41		2.020	2.017	2.017	2.017	2.017



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
						12 0	17 600	15 600	15 600	15 0	21.50
	220	0	0	0	0	498	1.543	1.017	1.017	417	
						28	0	0	0	0	25.21
	0	0	0	0	0	28	0	0	0	0	
						49	35	30	0	0	26.10
	0	0	0	0	0	49	35	30	0	0	
68150000	1	0	0	0	0	-1 1	0 0	0 0	0 0	0 0	28.10
	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	100	180	0	0	0	42.41
	0	0	0	0	0	100	180	0	0	0	
68820000 68880000	0 67	0 67	0 49	0 42	0 41	0 0 -67 0	0 0 -67 0	0 0 -49 0	0 0 -42 0	0 0 -41 0	THH 4 31.40
	67	67	49	42	41	-67	-67	-49	-42	-41	
68150000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	-1.000 2.005	-1.000 2.005	-1.000 2.005	-1.000 2.005	-1.000 2.005	THH 6 41.10
						15	12	12	12	12	41.40
	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.020	1.017	1.017	1.017	1.017	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
THH 7	Räumliche Planung und Entwicklung						
51.11	Vermessung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	20	40	65	65	20
51.12	Flurneuordnung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 51		20	40	65	65	20
THH 9	Abfallwirtschaft						
53.70	Abfallwirtschaft Auszahlung für Baumaßnahmen	78710000	300	150	250	460	0
	Summe Produktbereich 53		300	150	250	460	0
THH 10	Verkehr und ÖPNV						
54.20	Kreisstraßen						
54.20	Ausbaumaßnahmen						
54.20	7.542000.0320 Beschilderung Radwege Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	0	0	0
			0	0	0	0	0
54.20	7.542018.6754.004 K 6754 Apfelstetten, Kanalbeitrag Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	45	0	0	0
	Geplant: 45.000 EUR		0	45	0	0	0
54.20	7.542018.6733.003 K 6733 Holzelfingen - Kohlstetten L 378 Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	25	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	20	15	2.000
	Geplant: 2.060.000 EUR		0	0	45	15	2.000
54.20	7.542018.6716.004 K 6716 Dörnach, Kanalbeitrag Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	18	0	0	0
	Geplant: 18.000 EUR		0	18	0	0	0
54.20	7.542012.6754 K 6754 Apfelstetten - B 465 Aktivierte Eigenleistungen	48110000	10	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	940	0	0	0	0
	Geplant: 950.000 EUR		950	0	0	0	0
54.20	7.542013.6708.004 Hanner Steige Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	300	0	0	0	0
	Geplant: 300.000 EUR		300	0	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
						20	40	65	65	20	THH 7 51.11
						0	0	0	0	0	51.12
	0	0	0	0	0	20	40	65	65	20	
						300	150	250	460	0	THH 9 53.70
	0	0	0	0	0	300	150	250	460	0	
						0	0	0	0	0	THH 10 54.20
						0	0	0	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						0	45	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	45	0	0	0	
						0	0	25	0	0	54.20
						0	0	20	15	2.000	
	0	0	0	0	0	0	0	45	15	2.000	
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	54.20
						0	18	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	18	0	0	0	54.20
						10	0	0	0	0	
						940	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	950	0	0	0	0	54.20
						300	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	300	0	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
54.20	7.542013.6756.004 K 6756 Gniebel - Pliezhausen						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	35	0	0
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	20	45	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	825	0	0	0
	Geplant: 925.000 EUR		0	845	80	0	0
54.20	7.542013.6764.002 K6764/B27 Kreuzung Walddorfhäslach						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	20	0	0	0	0
	Geplant: 20.000 EUR		20	0	0	0	0
54.20	7.542014.6715 K 6715 Mittelstadt - Bempflingen						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	30	0
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	15	90	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	25	925	0	0
	Geplant: 1.085.000 EUR		0	25	940	120	0
54.20	7.542014.6769 K 6769 Bahnübergang Münsingen						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	215	0	0	0	0
	Geplant: 215.000 EUR		215	0	0	0	0
54.20	7.542015.6742.004 K 6742 OD Huldstetten bis OD Geisingen						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	35	0
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	12	45	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	15	968	0	0
	Geplant: 1.075.000 EUR		0	15	980	80	0
54.20	7.542017.6709.004 K 6709 OD Bleichstetten						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	210	0	0	0	0
	Geplant: 210.000 EUR		210	0	0	0	0
54.20	7.542018.6703.004 K 6703 OD Rietheim, Kanalbeitrag						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	14	0	0	0
	Geplant: 14.000 EUR		0	14	0	0	0
54.20	7.542015.6769.004 K 6769 Münsingen-Buttenhausen, Geschwindigkeitsleiser						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	50	0	0	0	0
	Geplant: 50.000 EUR		50	0	0	0	0
54.20	7.542015.6770.004 K 6770 Münsingen-Buttenhausen, Geschwindigkeitsleiser						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	50	0	0	0	0
	Geplant: 50.000 EUR		50	0	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
68110000	0	300	0	0	0	0	-300	0	0	0	54.20
						0	0	35	0	0	
						0	20	45	0	0	
						0	825	0	0	0	
	0	300	0	0	0	0	545	80	0	0	54.20
						20	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	20	0	0	0	0	54.20
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						0	0	0	30	0	
						0	0	15	90	0	
						0	25	925	0	0	
	0	0	0	0	0	0	25	940	120	0	54.20
68110000	125	0	0	0	0	-125	0	0	0	0	
						215	0	0	0	0	
	125	0	0	0	0	90	0	0	0	0	54.20
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						0	0	0	35	0	
						0	0	12	45	0	
						0	15	968	0	0	
	0	0	0	0	0	0	15	980	80	0	54.20
						210	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	210	0	0	0	0	54.20
						0	14	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	14	0	0	0	54.20
						50	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	50	0	0	0	0	54.20
						50	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	50	0	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
54.20	7.542019.6751.004						
	K 6751 Anhausen-Erbstetten						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	120
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	5	870	0
	Geplant: 990.000 EUR		0	0	5	870	120
54.20	7.542017.6706.004						
	K 6706 Wittlinger Steige, Absturzsicherung						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	900	400	0	0	0
	Geplant: 1.300.000 EUR		900	400	0	0	0
54.20	7.542018.6702.004						
	K 6702 Steingebronn, Kanalbeitrag						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	8	0	0	0
	Geplant: 8.000 EUR		0	8	0	0	0
54.20	7.542016.6764.002						
	K 6764 OD Walddorfhäslach						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	150	0	0	0	0
	Geplant: 150.000 EUR		150	0	0	0	0
54.20	7.542016.6716.002						
	K 6716 OD Gniebel und Gniebel-Dörnach						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	10	30	0
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	60	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	20	575	0	0
	Geplant: 695.000 EUR		0	20	585	90	0
54.20	7.542016.6747.003						
	K 6747 / K 6749 OD Aichelau						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	12	45
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	20	925	0
	Geplant: 1.002.000 EUR		0	0	20	937	45
54.20	7.542019.6712.004						
	K 6712 Dettingen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	300	0	0
	Geplant: 300.000 EUR		0	0	300	0	0
54.20	7.542016.6769.004						
	K 6769 Gundelfingen Hochenergiezaun						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	40	0	0	0	0
	Geplant: 40.000 EUR		40	0	0	0	0
54.20	7.542017.6736.004						
	K 6736 / K 7158 Radweg Trochtelfingen - Burladingen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	40	0	0	0	0
	Geplant: 40.000 EUR		40	0	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	
						0	0	0	0	120	
						0	0	5	870	0	
	0	0	0	0	0	0	0	5	870	120	54.20
	0	400	0	0	0	0	-400	0	0	0	
						900	400	0	0	0	
	0	400	0	0	0	900	0	0	0	0	54.20
						0	8	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	8	0	0	0	54.20
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						0	0	0	0	0	
						150	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	150	0	0	0	0	54.20
						0	0	10	30	0	
						0	0	0	60	0	
						0	20	575	0	0	
	0	0	0	0	0	0	20	585	90	0	54.20
						0	0	0	12	45	
						0	0	20	925	0	
	0	0	0	0	0	0	0	20	937	45	54.20
						0	0	0	0	0	
						0	0	300	0	0	
	0	0	0	0	0	0	0	300	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	
						40	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	40	0	0	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	
						40	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	40	0	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
54.20	7.542017.6767.004 K 6767 Radweg Haid - Erpfingen Aktivierte Eigenleistungen Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen Geplant: 140.000 EUR	 48110000 78720000	 10 130	 0 0	 0 0	 0 0	 0 0
54.20	7.542017.6747.003 K 6747 Radweg Pfronstetten - Aichelau Investitionszuweisungen vom Land Aktivierte Eigenleistungen Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen Geplant: 185.000 EUR	 68110000 48110000 78720000	 20 0	 5 5	 0 2	 0 148	 5 0
54.20	7.542018.6749.003 K 6749 Radweg Aichelau - Hayingen Aktivierte Eigenleistungen Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen Geplant: 97.000 EUR	 48110000 78720000	 0 0	 5 5	 0 2	 0 75	 10 0
54.20	Kreisstraßen Investitionszuweisungen vom Bund Investitionszuweisungen vom Land Veräußerung von beweglichem Vermögen Erwerb von beweglichem Vermögen	 68100000 68110000 68310000 78310000	 460	 600	 600	 615	 615
54.20	7.542000.0102.001 Neubau Straßenmeisterei Münsingen Auszahlung für Hochbaumaßnahmen Geplant: 7.200.000 EUR	 78710000	 1.200	 6.000	 0	 0	 0
54.70	Verkehrsbetriebe/ÖPNV Regional-Stadtbahn Neckar-Alb Schwäbische Albahn (SAB) Bahnübergang Münsingen - Investitionskostenzuschuss Bahnübergang Marbach - Investitionskostenzuschuss	 78170000 78170000 78170000	 0 0 0	 1.295 0 0	 1.500 0 0	 1.500 0 0	 0 0 0
			0	1.295	1.500	1.500	0
	Summe Produktbereich 54 (o. aktivierte Eigenleistungen)		4.705	9.275	4.952	4.273	2.615
THH 11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft						
55.50	Forstwirtschaft Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	14	13	13	0	0
55.51	Landwirtschaft Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	41	0	0	28	30
	Summe Produktbereich 55		55	13	13	28	30
THH 12	Umweltschutz						
56.10	Umweltschutzmaßnahmen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	6	6	6	6	6
	Summe Produktbereich 56		6	6	6	6	6



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
						10	0	0	0	0	54.20
						130	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	140	0	0	0	0	54.20
68110000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						20	5	0	0	5	
						0	5	2	148	0	
	0	0	0	0	0	20	10	2	148	5	54.20
						0	5	0	0	10	
						0	5	2	75	0	
	0	0	0	0	0	0	10	2	75	10	54.20
68100000	170	170	170	175	175	-170	-170	-170	-175	-175	
68110000	130	130	130	135	135	-130	-130	-130	-135	-135	
68310000	54	100	100	105	105	-54	-100	-100	-105	-105	
						460	600	600	615	615	54.20
	354	400	400	415	415	106	200	200	200	200	
						1.200	6.000	0	0	0	
	0	0	0	0	0	1.200	6.000	0	0	0	54.70
						0	1.295	1.500	1.500	0	
						0	0	0	0	0	
						0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	1.295	1.500	1.500	0	
	479	1.100	400	415	415	4.226	8.175	4.552	3.858	2.200	
											THH 11
						14	13	13	0	0	
						41	0	0	28	30	55.51
	0	0	0	0	0	55	13	13	28	30	
											THH 12
						6	6	6	6	6	
	0	0	0	0	0	6	6	6	6	6	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2017	2018	2019	2020	2021
THH 14	Allgemeine Finanzwirtschaft						
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft						
	Kreditaufnahmen für Umschuldung	69270000					
	Kreditaufnahmen	69270000					
	Tilgung von Krediten bei Kreditinstituten	79270000	8.000	7.250	7.250	6.900	6.400
	Tilgung von Krediten bei Kreditinstituten (Umschuldung)	79270000	1.000	0	5.000	5.000	5.000
	Summe Produktbereich 61		9.000	7.250	12.250	11.900	11.400
	ZUSAMMENSTELLUNG						
	Summe Produktbereich 11		639	321	667	267	267
	Summe Produktbereich 12		185	220	10	10	10
	Summe Produktbereich 21		718	1.543	1.017	1.017	417
	Summe Produktbereich 25		28	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 26		49	35	30	0	0
	Summe Produktbereich 28		1	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 31		0	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 41		2.020	2.017	2.017	2.017	2.017
	Summe Produktbereich 42		100	180	0	0	0
	Summe Produktbereich 51		20	40	65	65	20
	Summe Produktbereich 53		300	150	250	460	0
	Summe Produktbereich 54		4.705	9.275	4.952	4.273	2.615
	Summe Produktbereich 55		55	13	13	28	30
	Summe Produktbereich 56		6	6	6	6	6
	Summe Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen		8.826	13.799	9.026	8.143	5.382
	Summe Produktbereich 61		9.000	7.250	12.250	11.900	11.400



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Finanzierungsmittelbedarf im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021	
69270000	1.000	0	5.000	5.000	5.000	-1.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	THH 14 61.20
69270000	5.300	750	750	400	0	-5.300	-750	-750	-400	0	
						8.000	7.250	7.250	6.900	6.400	
						1.000	0	5.000	5.000	5.000	
	6.300	750	5.750	5.400	5.000	2.700	6.500	6.500	6.500	6.400	
	1.552	2	2	2	2	-913	320	665	265	265	
	24	0	0	0	0	161	220	10	10	10	
	220	0	0	0	0	498	1.543	1.017	1.017	417	
	0	0	0	0	0	28	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	49	35	30	0	0	
	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	67	67	49	42	41	-67	-67	-49	-42	-41	
	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.020	1.017	1.017	1.017	1.017	
	0	0	0	0	0	100	180	0	0	0	
	0	0	0	0	0	20	40	65	65	20	
	0	0	0	0	0	300	150	250	460	0	
	479	1.100	400	415	415	4.226	8.175	4.552	3.858	2.200	
	0	0	0	0	0	55	13	13	28	30	
	0	0	0	0	0	6	6	6	6	6	
	3.343	2.168	1.451	1.459	1.458	5.483	11.631	7.576	6.684	3.924	
	6.300	750	5.750	5.400	5.000	2.700	6.500	6.500	6.500	6.400	





**Übersicht über die aus
Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben**

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben in 1.000 EUR			
	2019	2020	2021	Summe
2017	-	-	-	-
2018	3.093	2.395	0	5.488
Summe	3.093	2.395	-	5.488
Nachrichtlich: im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	750	400	0	1.150



Aufgliederung der Verpflichtungsermächtigungen

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr			Summe TEUR
		2019 TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR	
21.50	Sonstige schulische Aufgaben/ Einrichtungen				
	Parkhaus BSZ Reutlingen	600	600	0	1.200
54.20	Kreisstraßen				
	K 6715 Ausbau Mittelstadt - Bempflingen	925	0	0	925
	K 6742 OD Huldstetten	968	0	0	968
	K 6716 OD Gniebel und Gniebel - Dörnach	575	0	0	575
	K 6747 / K 6749 OD Aichelau	20	925	0	945
	K 6751 Anhausen - Erbstetten	5	870	0	875
	Summe	3.093	2.395	0	5.488



Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	
1. Ergebnismrücklagen	23.686	33.302
1.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	23.130	32.746
1.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	556	556
2. Zweckgebundene Rücklagen	0	0
Rücklagen gesamt	23.686	33.302





Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rückstellungen

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres
	TEUR
1. Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 1 GemHVO	1.436
1.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	277
1.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	942
1.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	-
1.4 Gebührenüberschussrückstellungen	217
1.5 Altlastensanierungsrückstellungen	-
1.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen	-
2. Weitere Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 2 GemHVO	2.020
2.1 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren	456
2.2 Rückstellungen für Rekultivierung	690
2.3 Rückstellungen FAG-Umlage	783
2.4 Rückstellungen für Regionalstadtbahn	91
Rückstellungen gesamt	3.456





**Übersicht über die Entwicklung des
Schuldenstandes in den Haushaltsjahren
2017 - 2021
(ohne Kassenkredite)**

am 31.12.	Schuldenstand		Schuldendienst		Neuaufnahmen
	insgesamt TEUR	je Einwohner EUR	Zinsen TEUR	Tilgung TEUR	TEUR
2017	79.914	282	2.200	8.000	5.300
2018	73.414	259	1.700	7.250	750
2019	66.914	236	1.600	7.250	750
2020	60.414	213	1.450	6.900	400
2021	54.014	190	1.300	6.400	0
zusammen			8.250	35.800	7.200





Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (einschließlich Kassenkredite)

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	
1. Anleihen und Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	79.914	73.414
1.1 Anleihen	0	0
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	79.914	73.414
1.2.1 Bund		
1.2.2 Land		
1.2.3 Gemeinden und Gemeindeverbände		
1.2.4 Zweckverbände und dergleichen		
1.2.5 sonstiger öffentlicher Bereich	32.599	30.307
1.2.6 Kreditmarkt	47.315	46.482
1.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0	0
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0
Voraussichtliche Gesamtschulden ohne Kassenkredite (1.1 + 1.2 + 2.)	79.914	73.414
Voraussichtliche Gesamtschulden (1. + 2.)	79.914	73.414

Nachrichtlich

3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen)		
3.1 Anleihen		
3.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
3.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)		
3.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		

4. Schulden insgesamt		
4.1 Anleihen		
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)		
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
Summe 4.1 + 4.2 + 4.3 + 4.4		



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan / Laufzeit EUR	
	Sonstiger öffentlicher Bereich					
1	L-Bank Staatsbank für Baden-Württemberg	557.800041.0 9411000032	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	20.790
2	Dieselbe	557.800042.7 9411000033	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	40.724
3	Dieselbe	557.800044.1 9411000034	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	23.106
4	Dieselbe	557.800040.3 9411000035	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	3.540
5	Dieselbe	557.800114.1 9411000040	23.02.12	3,14	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	44.737
6	Dieselbe	557.800115.8 9411000041	23.02.12	3,14	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	58.553
7	Dieselbe	557.800593.4 9411000043	24.01.13	2,09	ab 15.08.13 vj. Festzins bis 15.05.22	56.185
8	Dieselbe	557.800711.4 9411000044	08.02.13	1,20	ab 15.02.14 vj. Festzins bis 15.11.22	17.500
9	Dieselbe	557.801235.0 9411000047	09.09.14	1,014	ab 15.02.16 vj. Festzins bis 15.11.24	26.185
10	Dieselbe	557.801351.7 9411000049	02.02.15	0,65	ab 15.05.16 vj. Festzins bis 15.02.25	13.158
11	Dieselbe	557.801350.0 9411000050	02.02.15	0,65	ab 15.05.16 vj. Festzins bis 15.02.25	23.685
12	Dieselbe	557.801349.0 9411000051	02.02.15	0,65	ab 15.05.16 vj. Festzins bis 15.02.25	5.264
13	Dieselbe	557.801472.9 9411000052	21.04.15	0,39	ab 15.08.16 vj. Festzins bis 15.05.25	26.185
14	Dieselbe	557.801524.7 9411000053	05.05.15	0,10	ab 15.08.16 vj. Festzins bis 15.05.25	26.185
15	Dieselbe	557.801716.6 9411000056	12.01.16	0,541	ab 15.05.17 vj. Festzins bis 15.02.26	26.185
16	Dieselbe	557.801774.0 9411000058	01.03.16	0,591	ab 15.05.17 vj. Festzins bis 15.02.26	26.185
17	Kreditanstalt für Wiederaufbau	9 830 878 9411000031	18.10.96	0,18	ab 15.02.98 hj. Festzins bis 15.08.21	79.889



Stand der Schuld ursprünglich EUR	auf 31.12.17 EUR	Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungszweig	Lfd. Nr.
		Zinsen EUR	Tilgung EUR		
1.580.000	1.122.620	35.050	83.200		1
3.095.000	2.199.072	67.350	162.900		2
1.756.000	1.247.668	38.250	92.450		3
269.000	191.120	5.850	14.200		4
3.400.000	2.415.786	73.750	178.950		5
4.450.000	3.161.834	96.550	234.250		6
4.270.000	3.258.670	66.350	224.750		7
1.330.000	1.050.000	12.300	70.000		8
1.990.000	1.780.520	17.600	104.750		9
1.000.000	907.894	5.800	52.650		10
1.800.000	1.634.205	10.400	94.750		11
400.000	363.152	2.350	21.050		12
1.990.000	1.832.890	7.000	104.750		13
1.990.000	1.832.890	1.800	104.750		14
1.990.000	1.911.445	10.150	104.750		15
1.990.000	1.911.445	11.050	104.750		16
3.834.689	639.115	1.100	159.800		17



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan/Laufzeit EUR
18	Dieselbe	2 517 126 9411000027	15.02.00	3,76	ab 15.02.01 hj. 5.440 Festzins bis 15.08.19
19	Dieselbe	4 906 001 9411000026	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. 10.653 Festzins bis 15.02.21
20	Dieselbe	6 276 552 9411000028	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. 36.313 Festzins bis 15.02.21
21	Dieselbe	5 932 388 9411000025	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. 2.086 Festzins bis 15.02.21
22	Dieselbe	363 17 08 9411000042	20.06.12	0,10	ab 15.08.15 vj. 41.177 Festzins bis 15.08.22
23	Dieselbe	111 461 28 9411000057	07.01.16	0,00	ab 15.02.17 vj. 26.316 Festzins bis 15.02.26
	Kreditmarkt				
	Sparkassen				
24	Kreissparkasse Reutlingen	6 000 404 631 9411000006	21.02.97/ 15.08.07	4,35	ab 15.08.98 hj. 103.856 Zinssatz-Swap bis 15.02.22
25	Dieselbe	6 000 404 617 9411000007	09.11.92/ 10.11.07	4,33	ab 30.03.94 jährlich 122.710 Zinssatz-Swap bis 30.03.20
26	Dieselbe	6 000 404 624 9411000004	28.04.98/ 15.08.08	4,39	ab 15.08.08 hj. 90.542 Zinssatz-Swap bis 15.02.23
27	Dieselbe	6 000 222 332 9411000001	30.06.94/ 30.06.09	4,01	ab 30.03.97 vj. 48.302 Festzins bis 31.12.21
28	Dieselbe	6 000 561 000 9411000036	04.03.11	3,44	ab 31.03.12 vj. 62.500 Festzins bis 31.12.21
29	Dieselbe	6 000 560 984 9411000038	15.07.11 (Umschuldung)	3,46	ab 30.09.11 vj. 29.430 Festzins bis 31.12.21
30	Dieselbe	6 000 561 017 9411000039	28.10.11	3,44	ab 31.03.12 vj. 62.500 Festzins bis 31.12.21
31	Dieselbe	6 000 728 214 9411000045	28.10.13	2,19	ab 30.03.14 vj. 75.000 Festzins bis 30.12.23
32	Dieselbe	6 000 742 898 9411000046	14.02.14 (Umschuldung)	1,95	ab 30.03.14 vj 35.221 Festzins bis 15.02.24



Stand der Schuld		Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungszweig	Lfd. Nr.
ursprünglich EUR	auf 31.12.17 EUR	Zinsen EUR	Tilgung EUR		
255.646	70.699	2.600	10.900	Summe	18
511.292	170.420	4.900	21.300		19
1.742.995	580.995	16.750	72.650		20
100.085	33.347	950	4.200		21
2.800.000	2.388.230	2.350	164.700		22
2.000.000	1.894.736	0	105.250		23
44.544.707	32.598.753	490.250	2.291.700		
4.985.096	934.706	36.300	207.750		24
3.067.752	368.130	10.800	122.750		25
4.345.981	995.941	40.000	181.100		26
4.830.175	772.828	28.100	193.200		27
5.000.000	3.500.000	117.200	250.000		28
1.236.033	470.854	14.800	117.750		29
5.000.000	3.500.000	117.200	250.000		30
6.000.000	4.800.000	102.700	300.000		31
2.078.000	1.514.464	28.500	140.900		32



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan/Laufzeit EUR
33	Dieselbe	6 000 785 501 9411000048	14.11.14 (Umschuldung)	1,24	ab 30.03.15 vj. 68.750 Festzins bis 30.06.29
34	Dieselbe	6 000 831 792 9411000055	17.08.2015 (Umschuldung)	0,98	ab 30.09.15 vj. 80.730 Festzins bis 30.12.29
35	Dieselbe	6 000 873 310 9411000059	21.04.16	0,56	ab 30.03.17 vj. 62.500 Festzins bis 30.12.36
36	Landesbank Baden-Württemberg	606 362 177 9411000019	26.11.03	4,61	ab 30.03.04 vj. 62.500 Festzins bis 30.12.23
37	Dieselbe	606 690 980 9411000023	06.12.04	3,98	ab 30.03.06 vj. 100.000 Festzins bis 30.12.25
38	Dieselbe	606 769 196 9411000015	06.06.05	3,505	ab 30.03.06 vj. 53.125 Festzins bis 30.12.25
39	Dieselbe	606 909 990 9411000030	27.07.05	3,49	ab 30.03.07 vj. 43.750 Festzins bis 30.12.26
40	Dieselbe	607 484 462 9411000016	30.01.07	4,175	ab 30.03.07 vj. 107.371 Festzins bis 30.06.20
41	Dieselbe	603 615 910 9411000003	12.02.93	4,12	ab 30.03.94 vj. 51.130 Festzins bis 30.12.20
42	Dieselbe	604 001 967 9411000005	31.08.93	4,09	ab 30.03.95 vj. 51.130 Festzins bis 30.12.19
43	Dieselbe	604 475 705 9411000010	16.02.96	3,64	ab 30.03.97 vj. 51.130 Festzins bis 30.06.22
44	Dieselbe	604 558 198 9411000011	25.10.96	4,08	ab 30.03.98 vj. 25.565 Festzins bis 30.12.22
45	Dieselbe	614 567 173 9411000054	22.05.15	1,33	ab 30.03.16 vj. 37.500 Festzins bis 30.12.35
	Zusammenstellung				
	Summe - Sonstiger öffentl. Bereich -				
	Summe - Kreditmarkt -				
	Weitere Kreditaufnahmen				
	Restliche Kreditermächtigung 2017			2,0	12 Monate
	Kreditermächtigung 2018			2,0	6 Monate



Stand der Schuld		Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungsweig	Lfd. Nr.
ursprünglich EUR	auf 31.12.17 EUR	Zinsen EUR	Tilgung EUR		
3.987.500	3.162.500	37.950	275.000		33
4.682.279	3.874.979	36.800	322.950		34
5.000.000	4.750.000	26.100	250.000		35
5.000.000	1.500.000	64.850	250.000		36
8.000.000	3.200.000	121.400	400.000		37
4.250.000	1.700.000	56.800	212.500		38
3.500.000	1.575.000	53.300	175.000		39
5.782.711	1.058.374	32.500	429.500		40
5.112.919	613.550	22.150	204.550		41
5.112.919	409.033	13.600	204.550		42
5.112.919	920.325	30.750	204.550		43
2.556.459	511.292	19.300	102.300		44
3.000.000	2.700.000	35.200	150.000		45
97.640.743	42.831.977	1.046.300	4.944.350	Summe	
44.544.707	32.598.753	490.250	2.291.700		
97.640.743	42.831.977	1.046.300	4.944.350		
142.185.450	75.430.730	1.536.550	7.236.050	Summe	
4.500.000	4.500.000	100.000	0		
750.000	750.000	10.000			
147.435.450	80.680.730	1.646.550	7.236.050	Summe	





Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Liquidität

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Finanzhaushalt		Finanzplanung		
			2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
			1	2	3	4	5
1		Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn *	11.169.885				
2	+	Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn **	0				
3	-	Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn ***	0				
4	=	verfügbare liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	11.169.885				
5	-	Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorjahre "HH-Reste 2016"	2.360.000				
6	+	Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus 2016 **** - restliche Kreditermächtigung -	0				
7	=	voraussichtliche Liquidität am Jahresanfang (= Wert zum Vorjahresende)		5.353.542	2.289.480	2.482.939	2.291.406
8	+/-	veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 3 Nr. 22 GemHVO)	-3.456.343	-3.064.062	193.459	-191.533	385.789
9	=	voraussichtliche Liquidität zum Jahresende*	5.353.542	2.289.480	2.482.939	2.291.406	2.677.195

* aus der Finanzrechnung (§ 50 Nr. 42 GemHVO) des Vorjahres; entspricht den liquiden Mitteln der Kontenarten 171 und 173

** entspricht dem Konto 1492 - Sonstige Einlagen -; --> **Liquiditätskredite an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH zum 01.01.2017 in Höhe von 20.000.000 EUR sind hier nicht enthalten**

*** Die Aufnahme von Kassenkrediten führt zu einer Veränderung des Zahlungsmittelbestands. Kassenkredite sind nur zur kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung erlaubt und müssen zeitnah zurückbezahlt werden, daher soll der Wert an Kassenkrediten (Kontenart 239) hier berücksichtigt werden.

**** Die Kreditermächtigung gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr erlassen ist (vgl. § 87 Abs. 3 GemO).

* Voraussichtlicher Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2017 (bereinigt um Liquiditätskredite an die Kliniken) 25.353.542 EUR.





Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

Kennzahl	Einheit	Ergebnis 2016 vorl.	Planung 2017	Planung 2018 Entwurf	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	2	3	4	5	6	7	8
ERTRAGSLAGE							
1. Ordentliches Ergebnis							
Absoluter Betrag	EUR	2.816.893	0	9.616.412	7.844.453	6.925.107	5.663.332
Betrag je Einwohner	EUR/EW	10	0	34	28	24	20
Aufwandsdeckungsgrad	%	101	100	103	102	102	102
1.1 Steuerkraft - netto -							
Absoluter Betrag	EUR	67.858.236	61.627.319	63.670.450	65.648.799	66.730.875	68.517.852
Betrag je Einwohner	EUR/EW	243	217	225	231	235	242
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	21	18	19	19	18	18
1.2 Betriebsergebnis - netto -							
Absoluter Betrag	EUR	65.041.344	61.627.319	54.054.037	57.804.347	59.805.769	62.854.521
Betrag je Einwohner	EUR/EW	233	217	191	204	211	222
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	20	18	16	16	16	17
2. Sonderergebnis							
Absoluter Betrag	EUR	135.371	0	0	0	0	0
3. Gesamtergebnis							
Absoluter Betrag	EUR	2.952.264	0	9.616.412	7.844.453	6.925.107	5.663.332
FINANZLAGE							
4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit							
Absoluter Betrag	EUR	18.664.117	4.726.907	15.066.688	14.268.459	12.992.467	10.709.789
Betrag je Einwohner	EUR/EW	67	17	53	50	46	38
5. Mindestzahlungsmittelüberschuss							
Absoluter Betrag	EUR	6.930.626	8.000.000	7.250.000	7.250.000	6.900.000	6.400.000
6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel							
Absoluter Betrag	EUR	11.733.491	-3.273.093	7.816.688	7.018.459	6.092.467	4.309.789
Betrag je Einwohner	EUR/EW	42	-12	28	25	21	15
7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)							
Absoluter Betrag	EUR	5.051.166	5.593.359	6.127.472	6.543.630	6.720.118	6.873.599
8. Voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende							
Absoluter Betrag	EUR	11.169.885	5.353.542	2.289.480	2.482.939	2.291.406	2.677.195

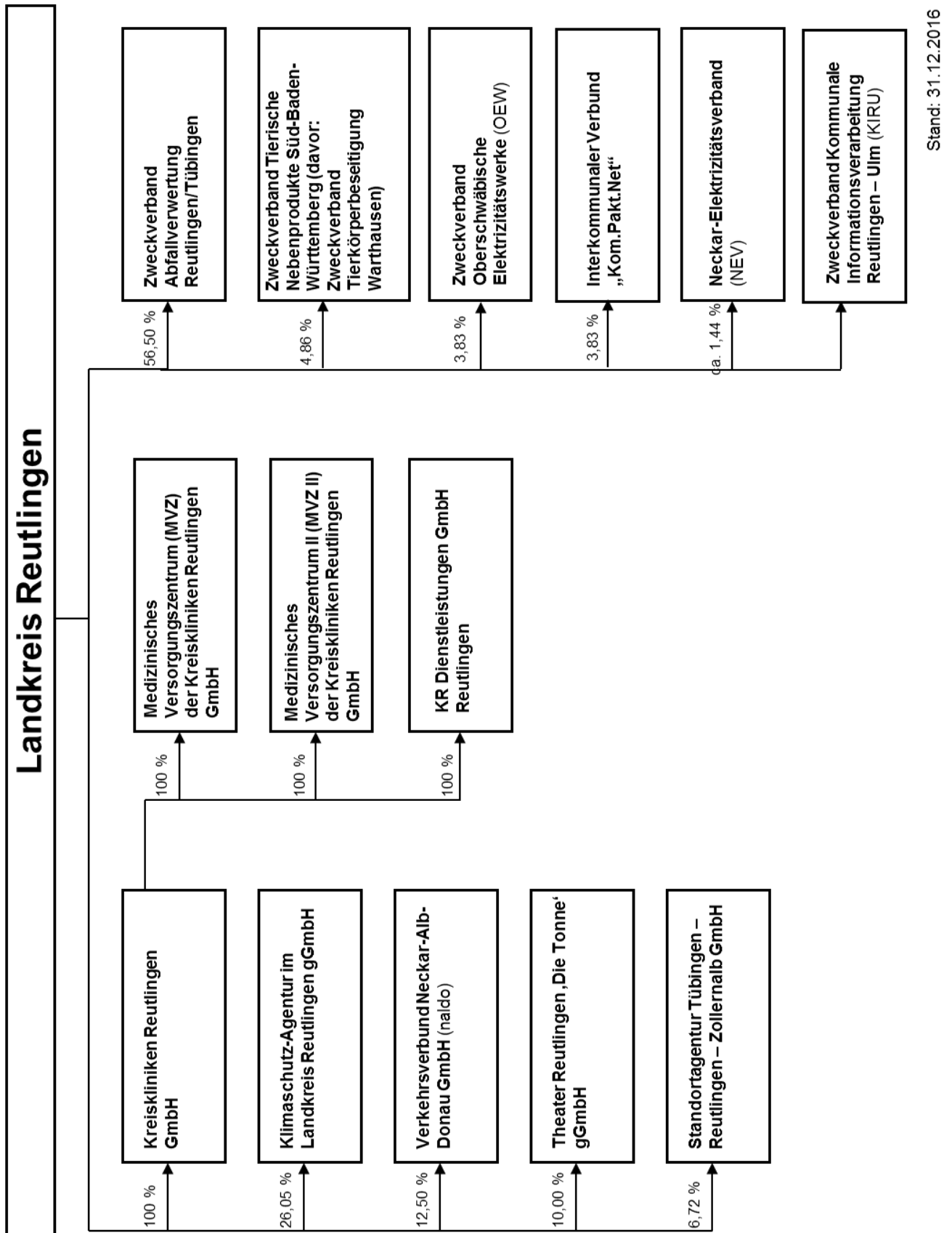


Kennzahl	Einheit	Ergebnis 2016 vorl.	Planung 2017	Planung 2018 Entwurf	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	2	3	4	5	6	7	8
KAPITALLAGE							
9. Eigenkapital							
Absoluter Betrag	EUR	57.166.382					
9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)							
Absoluter Betrag	EUR	33.340.795					
9.2 Eigenkapitalquote							
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	29					
9.3 Fremdkapitalquote							
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	71					
10. Anlagendeckung							
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen	%	138					
11. Verschuldung							
Absoluter Betrag	EUR	82.613.788					
Betrag je Einwohner	EUR/EW	296					
11.1 Nettoneuverschuldung							
Absoluter Betrag	EUR	4.049.375	-2.700.000	-6.500.000	-6.500.000	-6.500.000	-6.400.000



Beteiligungsübersicht

2018



Stand: 31.12.2016



Gesellschaften	Anteil Landkreis RT am Stammkapital in %		Stammkapital in €	Bilanzsumme in €	Ergebnis in €
	unmittelbar	mittelbar über			
Beteiligungsquote = 100 %					
Kreiskliniken Reutlingen GmbH	100,00		1.000.000	241.152.125,39	-2.137.933,21 ¹⁾
Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) der Kreiskliniken Reutlingen GmbH		100,00 Kreiskliniken Reutlingen GmbH	25.000	618.997,33	-62.844,39
Medizinisches Versorgungszentrum II (MVZ II) der Kreiskliniken Reutlingen GmbH		100,00 Kreiskliniken Reutlingen GmbH	25.000	350.421,79	25.728,16
KR Dienstleistungen GmbH Reutlingen		100,00 Kreiskliniken Reutlingen GmbH	25.000	514.071,99	43.972,78
Beteiligungsquote < 100 % und ≥ 25 %					
Klimaschutz-Agentur im Landkreis Reutlingen gGmbH	26,05		57.500	296.048,73	11.002,13
Beteiligungsquote < 25 %					
Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	12,50		40.000	1.052.803,85	0,00
Theater Reutlingen 'Die Tonne' gGmbH	10,00		25.000	759.307,72	10.237,87 ²⁾
Standortagentur Tübingen - Reutlingen - Zollernalb GmbH	6,72		52.850	260.132,32	-79.521,52
Nachrichtlich: Beteiligungen an Zweckverbänden					
Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen	56,50				
Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden- Württemberg (davor: Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen)	4,85				
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)	3,83				
Interkommunaler Verbund "Komm.Pakt.Net"	3,83				
Neckar-Elektrizitätsverband (NEV)	ca. 1,44 % der Stimmen (Stand: 31.12.2015)				
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen - Ulm (KIRU)	Beteiligungsquote aufgrund Neugründung Zweckverband nicht ermittelbar				

1) Jahresergebnis vor Verlustvortrag u. Entnahme aus Kapitalrücklagen

2) Bilanzsumme und Ergebnis Jahresabschluss 2015

Stand 31.12.2016





Anlage 11

Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH für das Wirtschaftsjahr 2018

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO ist dem Haushalt eine kurzgefasste Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH beizufügen. Gesellschafter der „Kreiskliniken Reutlingen GmbH“ ist der Landkreis Reutlingen mit 100 % der Gesellschaftsanteile.

1. Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan 2017 war angesichts der bei seiner Erstellung prognostizierbaren Rahmenbedingungen mit einem negativen Ergebnis für dieses Jahr aufgestellt worden. Bei Aufstellung der Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung für das Jahr 2018 waren die Budget- bzw. Entgeltverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat am 15.09.2017 die Veränderungsrate für das Jahr 2018 i. H. v. +2,97 % bekanntgegeben. Seit dem Jahr 2013 ist diese nicht mehr direkt maßgeblich für die Vereinbarung des landesweit geltenden Basisfallwertes sowie der Gesamtbeträge nach § 6 KHEntgG. Bis zum 31.10.2017 sollen die Vertragsparteien auf der Bundesebene den so genannten Veränderungswert, quasi als Nachfolger für die Veränderungsrate, vereinbaren. Voraussetzung hierfür wiederum ist, dass zum 30.09.2017 seitens des Statistischen Bundesamtes der Orientierungswert veröffentlicht wird. Diese statistischen Größen dienen als Verhandlungsgrundlage der Selbstverwaltungsparteien zur Vereinbarung des landesweit geltenden Basisfallwertes (LBFW). Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfes des Wirtschaftsplanes 2018 – bis auf die Veränderungsrate – die entsprechenden Daten noch nicht vorlagen, wurde bei der Steigerungsrate für den LBFW 2018 die bekannte Veränderungsrate zuzüglich einer Tarifberichtigungsrate – aufgrund der derzeitigen Einschätzung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft 0,16% – zugrunde gelegt.

Prämissen 2018 bis 2021				
	2018	2019	2020	2021
Veränderungsrate bzw. Steigerungsrate LBFW	3,13%	2,0%	2,0%	2,0%
davon CMI-Steigerung	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%
Fixkostendegressionsabschlag	35%	35%	35%	35%
Pflegezuschlag	0,80%	1,00%	1,00%	1,00%
Pflege-Förderprogramm	193.000 €			
Tarifsteigerungen	2,50%	2,50%	2,50%	2,50%
Sachkostensteigerung ohne Sondereffekte	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%

Für das Jahr 2018 sind außerdem weitere Faktoren zu beachten, die auf den Erfolgsplan z. T. kalkulierbare, z. T. noch offene Auswirkungen haben werden.



Die Steigerungsraten des Tarifvertrags Ärzte/Kommunaler Bereich TV-Ärzte VKA wurde zwischen den Tarifvertragsparteien wie folgt vereinbart: seit 01.09.17 + 2,0%, ab 01.05.18 + 0,7%. Im Bereich des Tarifvertrags öffentlicher Dienst, Besonderer Teil Krankenhäuser / TVÖD-K liegt eine Vereinbarung bis zum 28.02.2018 vor. Ab dem 01.03.2018 wird eine Tarifsteigerung von ca. 2,5 % erwartet, eine Forderung der Gewerkschaft Verdi liegt jedoch noch nicht vor. Bei der Entwicklung der Sachkosten wurde für 2018 der Erfahrungswert der letzten Jahre berücksichtigt.

Nach wie vor ist auch im Wirtschaftsjahr 2018 ein Auseinanderklaffen der Erlös- und Kostenzuwächse in den Krankenhäusern zu erwarten, wobei die in der Kreiskliniken Reutlingen GmbH eingeleiteten Entwicklungen des Zukunftskonzepts 2018+ zu einer Steigerung der Leistungen führt. Den Personalnöten in der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wird mit innovativen Konzepten begegnet. Zusammenfassend betrachtet kann aufgrund dieser Steuerungen im Jahr 2018 mit einer Erlös- und Ausgabensituation gerechnet werden, die als solche über alle Häuser hinweg zu einem bilanziell ausgeglichenen Gesamtergebnis beiträgt.

Über das Zukunftskonzept 2018+ wird regelmäßig der Sachstand in den Aufsichtsratssitzungen berichtet. Die Auswirkungen werden im Wirtschaftsplan 2018 berücksichtigt.

2. Vermögensplan

Als kostenintensive Maßnahmen werden in den Vermögensplan 2018 die Ersatzbeschaffung eines neuen MRT sowie die Installation eines BOS-Funks (Signalverstärkung für Feuerwehrfunk im Brandfall) eingeplant. Neben weiteren Baumaßnahmen wird wie im Jahr 2017 der Schwerpunkt auf eine grundlegende Verbesserung im Bereich medizintechnische Einrichtungen und Ausstattungen sowie im Bereich der IT gelegt. Es ist absehbar, dass diese Pauschalmittel für die zukunftsorientiert notwendige Ausstattung nicht ausreichen, von daher ist hierzu auch die Aufnahme von Darlehen vorzusehen bzw. im Wirtschaftsplan zu veranschlagen.

Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Aufgabenstellung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH sind insbesondere im Klinikum am Steinenberg weitere Maßnahmen wie die Neukonzeptionierung des OP-Traktes und die künftige Nutzung der Ebene 0 (Café, Querbau ehemalige Dialyse, Telefonzentrale/Aufnahme) geplant. Weiterhin muss die Sanierung der Ermstarklinik in absehbarer Zeit angegangen werden. Diese Maßnahmen werden in die Finanz- und Investitionsplanung ab 2019 aufgenommen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen verteilt auf die kommenden Jahre ist dann schrittweise anzupassen.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Die bisher bekannten Daten gehen weiter von einer Unterfinanzierung der Krankenhauskosten aus. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen muss es das Ziel sein, gemessen an Fallzahlen und Fallschwere die Leistungen insgesamt zu steigern.



Zusammen mit der Pflicht zur Allgemeinversorgung rund um die Uhr an allen drei Standorten decken folglich steigende Erlöse die ebenfalls steigenden Personal- und Sachausgaben nicht.

Das vorgegebene Ziel, ein ausgeglichenes Ergebnis anzustreben, ist Leitvorgabe. Trotz immer restriktiveren Vorgaben in den Bereichen Arbeitszeitgesetz, Mindestbesetzungen und Qualitätsstandards sind diverse organisatorische, strukturelle und prozessuale Maßnahmen eingeleitet und teilweise umgesetzt, die bereits heute dazu beitragen, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verkleinern – zugunsten des dauerhaften Erhalts einer qualitativ hochstehenden akutmedizinischen Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen.

Reutlingen, den 21.09.2017

gez.

Norbert Finke

Vorsitzender der Geschäftsführung

Friedemann Salzer

Geschäftsführer





Vorläufige Berechnung der Bemessungsgrundlagen und der Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich

1. Berechnung der **vorläufigen Steuerkraftsumme**

1.1	Grunderwerbsteuer 2016	14.314.508 EUR
1.2	Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft 2016	39.645.616 EUR
1.3	Teilbetrag der Steuerkraftsumme des Landkreises	53.960.124 EUR
1.4	Vorläufige Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gemeinden	<u>414.870.784 EUR</u>
1.5	Vorläufige Steuerkraftsumme des Landkreises	<u>468.830.908 EUR</u>

2. Berechnung der **vorläufigen Bedarfsmesszahl**

2.1	Einwohnerzahl (Stand 31.12.2015)	282.113
2.2	Vorläufiger Kopfbetrag	684 EUR
2.3	Bedarfsmesszahl (§ 10 FAG)	192.965.292 EUR

3. Berechnung der **vorläufigen Steuerkraftmesszahl**

3.1	31,48 v.H. der Steuerkraftsumme der kreisan- gehörigen Gemeinden (gewogener Landesdurch- schnitt der Hebesätze der Kreisumlagen)	130.601.323 EUR
3.2	Grunderwerbsteuer 2016	14.314.508 EUR
3.3	Vorläufige Steuerkraftmesszahl	144.915.831 EUR

4. **Vorläufige Schlüsselzahl (Nr. 2.3 - Nr. 3.3)** 48.049.461 EUR

5. **Vorläufige Ausschüttung 2018 (71,2 v.H.)** 34.211.216 EUR

6. **Anhebung der Schlüsselzuweisungen durch
Umschichtung innerhalb der FAG-Masse** 0 EUR

7. **Vorläufige Ausschüttung 2018 insgesamt** 34.211.216 EUR

In den Haushaltsplan-Entwurf 2018 wurden aufgenommen 34.200.000 EUR





Übersicht über die Kreisumlage-Hebesätze der Landkreise in Baden-Württemberg

- in Prozent -

Reg.Bez. Tübingen	2017	2016	2015	Reg.Bez. Stuttgart	2017	2016	2015
Alb-Donau-Kreis	28,00	28,00	27,50	Böblingen	34,00	37,00	39,00
Biberach	28,00	29,00	29,00	Esslingen	32,50	32,50	33,50
Bodenseekreis	32,00	33,40	27,50	Göppingen	34,10	35,50	37,00
Ravensburg	32,50	32,50	32,50	Heidenheim	35,50	35,50	35,50
Reutlingen	34,25	34,25	34,25	Heilbronn	30,00	29,00	29,00
Sigmaringen	33,00	34,50	34,50	Hohenlohekreis	36,50	35,50	34,50
Tübingen	27,98	30,58	31,58	Ludwigsburg	29,50	31,00	31,50
Zollernalbkreis	30,50	31,50	30,50	Main-Tauber-Kreis	32,00	33,00	33,00
	(30,88)	(31,74)	(31,37)	Ostalbkreis	32,25	33,00	33,50
				Rems-Murr-Kreis	36,60	38,50	37,50
				Schwäbisch-Hall	34,50	34,50	34,50
					(32,89)	(33,77)	(34,17)

Reg.Bez. Karlsruhe	2017	2016	2015	Reg.Bez. Freiburg	2017	2016	2015
Calw	28,30	30,00	33,40	Breisgau-Hochschw.	35,85	35,21	33,00
Enzkreis	29,05	32,60	32,60	Emmendingen	28,50	29,50	29,50
Freudenstadt	32,70	34,75	35,25	Konstanz	29,90	29,90	32,17
Karlsruhe	32,00	31,00	27,50	Lörrach	30,90	32,40	32,00
Neckar-Odenw.-Kreis	30,50	32,50	32,50	Ortenaukreis	27,50	27,50	27,50
Raststatt	31,00	31,00	31,00	Rottweil	28,50	30,00	28,00
Rhein-Neckar-Kreis	29,50	29,50	30,00	Schwarzw.-Baar-Kreis	31,10	31,10	32,30
	(30,37)	(30,85)	(30,63)	Tuttlingen	34,40	33,90	34,60
				Waldshut	30,82	30,73	30,73
					(30,56)	(30,77)	(30,82)

Landesdurchschnitt 2017:	31,48
Landesdurchschnitt 2016:	32,09
Landesdurchschnitt 2015:	32,12





Anlage 14

Umlageanteile der Kreismunicipalitäten

Aufgrund der vorläufigen Steuerkraftsummen beträgt die Kreisumlage für 2018 bei

33,50%

Hebesatz:

Lfd. Nr.	Gemeinde	Einwohnerzahl 30.06.2016	Vorl. Steuer- kraftsumme 2018 EUR	Steuerkraft- summe pro Einwohner EUR	Kreisumlage der Gemeinde 2018 EUR	Kreisumlage je Einwohner EUR	Anteil der Gemeinde an der Gesamt- umlage in %
1	Bad Urach	12.294	15.765.461	1.282,37	5.281.429	429,59	3,80
2	Dettingen/Erms	9.530	13.746.815	1.442,48	4.605.183	483,23	3,31
3	Engstingen	5.340	6.060.769	1.134,98	2.030.358	380,22	1,46
4	Eningen	11.030	14.836.872	1.345,14	4.970.352	450,62	3,58
5	Gomadingen	2.286	2.605.080	1.139,58	872.702	381,76	0,63
6	Grabenstetten	1.662	2.336.011	1.405,54	782.564	470,86	0,56
7	Grafenberg	2.614	3.604.139	1.378,78	1.207.387	461,89	0,87
8	Hayingen	2.302	2.357.070	1.023,92	789.618	343,01	0,57
9	Hohenstein	3.703	4.377.346	1.182,11	1.466.411	396,01	1,06
10	Hülben	2.914	3.478.709	1.193,79	1.165.368	399,92	0,84
11	Lichtenstein	9.237	11.583.309	1.254,01	3.880.409	420,09	2,79
12	Mehrstetten	1.365	1.603.283	1.174,57	537.100	393,48	0,39
13	Metzingen	21.801	38.726.310	1.776,35	12.973.314	595,08	9,33
14	Münsingen	14.273	17.784.008	1.245,99	5.957.643	417,41	4,29
15	Pfronstetten	1.490	1.471.165	987,36	492.840	330,77	0,35
16	Pfullingen	18.013	24.877.452	1.381,08	8.333.946	462,66	6,00
17	Pliezhausen	9.471	12.957.006	1.368,07	4.340.597	458,30	3,12
18	Reutlingen	114.721	184.123.274	1.604,97	61.681.297	537,66	44,38
19	Riederich	4.348	5.629.141	1.294,65	1.885.762	433,71	1,36
20	Römerstein	4.016	5.552.019	1.382,47	1.859.926	463,13	1,34
21	Sonnenbühl	7.153	11.900.769	1.663,75	3.986.758	557,35	2,87
22	St. Johann	5.113	6.219.062	1.216,32	2.083.386	407,47	1,50
23	Trochtelfingen	6.425	7.932.319	1.234,60	2.657.327	413,59	1,91
24	Walddorfhäslach	5.017	6.495.545	1.294,71	2.176.008	433,73	1,57
25	Wannweil	5.231	6.317.800	1.207,76	2.116.463	404,60	1,52
26	Zwiefalten	2.233	2.516.933	1.127,15	843.173	377,60	0,61
27	Gemeindefreies Gebiet "Gutsbezirk Münsingen"		13.117		4.394		0,00
	Zusammen	283.582	414.870.784	1.462,97	138.981.715	490,09	100,00





**Verzeichnis
der
Kreisstraßen**



Nummer	Straßenverlauf
1)	Bisherige Kreisstraßen
6700	K 6701 Gächingen - L 249 Sirchingen
6701	L 249 Gächingen - Dottingen - L 230 Münsingen
6702	L 230 Steingebronn - K 6701 Dottingen
6703	L 230 Dottingen - Rietheim - Trailfingen - L 245c
6704	L 252 bei Böhringen - B 465 bei Gutenberg
6705	L 252 Böhringen - Strohweiler
6706	B 465 - Wittlingen - Hengen - L 245 bei Hengen
6707	K 6706 Hengen - B 28
6708	L 380 Würtingen - L 249 Bad Urach
6709	K 6708 Bleichstetten - L 249 Upfingen
6710	K 6711 bei Ohnastetten - L 380 bei Lonsingen
6711	L 387 Holzelfingen - Ohnastetten - L 380 Würtingen
6712	Kreisgrenze Kappishäusern - B 28 Dettingen/Erms
6713	B 313 bei Grafenberg - Kreisgrenze Tischart
6714	L 380a bei Eningen u.A. - B 28 Metzingen
6715	L 378a Sondelfingen - Reicheneck - Mittelstadt- Kreisgrenze Bempflingen
6716	L 373 Gniebel - Dörmach
6717	L 373 bei Walddorf - Kreisgrenze Altenriet
6719	Rübgarten L 373
6720	B 297 - Altenburg - Rommelsbach - L 378a
6721	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - Altenburg
6722	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - Sickenhausen - K 6720
6723	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - K 6725 Degerschlacht
6724	L 379 Wannweil - K 6725 Degerschlacht
6725	B 28 (L 384) Betzingen - Degerschlacht - K 6722 Sickenhausen
6726	B 28 (L 384) Reutlingen - K 6725 Degerschlacht
6727	Kreisgrenze Mähringen - L 387 Ohmenhausen
6728	L 230 Bronnweiler - L 383 Alteburg
6729	L 383 Gönningen - L 382 Pfullingen
6730	Parkplatz Roßberg - L 230 Genkingen
6731	Kreisgrenze Melchingen - L 382 Undingen
6732	L 230 - Parkplatz Lichtenstein
6733	L 387 bei Holzelfingen - L 230 Kohlstetten
6734	B 312 Bernloch - L 249 Gomadingen
6735	L 248 Ödenwaldstetten - L 249 Marbach
6736	Kreisgrenze Hörschwag - Trochtelfingen - Steinhilben - Oberstetten - L 248 Ödenwaldstetten
6737	K 6736 - Meidelstetten - B 312 Bernloch
6738	Kreisgrenze Harthausen - K 6736
6739	Kreisgrenze Harthausen - Wilsingen - K 6736 Steinhilben
6740	K 6739 Wilsingen - B 312 Pfronstetten
6742	Geisingen - B 312 Huldstetten



Nummer	Freie Strecke km	Ortsdurch- fahrt / km	Kreisstraße km	Baulast Dritter / km	Gesamt- strecke / km
1) Bisherige Kreisstraßen					
6700	3,151	0,487	3,638	0,000	3,638
6701	6,410	2,822	9,232	0,000	9,232
6702	2,315	1,075	3,390	0,000	3,390
6703	4,584	1,458	6,042	0,000	6,042
6704	1,911	0,000	1,911	0,000	1,911
6705	2,372	0,412	2,784	0,000	2,784
6706	3,907	2,052	5,959	0,000	5,959
6707	0,998	0,269	1,267	0,000	1,267
6708	7,439	0,404	7,843	0,000	7,843
6709	2,515	0,581	3,096	0,000	3,096
6710	1,012	0,000	1,012	0,000	1,012
6711	5,428	1,021	6,449	0,000	6,449
6712	2,088	0,000	2,088	0,000	2,088
6713	0,149	0,000	0,149	0,000	0,149
6714	3,748	0,906	4,654	0,000	4,654
6715	4,593	0,000	4,593	0,843	5,436
6716	0,532	0,604	1,136	0,000	1,136
6717	0,362	0,000	0,362	0,000	0,362
6719	0,098	0,496	0,594	0,000	0,594
6720	3,113	0,000	3,113	1,821	4,934
6721	0,422	0,000	0,422	0,503	0,925
6722	0,660	0,000	0,660	0,808	1,468
6723	0,216	0,000	0,216	0,195	0,411
6724	1,199	0,722	1,921	0,493	2,414
6725	1,624	0,000	1,624	2,129	3,753
6726	1,453	0,000	1,453	1,961	3,414
6727	0,838	0,000	0,838	0,000	0,838
6728	1,392	0,000	1,392	0,385	1,777
6729	5,363	1,305	6,668	0,000	6,668
6730	3,119	0,398	3,517	0,000	3,517
6731	2,513	1,274	3,787	0,000	3,787
6732	1,495	0,000	1,495	0,000	1,495
6733	3,503	0,757	4,260	0,000	4,260
6734	6,634	0,811	7,445	0,007	7,452
6735	5,845	0,000	5,845	0,009	5,854
6736	10,897	3,875	14,772	0,006	14,778
6737	4,619	1,654	6,273	0,000	6,273
6738	2,158	0,000	2,158	0,000	2,158
6739	4,612	1,348	5,960	0,000	5,960
6740	3,059	0,596	3,655	0,000	3,655
6742	0,571	0,639	1,210	0,000	1,210



Nummer	Straßenverlauf
6743	B 312 - Gauingen - Hochberg - B 312
6744	Upflamör - K 6745
6745	Kreisgrenze Plummern - Mörsingen - B 312 Zwiefalten
6746	L 245 Zwiefalten - L 245 bei Hayingen
6747	B 312 Tigerfeld - Aichstetten - Aichelau - L 249 Ehestetten
6748	B 312 Pfronstetten - K 6747 Aichstetten
6749	K 6747 Aichelau - L 245 bei Indelhausen
6750	K 6749 Münzdorf - L 245 bei Indelhausen
6751	K 6752 Anhausen - Kreisgrenze Erbstetten
6752	L 245 Indelhausen - Anhausen - Kreisgrenze Granheim
6753	Dürrenstetten - B 465 Bremelau
6754	L 245 - Apfelstetten - B 465 Oberheutal
6755	L 245 bei Apfelstetten - K 6754 Apfelstetten
6756	K 6716 Gniebel - B 297 Pliezhausen
6757	B 28 - Zainingen
2)	Abgestufte Landesstraßen
6758	L 211 Grabenstetten - B 28 Böhringen
6759	Kreisgrenze Esslingen - L 211 bei Grabenstetten
6760	L 250 bei Hülben - Kreisgrenze Esslingen
6761	Kreisgrenze Esslingen - Grafenberg - Kreisgrenze Esslingen
6762	Kreisgrenze Esslingen - Riederich - L 387a Metzingen
6763	B 312 - L 208b Riederich
6764	Kreisgrenze Esslingen - Walddorf
6767	B 312 Haidkapelle - L 382 bei Erpfingen
6768	Kreisgrenze Zollernalbkreis - L 385 Hausen a.d.L.
6769	B 465 Münsingen - Buttenhausen - Hundersingen- Gundelfingen-Indelhausen - L 249 Hayingen
6770	L 248 Wasserstetten - K 6769 Buttenhausen
6771	L 245 Hundersingen - B 465 Bremelau
6772	B 465 Unterheutal - Mehrstetten - Kreisgrenze Alb-Donau-Kreis
6773	L 230 bei Böttingen - Kreisgrenze Alb-Donau-Kreis
6774	Anschluss zur B 27 / B 464 (L 373)



Nummer	Freie Strecke km	Ortsdurch- fahrt / km	Kreisstraße km	Baulast Dritter / km	Gesamt- strecke / km
6743	3,416	1,547	4,963	0,000	4,963
6744	3,022	0,669	3,691	0,000	3,691
6745	5,864	0,177	6,041	0,000	6,041
6746	4,504	0,000	4,504	0,000	4,504
6747	8,167	1,600	9,767	0,000	9,767
6748	1,587	0,290	1,877	0,000	1,877
6749	6,730	0,570	7,300	0,000	7,300
6750	3,307	0,598	3,905	0,000	3,905
6751	3,098	0,451	3,549	0,000	3,549
6752	4,153	0,366	4,519	0,000	4,519
6753	2,224	0,885	3,109	0,000	3,109
6754	2,521	0,835	3,356	0,000	3,356
6755	0,343	0,352	0,695	0,000	0,695
6756	1,259	1,776	3,035	0,000	3,035
6757	0,031	0,956	0,987	0,000	0,987
Summe 1	169,143	37,038	206,181	9,160	215,341
2) Abgestufte Landesstraßen					
6758	4,469	0,438	4,907	0,000	4,907
6759	3,101	0,204	3,305	0,000	3,305
6760	0,445	0,000	0,445	0,000	0,445
6761	0,232	0,958	1,190	0,000	1,190
6762	1,439	1,534	2,973	0,000	2,973
6763	0,000	0,414	0,414	0,000	0,414
6764	4,826	2,496	7,322	0,000	7,322
6767	4,671	0,000	4,671	0,000	4,671
6768	1,457	0,000	1,457	0,000	1,457
6769	15,972	3,909	19,881	0,006	19,887
6770	2,970	1,196	4,166	0,000	4,166
6771	3,575	0,371	3,946	0,000	3,946
6772	3,277	1,287	4,564	0,000	4,564
6773	2,764	0,000	2,764	0,000	2,764
6774	0,430	0,000	0,430	0,000	0,430
Summe 2	49,628	12,807	62,435	0,006	62,441
Gesamt- summe	218,771	49,845	268,616	9,166	277,782





Interne Leistungsverrechnungen



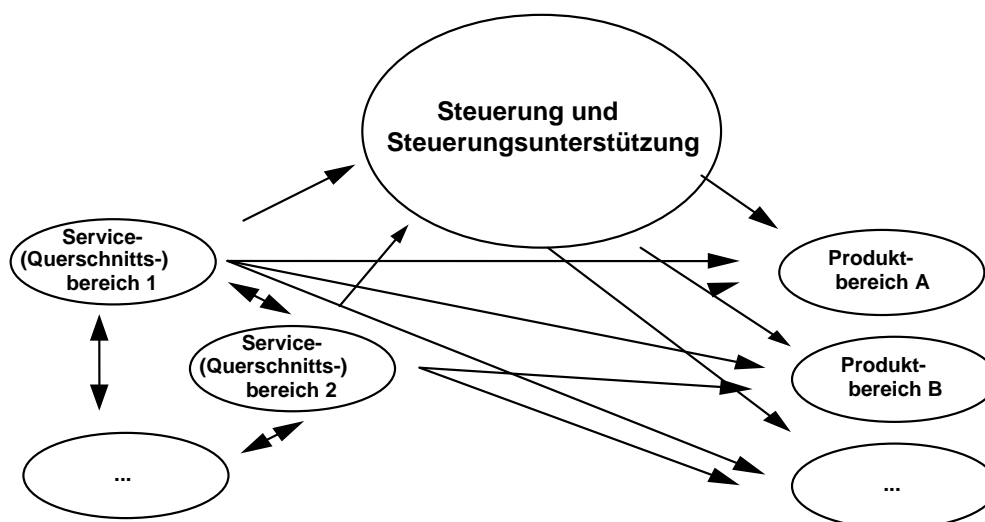
Interne Leistungsverrechnungen 2018

1. Begriff

Gegenstand der internen Leistungsverrechnung ist die Ermittlung und Verteilung sämtlicher Steuerungs-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen innerhalb des Landratsamtes mit dem Ziel das Kostenbewusstsein zu erhöhen und damit die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu verbessern.

Die interne Leistungsverrechnung ermöglicht die vollständige Ermittlung aller Kosten sämtlicher Bereiche durch die Darstellung von Leistungsbeziehungen zwischen der Verwaltungssteuerung (Kreistag, Landrat, Dezernenten), der Steuerungsunterstützung (z. B. Rechnungsprüfung, Zentrale Verwaltung), den Servicebereichen (z. B. Hauptamt, Kreiskämmerei) und den Produktbereichen.

Zur Verdeutlichung der vielfältigen Leistungsbeziehungen soll folgendes Schaubild dienen:



Seit dem Haushalt 2008 erfolgt die Verrechnung der Service-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen flächendeckend auf alle Unterabschnitte. Ab dem Haushalt 2011 werden die internen Leistungen produktorientiert verrechnet. Dabei werden die Kosten folgender Produkte auf die Produktbereiche der Fachämter umgelegt:

a) Serviceprodukte:

- 11.20.01 Organisationsberatung und Untersuchung
- 11.20.04 Entwicklung, Pflege, Betrieb und Betreuung von Tul – Anwendungen auf dezentralen und zentralen Rechnersystemen
- 11.20.05 Betrieb und Unterhaltung des zentralen Netzes einschließlich Telekommunikationsanlagen
- 11.21.03 Ausbildung
- 11.21.04 Fortbildung



- 11.21.05 Bezügeabrechnung einschl. Personalnebenkosten
- 11.21.07 Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- 11.21.50 Personalbedarfsdeckung und –betreuung
- 11.22.01 Haushalts- u. betriebswirtschaftliche Dienstleistungen
- 11.22.02 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner
- 11.22.05 Zahlungsverkehr Verw. Kassenmittel Wertgegenstände
- 11.22.06 Buchhaltung, Haushaltsrechnung
- 11.22.07 Zwangsweise Einziehung von Forderungen
- 11.23.05 Abschluss u. Verwaltung v. Versicherungen
- 11.23.50 Justizariat
- 11.24.50 Verwaltung und Bewirtschaftung bebauter Grundstücke
- 11.25.05 Betreuung von Fahrzeugen
- 11.26.01 Zentraler Einkauf
- 11.26.02 Boten-, Zustell- und Postdienste
- 11.26.03 Hausdruckerei und Vervielfältigungen
- 11.26.04 Hausdienste, Zentraler Schreibdienst
- 11.26.06 Zentrale Bußgeldstelle
- 11.30.02 Internetangebot
- 11.30.03 Herausgabe von Print- u. Non-Print-Medien
- 11.30.05 Pressearbeit

b) Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsprodukte:

- 11.10.01 Steuerung
- 11.11.01 Geschäftsführung Kreistag
- 11.12.01 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen
- 11.12.02 Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung
- 11.12.03 Haushaltscontrolling / Jahresabschluss
- 11.12.04 Beteiligungsmanagement
- 11.13.01 Eigenprüfung
- 11.13.02 Übertragene Prüfungen
- 11.14.01 Gleichstellung von Frau und Mann
- 11.14.03 Personalräte, Jugend- u. Auszubildendenvertretung
- 11.14.04 Schwerbehindertenvertretung
- 11.14.05 Datenschutzbeauftragte/r
- 11.14.06 Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentationen, Veranstaltungen
- 11.14.07 Europaangelegenheiten, Internationales und Fördermittelmanagement
- 11.14.08 Kommunale Integrationsförderung f. Einwohner ausländischer Herkunft
- 11.14.10 Bürgerschaftliches Engagement
- 11.14.50 Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen
- 11.14.51 Behindertenbeauftragte/r



2. Grundlagen

Interne Leistungen sind nach § 16 Abs. 5 GemHVO in den Teilhaushalten zu verrechnen.

Unserer internen Leistungsverrechnung liegt das Arbeitsergebnis „Produktbereich 11 – Interne Leistungsverrechnung von Steuerungs- und Serviceleistungen“ der AG Berichtswesen und Controlling zu Grunde. In diesem Arbeitspapier wurden die Hinweise und Empfehlungen des Vergleichsrings „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg beteiligt sind, eingearbeitet. Die Arbeitsgruppe AG Berichtswesen und Controlling und weitere Arbeitsgruppen wurden im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik gegründet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen leisten Grundlagenarbeit für die Umstellung auf die Doppik und wurden vom Innenministerium BW, Gemeindeprüfungsanstalt BW, Gemeindetag BW, Städtetag BW, Landkreistag BW und Datenverarbeitungsverbund BW geprüft und verabschiedet.

Aufgrund der Fülle und Komplexität der Aufgaben, die bei der Einführung der Kostenrechnung zu erledigen sind, ist unser Ziel eine pragmatische und ergebnisorientierte Kostenrechnung. Deshalb ist der Grundgedanke „vom Groben zum Feinen“ oberste Leitlinie unserer Arbeit.

3. Vorgehensweise

3.1 Vorbemerkungen zur Verrechnung der Steuerungs-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen

Die Verteilung der Kosten erfolgt entsprechend dem Verursacherprinzip entweder anhand

- der tatsächlich angefallenen Kosten (Spitzabrechnung) oder
- eines festgelegten Verteilungsschlüssels, z. B. m², km oder
- von Zeitschätzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter¹ oder
- der Anzahl der Mitarbeiter (= „Köpfe“).

Werden Leistungen anhand der einzelnen Personen verteilt, handelt es sich dabei nicht um die Anzahl der „Stellen“, sondern um die „Köpfe“. Gezählt werden alle Mitarbeiter, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen einschließlich Landesbeamte, Teilzeitkräfte, Waldarbeiter, Straßenwärter, Fleischkontrolleure und Reinigungskräfte. Ausgenommen davon sind Personen, die sich im Erziehungsurlaub befinden sowie Personen, die Altersteilzeit ableisten und beim Blockmodell nicht mehr arbeiten. Für unterschiedliche Anforderungen kann es unterschiedliche Definitionen geben (so werden z. B. die Serviceleistungen für die Bezügeabrechnung tatsächlich nach allen Mitarbeitern verteilt, die Unfallversicherung jedoch auf alle Mitarbeiter ohne die Waldarbeiter und Straßenwärter – da diese separat versichert sind).

Ein Mitarbeiter wird zu 100 % dem Amt zugeordnet, für welches er zum Stichtag 30.06. eines Jahres überwiegend tätig ist.

¹ Im Nachfolgenden wird aus Vereinfachungsgründen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Begriff Mitarbeiter verwendet.



3.2 Serviceleistungen

Serviceleistungen sind verwaltungsinterne Produkte. Sie werden vorrangig für die Produktverantwortlichen, aber auch für die Verwaltungssteuerung / Steuerungsunterstützung und für andere Servicestellen erbracht.

Sie können in der Regel auch von Dritten erbracht werden und sind für die Verantwortlichen entweder unmittelbar (durch die Entscheidungsfreiheit, ob und in welchem Umfang eine Leistungsabnahme erfolgt) oder mittelbar (durch die Beeinflussung der pauschalen Verteilungsschlüssel, z. B. Mitarbeiter oder m²) beeinflussbar.

Bei der Inanspruchnahme des Fuhrparks z. B. können die Kosten, da diese je km verrechnet werden, beeinflusst werden.

3.3 Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen

Steuerungsleistungen sind verwaltungsinterne Leistungen, die in ihrer Gesamtheit der Steuerung des Landkreises/Landratsamts dienen und die nicht von Dritten erbracht werden können. Für die Verantwortlichen (Leistungsempfänger) besteht keinerlei Einflussnahme, ob bzw. inwieweit diese Leistungen beansprucht werden. Die Kosten sind für sie fremdbestimmt.

Es handelt sich hierbei konkret um die Kosten des Kreistags mit seinen Ausschüssen, um amtsübergreifende Steuerungsleistungen des Landrats sowie um die steuerungsunterstützenden Leistungen der Dezernenten und der zentralen Ämter.

Diese Steuerungskosten (alle Kosten der Produkte 11.1*) werden nicht auf die Serviceprodukte verrechnet (Produkte 11.2*), sondern auf die Bereiche, die überwiegend Leistungen für Externe erbringen (alle Produkte der Fachämter).

Zur Aufteilung dieser Kosten gibt es keinen verursachungsgerechten Verteilungsschlüssel. Daher wurde im Arbeitsergebnis der AG Berichtswesen und Controlling zum Produktbereich 11 empfohlen, dass der Gesamtbetrag der Steuerungskosten zu 50 % nach dem bereinigten Haushaltsvolumen und zu 50 % nach der Anzahl der Mitarbeiter („Köpfe“) der Produktbereiche verteilt werden.

Das bereinigte Haushaltsvolumen setzt sich zusammen aus den Konten

40* - Personalaufwendungen

41* - Versorgungsaufwendungen

42* - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

44* - Sonstige ordentliche Aufwendungen

47* - Planmäßige Abschreibungen



4. Zusammenfassung der Verteilungsmaßstäbe für Steuerung, Steuerungsunterstützung und Service

Produkt(gruppe)	Bezeichnung	Verteilungsmaßstab
11.20	Organisation und EDV	
11.20.01	Organisationsberatung und Untersuchung	Spitzabrechnung
11.20.04	Dez. Systeme, Programmentwicklung/-betreuung	1. Spitzabrechnung 2. EDV-Arbeitsplätze
11.20.05	Betrieb Netzwerk, TK-Anlagen	Telefonapparate
11.21	Personalwesen	
11.21.03	Ausbildung	Köpfe
11.21.04	Fortbildung	Köpfe
11.21.05	Bezügeabrechnung einschl. Personalnebenkosten	Köpfe
11.21.07	Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	1. Spitzabrechnung (direkte Verbuchung) 2. Köpfe
11.21.50	Personalbedarfsdeckung und -betreuung	Köpfe
11.22	Finanzverwaltung, Kasse	
11.22.01	Haushalts- u. betriebswirtschaftliche Dienstleistungen	Zeitschätzungen
11.22.02	Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner	Zeitschätzungen
11.22.05	Zahlungsverkehr, Verw. Kassenmittel, Wertgegenst.	Zeitschätzungen
11.22.06	Buchhaltung, Haushaltsrechnung	Zeitschätzungen
11.22.07	Zwangswise Einziehung von Forderungen	Zeitschätzungen
11.23	Justizariat	
11.23.05	Abschluss und Verwaltung von Versicherungen	Köpfe
11.23.50	Justizariat	Köpfe
11.24	Grundstücks-, Gebäude- und Immobilienmanagement	
11.24.50	Verwaltung u. Bewirtschaftung bebauter Grundstücke m ²	
11.25	Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	
11.25.05	Betreuung von Fahrzeugen	km
11.26	Zentrale Dienstleistungen	
11.26.01	Zentraler Einkauf	1. Spitzabr. (direkte Verb.) 2. Köpfe
11.26.02	Boten-, Zustell- und Postdienste	Köpfe
11.26.03	Hausdruckerei und Vervielfältigungen	Kopien
11.26.04	Hausdienste, Zentraler Schreibdienst	Gebühreneinnahmen
11.26.06	Zentrale Bußgeldstelle	Fallzahlen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
11.30.02	Internetangebot	Köpfe
11.30.03	Herausgabe von Print- u. Non-Print-Medien	Köpfe
11.30.05	Pressearbeit	Köpfe
Alle Steuerungs- produkte	Aufzählung siehe vorne	50 % Anzahl Köpfe und 50 % bereinigtes Haushaltsvolumen



5. Mitwirkungsleistungen

Bei den Mitwirkungsleistungen handelt es sich um Leistungen von Fachämtern des Landratsamts, die nicht Querschnittsämter sind, an Fachämter innerhalb des Landratsamts zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung, z. B. Stellungnahmen des Kreisforstamts, Kreislandwirtschaftsamts oder Umweltschutzamts für eine Baugenehmigung des Kreisbauamts.

Prüfungsschema für die Verrechnung von Mitwirkungsleistungen:

1) bei der Leistungserstellung wirken andere Fachämter des Landratsamtes (LRA) mit bzw. werden beteiligt

→ NUR die für die EIGENEN FACHÄMTER DES LRA erbrachten Leistungen sind relevant, NICHT für externe (Behörden) wie z.B. für andere Stadtverwaltungen

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

2) bei der Beteiligung handelt es sich um **KEINE** Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistung

→ dies sind alle Leistungen, die zur Steuerung der Gesamtverwaltung notwendig sind

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

3) bei der Beteiligung handelt es sich um **KEINE** Serviceleistung

→ dies sind Leistungen, die theoretisch auch von Externen erbracht werden könnten wie z.B. Gehaltsabrechnung, Buchhaltung oder Vermessungsarbeiten

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

4) Mitwirkungsleistung

(→ Beteiligung der Fachämter als „Träger öffentlicher Belange“)



5) die Leistung, in die die Mitwirkungsleistung einfließt, hat eine unmittelbare Außenwirkung

→ z.B. Baugenehmigung für Bürger

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung



6) die Leistung ist grundsätzlich gebührenfähig und es liegen auch tatsächlich
Gebühreneinnahmen vor
→ z.B. Stellungnahme für Baugenehmigung, jedoch NICHT für
Bauleitplanungsverfahren

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung

7) es entsteht ein (zusätzlicher) Ressourcenverbrauch beim mitwirkenden Amt (z.B.
durch keine anteiligen Gebühreneinnahmen)

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung

Liegen alle Kriterien vor, erfolgt grundsätzlich eine Verrechnung der Leistungen.

6. Abrechnungen

Die Berechnung der internen Leistungsverrechnungen wird federführend von der
Kämmerei in Zusammenarbeit mit den Fach- und Querschnittsämtern vorgenommen.
Die Verbuchung erfolgt zentral durch die Kämmerei.

Diese Leistungsverrechnungen (Mitwirkungsleistungen und Steuerungs- und Service-
leistungen) werden im Teilergebnishaushalt in der Zeile 24 (Erträge aus internen
Leistungen) und in der Zeile 27 (Aufwendungen für interne Leistungen) dargestellt.

Gemeindefreies Gebiet
„Gutsbezirk Münsingen“



Entwurf

HAUSHALTSSATZUNG

und

HAUSHALTSPLAN

für das
Haushaltsjahr

2018



INHALTSÜBERSICHT	Seite
Haushaltssatzung	473
Vorbericht	475
Budgetierungsregeln	478
Gesamtplan	479
Haushaltsquerschnitt	480
Gesamtergebnisplan	481
Gesamtfinanzplan	482
THH 1 Innere Verwaltung	483
THH 2 Allgemeine Finanzwirtschaft	487
Anlagen zum Haushaltsplan	
1 Mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 - 2021	491
2 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ (Hebesatzung)	495

Haushaltssatzung

Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2010 (GBl. 1064/2010) i. V. m. § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 (GBl. S. 581 ff., berichtigt S. 698/2000), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99) und des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 22.04.2009 (GBl. S. 185/2009) hat der Kreistag am folgende **Haushaltssatzung für das Jahr 2018** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	23.000 EUR
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	23.000 EUR
<hr/>	
1.3 Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	0 EUR
1.4 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 EUR
<hr/>	
1.5 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	0 EUR
1.6 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 EUR
1.7 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 EUR
<hr/>	
1.8 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 EUR
<hr/>	
1.9 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo aus 1.5 und 1.8) von	0 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	23.000 EUR
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	23.000 EUR
<hr/>	
2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verw.tätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	0 EUR
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0 EUR
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	0 EUR
<hr/>	
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	0 EUR
<hr/>	
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	0 EUR
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
<hr/>	
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0 EUR
<hr/>	
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	0 EUR

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

0 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

0 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

4.000 EUR

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) wurden in der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom wie folgt festgesetzt:

1. für die Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf
- der Steuermessbeträge;

350 v. H.

350 v. H.

2. für die Gewerbesteuer auf

der Steuermessbeträge

350 v. H.

Reutlingen, den

Thomas Reumann, Landrat



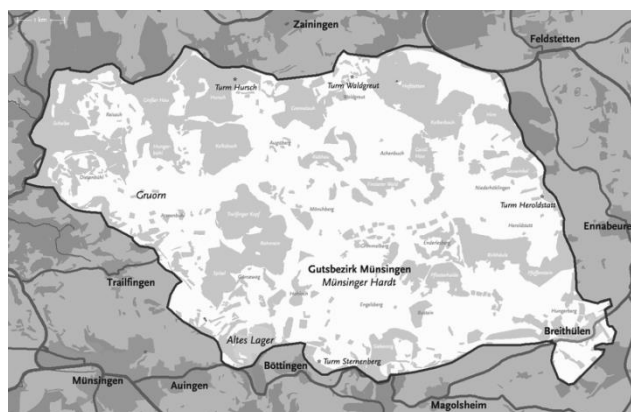
Vorbericht zum Haushalt 2018 gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

1. Entwicklung des Gutsbezirks Münsingen

Nach Wegfall der militärischen Nutzung auf dem Truppenübungsplatz Münsingen trat zum 01.01.2011 auf Antrag der beteiligten Kommunen, des Landkreises Reutlingen, des Alb-Donau-Kreises, der Stadt Münsingen, der Gemeinde Heroldstatt und der Stadt Schelklingen, (KT-Drucksache Nr. VIII-0099) das Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft. Mit der Neugliederung wurde ein Teil der (bewohnten) Fläche mit ca. 96 Hektar der Stadt Münsingen zugewiesen und verblieb damit im Landkreis Reutlingen.

Andere Flächen des Gutsbezirks (das bewohnte Breithülen und das ehemalige Remonteamt) gingen an die Gemeinde Heroldstatt (77 Hektar) sowie an die Stadt Schelklingen (56 Hektar) im Alb-Donau-Kreis.

Die restliche, unbewohnte Fläche des Gutsbezirks mit einer Größe von 6473 ha = 64,73 km² bleibt gemeindefrei und ist wegen der für das Gebiet geltenden naturschutzrechtlichen Restriktionen und der aus der Munitionsbelastung resultierenden Gefahren dauerhaft einer Nutzung oder Erschließung für Siedlungs-, Wirtschafts- oder Verkehrszwecke entzogen.





2. Verwaltung

Die Aufgaben in den besiedelten Gebieten Breithülen und Altes Lager sowie im ehemaligen Munitionsdepot gingen auf die „aufnehmenden“ Gemeinden über. Welche Aufgaben auf den Landkreis Reutlingen übertragen wurden regelt § 2 des Gesetzes zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ vom 15.12.2010.

Der Landkreis Reutlingen erfüllt demnach in dem gemeindefrei bleibenden Gebiet, das bereits Bestandteil des Kreisgebiets ist, alle Aufgaben, die im Gemeindegebiet einer kreisangehörigen Gemeinde obliegen. Dementsprechend erhielt der Landkreis Reutlingen in dem Gebiet die hoheitlichen Befugnisse einer kreisangehörigen Gemeinde.

Der Landkreis Reutlingen ist auch in förderrechtlicher Hinsicht den Gemeinden gleichgestellt. Insbesondere für Bauten im Bereich Gruorn aber auch für evtl. weitere Tourismuseinrichtungen werden ggfs. auch künftig Zuschüsse aus dem Ausgleichstock, dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) oder dem Tourismusinfrastrukturprogramm benötigt.

Der Landkreis Reutlingen hat mit der Stadt Münsingen am 03.12.2012 (Genehmigungsvermerk des Regierungspräsidiums Tübingen) eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung des **Brandschutzes** im Gutsbezirk geschlossen. Als Ausgleich der Aufwendungen für die Feuerwehr (insb. Vorhaltekosten) erhält die Stadt Münsingen auf der Grundlage dieser Vereinbarung jährlich ca. 17.600 EUR. Entsprechend der Rahmenvereinbarung zwischen dem Landkreis Reutlingen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat die Grundstückseigentümerin (BImA) die Kosten an den Landkreis zu erstatten. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erstattet die Grundstückseigentümerin den jährlichen Aufwand direkt an die Stadt Münsingen.

Gefahrenabwehr:

Zur Gefahrenabwehr und -minimierung, Beratung und Gefährdungsbeurteilung hat der Landkreis Reutlingen gegen Kostenersatz Mitarbeiter der BImA (insgesamt drei geringfügig Beschäftigte) mit dem Aufgabenkreis einer Vertretung der Ortspolizeibehörde (Vollzug der Gefahrenabwehr, polizeiliche Befugnisse etc.) übernommen.

Die Zuständigkeit zur Gefahrenabwehr nach der StVO ist bei der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts angesiedelt. Grundsätzlich ist jedoch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigentümerin für die Gefahrenabwehr auf dem Platz zuständig.

3. Finanzen und Realsteuern

Das Finanzministerium hat ergänzend zu dem Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ Regelungen der dem Landkreis Reutlingen zustehenden Befugnisse nach dem Grundsteuergesetz und dem Gewerbesteuergesetz sowie eine Verordnung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom 28.02.2011 erlassen. Aufgrund dieser Verordnung, erhebt der Landkreis Reutlingen im gemeindefreien Gebiet die Grundsteuer.



Das zuständige Finanzamt stellt fest, sobald und soweit für die vereinzelt im gemeindefreien Gebiet operierende Gewerbebetriebe Messbescheide zur Erhebung von Gewerbesteuer erlassen werden. Bislang war dies nicht der Fall, weil aktuell sämtliche Firmen an ihrem Hauptsitz veranlagt werden.

Die Hebesätze wurden vom Landkreis Reutlingen durch Satzung festgelegt. Bei der Höhe der Hebesätze orientiert sich der Landkreis Reutlingen an den Hebesätzen der benachbarten Städten und Gemeinden Heroldstatt, Laichingen, Münsingen, Römerstein und Bad Urach orientiert. Nach den dort derzeit geltenden Hebesätzen ergibt sich für die Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke) ein durchschnittlicher Hebesatz von 358 v. H., für die Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) 350 v. H. und für etwaige Gewerbesteuer ein Hebesatz von 353 v. H..

Der Kreistag hat am 25.05.2011 eine Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer beschlossen und die seinerzeit durchschnittlich ermittelten Sätze gerundet. Auf der Grundlage der aktuellen Hebesätze sollte die Satzung ab 01.01.2018 angepasst werden. Die Verwaltung rechnet auf der ermittelten Basis mit einem Realsteueraufkommen (Grundsteuer A und B) in der Größenordnung von ca. 23.000 EUR.

Die Erlöse aus der Steuererhebung decken die durch die Aufgabenübertragung im gemeindefrei bleibenden Gebiet des Gutsbezirks Münsingen entstehende personelle und verwaltungstechnische Mehrbelastung des Landkreises Reutlingen. Die Kämmerei hat als Grundlage und Nachweis dafür eine kalkulatorische Kostenübersicht erstellt. Die Einzahlungen und Auszahlungen des Gutsbezirks Münsingen werden über die Kreiskasse abgewickelt.

4. Umlagen

4.1 FAG

Das Land erhebt auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes - § 1a FAG - von den Gemeinden und Landkreisen jährlich eine Finanzausgleichsumlage entsprechend der Steuerkraftsummen. Die vorläufige Steuerkraftsumme des Gutsbezirks beläuft sich auf 13.117 EUR.

4.2 Kreisumlage

Die Kreisumlage (§ 35 FAG) wird in einem Hundertsatz (Umlagesatz) der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Landkreises (§ 38 Abs. 1 FAG) bemessen.

Gemeindefreie Grundstücke wie der Gutsbezirk Münsingen sind bei der Umlagenerhebung nach § 31 FAG den Gemeinden gleichgestellt.

Beide Umlagen wurden im Haushaltsplan-Entwurf 2018 als Transferaufwendungen mit insgesamt 7.300 EUR beziffert.



Budgetierungsregeln

Zum Vollzug des Haushaltsplanes 2018 insbesondere im Hinblick auf die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird bezüglich der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen folgendes festgelegt:

1. Ergebnishaushalt

Sämtliche Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (vgl. § 20 Abs. 1 GemHVO). Mehrerträge können für Mehraufwendungen verwendet werden. Wenigererträge sollen durch Wenigeraufwendungen ausgeglichen werden (unechte Deckungsfähigkeit; vgl. § 19 Abs. 2 GemHVO).

2. Finanzhaushalt

Mehreinzahlungen können für Mehrauszahlungen verwendet werden. Wenigereinzahlungen sollen durch Wenigerauszahlungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 4 GemHVO).

3. Übertragbarkeit

Alle Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen werden grundsätzlich für übertragbar erklärt (vgl. § 21 Abs. 2 GemHVO).

Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

Gesamtplan

2018



Haushaltsquerschnitt 2018 Ergebnishaushalt

	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Kalkulatorisches Ergebnis	Nettoressourcenverbrauch
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
THH 1	Innere Verwaltung	0	-15.700	-15.700	0	-15.700
THH 2	Allgemeine Finanzwirtschaft	23.000	-7.300	15.700	0	15.700
	Gesamtsumme	23.000	-23.000	0	0	0

Haushaltsquerschnitt 2018 Finanzhaushalt

	Bezeichnung	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Finanzmittelfehlbetrag/-überschuss	Verpflichtungsermächtigung (VE)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
THH 1	Innere Verwaltung	-15.700	0	0	-15.700	0
THH 2	Allgemeine Finanzwirtschaft	15.700	0	0	15.700	0
	Gesamtsumme	0	0	0	0	0

Nachrichtlich

Finanzmittelfehlbetrag/-überschuss	0
+ Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
./. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	0



Gesamt - Ergebnishaushalt

lfd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR 1	Ansatz 2017 EUR 2	vorläufiges Ergebnis 2016 EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	23.000	23.000	22.942
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
7	+	Finanzerträge	0	0	0
8	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	23.000	23.000	22.942
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-7.300	-12.500	-6.082
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.700	-8.500	-16.860
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-23.000	-23.000	-22.942
19	=	Ordentliches Ergebnis	0	0	0
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0	0	0
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0	0
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	0	0	0



Gesamt - Finanzhaushalt

lfd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	23.000	23.000	22.942
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-23.000	-23.000	-22.942
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	0	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0
22	=	Finanzierungsmittelbestand	0	0	0



Teilhaushalt 1

Innere Verwaltung

Bestehend aus der Produktgruppe

- 11.22 Verwaltung gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“



THH1

Innere Verwaltung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR 1	Ansatz 2017 EUR 2	vorläufiges Ergebnis 2015 EUR 3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.700	-8.500	-16.860
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-15.700	-10.500	-16.860
19	=	Ordentliches Ergebnis	-15.700	-10.500	-16.860
21	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-15.700	-10.500	-16.860
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-15.700	-10.500	-16.860
33		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Aufwendungen	0	0	0



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0





Teilhaushalt 2

Allgemeine Finanzwirtschaft

Bestehend aus der Produktgruppe

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen



THH2

Allgemeine Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018 EUR 1	Ansatz 2017 EUR 2	vorläufiges Ergebnis 2016 EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	23.000	23.000	22.942
2	+	Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	23.000	23.000	22.942
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-7.300	-12.500	-6.082
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-7.300	-12.500	-6.082
19	=	Ordentliches Ergebnis	15.700	10.500	16.860
21	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	15.700	10.500	16.860
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	15.700	10.500	16.860
32		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	0	0	0
33		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Aufwendungen	0	0	0



THH2

Allgemeine Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Ansatz 2017	vorläufiges Ergebnis 2016
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0





Anlage 1

Finanzplan

2017 - 2021



I. Ergebnishaushalt

Mittelfristige Finanzplanung Ergebnishaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0	0	0
3	Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0
4	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0
6	Kostenerstattung und Kostenumlagen	0	0	0	0	0
7	Finanzerträge	0	0	0	0	0
8	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0
10	Summe ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
11	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0
12	Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
14	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	0
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
16	Transferaufwendungen	-12.500	-7.300	-7.300	-7.300	-7.300
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.500	-13.700	-13.700	-13.700	-13.700
18	Summe ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
19	Ordentliches Ergebnis (Saldo Nr. 10 und 18)	0	0	0	0	0
21	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nr. 19 und 20)	0	0	0	0	0
24	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo Nr. 22 und 23)	0	0	0	0	0
25	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe Nr. 21 und 24)	0	0	0	0	0



II. Finanzhaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Finanzhaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
1	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
2	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 1 und 2)	0	0	0	0	0
4	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0
6	Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0
7	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
9	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 4 bis 8)	0	0	0	0	0
10	Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0
11	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0
12	Auszahlungen für Erwerb bewegl. Sachvermögen	0	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
14	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0
16	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 15)	0	0	0	0	0
17	Saldo Investitionstätigkeit (Nr. 9 und 16)	0	0	0	0	0
18	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo aus Nr. 3 und 17)	0	0	0	0	0
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0	0	0
20	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0	0	0
21	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 19 und 20)	0	0	0	0	0
22	Finanzierungsmittelbestand	0	0	0	0	0





Anlage 2

**Satzung
über die Erhebung
der Grundsteuer und Gewerbesteuer
im gemeindefreien Gebiet
„Gutsbezirk Münsingen“**



Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

Auf Grund von § 3 der Landkreisordnung und § 2 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 1, 25 und 28 des Grundsteuergesetzes und §§ 1, 4 und 16 des Gewerbesteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung und § 1 der Verordnung der Landesregierung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom 28.02.2011 hat der Kreistag des Landkreises Reutlingen am folgende Satzung neu beschlossen:

§ 1

Steuererhebung

Der Landkreis Reutlingen erhebt von dem im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ liegenden Grundbesitz Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes. Er erhebt Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes von den stehenden Gewerbebetrieben mit Betriebsstätte im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ und den Reisegewerbebetrieben mit Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“.

§ 2

Steuerhebesätze

Die Hebesätze werden festgesetzt

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | für die Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 350 v. H. |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 350 v. H. |
| 2. | für die Gewerbesteuer auf | 350 v. H. |

der Steuermessbeträge.

§ 3

Geltungsdauer

Die in § 2 festgelegten Hebesätze gelten erstmals für das Kalenderjahr 2018.



§ 4 **Grundsteuerkleinbeträge**

Grundsteuerkleinbeträge in Sinne des § 28 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes werden fällig

- a) am 15. August mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser 15,00 EUR nicht übersteigt,
- b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrags, wenn dieser 30,00 EUR nicht übersteigt.

§ 5 **Schlussbestimmungen**

- 1. Diese Satzung tritt zum 01.01.2018 in Kraft.
- 2. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer vom 25.05.2011 außer Kraft.





Glossar zum Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR)



Abschreibung	Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Vermögens. Mit ihrer Hilfe werden die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden (Haushaltsjahre) aufgeteilt. Die Aufteilung erfolgt nach unterschiedlichen Abschreibungsmethoden, es gibt planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Letztere kommen nur in Ausnahmefällen in Betracht (Unfall-, Feuerschaden usw.). Vgl. auch Wertberichtigung. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich in gleichen Jahresraten über die Dauer der Nutzung.
Abschreibungszeitraum	Die Nutzungsdauer bzw. die wirtschaftliche Lebensdauer eines Vermögensgegenstandes muss aufgrund bestimmter Annahmen im Vorhinein geschätzt werden. Eine nachträgliche Änderung der Nutzungsdauer kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen (Unfall-, Feuerschaden usw.).
Aktiva	Der Begriff Aktiva bezeichnet die Gesamtheit des Vermögens, Rechnungsabgrenzungs- und Korrekturposten. Aktiva werden bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz auf der linken Bilanzseite aufgeführt. Diese Seite gibt Auskunft über die Mittelverwendung. Gegensatz: Passiva
Aktivierung	Aktivierung bezeichnet das buchhalterische Verfahren zur Erfassung von Vermögensgegenständen als Aktiva.
Aktivierungspflicht	In der Bilanz sind grundsätzlich alle Vermögensgegenstände im wirtschaftlichen Eigentum des Landkreises, aber auch Rechnungsabgrenzungsposten am Bilanzstichtag auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisen. Eine entsprechende Passivierungspflicht gilt für Passiva.
Aktivierungswahlrecht	Es wird von einem Aktivierungswahlrecht gesprochen, wenn die Wahlmöglichkeit besteht, einen Geschäftsvorfall entweder als Vermögenszugang zu aktivieren oder als Aufwand in der Zugangsperiode zu erfassen.
Aktivkonto	Aktivkonten sind die einzelnen Posten auf der linken Seite der Bilanz; vgl. auch Aktiva.
Anhang	Der Anhang ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Aufgabe des Anhangs ist es, die in der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie die in den Teilrechnungen enthaltenen Informationen zu erläutern und Angaben zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsverfahren, Abschreibungsmethoden, dem Anlagenspiegel etc. zu machen.
Anlagenbuchhaltung	In der Anlagenbuchhaltung wird das Vermögen erfasst und bewertet. Sie dient dem Zweck, die Vermögensgegenstände nach Art und Menge aufzuzeichnen sowie die Werte des Anlagenbestandes fortzuschreiben. Darüber hinaus ermöglicht die Anlagenbuchhaltung, die gebrauchsbedingte Abnutzung der Vermögensgegenstände wertmäßig in Form von Abschreibungen zu erfassen.



Anschaffungskosten	Zu den Anschaffungskosten zählen alle Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können.
Aufwand bzw. Aufwendungen	Aufwand stellt den wertmäßigen, zahlungs- und nicht zahlungswirksamen Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen (Ressourcenverbrauch) eines Haushaltsjahres dar.
Ausgabe	Ausgaben im betriebswirtschaftlichen Sinne bezeichnen sämtliche Abgänge im Geldvermögensbestand (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Forderungen – Bestand an Verbindlichkeiten). Hierzu gehören u.a. die Verminderung des Kassenbestandes, die Verminderung des Forderungsbestandes und die Erhöhung des Verbindlichkeitenbestandes.
außerordentliche Abschreibungen	Wertkorrektur aufgrund einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes, die nicht im Abschreibungsplan (planmäßige Abschreibung) berücksichtigt worden sind. Beispiele: Blitzschlag zerstört EDV-Anlage, technische Veralterung von Anlagegütern aufgrund von technischen Weiterentwicklungen.
außerordentliche Aufwendungen	Hierunter sind solche Aufwendungen zu verstehen, die – im Gegensatz zu den ordentlichen Aufwendungen – außerhalb der eigentlichen gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und unregelmäßig (selten) anfallen.
außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	Aufwendungen und Auszahlungen, für die im Haushaltsplan keine Ermächtigung veranschlagt und keine aus Vorjahren übertragenen Ansätze verfügbar sind.
Auszahlungen	Unter Auszahlung versteht man alle reinen Zahlungsvorgänge, die zu einer Verminderung des Zahlungsmittelbestandes durch den Abfluss liquider Mittel (z.B. Barauszahlung oder Überweisung) führen.
Basiskapital	Die sich in der Eröffnungsbilanz ergebende Differenz zwischen Vermögen und Abgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Bilanz.
Baumaßnahmen	Neu-, Erweiterung- und Umbauten sowie die Instandsetzung von Bauten, soweit sie nicht der Unterhaltung baulicher Anlagen dienen
Benchmarking	Benchmarking ist der kontinuierliche Vergleich der eigenen Produkte, Dienstleistungen sowie Prozesse und Methoden mit anderen Anbietern (z.B. Behörden, Ämtern). Ziel dieser Vergleiche ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des eigenen Bereiches.
Bestandskonten	Die Konten, auf denen die Zu- und Abgänge im Bestand von Vermögensgegenständen, Schulden und Eigenkapital aufgezeichnet werden, bezeichnet man als Bestandskonten. Bestandskonten werden mit ihrem Anfangsbestand aus der Eröffnungsbilanz abgeleitet, der Schlussbestand geht in die Schlussbilanz ein. Man unterscheidet aktive und passive Bestandskonten. Bestandskonten auf der Aktivseite der Bilanz zeigen das Vermögen, während Bestandskonten auf der Passivseite Auskunft über die Finanzierung des Vermögens (z. B. durch Eigen- oder Fremdkapital) geben.



Betrieb gewerblicher Art	Steuerrechtlicher Begriff für Einrichtungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Betriebe der öffentlichen Hand), die nachhaltig wirtschaftlichen Tätigkeiten zur Erzielung von Einnahmen dienen („am Markt tätig sein“).
Betriebskostenzuschuss	Betriebskostenzuschüsse sind eine besondere Form der Zuwendungen des Landkreises an den unternehmerischen Bereich. Geleistete Betriebskostenzuschüsse stellen für den Landkreis Aufwand dar, eine Aktivierung findet nicht statt.
Bewertung	Bewertung nennt sich der Vorgang, bei dem der Wert der einzelnen unter den Bilanzpositionen (Aktiva, Passiva) zu findenden Vermögensgegenstände ermittelt wird.
Bewirtschaftung	Bewirtschaftung ist die Inanspruchnahme der im Haushaltsplan enthaltenen Ermächtigungen einschließlich der Verpflichtungsermächtigung und deren Überwachung.
Bilanz	Die Bilanz ist ein Bestandteil des Jahresabschlusses. In ihr werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig zu einem bestimmten Stichtag (31.12.) in Kontenform gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel, d.h. über die Zusammensetzung des Vermögens. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals (Ansprüche der Gläubiger, z. B. Banken gegenüber einem Kreditnehmer) und des Reinvermögens (als Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital) Auskunft über die Mittelherkunft. Es besteht Bilanzgleichheit, d.h. die Bilanz ist immer ausgeglichen (Aktiva = Passiva).
Buchwert	Buchwert ist der in der Bilanz nach den Bewertungsregeln ausgewiesene Wert eines einzelnen Aktiv- oder Passivpostens. Er ergibt sich z. B. bei abschreibbaren Vermögensgegenständen aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und kumulierten Abschreibungen.
Budget	Als Budget bezeichnet man die im Haushalt für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Mittel (Ermächtigungen), die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele zugewiesen sind.
Budgetierung	Budgetierung stellt eine Möglichkeit dar, Verantwortung zu dezentralisieren. Dies kann geschehen, indem eine Organisationseinheit die Verantwortung für ihren Mitteleinsatz innerhalb eines Finanzrahmens bei festgelegtem Leistungsumfang selbst bestimmen kann.
Cash Flow	Der Cash Flow ist die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der Periode. Der Cash Flow verdeutlicht, in welchem Umfang im betrachteten Zeitraum die laufende Betriebstätigkeit zu Einnahmeüberschüssen führt. Er ist ein Finanz- und Erfolgsindikator, der zeigt, in welcher Höhe ein Unternehmen bzw. ein Unternehmensbereich aus eigener Kraft finanzielle Mittel erwirtschaftet hat bzw. erwirtschaften kann.



Controlling	Controlling umfasst Aufgaben der Kontrolle, Planung, Lenkung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse. Controlling ist Teilbereich der Verwaltungsführung als Koordinierungsaufgabe für Planung, Kontrolle und Information. Controlling ist somit ein begleitender betriebswirtschaftlicher Service (Managementunterstützung) für das Management durch Informationen und Vorschläge für Planung, Steuerung, Kontrolle und Systemgestaltung (einschließlich der Gestaltung des Führungs- und Controllingsystems).
Deckungsfähigkeit	Unter Deckungsfähigkeit versteht man die Ermächtigung, Ausgaben über den Haushaltsansatz hinaus zu leisten, wenn bei einem anderen Haushaltsansatz noch Mittel verfügbar sind. Unterschieden wird die echte Deckungsfähigkeit die sich ausschließlich auf die Aufwands-/Auszahlungsseite bezieht, und die unechte Deckungsfähigkeit, bei der Mehrerträge/höhere Einzahlungen zu Leistung höherer Aufwendungen/Auszahlungen verwendet werden dürfen.
Doppelte Buchführung („Doppik“)	Als Buchführung wird die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit bezeichnet, wobei das Ziel verfolgt wird, dem Betrachter jederzeit einen Überblick über die Lage und Entwicklung des Vermögens zu ermöglichen. Bei der doppelten Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der sogenannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung und zur Ermittlung des Erfolges). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort „Doppik“ (= Doppelte Buchführung in Konten) etabliert.
Drei-Komponenten-Modell	Das Drei-Komponenten-Modell ergänzt die in der Privatwirtschaft üblichen Jahresabschlussteile Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung um die Finanzrechnung als dritte Komponente. Hiermit soll das Budgetrecht des Gemeinderats gewahrt und eine Zahlungskomponente integriert werden, auf deren Basis die neue Haushaltsplanung erfolgt. Es wurde erstmals von Prof. Lüder im Rahmen des Speyerer Verfahrens für die Doppik im öffentlichen Bereich vorgeschlagen.
Durchlaufende Finanzmittel	Zahlung, die für einen Dritten lediglich eingenommen und ausgegeben werden.
Eigenkapital	Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. Es ergibt sich aus der Summe des Basiskapitals und der Rücklagen. Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Ergibt sich aus der Differenz ein negatives Eigenkapital, wird dies durch einen Ausgleichsposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auf der Aktivseite ausgewiesen.
Einnahmen	Als Einnahmen werden alle Zugänge im Geldmittel- und Forderungsbestand bezeichnet.
Einzahlungen	Einzahlungen sind Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen, die die Liquidität erhöhen (Kassenbestand, Bankguthaben).



Einzelkosten	Einzelkosten sind Kosten, die sich direkt und verursachungsgerecht einem bestimmten Produkt zuordnen lassen.
Erfolgskonten	Die Konten, auf denen Aufwendungen und Erträge verrechnet werden, bezeichnet man als Erfolgskonten. Auf Aufwandskonten werden Aufwendungen, z.B. Mietaufwendungen, Personalaufwendungen, Energieaufwendungen etc. erfasst. Auf Ertragskonten werden die Erträge gebucht, z.B. Gebühren, Einnahmen aus Drittmittelgeschäften. Mit dem Abschluss der Aufwands- und Ertragskonten in der Ergebnisrechnung wird das Jahresergebnis in dem abzuschließenden Geschäftsjahr festgestellt.
Ergebnis	Als Ergebnis bzw. als Erfolg wird der Saldo von Ertrag und Aufwand bezeichnet. Das Ergebnis kann im Rahmen der Ergebnisrechnung untergliedert werden in das ordentliche und das außerordentlichen Ergebnis.
Ergebnishaushalt	Der Ergebnishaushalt ist Bestandteil des doppischen Haushaltsplans. Im Ergebnishaushalt werden die geplanten Erträge und Aufwendungen nach Arten getrennt ausgewiesen.
Ergebnisrechnung	Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird eine Jahresunterdeckung/- Fehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.
Eröffnungsbilanz	Der Landkreis hat im ersten Haushaltsjahr, in dem die Bestimmungen des neuen kommunalen Haushaltsrechts anzuwenden sind, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Für diese Bilanz gelten besondere Regeln. So fehlen z.B. Bilanzwerte eines Vorjahres, so dass z. B. die Bewertung von Vermögen in der Eröffnungsbilanz anders geregelt ist, als bei später aufzustellenden Bilanzen. Daneben gibt es Bewertungsvereinfachungen bzw. Bewertungserleichterungen.
Erträge	Erträge stellen zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Wertzuwachs (Ressourcenaufkommen) eines Haushaltsjahres dar.
Fehlbetrag	Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung höher sind als die ordentlichen und außerordentlichen Erträge.
Finanzanlagen	Finanzanlagen sind Anteile an Unternehmen oder Sondervermögen, Ausleihungen oder Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem (Verwaltungs-)betrieb zu dienen.
Finanzmittel	Die Finanzmittel umfassen den Bestand an Bargeld und die Guthaben bzw. Kontokorrentverbindlichkeiten auf Girokonten. Synonym werden auch die Begriffe „finanzielle Mittel“ und „Zahlungsmittel“ verwendet.



Finanzhaushalt	Der Finanzhaushalt ist Bestandteil des doppischen Haushaltsplans. Im Finanzhaushalt werden die geplanten Ein- und Auszahlungen getrennt nach Zahlungsarten (z. B. Personalzahlungen, Transferzahlungen) ausgewiesen.
Finanzplanung	Der Landkreis hat seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Sie besteht aus einer Übersicht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen und des zu veranschlagenden ordentlichen Ergebnisses des Ergebnishaushalts und einer Übersicht über die Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts. Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist eine Gliederung nach Aufgabenbereichen vorzunehmen. Bei der Finanzplanung handelt es sich um ein Arbeitsprogramm, das unverbindlich ist und vom Kreistag formal beschlossen wird.
Finanzrechnung	Die Finanzrechnung ist Teil des so genannten Drei-Komponenten-Modells. Sie beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen. In der Finanzrechnung werden auch nicht ergebniswirksame Ein- und Auszahlungen erfasst. Diese betrifft in erster Linie investive Zahlungen; aber auch Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit sowie die haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge.
Forderungen	Werden Waren oder Dienstleistungen gegen spätere Zahlung geliefert bzw. erbracht („auf Ziel“), so hat der Verkäufer eine Forderung (Anspruch auf Erfüllung) gegenüber dem Käufer in Höhe des Rechnungsbetrages zum Fälligkeitsdatum.
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relationen zum Eigenkapital den Anteil der Fremdfinanzierung des Vermögens an.
Gemeinkosten	Kosten, die im Gegensatz zu den Einzelkosten keinem Kostenträger oder Kostenstelle direkt bzw. unmittelbar zurechenbar sind oder aus wirtschaftlichen Gründen eine Zurechnung nicht sinnvoll ist. Sie werden auch als indirekte Kosten oder Kostenträrgemeinkosten bezeichnet. Im Rahmen der Kostenstellenrechnung werden sie durch Verrechnungssätze oder Schlüsselgrößen Endkostenstellen bzw. Kostenträgern anteilig zugeordnet.
Generationengerechtigkeit	Generationengerechtigkeit (intergenerative Gerechtigkeit) ist die Forderung nach einer Ethik, die u.a. auch die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigt. Die Doppik stellt einen Schritt zu mehr Generationengerechtigkeit dar, da sie den Ressourcenverbrauch periodengerecht erfasst und für Steuerungsmaßnahmen aufbereitet.
Gewinn- und Verlustrechnung	Im kaufmännischen Rechnungswesen wird die der Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet. Während die Bilanz einen stichtagsbezogenen Überblick auf die Lage des Vermögens gewährleistet, stellt die GuV Aufwendungen und Erträge innerhalb einer Rechnungslegungsperiode, also zeitraumbezogen, dar.



Haushaltsvermerke	Haushaltsvermerke sind einschränkende oder erweiternde Bestimmungen zu Ansätzen des Haushaltsplans (z.B. Vermerke über Deckungsfähigkeit, Übertragbarkeit, Zweckbindung, Sperrvermerke).
Haushaltsplan	Der Haushaltsplan ist Teil der Haushaltssatzung und enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben des Landkreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen, eingehenden ergebniswirksamen und vermögenswirksamen Einzahlungen und zu leistenden ergebnis- und vermögenswirksamen Auszahlungen sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen. Er ist für die Führung der Haushaltswirtschaft verbindlich; Ansprüche und Verbindlichkeiten werden durch ihn weder begründet noch aufgehoben.
Haushaltsquerschnitt	Der Haushaltsquerschnitt zeigt die Zusammenfassung des Haushaltsplans nach Kostenarten und Teilhaushalte.
Herstellungskosten	Als Wertansatz zur Aktivierung werden bei selbst hergestellten Vermögensgegenständen des Sachvermögens die Herstellungskosten angesetzt. Dabei handelt es sich um Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Vermögensgegenstandes, seine Erweiterung oder für eine über seinen ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstanden sind. Handels- bzw. steuerrechtlich bestehen unterschiedliche Vorschriften, welche Einzel- und anteiligen Gesamtkosten als Bestandteile in die Herstellungskosten einbezogen werden können.
Infrastrukturvermögen	In der Bilanz wird das Infrastrukturvermögen in separaten Bilanzpositionen ausgewiesen. Hierzu gehören z. B. Straßen, Wege, Plätze, Hafenanlagen sowie Parks und Grünanlagen.
Inventar	Das Inventar ist das Verzeichnis, das die im Rahmen der Inventur ermittelten Vermögensgegenstände und Schulden detailliert nach Art, Menge und Wert aufzeigt. Es dokumentiert das Vermögen und die Schulden zu einem bestimmten Stichtag.
Inventur	Die Inventur ist die mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme des Vermögens, auch der Schulden, des Landkreises zu einem bestimmten Zeitpunkt. Sie ist handelsrechtlich für den Schluss eines jeden Geschäftsjahres vorgeschrieben. Diese Bestandsaufnahme erfolgt vom Grundsatz her körperlich (durch Messen, Zählen, Wiegen) sowie durch Verfahren der Buchinventur. Bestimmte Vermögensgüter, wie z. B. Forderungen, brauchen nur wertmäßig bestimmt werden. Die Ergebnisse der Inventur werden in einem Verzeichnis, dem Inventar, festgehalten.
Investitionen	Eine Investition ist die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Sach- oder des Finanzvermögens (Auszahlungen für die Veränderung des Vermögens).
Investitionsförderungsmaßnahme	Zuweisungen, Zuschüsse und Darlehen für Investitionen Dritter und für Investitionen der Sondervermögen mit Sonderrechnung (z.B. Eigenbetrieb).



Jahresabschluss	Ein Jahresabschluss besteht aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie dem Anhang. Hinzu kommt ein Lagebericht.
Jahresergebnis	Siehe Ergebnis
Jahresfehlbetrag	Siehe Fehlbetrag
Jahresüberschuss	Ein Jahresüberschuss (Gewinn) entsteht, wenn die Erträge die Aufwendungen des Haushaltsjahres übersteigen.
Kalkulatorische Kosten	Kosten, die nicht oder in anderer Höhe im Aufwand enthalten sind, werden zur exakten Ermittlung des Wertes einer Leistung zu Kalkulationszwecken hinzugefügt, z. B. kalkulatorische Zinsen.
Kalkulatorische Zinsen	Die kalkulatorischen Zinsen stellen das kostenmäßige Äquivalent für das in einer Einrichtung gebundene Kapital dar. Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen geht davon aus, dass die zur Verfügung gestellten Budgetmittel für andere öffentliche Zwecke verwendet werden könnten. Diese stellen sogenannte Opportunitätskosten (Kosten der entgangenen Gelegenheit) dar.
Kameralistik	Methode der Rechnungslegung. Das kameralistische Rechnungswesen knüpft an die Buchung der realen Zahlungsvorgänge an, reicht technisch aber über eine reine Einnahme-/Überschussrechnung hinaus.
Kennzahlen	Zahlen, die in komprimierter Form über (betriebswirtschaftliche) Sachverhalte informieren. Sie können als Zielgrößen (Soll-Werte, operationale Ziele) definiert werden und ermöglichen es, durch einen Vergleich zwischen Soll- und Ist-Werten die Zielerreichung zu messen.
Kosten	Kosten sind ein Begriff der Kostenrechnung. Kosten sind der in Geld ausgedrückte Werteinsatz zur Leistungserstellung, in Form von verbrauchten Gütern und in Anspruch genommenen Diensten, soweit sie zur Leistungserstellung notwendig und dem Haushaltsjahr zuzuordnen sind.
Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Die KLR ist ein betriebswirtschaftliches Instrument, das die Kosten, die bei der Leistungserstellung entstehen, erfasst und verursachergerecht zuordnet und so dazu beiträgt, die Kosten- und Leistungstransparenz zu verbessern.
Kostenstelle	Bezeichnet die organisatorische Einheit, die Kosten verursacht und diese beeinflussen und steuern kann.
Kostenträger	Bezeichnung für die Produkte und Dienstleistungen, denen Kosten zugerechnet werden können.
Leistung	Bewertbares Arbeitsergebnis einer Verwaltungseinheit, das zur Aufgabenerfüllung im Haushaltsjahr erzeugt wird.



Leistungsziel	Angestrebter Stand an Leistungen am Ende eines bestimmten Zeitraums, der durch quantitative und qualitative Größen beschrieben wird.
Liquidität	Unter Liquidität versteht man die Fähigkeit, alle notwendigen Zahlungen in der vorgesehenen Frist zu leisten. Die Liquidität ist gewährt, wenn genügend flüssige Mittel (liquide Mittel) für den laufenden Zahlungsverkehr vorhanden sind und zur Erfüllung zukünftiger Zahlungsverpflichtungen ausreichende, fristgerecht realisierbare Vermögenswerte bereitstehen.
Output	Die von einer Verwaltungseinheit (Amt, Produktgruppe) in einer Zeiteinheit hergestellte Menge an Gütern und Dienstleistungen.
Outputsteuerung	Outputsteuerung ist die Steuerung auf der Grundlage von Zielvorgaben und der Definition und Beschreibung von Produkten und somit den Ergebnissen des Verwaltungshandelns. Hierdurch soll die Mitarbeiter-, Kunden- und Bedarfsorientierung und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung verbessert werden. Wichtige Voraussetzung für eine Umsetzung der Outputsteuerung ist eine konsequente Delegation von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung.
Passivseite/Passiva	Bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz wird die rechte Seite als Passivseite bezeichnet. Die dort aufgeführten Passiva umfassen einerseits das Eigenkapital, zu dem das Nettoeigenkapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen, ein Gewinnvortrag, sowie der Jahresüberschuss gehören. Andererseits gibt das Fremdkapital an, wie hoch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten sind. Daneben gehören auch Rückstellungen und Sonderposten mit zu den Passiva. Insgesamt stellt die Passivseite die Herkunft des Kapitals der Organisation dar.
Periodengerechtigkeit	Periodengerechtigkeit bedeutet, dass nicht der Zeitpunkt der Zahlung für die Zuordnung zu einem Geschäftsjahr entscheidend ist, sondern die Periode, in der der Verbrauch tatsächlich anfällt. Gleiches gilt für Investitionen. Der Verbrauch wird über die Ermittlung von Abschreibungsbeträgen periodengerecht über mehrere Geschäftsjahre verteilt.
Produkt	Ein Produkt ist eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die für Stellen außerhalb der betrachteten Organisationseinheit (innerhalb oder außerhalb der Verwaltung) erstellt werden. Das Erstellen von Produkten führt zu Ressourcenverbrauch.
Produktbereich	Produktgruppen werden thematisch (u.a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktbereichen zusammengefasst.
Produktbeschreibung	Die Produktbeschreibung dient der Definition und Konkretisierung einzelner Produkte.
Produktgruppen	Produkte werden thematisch (u.a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktgruppen zusammengefasst.



Rechnungsabgrenzungsposten	Deren Aufgabe besteht in der Rechnungsabgrenzung, um periodengerecht den Erfolg einer Periode von dem der jeweiligen Folgeperiode abzugrenzen. Dabei werden die so genannten aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten unterschieden. Auf der Aktivseite sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, wenn sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen. Auf der Passivseite werden Einnahmen ausgewiesen, wenn sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.
Reinvermögen	Das Reinvermögen ist die Differenz aus sämtlichen Vermögenswerten und den Schulden einer Organisation. Soweit dieser Saldo positiv ist, ist das Reinvermögen identisch mit dem Eigenkapital.
Ressourcenverbrauch	Der Ressourcenverbrauch entspricht dem Werteverzehr. In der kaufmännischen und kommunalen Rechnungslegung wird der Ressourcenverbrauch mit Aufwand gleichgesetzt. Beispiel für Ressourcenverbrauch sind daher Personalaufwendungen, Transferaufwendungen und bilanzielle Abschreibungen.
Restbuchwert	Der Restbuchwert einer Anlage ist der innerhalb der Anlagenrechnung für das Ende der Abrechnungsperiode ausgewiesene Wert, der sich nach Abzug der in den zurückliegenden Perioden vorgenommenen Abschreibungen von der Abschreibungssumme zum jeweiligen Zeitpunkt ergibt.
Restnutzungsdauer	Die zu einem bestimmten Bilanzstichtag noch verbleibende Nutzungsdauer eines Anlagegutes.
Rücklagen	Rücklagen sind ein Teil des Eigenkapitals einer Organisation. Sie bestehen aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses, Bewertungsrücklagen für Überschüsse des Bewertungsergebnisses, zweckgebundenen Rücklagen und sonstigen Rücklagen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind Passivposten in der Bilanz, die für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden müssen. Rückstellungen sind zu bilden für Aufwendungen, die zum Bilanzstichtag zwar dem Grunde nach feststehen, nicht jedoch bezüglich ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit. Beispiele sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs u.a.
Sachanlagen	Körperliche Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dem Verwaltungsbetrieb dauerhaft zu dienen. Hierzu zählen z. B. Gebäude, technische Anlagen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Zu den Sachanlagen gehören nicht die Finanzanlagen und die immateriellen Vermögensgegenständen.
Schlüsselposition	Wesentliche, für die Steuerung relevante Position in einem Teilhaushalt, zum Beispiel ein Produkt, eine Produktgruppe oder ein Produktbereich, eine Leistung oder eine Organisationseinheit.
Transfererträge und -aufwendungen	Erträge und Aufwendungen, ohne unmittelbar damit zusammenhängende Gegenleistung.

**Überplanmäßige
Aufwendungen und
Auszahlungen**

Aufwendungen oder Auszahlungen, die die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge und die aus Vorjahren übertragenen Ermächtigungen übersteigen.

Überschuss

Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Erträge im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen übersteigen.

Verlust

Als Verlust/Jahresfehlbetrag wird die negative Differenz aus Ertrag und Aufwand bezeichnet.

Vermögen

Zum Vermögen gehören alle Gegenstände, die dem Landkreis zu dienen bestimmt sind. Das Vermögen setzt sich zusammen aus dem immateriellen Vermögen (z. B. Lizenzen), Sachvermögen (z. B. Grundstück und Gebäude) und dem Finanzvermögen (z. B. Beteiligungen).

Ziele

Ziele stellen Aussagen über erwünschte Zustände dar, die als Ergebnis von Entscheidungen eintreten sollen. Jedes Ziel ist durch den Zielinhalt, den Zeitbezug, den sachlichen Geltungsbereich und das Zielmaß gekennzeichnet.